



Landtag von Baden-Württemberg

50. Sitzung

15. Wahlperiode

Stuttgart, Mittwoch, 14. November 2012 • Haus des Landtags

Beginn: 10:01 Uhr

Mittagspause: 14:45 bis 15:46 Uhr

Schluss: 18:34 Uhr

INHALT

Eröffnung – Mitteilungen des Präsidenten	2829	2.2 Künftige Finanzierung von GVFG-Projekten in Baden-Württemberg	2890
Begrüßung von Herrn Oberst Kuhn sowie Soldatinnen und Soldaten nach ihrer Rückkehr aus Afghanistan	2863	Abg. Hans-Martin Haller SPD	2890, 2894
1. a) Fortsetzung der Ersten Beratung des Gesetzesentwurfs der Landesregierung – Gesetz über die Feststellung des Staatshaushaltsplans von Baden-Württemberg für die Haushaltsjahre 2013/2014 (Staatshaushaltsgesetz 2013/2014 – StHG 2013/2014) – Drucksache 15/2560		Minister Winfried Hermann	2890, 2891, 2892, 2893, 2894
Allgemeine Aussprache		Abg. Rudolf Köberle CDU	2891, 2894
b) Erste Beratung des Gesetzesentwurfs der Landesregierung – Haushaltsbegleitgesetz 2013/2014 – Drucksache 15/2561	2829	Abg. Andreas Schwarz GRÜNE	2892
Abg. Peter Hauk CDU	2829, 2863, 2884	Abg. Martin Rivoir SPD	2892
Abg. Edith Sitzmann GRÜNE	2840, 2869, 2887	Abg. Jochen Haußmann FDP/DVP	2893
Abg. Claus Schmiedel SPD	2847, 2873, 2888	2.3 Dialog mit Schulen und mit am Schulleben Beteiligten	2895
Abg. Dr. Hans-Ulrich Rülke FDP/DVP	2852, 2875, 2886	Abg. Georg Wacker CDU	2895, 2897
Minister Dr. Nils Schmid	2858	Ministerin Gabriele Warminski-Leitheußer	2896, 2897, 2898
Ministerpräsident Winfried Kretschmann	2877	Abg. Karl-Wilhelm Röhm CDU	2898
Abg. Volker Schebesta CDU (zur Geschäftsordnung)	2888	3. Aktuelle Debatte – Grün-Rot: Absage an den ländlichen Raum! – beantragt von der Fraktion der CDU	2898
Beschluss	2888	Abg. Paul Locherer CDU	2899
2. Regierungsbefragung		Abg. Dr. Bernd Murschel GRÜNE	2901
2.1 Kfz-Zulassung	2888	Abg. Alfred Winkler SPD	2902
Abg. Jochen Haußmann FDP/DVP	2888	Abg. Dr. Friedrich Bullinger FDP/DVP	2903
Minister Winfried Hermann	2889	Minister Alexander Bonde	2905
		Abg. Karl Rombach CDU	2907
		Abg. Dr. Markus Rösler GRÜNE	2908
		4. Aktuelle Debatte – Frauen im Fokus der Landespolitik – beantragt von der Fraktion GRÜNE	2910
		Abg. Charlotte Schneidewind-Hartnagel GRÜNE	2910, 2918
		Abg. Katrin Schütz CDU	2911, 2918
		Abg. Sabine Wölflé SPD	2913

Abg. Jochen Haußmann FDP/DVP	2915	Beschluss	2919
Ministerin Katrin Altpeter	2916		
5. Zweite Beratung des Gesetzentwurfs der Landes- regierung – Gesetz zur Schaffung einer grund- gesetzkonformen Rechtsgrundlage für den Vollzug der Sicherungsverwahrung in Baden- Württemberg – Drucksache 15/2450		Abg. Karl Zimmermann CDU (zu Protokoll)	2919
		Abg. Jürgen Filius GRÜNE (zu Protokoll)	2920
		Abg. Ernst Kopp SPD (zu Protokoll)	2921
		Abg. Dr. Friedrich Bullinger FDP/DVP (zu Pro- tokoll)	2921
		Minister Rainer Stickelberger (zu Protokoll)	2921
Beschlussempfehlung und Bericht des Ständigen Ausschusses – Drucksache 15/2571	2918	Nächste Sitzung	2922

Protokoll

über die 50. Sitzung vom 14. November 2012

Beginn: 10:01 Uhr

Präsident Guido Wolf: Meine Damen und Herren! Ich eröffne die 50. Sitzung des 15. Landtags von Baden-Württemberg. Ich darf Sie bitten, ihre Plätze einzunehmen.

(Unruhe)

Urlaub für heute habe ich Herrn Abg. Blenke ab 12:00 Uhr erteilt.

Krankgemeldet ist Herr Abg. Schwehr.

Wir treten in die Tagesordnung ein.

Ich rufe **Punkt 1** der Tagesordnung auf:

a) Fortsetzung der Ersten Beratung des Gesetzentwurfs der Landesregierung – Gesetz über die Feststellung des Staatshaushaltsplans von Baden-Württemberg für die Haushaltsjahre 2013/2014 (Staatshaushaltsgesetz 2013/2014 – StHG 2013/2014) – Drucksache 15/2560

Allgemeine Aussprache

b) Erste Beratung des Gesetzentwurfs der Landesregierung – Haushaltsbegleitgesetz 2013/2014 – Drucksache 15/2561

Meine Damen und Herren, für die Allgemeine Aussprache hat das Präsidium freie Redezeit festgelegt.

Für die Fraktion der CDU erteile ich Herrn Kollegen Peter Hauk das Wort.

Abg. Peter Hauk CDU: Herr Präsident, meine sehr verehrten Damen und Herren! „Die Null steht. So soll es bleiben.“

(Zuruf von der SPD: Die Null steht da vorn!)

Das waren die Worte des Finanzministers in der Plenardebatte vom 9. Mai dieses Jahres. Zum Leidwesen unseres Landes haben Sie auch dieses Versprechen, Herr Finanzminister, gebrochen. Als Sie den ausgeglichenen Haushalt für 2012 vorgelegt haben, haben Sie sich noch selbst auf die Schulter geklopft.

(Abg. Wolfgang Drexler SPD: Ja, was sonst?)

In Wirklichkeit haben Sie mit dem Haushalt 2012 die Früchte der Arbeit der Vorgängerregierung als die Ihrigen verkauft.

(Beifall bei der CDU und der FDP/DVP – Zurufe von der SPD)

Damals, vor einem Jahr, war es die Leistung von Grün-Rot, einen ausgeglichenen Haushalt vorzulegen. So wollten Sie es

uns jedenfalls weismachen. Die Schulden heute – ein Jahr später –, die offensichtlich von Ihnen stammen, erklären Sie mit den angeblichen Erblasten der Vorgängerregierung.

(Abg. Claus Schmiedel SPD: Ja, selbstverständlich!)

Wie, bitte schön, meine sehr verehrten Damen und Herren, passt das zusammen?

(Abg. Helmut Walter Rüeck CDU: Ganz schön dreist!)

Schon im Sommer konnten die Menschen dieses Märchen eigentlich nicht mehr hören. Die „Pforzheimer Zeitung“ schrieb am 10. Juli 2012 – ich zitiere mit Ihrer Erlaubnis, Herr Präsident –:

Den hehren Worten von Ministerpräsident und Finanzminister; den Etat ins Lot bringen zu wollen, müssen nun Taten folgen. Es genügt nicht, gebetsmühlenartig das Erbe der Vorgängerregierung zu beklagen.

(Abg. Claus Schmiedel SPD: Machen wir ja nicht! Wir handeln!)

Meine Damen und Herren, aber genau das ist Ihnen egal. Selbst jetzt – wir haben schon fast das Jahr 2013 – werden Sie nicht müde, Ihre Unfähigkeit hinter Ausflüchten zu verstecken.

(Beifall bei der CDU und Abgeordneten der FDP/DVP – Zuruf des Abg. Andreas Stoch SPD)

Bei der Einbringung des Haushalts in der vergangenen Woche haben Sie, Herr Minister Schmid, diesen Schuldenhaushalt mit viel Pathos als den Weg in die Zukunft Baden-Württembergs bezeichnet. Aber eine solche Zukunft möchte in diesem Land niemand.

(Beifall bei der CDU und des Abg. Dr. Hans-Ulrich Rülke FDP/DVP)

Der von Ihnen beschriebene Weg führt Baden-Württemberg geradezu ins Schuldental. Dabei ist es die Herausforderung unserer Zeit, Haushalte zu sanieren und keine neuen Schulden mehr aufzunehmen. Das zu erreichen ist Ihre Aufgabe als Minister, Herr Schmid, und Ihre Aufgabe als Ministerpräsident, Herr Kretschmann.

(Beifall bei der CDU und der FDP/DVP)

Sie tragen dafür Verantwortung, Schulden abzubauen und das Land trotzdem nicht zum Stillstand zu bringen, sondern mit gezielten Investitionen voranzubringen. Dafür sind Sie gewählt, und das ist der Spagat, den Sie auch schaffen müssen.

(Peter Hauk)

Gerade in wirtschaftlich guten Zeiten wie diesen gibt es keinen anderen Weg.

(Abg. Wolfgang Drexler SPD: Bund!)

Die Vorgängerregierung, die Sie immer wieder als Begründung für die Schulden, die Sie machen müssen, anführen, hat im Jahr 2008 gezeigt, was in einem guten Jahr möglich ist. Wir haben 2008 nicht nur die Neuverschuldung auf null gesenkt, sondern damals einen weiteren Versorgungsfonds für die Beamtinnen und Beamten mit 500 Millionen € bestückt. 2008 keine neuen Schulden, 2009 keine neuen Schulden, 2011 keine neuen Schulden. Das war die Bilanz.

(Abg. Andreas Schwarz GRÜNE: 2012! – Zurufe der Abg. Muhterem Aras und Edith Sitzmann GRÜNE)

Und was kam hinzu?

(Abg. Walter Heiler SPD: Was war 2001, 2002, 2003, 2004?)

Im Jahr 2007 die Schuldenbremse in der Landeshaushaltsordnung – eine Pionierleistung für die damalige Zeit. Damals gab es noch keine Eurokrise. Damit waren wir auch Vorbild für die später grundgesetzlich verankerte Schuldenbremse. Diese Schuldenbremse haben auch Sie, sehr geehrter Herr Ministerpräsident, in der damaligen Opposition immer wieder eingefordert. Sie wollten sogar, dass diese Schuldenbremse aus der Landeshaushaltsordnung in die Landesverfassung geschrieben wird. Ich kann nur sagen: Wir sind nach wie vor hierzu bereit.

(Beifall bei der CDU und der FDP/DVP – Abg. Wolfgang Drexler SPD: Vorschläge! Keine Sprüche!)

Meine Damen und Herren, jetzt missachten Sie diese Schuldenbremse. Herr Ministerpräsident, zu Ihrer Überraschung: Sie gilt noch. Sie gilt auch für diese Regierung, die einen Haushalt erstellt hat. Sie gilt am heutigen Tag bei der Einbringung dieses Haushalts; denn das Gesetz ist noch nicht geändert worden.

(Abg. Wolfgang Drexler SPD: Bis 2020 im Grundgesetz!)

Das Gesetz machen nämlich nicht Sie, sondern der Landtag von Baden-Württemberg.

(Beifall bei der CDU und der FDP/DVP)

Sie haben mit der Einbringung dieses Haushalts gegen die in der LHO verankerte Schuldenbremse verstoßen. Dieser Haushaltsentwurf, den Sie einbringen, ist schlicht rechtswidrig. Das müssen Sie sich vorhalten lassen.

(Beifall bei der CDU und der FDP/DVP)

Sie wollen zwar diese Schuldenbremse aushebeln und abschaffen, aber sie ist noch nicht ausgehebelt und abgeschafft. Sie wollen das tun. Sie wollen Gesetze ändern und die Gesetze so anpassen, wie es Ihnen gerade in den Kram passt. Wenn die Gesetze nicht passen, dann werden sie halt verändert. Das ist Ihr Motto.

(Abg. Karl-Wilhelm Röhm CDU: So ist es!)

Sie wechseln die Gesetze wie andere die Kleider.

(Abg. Wolfgang Drexler SPD: Was? Den Anzug haben Sie aber schon lange an!)

Ist das Ihr Verständnis von Nachhaltigkeit? Ist das Ihr Verständnis von Demokratie? Ist das Ihr Verständnis von solider Finanzpolitik, mit der Sie die Menschen begeistern wollten – was Ihnen schon längst nicht mehr gelingt?

(Abg. Helen Heberer SPD: Eine müde Performance! – Abg. Andreas Stoch SPD: Diese Rede begeistert auch niemanden!)

Meine sehr verehrten Damen und Herren, den Weg zur grundgesetzlichen Schuldenbremse gehen Sie lieber gemütlich. Über ein Gefälligkeitsgutachten der Hertie School of Governance lassen Sie sich Verschuldungsrechte bis 2020 in Höhe von insgesamt 6,4 Milliarden € einräumen. Aber eine aktuelle Studie des RWI bringt die Fehlentwicklung auf den Punkt. Das ist meines Erachtens – von unabhängigen Wissenschaftlern – so geschrieben, dass man es zitieren muss. Ich zitiere:

... es ist den Ländern auch angesichts des noch nicht gesetzlich fixierten Verfahrens zur Bestimmung von Konjunktur- und Strukturkomponenten dringend zu empfehlen, die derzeit guten ökonomischen Rahmenbedingungen zu nutzen, beim Abbau des strukturellen Defizits so schnell wie möglich voranzukommen.

Weiter heißt es:

Die Mitglieder der Föderalismuskommission

– Herr Kretschmann, Herr Drexler –

(Abg. Wolfgang Drexler SPD: Jawohl, hier!)

hatten jedenfalls mit dem Vorschlag einer längeren Übergangsfrist zum Abbau des strukturellen Defizits für die Länder in erster Linie die Länder im Blick, die aufgrund ihrer sehr schlechten Ausgangssituation trotz der Unterstützung durch den Bund realistischerweise kaum in einem kürzeren Zeitraum ihren Haushalt ausgleichen könnten. Nicht daran gedacht hatte man freilich, Ländern wie Baden-Württemberg (oder Nordrhein-Westfalen) die Möglichkeit einzuräumen, nochmals für einen längeren Zeitraum sich aus „Politikwechseln“ ergebende zusätzliche Ausgaben mit neuen Krediten zu finanzieren.

So weit das Gutachten des RWI. Kein Gefälligkeitsgutachten, Herr Ministerpräsident!

(Beifall bei der CDU und Abgeordneten der FDP/DVP)

Wie sieht es denn im Ländervergleich aus? 3,3 Milliarden € Steuermehreinnahmen in den nächsten beiden Jahren.

(Abg. Wolfgang Drexler SPD: Brutto!)

– Wir rechnen immer brutto.

(Abg. Wolfgang Drexler SPD: Nein! Es muss auch im Landeshaushalt ankommen!)

– Genau.

(Abg. Wolfgang Drexler SPD: Eben!)

(Peter Hauk)

Um 3,3 Milliarden € höhere Steuereinnahmen gegenüber dem Jahr 2012 und trotzdem 3,3 Milliarden € neue Schulden – eigentlich unfassbar!

(Zuruf von der SPD: Nein!)

Die Menschen können ohnehin schon nicht verstehen, dass Sie Milliarden an neuen Schulden aufnehmen, während der Freistaat Bayern, der wirtschaftlich nicht besser aufgestellt ist als wir, 1 Milliarde € an Altschulden abbaut.

(Abg. Helen Heberer SPD: Verdrehungskunst ist das!
– Zuruf des Staatssekretärs Ingo Rust)

An Bayern haben wir uns in der Bundesliga der Länder immer orientiert. Das ist unsere Liga. Durch einen gesunden nachbarschaftlichen Wettstreit haben wir uns gegenseitig zu Höchstleistungen angetrieben. Aber genau diesen Vergleich scheuen Sie. Sie steigen jetzt lieber ab von der Bundesliga in die Regionalliga

(Oh-Rufe von den Grünen und der SPD – Abg. Karl-Wilhelm Röhm CDU: Dritte Liga!)

und messen sich mit den schwächsten Teams.

(Beifall bei der CDU und der FDP/DVP – Abg. Andreas Stoch SPD: Das war der Trostapplaus! – Abg. Jörg Fritz GRÜNE: Ihr Niveau ist allenfalls Kreisliga! – Unruhe – Glocke des Präsidenten)

Sie messen sich mit den schwächsten Teams wie Bremen, und das ist einfach peinlich.

(Beifall bei der CDU und Abgeordneten der FDP/DVP – Abg. Karl-Wilhelm Röhm CDU: Bravo!)

Nicht nur das. Andere Länder haben uns doch finanzpolitisch, haushaltspolitisch schon längst überholt. Bayern tilgt Schulden,

(Staatssekretär Ingo Rust: Die tricksen, die Bayern! Das sind Tricks, nichts anderes!)

Sachsen tilgt Schulden, Sachsen-Anhalt tilgt Schulden, Thüringen tilgt Schulden, Mecklenburg-Vorpommern schreibt eine schwarze Null,

(Abg. Hans-Ulrich Sckerl GRÜNE: Sie vergleichen Äpfel mit Birnen, so wie immer!)

Brandenburg will 2014 einen ausgeglichenen Haushalt vorlegen, Berlin – wohlgemerkt Berlin! – im Jahr 2015, Hamburg im Jahr 2019,

(Abg. Wolfgang Drexler SPD: Aber nicht strukturell!)

aber Baden-Württemberg erst 2020.

(Abg. Helmut Walter Rüeck CDU: Unglaublich! – Abg. Wolfgang Drexler SPD: Hamburg 2019! Das ist ja interessant! Geberland! – Unruhe – Glocke des Präsidenten)

Baden-Württemberg will es gerade einmal auf den letzten Drücker schaffen. Sie versagen mit Ankündigung, meine Damen und Herren.

(Beifall bei der CDU und der FDP/DVP)

Baden-Württemberg war ehemals das Vorzeigeland, der Erfinder der Schuldenbremse, wenn man so will.

(Lachen bei den Grünen und der SPD – Abg. Friedlinde Gurr-Hirsch CDU zu Grünen und SPD: Das war Oettinger! Was habt ihr denn für ein Gedächtnis? – Zuruf von der CDU: Ja, so war es!)

– Meine sehr verehrten Damen und Herren, die Wahrheit lässt sich auch nicht klittern, wenn Sie protestieren. Das ist einfach eine Tatsache. Wir waren die Erfinder der Schuldenbremse. Sie haben sogar daran mitgewirkt, Herr Drexler und Herr Kretschmann.

(Beifall bei der CDU und Abgeordneten der FDP/DVP – Abg. Wolfgang Drexler SPD: Natürlich! Zu Recht!)

Warum die Proteste? Das ist mir absolut unverständlich.

(Abg. Wolfgang Drexler SPD: Keine Proteste!)

Meine Damen und Herren, Baden-Württemberg als ehemaliges Vorzeigeland und Erfinder der Schuldenbremse wird durch die grün-rote Regierung im Länderranking nach hinten durchgereicht

(Abg. Wolfgang Drexler SPD: Nein!)

und darf jetzt zusammen mit den „Schuldenstaaten“ wie Nordrhein-Westfalen, Rheinland-Pfalz und Bremen die rote Laterne hinsichtlich der Verschuldung tragen.

(Staatssekretär Ingo Rust: Griechenland und Portugal haben Sie vergessen! – Abg. Wolfgang Drexler SPD: Albanien haben Sie vergessen!)

Das ist das Ergebnis Ihrer Politik.

(Beifall bei der CDU – Abg. Karl-Wilhelm Röhm CDU: Bravo!)

Angesichts der fiskalischen Springflut, die Sie derzeit –

(Lachen bei den Grünen und der SPD)

– Meine Damen und Herren, stimmt das etwa nicht? Ich komme gleich noch dazu.

(Abg. Wolfgang Drexler SPD: „Springflut“!)

Es ist eine Springflut. Sie hält Sie derzeit noch deutlich über Niedrigwasser. In dieser Zeit müssten Sie es eigentlich problemlos schaffen, ohne neue Schulden auszukommen.

(Beifall bei der CDU)

Jetzt will ich noch ein paar Takte zum Thema Altlasten sagen.

(Abg. Daniel Andreas Lede Abal GRÜNE: Sie sind eine!)

Sie behaupten immer, alles sei nicht durchfinanziert, alles sei schwierig, Sie könnten deshalb vieles nicht einhalten. Sie sind ratlos.

(Zuruf von der CDU: Das stimmt!)

(Peter Hauk)

Die mittelfristige Finanzplanung des Jahres 2010 sah für das Jahr 2013 eine Deckungslücke von 3,3 Milliarden € und für das Jahr 2014 eine Deckungslücke von 3 Milliarden € vor. Das waren die offenen Posten, die in der Tat im Jahr 2010 bei der Erstellung der mittelfristigen Finanzplanung nicht durchfinanziert waren. So weit,

(Abg. Wolfgang Drexler SPD: So schlecht!)

so schlecht, kann man sagen.

(Vereinzelt Heiterkeit)

Das war 2010. So weit, so besser haben sich die Steuereinnahmen entwickelt. In der mittelfristigen Finanzplanung waren bei der damaligen Deckungslücke für das Jahr 2013 26,4 Milliarden € und für das Jahr 2014 27,4 Milliarden € an Steuereinnahmen geplant. Welche Steuereinnahmen sind aber – Stand heute – im Jahr 2012 für die Jahre 2013 und 2014 zu erwarten? Es sind 30,1 Milliarden € Steuereinnahmen für 2013

(Zuruf von der CDU: Aha!)

und 31,0 Milliarden € Steuereinnahmen für 2014. Das ist ein Plus von jeweils 3,7 Milliarden € respektive 3,6 Milliarden €. Das heißt, die damalige Deckungslücke ist längst durchfinanziert.

(Beifall bei der CDU und der FDP/DVP – Abg. Karl-Wilhelm Röhm CDU: Bravo!)

Sie hätten sogar noch Luft.

(Abg. Hans-Ulrich Sckerl GRÜNE: Was? Luft?)

Sie hätten in diesem Jahr und im Jahr 2013 noch Luft in Höhe von 400 Millionen € und im Jahr 2014 in Höhe von 600 Millionen €, um einen ausgeglichenen Haushalt vorzulegen.

(Abg. Wolfgang Drexler SPD: Da müssen Sie den Länderfinanzausgleich abschaffen! – Zuruf des Abg. Hans-Ulrich Sckerl GRÜNE)

Meine sehr verehrten Damen und Herren, das wären der Weg und die Lösung gewesen, um einen Alternativhaushalt aufzustellen.

(Abg. Andreas Schwarz GRÜNE: Können Sie das einmal erläutern?)

– Wenn Sie die Zahlen nicht verstehen, Herr Schwarz, empfehle ich Ihnen einen Blick in die Unterlagen. Da werden Sie dann schlauer.

(Abg. Hans-Ulrich Sckerl GRÜNE: Hauksche Märchenstunde!)

Meine sehr verehrten Damen und Herren, die Weichenstellungen, die Sie im Zuge Ihrer großzügigen Wahlversprechungen vorgenommen haben, führen uns in eine Sackgasse.

Wir hätten dies anders gemacht. Wir hätten die Studiengebühren nicht abgeschafft,

(Abg. Karl-Wilhelm Röhm CDU: So ist es!)

wir hätten ein Lebensarbeitszeitkonto eingeführt,

(Abg. Karl-Wilhelm Röhm CDU: Richtig! Ganz wichtig!)

und wir hätten keine Doppelstrukturen von G 8 und G 9 errichtet.

(Beifall bei der CDU und Abgeordneten der FDP/DVP – Abg. Karl-Wilhelm Röhm CDU: Jawohl! Das wird noch Millionen kosten! – Abg. Hans-Ulrich Sckerl GRÜNE: Haben wir nicht gemacht!)

Wir hätten keine Einheitsschule eingeführt.

(Beifall bei der CDU und Abgeordneten der FDP/DVP – Abg. Hans-Ulrich Sckerl GRÜNE: Das haben wir auch nicht gemacht! Es gibt keine Einheitsschule, Herr Kollege!)

– Sie können das doch nicht im Ernst bestreiten. Sie erstellen Einheitsbildungspläne. Das wird hier gerade moniert – zu Recht –, von den Verbänden, von den Eltern. Sie wollen den Einheitslehrer. Da kann man doch von nichts anderem sprechen als von der Einheitsschule. Eine andere Möglichkeit gibt es doch nicht.

(Beifall bei der CDU und der FDP/DVP)

Sie haben Personalstellen für „Parteisoldaten“ in Hülle und Fülle geschaffen. Auch dieses wäre nicht passiert.

(Abg. Karl-Wilhelm Röhm CDU: Jawohl! – Abg. Hans-Ulrich Sckerl GRÜNE: Meine Güte! – Glocke des Präsidenten)

– Ja, es ist wahr, Herr Sckerl. Auch Ihre Empörung reicht dabei nicht aus.

(Zurufe der Abg. Helmut Walter Rüeck und Volker Schebesta CDU – Abg. Hans-Ulrich Sckerl GRÜNE: Das ist nicht zum Aushalten! – Zuruf: Glaubt nicht, dass wir den Zeller eingestellt hätten! – Gegenruf: Er hätte euch aber gutgetan! – Heiterkeit – Glocke des Präsidenten)

Meine sehr verehrten Damen und Herren, mit Ihren vermeintlichen politischen Schwerpunktsetzungen blähen Sie den Haushalt in den nächsten beiden Jahren um sage und schreibe 16 % auf. 16 % in zwei Jahren – oder drei Jahren, wenn man 2012 einrechnet.

(Abg. Friedlinde Gurr-Hirsch CDU: Das muss man sich einmal vorstellen!)

Das muss erst einmal einer nachmachen.

(Beifall bei der CDU und der FDP/DVP)

Baden-Württemberg war das Land der Häuslebauer, ein Symbol für Sparer und Schaffer. Wir haben Ihnen bei der Regierungsübergabe ein solides Haus übergeben,

(Beifall bei der CDU und der FDP/DVP – Abg. Karl-Wilhelm Röhm CDU: Bravo! – Widerspruch bei der SPD – Zuruf von der SPD: Nichts haben Sie!)

ein festes Fundament,

(Peter Hauk)

(Abg. Hans-Ulrich Sckerl GRÜNE: Vor dem die Gläubiger Schlange standen! – Unruhe – Glocke des Präsidenten)

dicke Mauern, Stein auf Stein gebaut.

(Lebhafte Unruhe – Glocke des Präsidenten)

Präsident Guido Wolf: Herr Kollege Hauk, darf ich Sie kurz unterbrechen? – Meine Damen und Herren, ich schlage vor, dass wir dieser Debatte die Chance geben, einem echten Austausch von Argumenten aus den einzelnen Fraktionen zu dienen.

(Heiterkeit – Vereinzelt Beifall – Unruhe)

Deshalb möchte ich darum bitten, dem jeweiligen Redner auch Gehör zu schenken. Bitte denken Sie auch an die Wirkung auf die Zuhörerinnen und Zuhörer, auf die Zuschauerinnen und Zuschauer.

(Beifall bei der CDU und Abgeordneten der FDP/DVP – Abg. Hans-Ulrich Sckerl GRÜNE: Herr Präsident, eine lebendige Debatte muss sein!)

Bitte schön, Herr Kollege.

Abg. Peter Hauk CDU: Noch einmal: ein festes Fundament,

(Abg. Walter Heiler SPD: Stein auf Stein! – Heiterkeit)

dicke Mauern, Stein auf Stein gebaut, sogar rundum wärmeisoliert und mit einem schönen, gepflegten Garten versehen: ein Haus mit einer Aussicht auf eine gute Zukunft.

(Widerspruch bei Abgeordneten der SPD – Abg. Walter Heiler SPD: Mit einer Neckarpri!)

Aber anstatt einfach einzuziehen und die notwendigen Maßnahmen für den Weiterbau durchzuführen, bauen Sie sich lieber in der Nachbarschaft ein eigenes Haus. Das Problem ist aber: Ihr Haus, Ihr Gebäude, das Sie sich errichten, ist jetzt schon einsturzgefährdet –

(Abg. Andreas Stoch SPD: Ihres war total kaputt!)

erstellt in Schnellbauweise, ohne Architekten, ohne Statiker, ohne Fundament, windschiefe Wände, ein löchriges Dach, marode Holztreppe.

(Beifall bei der CDU und Abgeordneten der FDP/DVP – Abg. Andreas Stoch SPD: Besser als überhaupt keine Wände!)

Meine Damen und Herren, ich erwähne es noch einmal: Für dieses Haus gibt es nicht einmal eine Baugenehmigung.

(Abg. Karl-Wilhelm Röhm CDU: Ja! So ist es!)

Was Sie uns hier vorgelegt haben, ist schlicht und ergreifend ein Schwarzbau.

(Beifall bei der CDU und Abgeordneten der FDP/DVP – Lachen bei den Grünen und der SPD – Abg. Andreas Stoch SPD: „Schwarz-Gelb-Bau“! – Zuruf des Abg. Wolfgang Drexler SPD)

Denn der von Ihnen vorgelegte Haushaltsentwurf verstößt – ich habe es bereits erwähnt –

(Unruhe – Glocke des Präsidenten)

eklatant gegen das Verschuldungsverbot in der Landeshaushaltsordnung. Ich wiederhole es noch einmal, damit Sie, Herr Schmiedel, nicht vergessen, was Sie außer Kraft setzen wollen, was aber noch nicht außer Kraft ist. In § 18 Absatz 3 heißt es nämlich:

Eine über den am 31. Dezember 2007 erreichten Betrag hinausgehende Kreditaufnahme ist nur zulässig

1. bei einem Rückgang der Steuereinnahmen des Landes um mindestens 1 Prozent gegenüber dem Vorjahr oder

(Zuruf des Abg. Karl-Wilhelm Röhm CDU)

– wir haben eine Steigerung der Steuereinnahmen von über 2 % –

2. bei Naturkatastrophen oder vergleichbar schwerwiegenden Situationen.

Nun gibt es manche, die Grün-Rot als Naturkatastrophe bezeichnen.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU – Vereinzelt Heiterkeit)

Das mag sein. Vielleicht nehmen Sie dies als Begründung; auch das mag sein; so weit gehe ich nicht.

Insofern gibt es die Schuldenbremse; es gibt sie noch, und Sie halten sie nicht ein.

Meine Damen und Herren, die darin enthaltenen Ausnahmen liegen nicht vor. Aber Sie haben jede Menge neuer politischer Schwerpunktsetzungen in den Haushaltsentwurf eingearbeitet, die geeignet sind, entsprechende Personalmengen zu binden, die geeignet sind, neue Ausgaben zu tätigen und somit neue Schulden zu machen. Sie sind schlichtweg nicht in der Lage und nicht willens, wirklich einzusparen. Schwerpunktsetzungen, Prioritäten – das bedeutet auch: Es müssen Posterioritäten gesetzt werden. Es gibt nicht nur vorrangige Bereiche, sondern auch nachrangige.

Meine Damen und Herren, all dies gibt uns hinreichend Anlass, die Landesregierung aufzufordern, einen Haushalt nach Recht und Gesetz einzubringen und dem Landtag vorzulegen. Deshalb werden wir nachher eine Überweisung des Haushaltsentwurfs an den Finanz- und Wirtschaftsausschuss ablehnen und Sie zum Nachsitzen und zur Nacharbeit auffordern.

(Beifall bei der CDU und Abgeordneten der FDP/DVP)

Sie haben getönt, dass Sie einen Haushalt mit Einsparungen vorlegen wollen. Wie sieht es denn damit aus? Ihre Messlatte für die sogenannten strukturellen Einsparungen haben Sie selbst für sich schon niedrig angesetzt – 800 Millionen €. Aber auch diese Schwelle haben Sie nicht erreicht. Sie haben die eigenen Einsparziele verfehlt. Dies haben Sie, Herr Ministerpräsident, mit der fehlenden Zeit während der Beratungen be-

(Peter Hauk)

gründet. Nun gut. Als es jedoch um die Urlaubsplanung von Personen ging, die an diesem Prozess wesentlich beteiligt waren, war immer die Rede davon, dass man eigentlich voll im Zeitplan liege.

Dann haben Sie noch voller Stolz die Haushaltseckpunkte sowie auch Ihre – vermeintlichen – Einsparbeiträge verkündet. Erst auf Nachfragen von Journalisten haben Sie dann eingeräumt, das eigentliche Einsparziel noch immer nicht erreicht zu haben.

Was ist es denn, was Sie als strukturelle Einsparungen angeben haben? Der Vorwegabzug im kommunalen Finanzausgleich von 325 Millionen € heißt faktisch: Die Kommunen erhalten mehr Geld. Ich sehe da noch keine Einsparung gegenüber dem bisherigen Haushalt.

Die Personaleinsparungen – ohne den Lehrerbereich –: in Ordnung. Das ist strukturell.

Die Ausschüttung der LBBW – 120 Millionen € –:

(Heiterkeit bei Abgeordneten der CDU)

Das ist eine Lachnummer, Herr Schmid. Das wissen Sie genauso gut wie wir.

(Beifall bei der CDU und der FDP/DVP)

Die Gesamtkonzeption für Lehrerstellen enthält auch eine echte Einsparung: 26,8 Milliarden €.

(Zurufe von der CDU: Millionen! – Zurufe von der SPD)

– Millionen.

Dann kommt eine Absenkung der Zinstitel. Diese bezeichnen Sie schon als strukturell, aber als Einsparmaßnahme. Dann folgt eine Limitabsenkung von 56 Millionen €. Das ist nichts anderes als eine globale Minderausgabe.

Das sollen die strukturellen Einsparungen von 800 Millionen € sein. Ich kann nur feststellen: Voll versagt, voll daneben, meine Damen und Herren.

(Beifall bei der CDU und der FDP/DVP)

Wie wollen Sie denn auf die von Ihnen genannten 2,5 Milliarden € kommen, wenn Sie nicht einmal auf 100 Millionen € strukturelle Einsparungen kommen?

Ein weiteres Landeserziehungsgeld, das Sie strukturell einsparen könnten, gibt es nicht. Die Einsparungen dort, das sind die Einsparungen à la SPD, das ist sozialdemokratische Gerechtigkeit, soziale Gerechtigkeit.

(Zuruf von der CDU: Bei den Ärmsten!)

– Bei den Ärmsten dieser Gesellschaft, die sich nicht wehren,

(Oh-Rufe von den Grünen)

die keinen Aufstand proben, dort sparen Sie ein.

(Beifall bei der CDU und der FDP/DVP – Abg. Karl-Wilhelm Röhm CDU: So ist es! Jawohl!)

Sie sparen bei denen ein, die in den öffentlichen Dienst einsteigen, und machen damit den öffentlichen Dienst schlichtweg unattraktiver.

Es ist ein richtiger Schritt, Lehrerstellen einzusparen. Wir haben in den Zeiten, in denen wir im letzten Jahrzehnt neue Lehrerstellen geschaffen haben, immer gesagt, dass die Zeit kommen wird, dass, wenn die Schülerzahlen zurückgehen, auch Lehrerstellen abgebaut werden müssen.

(Abg. Andrea Lindlohr GRÜNE: Ab wann denn?)

Überhaupt keine Frage.

Denn ohne Personaleinsparungen kommt man nicht durch. Das bestreiten wir ja gar nicht. Aber, meine sehr verehrten Damen und Herren, legen Sie uns endlich ein Personaldeckungskonzept für die nächsten Jahre vor, und behaupten Sie nicht irgendetwas.

(Beifall bei der CDU und der FDP/DVP)

Das ist der ganz entscheidende Punkt. Sie müssen schon einmal begründen, wie viele Stellen etc. Sie bei der Fülle der neuen Aufgaben, die Sie mittlerweile geschaffen haben, brauchen.

In der Pressekonferenz zur Vorstellung der Haushaltseckpunkte haben Sie offen zugegeben, sich mehr dauerhafte strukturelle Einsparungen erhofft zu haben. Meine Damen und Herren, die Hoffnung verblasst zuletzt. Aber jetzt sind Taten gefragt. Handeln, Regieren ist gefragt, nicht mehr Hoffen und Träumen. Das ist der entscheidende Punkt.

(Beifall bei der CDU und der FDP/DVP)

Meine Damen und Herren, es ist ein echtes Armutszeugnis oder – in Ihren eigenen Worten, Herr Ministerpräsident; Sie haben dieses Wort selbst im Frühjahr dieses Jahres an dieser Stelle geprägt – ein finanzpolitischer Offenbarungseid, den Sie sich selbst eingestanden haben. Aber Sie sollen daran arbeiten, dass es besser wird. Nehmen Sie diese Verantwortung endlich an.

Meine Damen und Herren, Sie erwähnen immer wieder, dass der Haushalt auf der Einnahmeseite konsolidiert werden soll. Dann tun Sie es! Dann tun Sie es! Dann stimmen Sie dem Steuerabkommen mit der Schweiz zu.

(Beifall bei der CDU und der FDP/DVP – Zuruf von der SPD: Ach!)

Konsolidierung sofort!

Herr Finanzminister, Sie grinsen.

(Minister Dr. Nils Schmid zeigt in Richtung CDU.)

Was gibt es da zu grinsen? – 1,1 Milliarden € sofort bar auf die Hand,

(Zuruf von der SPD: Woher haben Sie die Zahl? – Zuruf von den Grünen)

strukturelle Mehreinnahmen in den kommenden Jahren.

(Unruhe – Glocke des Präsidenten)

(Peter Hauk)

Sie verweigern sich der Zustimmung aus ideologischer Motivation in Richtung Bundestagswahl. Das ist doch der einzige Grund.

(Beifall bei der CDU und der FDP/DVP)

Sie wollen die Vermögensteuer wieder einführen. Ein Vorschlag aus der finanzpolitischen Mottenkiste.

(Abg. Wolfgang Drexler SPD: Das ist in der Föderalismuskommission diskutiert worden, auch mit Stimmen Ihrer Kollegen!)

Das Bundesverfassungsgericht hat eindeutig die Vermögensteuer für verfassungswidrig erklärt. Punkt.

(Zurufe von der SPD – Abg. Hans-Ulrich Sckerl GRÜNE: Bitte nachlesen!)

– 1995. Es stimmt einfach. – Damit führen Sie eine Steuer ein, die eben nicht nur eine vermeintliche Reichensteuer ist; vielmehr greifen Sie mit Ihren Vorstellungen in das Privatvermögen der meisten Menschen in Baden-Württemberg ein. Jeder Häuslebesitzer, jeder Grundstücksbesitzer – –

(Abg. Hans-Ulrich Sckerl GRÜNE: Völlig absurd! – Unruhe bei den Grünen und der SPD)

– Ja, natürlich! Wer ab 500 000 € Vermögen in Grund und Boden oder wie auch immer hat, für den gilt:

(Abg. Karl-Wilhelm Röhm CDU: Wer gespart hat, wird bestraft!)

Wer gespart hat, wird bestraft.

(Abg. Karl-Wilhelm Röhm CDU: So ist es!)

Das ist eine Doppelbesteuerung sondergleichen.

(Beifall bei der CDU und der FDP/DVP)

Die Grunderwerbsteuer haben Sie ja schon erhöht. Jetzt rechnen Sie in der mittelfristigen Finanzplanung mit einer Erhöhung des Spitzensteuersatzes, die Sie aber erst dann wirklich einplanen könnten, wenn es einen Regierungswechsel in Berlin gäbe.

(Unruhe bei den Grünen und der SPD)

Welch finanzpolitische Arroganz steckt da dahinter?

(Beifall bei der CDU und Abgeordneten der FDP/DVP – Abg. Karl-Wilhelm Röhm CDU: Ja! So ist es!)

Meine sehr verehrten Damen und Herren, zu Recht fragen Sie, was wir anders gemacht hätten.

(Abg. Charlotte Schneidewind-Hartnagel GRÜNE: Nein, das hat keiner gefragt! – Vereinzelt Heiterkeit)

Wir hätten – es geht natürlich nicht nur um dieses Jahr, sondern auch um das vergangene Jahr – die anderthalb Jahre, die Sie verplempert haben, zu intensiven Gesprächen, zum Dialog mit den Bürgern, mit den Betroffenen genutzt.

(Beifall bei der CDU – Abg. Andreas Stoch SPD: In der Tradition der CDU! – Unruhe bei den Grünen und der SPD)

Wir hätten einen intensiven Dialog geführt, auch mit Betroffenen, mit Beamten, mit Angestellten dieses Landes.

(Unruhe bei der SPD)

Denn eines ist natürlich klar: Neben der Frage der Personaleinsparungen wird es einen ausgeglichenen Haushalt nicht geben können, ohne dass man auch in der Frage der Beamten mit den Beamten spricht und gegebenenfalls auch dort Einschnitte vorsieht.

(Zuruf von der SPD: Aha!)

Aber:

(Abg. Karl-Wilhelm Röhm CDU: Jetzt kommt der Unterschied!)

Der Unterschied ist der Dialog.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU – Lachen bei Abgeordneten der Grünen und der SPD – Abg. Karl-Wilhelm Röhm CDU: Gute Beispiele in der Vergangenheit! Jede Menge gute Beispiele! – Zurufe von der SPD, u. a. des Abg. Walter Heiler)

Meine sehr verehrten Damen und Herren, Sie können sich die guten Beispiele der Vergangenheit ansehen. Sie ruhen sich doch auf unseren strukturellen Verbesserungen, die wir mit der Beamtenschaft für den Landeshaushalt erzielt haben, aus. 500 Millionen € strukturelle Verbesserungen sind in der letzten Legislaturperiode erzielt worden: durch die Absenkung des Weihnachtsgelds, durch die Abschaffung des Urlaubsgelds und dergleichen mehr, auch durch die Dienstrechtsreform, die wir im Einvernehmen mit der Beamtenschaft in Baden-Württemberg hinbekommen haben. Es gab 500 Millionen € strukturelle Einsparungen.

Ich bin davon überzeugt, dass auch die Beamten mitgemacht hätten, wenn ein echter Dialog geführt worden wäre, wenn Verlässlichkeit gegeben wäre, wenn klar geworden wäre, dass man nicht aus der Not heraus immer wieder in die Taschen hineingreift und die Beamten letztendlich zu Einsparmaßnahmen heranzieht. Die Beamten hätten mitgemacht, wenn ein verlässlicher Prozess eingeläutet worden wäre. Doch diesen Prozess haben Sie nicht eingeläutet. Deshalb haben Sie auch den Krach mit den Beamten dieses Landes.

(Beifall bei der CDU und Abgeordneten der FDP/DVP)

Meine Damen und Herren, in einer gemeinsamen Presseerklärung mit dem DGB vom 27. Februar dieses Jahres verkündete Kollege Schmiedel, dass mit ihm und der SPD keine Einsparungen bei der Beamtenschaft zu machen seien.

(Lachen des Abg. Helmut Walter Rüeck CDU)

Meine Damen und Herren, es gibt einen neuen Begriff für die Halbwertszeit vom 27. Februar bis zum September dieses Jahres:

(Abg. Dr. Hans-Ulrich Rülke FDP/DVP: „Ein Schmiedel“!)

„Ein Schmiedel“, ein halbes Jahr. So lange sind Ihre Aussagen gültig, länger nicht.

(Peter Hauk)

(Beifall bei der CDU und Abgeordneten der FDP/DVP)

Herr Kollege Schmiedel, ich zitiere noch einmal, damit Sie sich daran erinnern, was Sie gesagt haben:

Die Staatsdiener können sich darauf verlassen, dass die SPD keinen Kürzungen ihres Einkommens oder der Beihilfe zustimmen wird.

So kündigten Sie dies an, Herr Kollege Schmiedel.

(Abg. Klaus Herrmann CDU: Vor der Wahl spricht der Schmiedel immer anders!)

– Das war nicht einmal vor der Wahl.

(Zuruf: Das war danach!)

Das war längst danach, Herr Kollege Herrmann, am 27. Februar dieses Jahres.

(Abg. Wolfgang Drexler SPD: Der Herrmann hat schon wieder den falschen Zwischenruf gemacht!)

Meine sehr verehrten Damen und Herren, den Gipfel der Dreistigkeit stellen dann die Äußerungen des Herrn Ministerpräsidenten in einem neuen Buch dar – das ich nicht gelesen habe, aber eine Meldung – –

(Unruhe bei den Grünen und der SPD – Abg. Alexander Salomon GRÜNE: Das würde Ihnen aber guttun!)

– Nein, man muss sich nicht alles antun.

(Zuruf von der SPD: Eine große Herausforderung!)

Darin findet sich die folgende Aussage – der Ministerpräsident wird in der Öffentlichkeit damit zitiert –:

Bei denen

– nämlich den Beamten –

wollen und müssen wir einige Sparmaßnahmen machen. Die jammern auf hohem Niveau, tun aber so, als drohte der Weltuntergang.

Meine sehr verehrten Damen und Herren, sagen Sie das einmal einem jungen Polizeikommissar, der bei S 21, der bei „Kurdenfeldzügen“ etc. den Kopf hinhält.

(Unruhe bei den Grünen und der SPD)

Sagen Sie das einmal den Beamten im mittleren Dienst.

(Beifall bei der CDU und der FDP/DVP – Abg. Karl-Wilhelm Röhm CDU: Bravo! – Glocke des Präsidenten)

Sagen Sie das den Beamten im mittleren Dienst, die in A 7, A 8, A 9 eingruppiert sind.

(Abg. Hans-Ulrich Sckerl GRÜNE: Sie zündeln, Herr Hauk! Sie zündeln! – Gegenruf des Abg. Dr. Hans-Ulrich Rülke FDP/DVP: Wahrscheinlich hat er das Thema zurückgenommen! – Gegenruf des Abg. Karl-Wilhelm Röhm CDU: Nein!)

Präsident Guido Wolf: Herr Kollege Hauk, gestatten Sie eine Zwischenfrage der Frau Kollegin Aras?

Abg. Peter Hauk CDU: Nein. – Sagen Sie das den Beamten im mittleren Dienst in der Finanzverwaltung.

(Widerspruch bei den Grünen und der SPD – Abg. Karl-Wilhelm Röhm CDU zu Grünen und SPD: Setzen Sie sich wieder hin! Spielen Sie sich nicht so auf! – Unruhe)

Sie kennen das nicht, weil Sie längst nur noch in B-Stellen denken, Herr Ministerpräsident und Herr Finanzminister.

(Abg. Thomas Blenke CDU: Neue Stellen schaffen!)

Das ist doch die Wahrheit. Sie können sich gar nicht in die Situation hineinversetzen, wie es ist, als Beamter im Berufseinstieg mit einem geringeren Einkommen eine Familie zu ernähren, eine solide Zukunft aufzubauen. Sie können sich doch da gar nicht mehr hineinversetzen. Das führt zu solchen Aussagen von Ihnen.

(Beifall bei der CDU und der FDP/DVP – Abg. Karl-Wilhelm Röhm CDU: Bravo! – Zurufe von den Grünen, u. a. Abg. Dr. Markus Rösler: Entschuldigung! Wir fordern eine Entschuldigung! – Unruhe)

Ihre Farce der Politik des Gehörtwerdens ist um ein weiteres Beispiel reicher.

(Zurufe von den Grünen und der SPD – Anhaltende Unruhe)

Ich zitiere jetzt einmal einen Betroffenen, nämlich den Vorsitzenden des Beamtenbunds:

In der Vergangenheit konnten wir mit Schwarz-Gelb zum Teil gute gemeinsame Lösungen erzielen, weil dem ein Dialog vorangegangen war. Die jetzige Landesregierung spricht zwar vom Dialog, aber das politische Handeln ist ein anderes.

(Abg. Dieter Hillebrand CDU: Genau! Das ist der Punkt! – Abg. Thomas Blenke CDU: Genau! So ist es!)

Das zieht sich durch Ihre Politik wie ein roter Faden. Sie sprechen vom Dialog, aber Sie führen keinen Dialog. Das ist doch die Wahrheit.

(Beifall bei der CDU und der FDP/DVP – Abg. Karl-Wilhelm Röhm CDU: Jawohl!)

Sie sprechen vom Dialog mit Eltern und Lehrern, aber Sie führen diesen Dialog nicht.

(Abg. Hans-Ulrich Sckerl GRÜNE: Keine Ahnung!)

Sie sprechen vom Dialog mit denjenigen, die beim Nationalpark im Nordschwarzwald betroffen sind, aber Sie führen den Dialog nicht. Das ist doch die Wahrheit.

(Beifall bei der CDU und der FDP/DVP – Abg. Karl-Wilhelm Röhm CDU: So ist es! Bravo! – Zurufe von den Grünen und der SPD, u. a. Abg. Hans-Ulrich Sckerl GRÜNE: Keine Ahnung! – Unruhe)

(Peter Hauk)

Sie hören vielleicht – vielleicht! – noch zu, aber Sie hören nicht, Sie sprechen nicht, Sie kommunizieren nicht. Sie sind kommunikationslos. Das ist doch die Wahrheit.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU und der FDP/DVP – Lachen bei den Grünen und der SPD – Abg. Karl-Wilhelm Röhm CDU: Bravo! – Abg. Hans-Ulrich Sckerl GRÜNE: Fällt Ihnen nichts anderes ein? So eine schwache Rede! Meine Güte! – Zuruf des Abg. Daniel Andreas Lede Abal GRÜNE)

Sie haben bis heute noch nicht gelernt, mit Kritikern, mit konstruktiver Kritik ordentlich, fair und in einem Dialog umzugehen. Das ist die Wahrheit.

(Abg. Andreas Stoch SPD: Herr Hauk, wir sind hier! – Gegenruf des Abg. Dr. Friedrich Bullinger FDP/DVP: Noch sind Sie es! – Zuruf des Abg. Helmut Walter Rüeck CDU – Unruhe)

Meine sehr verehrten Damen und Herren, das ist ein Haushalt mit Risiken. Interessant ist, was alles nicht in dem Haushalt steht.

(Abg. Thomas Blenke CDU: Jetzt kommt es!)

Ich nenne das Beispiel Polizeireform. Über Reformen, über Verwaltungsreformen kann man immer streiten. Aber diese Reform setzt die innere Sicherheit in weiten Teilen Baden-Württembergs aufs Spiel,

(Lachen bei den Grünen und der SPD)

indem die Kriminalpolizei zentralisiert wird. Das ist doch wahr. Fragen Sie doch einmal die Menschen in Tauberbi-schofsheim,

(Abg. Hans-Ulrich Sckerl GRÜNE: Absurd! – Unruhe)

in Waldshut, in Sigmaringen usw., wie dort die kriminalpolizeiliche Arbeit künftig gestaltet wird. Fragen Sie doch einmal die Polizei. Fragen Sie die Polizisten.

(Abg. Friedlinde Gurr-Hirsch CDU: Nicht die Karrieristen!)

Dann werden Sie eine Antwort erhalten.

(Abg. Andreas Stoch SPD: Tun Sie es doch! Aber nicht die, die gar nicht beteiligt sind! – Staatssekretär Jürgen Walter: Sie sollten einmal fragen!)

Meine Damen und Herren, darauf gibt es auch keine fiskalischen Antworten. In diesem Landeshaushalt sind dafür gerade einmal 10 Millionen € veranschlagt. Das reicht nicht einmal für zwei neue Leitstellen.

(Abg. Thomas Blenke CDU: Genau!)

Der Innenminister gibt immer noch nicht preis, was diese Reform kosten wird – nicht nur investiv, sondern auch laufend. Die Betriebskosten werden steigen; das ist so sicher wie das Amen in der Kirche. Es gibt weitere Wege; diese werden nicht zu Fuß zurückgelegt werden.

(Abg. Friedlinde Gurr-Hirsch CDU: Mehr Autos! – Abg. Dieter Hillebrand CDU: Mit mehr Fahrrädern!)

Die Betriebskosten werden sich erhöhen. Aber interessant sind auch die investiven Kosten.

Eine halbe Milliarde Euro sind kein Pappentier, aber das wird diese Reform kosten. Sie benennen die Kosten aber nicht einmal, weil Sie Angst haben, dass Ihr Reformvorhaben dann zusammenfällt wie ein Kartenhaus.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU und der FDP/DVP)

Ein weiteres Risiko ist der Schienenpersonennahverkehr. Es ist ein Milliardenrisiko, bei dem Sie durch Verzögerung der Ausschreibung noch nichts im Haushalt veranschlagt haben.

(Abg. Hans-Ulrich Sckerl und Abg. Andreas Schwarz GRÜNE: Nichts verzögert!)

– Die Ausschreibung wurde verzögert, Herr Schwarz.

(Zuruf des Abg. Winfried Mack CDU)

Damit eben nicht alles im Jahr 2016 auf den Tisch kommt – auch von anderen Ländern –, damit Wettbewerb möglich ist, damit der Nahverkehr pro Kilometer billiger werden kann, muss zeitversetzt ausgeschrieben werden –

(Abg. Andreas Schwarz GRÜNE: Wird alles gemacht!)

das heißt, einige Strecken früher und einige Strecken später.

(Zuruf des Staatssekretärs Ingo Rust)

Das ist zwangsläufig. Sie haben gar nichts gemacht.

(Abg. Andreas Schwarz GRÜNE: Doch!)

Sie haben verpennt.

(Abg. Andreas Schwarz GRÜNE: Nichts verpennt!)

Sie haben für externe Gutachter Geld ausgegeben. Das ist die Wahrheit.

(Beifall bei der CDU und Abgeordneten der FDP/DVP)

Das Risiko in Milliardenhöhe besteht nach wie vor. Das wird dann im Jahr 2016, Herr Verkehrsminister, wahrscheinlich in Ihrer Hoffnung, dass Sie dieses Amt, dessen Wahrnehmung Ihnen ja so schwerfällt, dann nicht mehr ausüben müssen –

(Oh-Rufe von den Grünen – Abg. Dr. Hans-Ulrich Rülke FDP/DVP: Unsere Hoffnung auch! – Abg. Hans-Ulrich Sckerl GRÜNE: Träumen Sie weiter!)

Meine Damen und Herren, was will denn ein Verkehrsminister, der seinen Grundaufgaben nicht nachkommt? Das ist doch ein Verhinderungsminister:

(Zuruf des Abg. Hans-Ulrich Sckerl GRÜNE)

keine neuen Bundesstraßen in den nächsten drei Jahren, keine neuen Landesstraßen in den nächsten drei Jahren,

(Beifall bei Abgeordneten der CDU – Lebhaftes Unruhe – Glocke des Präsidenten)

(Peter Hauk)

keine neuen Kreisstraßen und Gemeindeverbindungsstraßen in den nächsten drei Jahren.

(Abg. Hans-Ulrich Sckerl GRÜNE: Hauk, der verhinderte Oppositionsführer! – Zuruf des Abg. Karl-Wilhelm Röhm CDU)

Auf ein paar Radwege kann man wahrscheinlich hoffen; die kommen. Den Schienennahverkehr wiederum, eine der großen Versprechungen Ihrer Koalition, lassen Sie brachliegen.

(Abg. Andreas Schwarz GRÜNE: Ach Quatsch!)

An dieser Baustelle passiert überhaupt nichts.

(Abg. Andreas Schwarz GRÜNE: Ach Quatsch!)

Ich frage mich: Wofür beziehen Sie denn Ihr Gehalt? Was tun Sie in diesem Land eigentlich, Herr Verkehrsminister?

(Beifall bei der CDU und Abgeordneten der FDP/DVP – Abg. Martin Rivoir SPD: Das ist Schmerzensgeld! – Zuruf des Abg. Hans-Ulrich Sckerl GRÜNE)

Meine sehr verehrten Damen und Herren, dieses Land steht in diesem Jahrzehnt vor zwei großen Herausforderungen: Die eine ist die Konsolidierung des Haushalts.

(Lachen der Abg. Charlotte Schneidewind-Hartnagel GRÜNE)

Die kommt bei Ihnen nicht vor. Die zweite Herausforderung ist das Thema Energiewende. Dort bleiben Sie bei Ihren bisherigen Ansätzen: 21 Millionen €. Das ist nicht gerade üppig angesichts dessen, was sich im Jahr 2011 ereignet hat, nämlich Fukushima und der gemeinsame Beschluss zum Ausstieg aus der Atomenergie.

(Abg. Hans-Ulrich Sckerl GRÜNE: „Gemeinsam“! Sie mussten doch zum Jagen getragen werden!)

Da reicht es nicht aus, auf den Bund zu zeigen. Meine Damen und Herren, in dieser Frage sind alle gefordert – Bund, Länder und Kommunen –, die Energiewende zu gestalten. Wir wollen endlich Lösungen, wir wollen Kompetenzen. Wo sind denn bisher Ihre Vorschläge für den Ausbau der erneuerbaren Energien?

(Lachen bei Abgeordneten der Grünen und der SPD)

Wo sind Ihre Vorschläge für Pumpspeicher und überhaupt für die Speicherung von Energie?

(Zuruf des Abg. Alfred Winkler SPD)

Wo sind Ihre Vorschläge für den Netzausbau innerhalb Baden-Württembergs?

(Abg. Hans-Ulrich Sckerl GRÜNE: Wer steht denn in Berlin auf der Bremse? Heißen die zufällig Merkel und Altmaier?)

Was haben Sie mit der EnBW operativ und in der Zielsetzung am Ende vor? All diese Fragen stehen als solche isoliert da, und es gibt hierauf keine Antworten.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU und der FDP/DVP – Abg. Hans-Ulrich Sckerl GRÜNE: Der Beifall bei der CDU wird schon schwächer!)

Eine der Herausforderungen ist auch das Thema „Infrastruktur und Forschung“. Zum Thema Infrastruktur habe ich im Rahmen meiner Ausführungen zum Verkehr schon das Nötige gesagt. Beim Thema Forschung ist Fehlanzeige zu vermeiden. Was tun Sie? Sie kürzen.

Die Universitäten haben in den kommenden Jahren für die Forschungsförderung jeweils nur rund 15 Millionen € zur Verfügung. Das sind 5 Millionen € weniger als in diesem Jahr.

Den Forschungspool schröpfen Sie um 3 Millionen € – von 7,7 Millionen € auf nur noch 4,9 Millionen €.

Meine Damen und Herren, so sieht die Gestaltung der Zukunft Baden-Württembergs in Zeiten grün-roter Politik aus. Auch das ist ein Teil der Wahrheit.

Wie wollen Sie dieses Haus solide bauen? Wie wollen Sie den Kindern eine solide Zukunft geben, wenn Sie genau in den Bereichen, in denen wir eigentlich spitze sind, nichts tun?

Wir haben hervorragende Kapazitäten – Forschungskapazitäten, Universitäten, Exzellenzen. Das alles lassen Sie brachliegen, indem Sie kürzen. Sie kürzen in einem Haushalt, den Sie aufblähen, indem Sie weitere Ausgaben beschließen.

(Zurufe der Abg. Alexander Salomon und Andrea Lindlohr GRÜNE)

Ich sage es noch einmal: 16 % mehr Ausgaben. Aber dort kürzen Sie genau an den entscheidenden Baustellen, nämlich im Bereich der Forschung. Das soll jemand verstehen.

(Beifall bei der CDU und Abgeordneten der FDP/DVP – Abg. Friedlinde Gurr-Hirsch CDU: An den falschen Stellen!)

Meine sehr verehrten Damen und Herren, dann haben Sie auch dieses Land noch nicht verstanden.

(Abg. Martin Rivoir SPD: Das Land versteht Sie auch nicht! – Zuruf des Abg. Wolfgang Drexler SPD – Abg. Claus Schmiedel SPD: Ich habe gedacht, die Frauen verstehen Sie nicht! – Heiterkeit bei Abgeordneten der Grünen und der SPD)

Warum ist Baden-Württemberg denn so stark geworden? Weil baden-württembergische Politik eine integrative, eine integrierte Politik sein muss.

(Abg. Andreas Schwarz GRÜNE: Das Frauenbild der CDU sagt alles!)

Jede Raumschaft in diesem Land hat ihre eigenen Herausforderungen.

(Abg. Daniel Andreas Lede Abal GRÜNE: Sie sind auch eine! – Heiterkeit bei den Grünen und der SPD)

Jede Raumschaft ist differenziert zu betrachten. Differenzierte Herausforderungen bedürfen allerdings auch differenzierter Lösungen. Meine sehr verehrten Damen und Herren, des-

(Peter Hauk)

halb darf es nicht sein, dass Schwarzwaldtäler zuwachsen. Deshalb darf es nicht sein, dass eine Zentralisierung von Unternehmen erfolgt, wie Ihre Aussage war, Herr Verkehrsminister. Sie haben gesagt: „Dann ziehen Sie doch um an einen Standort in der Nähe einer Autobahn, wenn Ihnen die Infrastruktur nicht passt.“ So in etwa haben Sie sich wiederholt geäußert. Das ist arrogant.

Meine Damen und Herren, wir brauchen ein flächendeckendes politisches Konzept.

(Beifall bei der CDU und der FDP/DVP – Zuruf des Abg. Wolfgang Drexler SPD)

Wir brauchen Antworten auf die Herausforderungen der Großstädte und Ballungsräume, genauso wie wir Antworten auf die Herausforderungen des ländlichen Raumes brauchen.

(Abg. Daniel Andreas Lede Abal GRÜNE: Das ist jetzt aber CDU!)

Wir dürfen nicht den einen gegen den anderen ausspielen. Genau das tun Sie aber. Sie spalten dieses Land, und das ist nicht gut.

(Beifall bei der CDU und des Abg. Dr. Hans-Ulrich Rülke FDP/DVP)

Meine sehr verehrten Damen und Herren, gleich werden die Kollegen Sitzmann und Schmiedel das Wort ergreifen. Es ist klar, was dann kommen wird.

(Zuruf von der SPD: Das Niveau steigt!)

Frau Sitzmann wird wieder Opposition spielen und sich über die heutige Opposition empören.

(Abg. Andreas Stoch SPD: Das ist heute ganz unmöglich!)

Das jüngste Abschneiden von Claudia Roth zeigt: Empört sein reicht nicht.

(Beifall bei der CDU und des Abg. Dr. Hans-Ulrich Rülke FDP/DVP)

Herr Kollege Schmiedel wird dann vorgaukeln, es gebe eine Erblast, und wird darauf aufmerksam machen, was alles in den vergangenen Jahren so schlimm war.

(Abg. Wolfgang Drexler SPD: Fakten! – Abg. Andreas Schwarz GRÜNE: Fakten! Fakten! Fakten!)

Ich kann es Ihnen sagen, meine sehr verehrten Damen und Herren: Wir waren immer spitze.

(Beifall bei der CDU und der FDP/DVP – Lachen bei den Grünen und der SPD – Abg. Andreas Stoch SPD: So wie heute! Der Hans Rosenthal der Landespolitik! – Unruhe – Glocke des Präsidenten)

Wir haben gespart. Sie lamentieren. Einen echten Leistungsnachweis sind Sie uns bis zum heutigen Tag schuldig geblieben.

(Zuruf des Abg. Dr. Markus Rösler GRÜNE)

Jetzt ist harte Arbeit gefragt, und jetzt ist Handeln gefragt. Zum zweiten Mal bringen Sie einen Haushaltsentwurf ein, der gesetzwidrig ist. Das war zum einen der Nachtragshaushaltsentwurf 2011, und das ist zum anderen dieser Haushaltsentwurf. Schulden, so weit das Auge reicht.

Einen Platz in der Geschichte haben Sie sich erkämpft. Dem „Schulden-Schmid“ ist sein Platz in der Geschichte des Landes sicher. Noch nie hat es eine Landesregierung – auch nicht in konjunkturell schwierigen Zeiten – geschafft, auf die bisher bestehenden Altschulden, die seit fünf Jahren nicht mehr erhöht worden sind – mit Ausnahme des Jahres 2010 –

(Abg. Edith Sitzmann GRÜNE: Aha! – Unruhe)

– 8 % weniger Steuereinnahmen. Heute haben wir 2,5 % mehr Steuereinnahmen, Frau Kollegin Sitzmann. Sie haben innerhalb kürzester Zeit 3,3 Milliarden € neue Schulden aufgehäuft. Das ist die nackte Wahrheit. Da nutzt auch ihre Verschleierungstaktik nichts.

(Beifall bei der CDU und Abgeordneten der FDP/DVP)

Deshalb wollen wir es uns und den Mitgliedern des Finanz- und Wirtschaftsausschusses nicht zumuten, über einen offenkundig rechtswidrigen Haushaltsentwurf abstimmen zu müssen.

(Abg. Wolfgang Drexler SPD: EnBW! Neckarpri!)

Meine sehr verehrten Damen und Herren, deshalb fordern wir, dass der von der Landesregierung vorgelegte Gesetzentwurf über die Feststellung des Staatshaushaltsplans von Baden-Württemberg für die Haushaltsjahre 2013/2014 sowie der Gesetzentwurf für das Haushaltsbegleitgesetz 2013/2014 zusammen mit den Haushaltsplänen an die Regierung zurückverwiesen werden. Eine Überweisung an den Finanz- und Wirtschaftsausschuss darf unseres Erachtens nicht stattfinden.

(Beifall bei der CDU und Abgeordneten der FDP/DVP)

Wir fordern, dass die Landesregierung dem Landtag unverzüglich einen überarbeiteten Gesetzentwurf über die Feststellung des Staatshaushaltsplans von Baden-Württemberg für die Haushaltsjahre 2013/2014 zuleitet, mit dem erstens keine neuen Schulden aufgenommen werden und mit dem zweitens die immer noch geltende Schuldenbremse gemäß der Landeshaushaltsordnung eingehalten wird. Die Deckungslücken der während der Wirtschaftskrise aufgestellten letzten mittelfristigen Finanzplanung der CDU-FDP/DVP-Regierung aus dem Jahr 2010 für die Jahre 2013 und 2014 können durch die Steuermehreinnahmen aufgrund der vergangenen Steuerschätzungen locker aufgefangen werden.

(Beifall bei der CDU und Abgeordneten der FDP/DVP)

Meine Damen und Herren, jetzt gelten keine Ausreden mehr. Zuhören ist in Ordnung. Nach dem Zuhören muss aber das Handeln folgen. Alle haben Ihnen zwischenzeitlich etwas gesagt: Beamte, Lehrer, Bürger, Kommunen, die Opposition, andere Menschen im Land.

(Abg. Wolfgang Drexler SPD: Feuerwehr!)

(Peter Hauk)

Sie haben das hoffentlich alles gehört. Jetzt wollen wir endlich von Ihnen etwas hören, und zwar Konzepte und Lösungen, die nicht in Schulden münden,

(Zuruf des Abg. Daniel Andreas Lede Abal GRÜNE)

sondern in einen ausgeglichenen Staatshaushaltsplan für Baden-Württemberg. Das ist unsere Forderung.

(Abg. Wolfgang Drexler SPD: Ich sage nur Neckarpri!)

Das ist die Herausforderung für die Regierung in diesem Land. Diese Herausforderung müssen Sie erfüllen, meine sehr verehrten Damen und Herren.

(Beifall bei der CDU und Abgeordneten der FDP/DVP)

Hängen Sie an Ihre Schuldenhütte, die Sie aufgebaut haben, das Schild „Betreten verboten – Einsturzgefahr“.

(Lachen des Abg. Andreas Schwarz GRÜNE – Abg. Wolfgang Drexler SPD: Aber das Windrad vorher weg!)

Noch steht Ihnen die Tür für einen soliden Haushalt offen. Nutzen Sie diese Chance,

(Abg. Walter Heiler SPD: Hausmeister Hauk!)

und bürden Sie unseren Kindern nicht noch neue Lasten für die Zukunft auf.

(Anhaltender Beifall bei der CDU – Beifall bei der FDP/DVP)

Präsident Guido Wolf: Für die Fraktion GRÜNE erteile ich Frau Kollegin Sitzmann das Wort.

(Zuruf von den Grünen: Jetzt wird es besser!)

Abg. Edith Sitzmann GRÜNE: Herr Präsident, meine Damen und Herren, liebe Kolleginnen und Kollegen! Eine Sternstunde des Parlaments war das wahrlich nicht.

(Beifall bei den Grünen und der SPD – Abg. Karl-Wilhelm Röhm CDU: Aber jetzt kommt sie! Da sind wir sicher! – Abg. Dr. Hans-Ulrich Rülke FDP/DVP: Kommt jetzt eine?)

Es war eher ein Tiefpunkt, wie wir ihn selten in diesem Haus erlebt haben.

(Beifall bei Abgeordneten der Grünen – Abg. Klaus Herrmann CDU: Der kommt jetzt!)

Wir, die grüne Landtagsfraktion, hatten in 30 Jahren Opposition immer den Grundsatz „Eine gute Opposition regiert mit“. Das haben wir getan.

(Lachen bei Abgeordneten der CDU und der FDP/DVP – Abg. Peter Hauk CDU: Das ist hinreichend bekannt! – Abg. Wolfgang Drexler SPD: Eine Alternative haben wir aufgezeigt! – Weitere Zurufe)

Die Wählerinnen und Wähler haben bei der letzten Landtagswahl unsere Ernsthaftigkeit honoriert.

(Abg. Dr. Hans-Ulrich Rülke FDP/DVP: Auf die Probe gestellt!)

Über 1,2 Millionen Menschen haben uns gewählt.

(Abg. Karl-Wilhelm Röhm CDU: Herzlichen Glückwunsch! – Weitere Zurufe)

Wir können heute feststellen: Jetzt sind Sie in der Opposition; Sie regieren nicht mit.

(Abg. Claus Schmiedel SPD: Gott sei Dank! – Zuruf von der CDU: Das sieht man am Haushalt!)

Sie polemisieren, Sie machen sich lächerlich. Sie haben sich auch disqualifiziert. Sie haben in allem maßlos überzogen. Sie haben sich um Kopf und Kragen geredet, Herr Kollege Hauk.

(Lebhafter Beifall bei den Grünen und der SPD – Abg. Karl-Wilhelm Röhm CDU: Und Sie verstoßen gegen die Landeshaushaltsordnung! – Abg. Peter Hauk CDU: In Bewertungen sind Sie immer schwach!)

Sie haben viel Absurdes gesagt, aber Sie haben auch einen unsäglichen Begriff gebraucht,

(Unruhe – Glocke des Präsidenten)

nämlich den Begriff „Kurdenfeldzüge“.

(Abg. Wolfgang Drexler SPD: Ja! – Zuruf von den Grünen: Peinlich!)

Sie sollten diesen Begriff zurücknehmen, und Sie sollten sich dafür entschuldigen.

(Lebhafter Beifall bei den Grünen und der SPD – Abg. Alexander Salomon GRÜNE: Gut! – Abg. Karl-Wilhelm Röhm CDU: „Zu Felde ziehen“ ist ein ganz normaler deutscher Begriff!)

Tausende von Menschen kurdischer Abstammung leben seit vielen, vielen Jahren hier in Baden-Württemberg.

(Abg. Karl-Wilhelm Röhm CDU: Herzlich willkommen!)

Sie leben hier friedlich und gut integriert. Diese Gruppe von Menschen

(Zuruf: Generell!)

mit einem Begriff wie „Kurdenfeldzüge“ zu diskriminieren, das schlägt dem Fass den Boden aus.

(Lebhafter Beifall bei den Grünen und der SPD – Abg. Karl-Wilhelm Röhm CDU: Lächerlich! Da waren die gemeint, die zu Felde ziehen, sonst niemand! – Unruhe – Glocke des Präsidenten)

Also, Herr Kollege Hauk: Im Interesse einer solidarischen Gesellschaft in diesem Land mit allen Menschen, die hier leben, fordere ich Sie noch einmal auf: Entschuldigen Sie sich für diesen Begriff in aller Form.

(Beifall bei den Grünen und der SPD – Abg. Karl-Wilhelm Röhm CDU: „Zu Felde ziehen“ ist ein normaler deutscher Begriff!)

(Edith Sitzmann)

Meine Damen und Herren, wir wollen in Baden-Württemberg die Schuldenbremse.

(Zuruf von der CDU: Wir haben sie!)

Wir haben uns mit diesem Haushalt 2013/2014 bereits auf den Weg zur Einhaltung der Schuldenbremse gemacht. Ich werde es ausführen.

(Abg. Karl-Wilhelm Röhm CDU: Das ist aber ein ehrgeiziges Ziel, das Sie sich vorgenommen haben!
– Weitere Zurufe von der CDU)

Aber wir wollen auch keine Politikbremse. Denn nicht umsonst hat es im letzten Jahr in diesem Land einen Regierungswechsel gegeben,

(Abg. Peter Hauk CDU: Der berechtigt zum Schuldenmachen?)

weil wir nämlich dringend einen Politikwechsel in Baden-Württemberg brauchen,

(Abg. Volker Schebesta CDU: Deshalb muss die Schuldenbremse weg!)

weil es viele falsche Weichenstellungen in diesem Land gibt. Wir haben bereits begonnen, diese falschen Weichenstellungen zu korrigieren und neue Impulse zu setzen, die Baden-Württemberg dringend braucht, um auch in Zukunft stark zu sein, meine Damen und Herren.

(Beifall bei den Grünen und der SPD)

Wir wollen die Schuldenbremse, und wir wollen Politik gestalten. Dazu gehört die Umsetzung der Energiewende. Sie haben die Herausforderung angesprochen, Herr Kollege Hauk.

(Abg. Peter Hauk CDU: Was tun Sie?)

Wir reden nicht nur. Wir haben z. B. das Programm Energieeffizienz für kleine und mittlere Unternehmen aufgelegt. Denn die wichtigsten Akteure für die Energiewende sitzen im Handwerk, sitzen im Mittelstand. Sie sind diejenigen, die dazu beitragen, dass die Energiewende bei uns gelingt. Wenn Sie als Opposition jetzt meinen, wir dürften nur noch darauf schauen, keinen Euro Schulden zu machen, dann sollten Sie in den Haushaltsberatungen beantragen, dieses Programm zu kürzen, meine Damen und Herren.

(Abg. Winfried Mack CDU: Gilt für Sie das Gesetz?)

Wenn Sie wollen, dass Baden-Württemberg in Zukunft für den internationalen Wettbewerb um umweltfreundliche Technologien und Produkte gut gerüstet ist, dann müssen Sie unsere Initiative, z. B. die Landesagentur für Leichtbau, unterstützen. Wenn Sie der Ansicht sind, dass das nicht richtig ist, dann sollten Sie in den Haushaltsberatungen die entsprechenden Kürzungsanträge stellen, meine Damen und Herren.

(Abg. Winfried Mack CDU: Das ist ja peinlich, was Sie da von sich geben!)

Da Sie sich aber nun weigern, sich überhaupt an den Beratungen im Finanzausschuss zu beteiligen, wenn Sie sagen, der Haushaltsplanentwurf solle nicht an den Finanzausschuss

überwiesen werden, geben Sie sich wirklich eine Blöße. Denn Sie stellen sich hier einfach hin und sagen: „Wir wollen keine neuen Schulden mehr.“ Sie sagen aber kein einziges Wort, wie das funktionieren soll.

(Abg. Peter Hauk CDU: Nein! – Abg. Karl-Wilhelm Röhm CDU: Sie regieren doch, oder?)

Dass Sie auch noch falsch gerechnet haben und die Grundrechenarten nicht beherrschen,

(Staatssekretär Ingo Rust: Das ist nichts Neues!)

darauf komme ich in meiner Rede noch zurück.

(Abg. Karl-Wilhelm Röhm CDU: Also ist das ein Sparhaushalt? Haben wir es nicht verstanden, oder?)

Meine Damen und Herren, wir setzen in wichtigen Bereichen Schwerpunkte. Das gilt für das Thema „Vereinbarkeit von Familie und Beruf“. Auch das ist nicht nur ein Frauenthema; es ist kein „Gedöns“. Vielmehr ist das auch eine wichtige Standortfrage.

(Abg. Winfried Mack CDU: „Gedöns“ kommt von Schröder!)

Die Frage ist, ob wir in Zeiten der momentanen demografischen Entwicklung gut für die Zukunft gerüstet sind und ob kompetente Frauen die Möglichkeit haben, ihre Kompetenz auch im Arbeitsleben einzubringen.

(Beifall bei den Grünen und Abgeordneten der SPD – Abg. Winfried Mack CDU: „Gedöns“ kommt von Rot-Grün! – Abg. Karl-Wilhelm Röhm CDU: Wir wollen, dass alle Frauen, nicht nur kompetente, Erfolg haben!)

Das haben Sie in der Vergangenheit versäumt. Unser Problem ist im Moment: Der Bund kommt nicht aus den Startlöchern. Wir haben unsere Hausaufgaben gemacht: Die Kommunen erhalten ab 2014 68 % der Betriebskosten für die Kleinkindbetreuung. Im Gegensatz dazu hat der Bund die Zuschüsse gedeckelt. Er hat bürokratische Hindernisse aufgebaut. Das macht die Umsetzung des Rechtsanspruchs auf einen Kita-Platz ab dem ersten Lebensjahr eines Kindes schwierig. Das sind die Probleme, um die wir ringen sollten, Herr Kollege Hauk, während Sie hier maßlose Übertreibungen losgelassen haben.

(Beifall bei den Grünen und Abgeordneten der SPD)

Wir schauen auf die Städte, wir schauen auf den ländlichen Raum. Wir sorgen dafür, dass es im ganzen Land eine gute Infrastruktur gibt, eine gute Infrastruktur, was den Verkehr betrifft, eine gute Infrastruktur, was die Bildung betrifft, und eine gute Infrastruktur, was die sozialen Angebote betrifft.

Lassen Sie mich hierfür ein Beispiel nennen. Mit einer vergleichsweise geringen Summe von 4 Millionen € fördern wir die Sozialpsychiatrischen Dienste in diesem Land. Das ist wichtig für die Versorgung in der Fläche, und es ist wichtig, um eine Balance zwischen ambulanter und stationärer Versorgung hinzubekommen, meine Damen und Herren.

(Beifall bei den Grünen und Abgeordneten der SPD)

(Edith Sitzmann)

Das waren einige Beispiele für unsere Haltung, die lautet: Wir wollen Politik im Interesse des Landes gestalten. Aber klar ist auch: Wir wollen und werden die Schuldenbremse einhalten. Wir werden sie einhalten, weil sie im Grundgesetz steht. Wir wollen sie aber auch einhalten, weil dies aus Gründen der Generationengerechtigkeit essenziell wichtig ist.

(Abg. Peter Hauk CDU: Das sind doch Sprechblasen!
– Abg. Helmut Walter Rüeck CDU: Im Allgemeinen nennt man das Selbsttäuschung!)

Wir haben uns vorgenommen, dass wir entgegen Ihrer Politik in der Vergangenheit, werte Kolleginnen und Kollegen von der CDU, keine Schuldenberge hinterlassen wollen,

(Abg. Helmut Walter Rüeck CDU: Dann macht es doch auch!)

sondern den Haushalt konsolidieren wollen.

(Abg. Peter Hauk CDU: Halluzinationen!)

Aber ich sage Ihnen eines: Was wir nicht wollen, ist, mit einem übereilten, undurchdachten Sparkurs einen gigantischen Flurschaden in diesem Land anzurichten.

(Zuruf des Abg. Matthias Präfrock CDU)

Das wollen wir im Gegensatz zu Ihnen nicht.

(Abg. Karl-Wilhelm Röhm CDU: Können Sie einmal darlegen, was daraus resultieren sollte?)

Vielmehr werden wir mit Maß und Ziel vorgehen, meine Damen und Herren.

(Beifall bei den Grünen und Abgeordneten der SPD)

Wir haben die ersten Schritte bereits getan. Ich sage „die ersten Schritte“.

(Abg. Dr. Hans-Ulrich Rülke FDP/DVP: Die ersten Rückschritte!)

Wir werden daran weiterarbeiten. Die Arbeit hat mit diesen Haushaltsberatungen gerade erst begonnen und ist noch nicht abgeschlossen. Wir haben die vorgesehenen Einsparungen von 550 Millionen € im Jahr 2013 und 800 Millionen € im Jahr 2014 erreicht. Wir haben mit den strukturellen Einsparungen, die wir beschlossen haben,

(Abg. Peter Hauk CDU: Landeserziehungsgeld, genau!)

den Grundstein dafür gelegt, dass die Deckungslücke in Höhe von 2,5 Milliarden € bis 2020 bereits um ein Drittel reduziert wird.

(Abg. Peter Hauk CDU: Was ist denn das für eine Rechnung?)

Mit dem, was wir heute beschließen, baut sich ein Einsparvolumen von über 800 Millionen € bis 2020 auf.

(Abg. Peter Hauk CDU: Diese Art der Mathematik ist unsäglich!)

Das bedeutet, die Deckungslücke von 2,5 Milliarden € haben wir damit um ein Drittel reduziert, Herr Kollege Hauk.

(Zurufe der Abg. Peter Hauk CDU und Dr. Hans-Ulrich Rülke FDP/DVP)

Das ist, finde ich, ein beachtlicher Schritt. Das haben Sie noch nie geschafft.

(Beifall bei den Grünen und Abgeordneten der SPD – Abg. Peter Hauk CDU: Was ist denn das für eine Art der Mathematik? – Abg. Karl-Wilhelm Röhm CDU: Können Sie das noch einmal wiederholen? Das habe ich nicht verstanden! – Gegenruf des Abg. Dr. Hans-Ulrich Rülke FDP/DVP: Herr Röhm, da müssen Sie auf die Gemeinschaftsschule!)

Ich sage Ihnen: Was Sie in Ihrer Regierungszeit von 58 Jahren geschaffen haben, ist ein CDU-Schuldenberg von über 43 Milliarden €.

(Abg. Karl-Wilhelm Röhm CDU: Sie wollen doch alle mitnehmen! Können Sie das noch einmal wiederholen, damit ich es auch verstehe?)

Es besteht ein Sanierungsstau bei Landesgebäuden, bei Straßen, bei Brücken sowie im Hochschulbereich von mehreren Milliarden Euro; das hat der Rechnungshof alles dargelegt. Sie haben Pensionsverpflichtungen in Höhe von 70 Milliarden € hinterlassen

(Abg. Karl-Wilhelm Röhm CDU: Wollen Sie den Leuten die Pensionen streichen, oder was?)

und dafür fast keine Rückstellungen gebildet. Das ist Ihre Hinterlassenschaft.

(Abg. Karl-Wilhelm Röhm CDU: Wollen Sie die Pensionen streichen?)

Von einem gut bestellten Haus, wie Sie es hier dargestellt haben, kann wirklich keine Rede sein.

Wir müssen uns an die Sanierung bei Gebäuden, bei Straßen, bei Schulen und beim Landeshaushalt machen,

(Abg. Karl-Wilhelm Röhm CDU: Sie wollten doch noch mehr Lehrer!)

weil Sie das über Jahrzehnte versäumt haben, meine Damen und Herren.

(Beifall bei den Grünen und Abgeordneten der SPD)

Jetzt haben Sie vermeintlich schöne Ländervergleiche angeführt.

(Abg. Peter Hauk CDU: Sie stimmen halt!)

Aber Sie schauen nur oberflächlich hin und rechnen nicht richtig.

(Zuruf des Abg. Helmut Walter Rüeck CDU)

Sie haben unser Land mit Bremen verglichen. Man kann sagen: Da gibt es durchaus Gemeinsamkeiten.

(Edith Sitzmann)

(Abg. Dr. Hans-Ulrich Rülke FDP/DVP: Ja, allerdings! – Abg. Peter Hauk CDU: Ich habe in allererster Linie mit Bayern verglichen!)

Wissen Sie, was die Gemeinsamkeiten zwischen diesen beiden Ländern sind? Eine Gemeinsamkeit ist, dass Baden-Württemberg und Bremen einen gigantischen Schuldenberg haben, der diese Länder drückt

(Abg. Winfried Mack CDU: Oh du meine Güte! – Abg. Karl-Wilhelm Röhm CDU: Den erhöhen Sie deswegen jetzt!)

und dafür sorgt, dass wir in Baden-Württemberg fast 2 Milliarden € Zinsen für diesen Schuldenberg zahlen müssen.

(Zuruf der Abg. Friedlinde Gurr-Hirsch CDU)

Das ist ein Problem, das Bremen hat und das auch wir hier in Baden-Württemberg haben.

(Beifall bei Abgeordneten der Grünen – Zuruf des Abg. Karl-Wilhelm Röhm CDU)

Werte Kolleginnen und Kollegen, Sie wollen die Wahrheit nicht hören.

(Abg. Dr. Hans-Ulrich Rülke FDP/DVP: Die Wahrheit schon! – Unruhe – Glocke des Präsidenten)

Wenn wir diese Hinterlassenschaft nicht hätten, wenn wir nicht fast 2 Milliarden € Zinsen zahlen müssten,

(Abg. Karl-Wilhelm Röhm CDU: Die werden aber mehr durch Ihre Politik!)

dann könnten wir nicht nur auf neue Schulden verzichten, sondern – wenn man richtig rechnet – könnten sogar 100 oder 200 Millionen € zurückführen.

(Abg. Andreas Schwarz GRÜNE: Genau! So ist es!)

So stimmt die Rechnung, Herr Kollege Hauk, und nicht so, wie Sie es gesagt haben.

(Beifall bei den Grünen und Abgeordneten der SPD – Abg. Karl-Wilhelm Röhm CDU: Daraus resultiert die Logik: neue Schulden!)

Es sind die Altschulden, die uns drücken.

(Abg. Karl-Wilhelm Röhm CDU: Deswegen machen Sie neue!)

Ich habe es gerade dargestellt. Wir zahlen fast 2 Milliarden € an Zinsen pro Jahr. Sie haben auch den Vergleich mit Bayern angeführt. Bayern zahlt 0,63 Milliarden € Zinsen pro Jahr. Bayern hat nämlich einen niedrigeren Schuldenberg als Baden-Württemberg. Also, CDU und CSU haben durchaus unterschiedlich gewirtschaftet. Von wegen, sie hätten sich gegenseitig zu Höchstleistungen angespornt. Das ist einfach lächerlich. Wenn Sie sich hätten anspornen lassen, dann hätten wir heute weniger Schulden,

(Abg. Friedlinde Gurr-Hirsch CDU: Dann wären unsere Kommunen ärmer dran!)

hätten eine geringere Zinslast und könnten jetzt auf die Aufnahme neuer Schulden verzichten. Das ist die Wahrheit.

(Beifall bei den Grünen und der SPD – Abg. Karl-Wilhelm Röhm CDU: Das glaubt Ihnen niemand mehr!)

Wenn man Ihre Rede gehört hat, dann hat man den Eindruck, als wären Sie erst vor einem Jahr in den Landtag gewählt worden.

(Abg. Friedlinde Gurr-Hirsch CDU: Das geht jetzt aber hart an der Arroganz vorbei!)

Sie haben all das, was jahrzehntelang vorher war, welche Herausforderungen es gibt, einfach unterschlagen.

(Abg. Peter Hauk CDU: Nennen Sie doch einmal welche!)

Sie haben den Kontakt zum Land Baden-Württemberg verloren.

(Lachen des Abg. Peter Hauk CDU)

Das hat man an vielen Ihrer Beispiele gemerkt. Nachgewiesenermaßen ist es wohl so, dass Frauen die Wirtschaftskompetenz nicht mehr bei Ihnen, sondern bei den Grünen sehen.

(Abg. Peter Hauk CDU: So ein Blödsinn!)

Wenn Sie so weitermachen, Herr Kollege Hauk,

(Zuruf des Abg. Peter Hauk CDU)

dann werden Sie auch bei den Themen des Wandels, bei den Herausforderungen in den Städten und im ländlichen Raum bei den Wählerinnen und Wählern kein Vertrauen gewinnen können. Beim Thema Wirtschaft haben Sie schon ein Problem.

Ich würde gern Herrn Driftmann, den Präsidenten des Deutschen Industrie- und Handelskammertags, aus der „Wirtschaftswoche“ vom 11. Juni zitieren. Da ging es um das Thema Betreuungsgeld.

(Abg. Matthias Präfrock CDU: Sind wir jetzt beim Landeshaushalt oder beim Betreuungsgeld?)

Er sagte – ich zitiere –:

Dieses Thema regt mich wirklich auf! Die 1,2 Milliarden €, die hier künftig ausgegeben werden sollen, sollte man besser nutzen, um die Kinderbetreuung wie versprochen auszubauen.

Wir haben das in Baden-Württemberg getan.

Ich rate dringend vom Betreuungsgeld ab. Es setzt für den Arbeitsmarkt die falschen Signale.

(Abg. Matthias Präfrock CDU: Thema!)

So ist es, meine Damen und Herren. Die CDU setzt für den Arbeitsmarkt die falschen Signale. Wir von Grün-Rot setzen die richtigen Signale.

(Beifall bei den Grünen und Abgeordneten der SPD)

(Edith Sitzmann)

Sie haben zum wiederholten Mal versucht, vieles unter den Teppich zu kehren. Kein Wunder: Der schwarze Teppich fliegt nicht mehr; er modert vor sich hin.

(Heiterkeit bei den Grünen und der SPD – Abg. Friedlinde Gurr-Hirsch CDU: Das hätten Sie wohl gern!)

Teppichreinigung ist angesagt, meine Damen und Herren.

(Heiterkeit bei Abgeordneten der Grünen und der SPD)

Wir haben uns auf den Weg gemacht,

(Abg. Peter Hauk CDU: Neue Schulden!)

die Hinterlassenschaften, z. B. die Sanierungsstaus, Schritt für Schritt abzubauen – mit einer Sanierungsrücklage von 560 Millionen €

(Abg. Peter Hauk CDU: Die ist inzwischen ural!)

für Landesgebäude, Straßen und Schienen. Von diesen 560 Millionen € werden wir 234 Millionen € in den Jahren 2013 und 2014 einsetzen, um diese wichtige Aufgabe weiter voranzubringen. Wenn ich mich recht entsinne, haben Sie in den letzten Haushaltsberatungen die Sanierungsrücklage abgelehnt. Das heißt, Sie sind nicht bereit, in sanierungsbedürftige Gebäude, in Landesstraßen zu investieren. Das zeigt schon, wie kurzsichtig Sie denken und wie kurzsichtig Ihre Politik ist.

(Beifall bei den Grünen und Abgeordneten der SPD)

Lassen Sie mich noch ein paar weitere Punkte nennen, wo wir in diesem Haushalt Schwerpunkte setzen. Die Schulen in freier Trägerschaft haben schon längst einen gerichtlich bestätigten Anspruch, endlich nach dem Bruttokostenmodell gefördert zu werden. Das haben Sie nicht hinbekommen. Wir haben jetzt einen Pfad aufgezeigt, damit wir die Schulen in freier Trägerschaft

(Abg. Friedlinde Gurr-Hirsch CDU: Es gibt zwei Qualitäten von privaten Schulen! – Zuruf des Abg. Dr. Hans-Ulrich Rülke FDP/DVP)

schrittweise so fördern, wie es ihnen zusteht.

(Abg. Dr. Dietrich Birk CDU: Trotzdem werden die ganz mies behandelt!)

Meine Damen und Herren, wir werden dem großen Bedarf an Schulsozialarbeit Rechnung tragen.

(Abg. Dr. Dietrich Birk CDU: Was sagen Sie denn den kirchlichen Schulen? Sagen Sie dazu einmal etwas!)

Herr Kollege, wir werden für die Unterstützung der Schulsozialarbeit 15 Millionen € pro Jahr zur Verfügung stellen, und wir werden dem großen Bedarf gerecht werden und 2014 weitere 10 Millionen € zur Verfügung stellen. Das ist eine gute Investition für unsere Kinder und Jugendlichen, eine Investition, der Sie sich jahrelang verweigert haben, meine Damen und Herren.

(Beifall bei den Grünen und Abgeordneten der SPD)

Und ja, wir führen eine Polizeistrukturereform durch. Wir machen sie,

(Abg. Dr. Friedrich Bullinger FDP/DVP: Gegen den ländlichen Raum! – Gegenrufe von den Grünen)

weil wir vor dem Problem stehen, dass Sie in Ihrer Zeit 1 000 Stellen bei der Polizei gestrichen haben. Die Polizei ist personell unterbesetzt; auch das ist ein Ergebnis Ihrer ehemaligen Regierungspolitik – ein trauriges Ergebnis, wie wir finden.

(Abg. Alexander Salomon GRÜNE: Ein Skandal ist das!)

Deshalb bringen wir eine Strukturreform auf den Weg, die im ganzen Land die innere Sicherheit gewährleistet und die im ganzen Land, in der Fläche,

(Abg. Peter Hauk CDU: Löcher aufreißt! – Abg. Helmut Walter Rüeck CDU: Frau Kollegin, wovon träumen Sie nachts?)

dafür sorgt, dass es ausreichend Präsenz gibt –

(Abg. Dr. Friedrich Bullinger FDP/DVP: Kripo von Stuttgart bis Nürnberg!)

trotz knapper Kassen. Auch das ist eine Reaktion auf die Hinterlassenschaften der von der CDU geführten Regierung. Es ist traurig, dass wir das jetzt beheben müssen und Sie nicht schon früher eine viel weitsichtigere Politik betrieben haben.

(Beifall bei den Grünen und der SPD)

Ja, meine Damen und Herren, wenn es darum geht, den Haushalt zu konsolidieren, ist klar: Das tut auch weh. Mit der Konsolidierung sind Entscheidungen verbunden, die nicht einfach sind. Wir sind bereit, mit vielen Beteiligten in den Dialog zu treten. Herr Kollege Hauk, ich glaube nicht, dass Sie in den vielen Jahren Ihrer Regierungszeit so viele Gespräche geführt haben wie wir in anderthalb Jahren,

(Abg. Dr. Hans-Ulrich Rülke FDP/DVP: Das müssen aber Selbstgespräche gewesen sein! – Heiterkeit des Abg. Karl-Wilhelm Röhme CDU)

und zwar, Herr Kollege Rülke, auf Augenhöhe. Wir führen diese Gespräche; wir stehen im Dialog mit dem Beamtenbund, mit den Gewerkschaften, mit den Kirchen, mit Verbänden und Initiativen in diesem Land,

(Abg. Dr. Friedrich Bullinger FDP/DVP: Hinterher vielleicht!)

und wir nehmen die Anliegen, die an uns herangetragen werden, sehr ernst.

(Abg. Dr. Dietrich Birk CDU: Aber nicht auf!)

Es gibt aber für diesen Haushalt die Notwendigkeit der Konsolidierung; ich habe es dargestellt. Deshalb können wir auf der einen Seite nicht alle Wünsche, die an uns herangetragen werden, erfüllen, und auf der anderen Seite müssen wir Konsolidierungsschritte unternehmen, um den Haushalt bis 2020 zu entlasten.

(Edith Sitzmann)

(Abg. Dr. Hans-Ulrich Rülke FDP/DVP: Wann fangen Sie damit an?)

Damit sind wir auch beim Thema „Anpassungen im Personalbereich“. Wir werden Anpassungen vornehmen; wir halten die Schritte, die wir dabei tun, für zumutbar. Dass das nicht immer Freude hervorruft, wissen wir, und dass das manchen auch wehtut, wissen wir auch. Aber wir sehen uns gezwungen, hier etwas zu tun, weil der Personalkostenanteil im Landeshaushalt über 40 % beträgt, weil wir pro Jahr eine Steigerung um 500 bis 600 Millionen € bei den Personalkosten haben. Das, was wir jetzt an Maßnahmen vorgesehen haben, führt lediglich dazu, dass wir den Anstieg etwas abdämpfen können. Darum geht es; deshalb machen wir das, meine Damen und Herren.

Wir hätten gern von Ihnen erfahren, ob Sie als Opposition die Einsicht haben, dass diese Maßnahmen umgesetzt werden müssen. Sie haben sich dazu nur sehr allgemein geäußert, wie bei vielen anderen Dingen auch, und haben nicht konkret Ja oder Nein gesagt.

(Abg. Peter Hauk CDU: Schauen Sie sich einmal den Stellenplan an!)

Also, meine Damen und Herren, hier sind Sie klare Antworten schuldig geblieben.

Ein Thema, über das am kritischsten diskutiert wurde und wird, ist die Absenkung der Eingangsbesoldung um 4 % in den ersten drei Jahren der Beschäftigung im gehobenen und im höheren Dienst. Klar, das tut niemand gern.

(Zuruf des Abg. Dr. Dietrich Birk CDU)

Auf der anderen Seite sind wir davon überzeugt, dass der öffentliche Dienst in Baden-Württemberg nach wie vor attraktiv ist, dass vieles dafür spricht, sich für eine Laufbahn im öffentlichen Dienst in Baden-Württemberg zu entscheiden. Es gibt viele Vorteile wie die Möglichkeit, sich beurlauben zu lassen, Möglichkeiten der flexiblen Arbeitszeit, der Teilzeit, der Arbeitszeitgestaltung unter dem Gesichtspunkt der Vereinbarkeit von Familie und Beruf. Die Arbeitsplatzsicherheit im öffentlichen Dienst ist aufgrund der konjunkturellen Schwankungen durchaus ein schlagkräftiges Argument. Insofern halten wir die Absenkung der Eingangsbesoldung für vertretbar.

Insgesamt – ich habe es gesagt – haben wir unser Ziel,

(Abg. Dr. Hans-Ulrich Rülke FDP/DVP: Verfehlt!)

550 Millionen € im Jahr 2013 und 800 Millionen € im Jahr 2014 einzusparen,

(Abg. Peter Hauk CDU: Glatt verfehlt!)

erreicht. Wir haben strukturelle Maßnahmen auf den Weg gebracht, deren Einsparvolumen sich bis 2020 auf 800 Millionen € erhöht

(Abg. Peter Hauk CDU: Das ist die neue Finanzthematik à la Grün! – Zuruf des Abg. Dr. Hans-Ulrich Rülke FDP/DVP)

und die damit ein Drittel der Deckungslücke ausgleichen. Wir werden in der Kommission für Haushalt und Verwaltungs-

struktur, in den Fraktionen, in den Ministerien weitere Schritte beraten, wie wir Aufgaben im Interesse des Landes qualitativ gut, aber auch schlank und effizient erledigen können und wie wir weitere strukturelle Einsparbeiträge generieren können.

Die Arbeit geht weiter,

(Abg. Karl-Wilhelm Röhm CDU: Das wollen wir doch hoffen!)

und wir sind zuversichtlich und auf einem guten Weg, meine Damen und Herren.

(Beifall bei den Grünen und der SPD – Zuruf des Abg. Helmut Walter Rüeck CDU)

Wir werden an einem Finanzplan 2020 arbeiten, den wir Mitte nächsten Jahres vorlegen werden.

(Abg. Dr. Hans-Ulrich Rülke FDP/DVP: Schuldenplan 2020! – Gegenruf des Abg. Hans-Ulrich Sckerl GRÜNE: Da werden Sie vor Neid erblassen!)

Das ist ein Novum, das ist eine neue Qualität der langfristigen Planung – über die mittelfristige Finanzplanung hinaus –, weil wir überzeugt sind, dass wir uns, um die Schuldenbremse einzuhalten, einen klaren Finanzplan geben sollten, dass wir klare Schritte zum Abbau des strukturellen Defizits definieren sollten und dass wir uns dann auch daran halten müssen.

(Zuruf des Abg. Dieter Hillebrand CDU)

Ich war erfreut, von Ihnen, Herr Hauk, in Ihrer Rede gehört zu haben – übrigens das Einzige, was mich an Ihrer Rede erfreut hat –, dass Sie gesagt haben, Sie stünden weiter für Gespräche zur Verfügung, ob wir die Schuldenbremse in der Landesverfassung verankern.

(Abg. Peter Hauk CDU: Diese Schuldenbremse! – Abg. Volker Schebesta CDU: Die Frage ist nur, welche!)

Es ist uns nach wie vor ein Anliegen, die Schuldenbremse in der Landesverfassung zu verankern mit einem verlässlichen Abbaupfad,

(Abg. Volker Schebesta CDU: In der Haushaltsordnung steht kein Pfad! – Abg. Dr. Friedrich Bullinger FDP/DVP: Trampelpfad!)

auf dem einerseits kein Flurschaden angerichtet wird an den Punkten, die für die Zukunftsfähigkeit des Landes Baden-Württemberg wichtig sind, auf dem investiert und andererseits eben konsolidiert wird. Darüber können wir gern noch einmal zusammen diskutieren.

Uns ist auch wichtig, dass wir Politik gemeinsam mit den Betroffenen – z. B. mit den Kommunen, mit den kommunalen Landesverbänden – machen.

(Abg. Dr. Hans-Ulrich Rülke FDP/DVP: Mit dem Beamtenbund!)

Wir haben das in der Vereinbarung, im Pakt für Familien mit Kindern getan, als es darum ging, dass die Kommunen auch

(Edith Sitzmann)

in Zukunft bereit sind, einen Konsolidierungsbeitrag, einen absteigenden Konsolidierungsbeitrag zu leisten. Das sind gemeinsame Lösungen, das ist eine gemeinsame Finanzierung, und damit agieren wir in gemeinsamer Verantwortung für Baden-Württemberg und für die Menschen, die hier leben.

Lassen Sie mich noch einen wichtigen Punkt zum Thema „Schule und Bildungspolitik“ ansprechen. Wir haben einen demografischen Wandel, einen Rückgang der Zahl der Schülerinnen und Schüler. Das ist nicht neu, Herr Kollege Hauk, sondern das ist bereits seit 2003 so. Die Zahl der Schülerinnen und Schüler geht zurück. Das bedeutet, dass wir selbstverständlich dafür sorgen müssen, dass es im gesamten Land trotz dieser rückläufigen Schülerzahlen ein qualitativ gutes Bildungsangebot für alle Kinder und Jugendlichen gibt. Deswegen machen wir uns auf den Weg einer regionalen Schulentwicklungsplanung.

(Abg. Volker Schebesta CDU: Die Schulen schließen, die keine 40 Schüler pro Klassenstufe haben! – Abg. Karl-Wilhelm Röhm CDU: Qualität durch Größe!)

Die Qualität steht im Vordergrund. Herr Kollege Schebesta, die CDU hat in diesem Jahr doch selbst eine Pressekonferenz gemacht, in der Sie regionale Schulentwicklungskonzepte eingefordert haben.

(Abg. Peter Hauk CDU: Ja! – Abg. Volker Schebesta CDU: Aber keine Schließung von Schulen unter 40 Schülern!)

Sie fordern jetzt das ein, was Sie in den ganzen Jahren nie gemacht haben.

(Abg. Peter Hauk CDU: Das ist absoluter Blödsinn!)

Die meisten Bundesländer haben bereits Schulentwicklungsplanungen.

(Beifall bei den Grünen und der SPD – Abg. Peter Hauk CDU: Sie bauen Parallelstrukturen auf, führen ständig Neues ein, aber ohne Planung! – Abg. Karl-Wilhelm Röhm CDU: Jetzt wird Qualität in Richtung Größe definiert!)

Der demografische Wandel kam nicht mit dem Regierungswechsel, sondern hat schon sehr viel früher angefangen. Er hat dazu geführt, dass seit 2003 die Schülerzahlen sinken. Alle Kinder und Jugendlichen in Baden-Württemberg sollen dennoch da, wo sie im Land wohnen, ein gutes Bildungsangebot haben.

(Abg. Helmut Walter Rüeck CDU: Egal, wie weit sie fahren müssen!)

Wir wollen, dass die derzeit ungerechte Ressourcenverteilung, die dazu führt, dass es einerseits sehr große Klassen gibt, oftmals aber auch sehr kleine Klassen gibt, ausgeglichen wird.

Meine Damen und Herren, wir sorgen dafür, dass alle Kinder – egal, welcher Herkunft – die gleichen Chancen haben und individuell gefördert werden. Wir wissen aus erfolgreichen PISA-Ländern, dass ein Schlüssel dazu das längere gemeinsame Lernen ist. Deshalb halten wir die Gemeinschaftsschule für eine zukunftsweisende Schule. Damit sind wir nicht al-

lein, sonst gäbe es nicht so viele Anträge, gemäß denen sich Schulen und Schulträger auf den Weg machen wollen

(Zuruf des Abg. Karl-Wilhelm Röhm CDU)

und vor Ort Gemeinschaftsschulen aufbauen wollen.

(Beifall bei den Grünen und der SPD – Zuruf des Abg. Karl-Wilhelm Röhm CDU)

Diese Nachfrage ist ein Beweis, dass diese Möglichkeit, die wir nicht von oben verordnen, sondern die wir den Schulen und Schulträgern geben, eine gute Möglichkeit ist. Interesse daran gab es schon während Ihrer Regierungszeit.

(Zuruf des Abg. Karl-Wilhelm Röhm CDU)

Sie haben längeres gemeinsames Lernen einfach verboten; Sie haben es nicht zugelassen. Wir lassen es zu. Wir sind davon überzeugt, dass das im Interesse der Schülerinnen und Schüler ist.

Wir betreiben Haushaltspolitik und Finanzpolitik mit Verantwortung und Weitblick. Es geht eben nicht darum, gigantische Flurschäden zu hinterlassen, sondern es geht darum, klare Abbaupfade zu benennen. Ich habe es gesagt und möchte Ihnen an dieser Stelle noch einmal deutlich machen, dass man nicht so rechnen kann, wie Sie, Herr Hauk, vorhin gerechnet haben. Sie haben gesagt, wir hätten über 3 Milliarden € Steuermehreinnahmen.

(Abg. Dr. Hans-Ulrich Rülke FDP/DVP: Natürlich haben Sie die!)

Egal, wie hoch die Summe ist: So können Sie nicht rechnen. Wenn, dann müssten Sie so rechnen, dass wir eine Deckungslücke von 2,5 Milliarden € im Jahr 2013 und in Höhe von 2,5 Milliarden € im Jahr 2014 haben. Das sind zusammen 5 Milliarden €.

(Abg. Klaus Herrmann CDU: Von Ihnen verursacht!)

Davon können Sie dann meinetwegen 3 Milliarden € Steuermehreinnahmen abziehen. Dann bleibt aber ein Minus von 2 Milliarden €. Herr Kollege, insofern geht Ihre Rechnung überhaupt nicht auf. Sie stimmt nicht.

(Abg. Hans-Ulrich Sckerl GRÜNE zur CDU: Das sind jetzt Grundrechenarten!)

Ihr Forderung würde einen Flurschaden für das Land bedeuten, meine Damen und Herren.

(Beifall bei den Grünen und der SPD)

Ihre Ausführungen waren auch in sich widersprüchlich. Sie haben auf der einen Seite angemahnt, wir sollten mehr Geld hierfür und dafür ausgeben, Sie haben jedoch auf der anderen Seite gesagt, wir sollten keine neuen Schulden machen. Das geht alles nicht zusammen.

Wir wollen beides, auf der einen Seite mit Maß und Ziel da investieren, wo es richtig und wichtig ist, und auf der anderen Seite den Haushalt konsolidieren. In diesem Sinn hoffe ich darauf, dass Sie sich den Beratungen des Haushalts nicht verweigern, dass Sie Vorschläge vorlegen, wie Sie es konkret machen würden.

(Edith Sitzmann)

(Abg. Peter Hauk CDU: Machen Sie sich erst einmal Gedanken über Ihre Vorschläge!)

Nur dann können Sie unter Beweis stellen, Herr Kollege Hauk,

(Abg. Friedlinde Gurr-Hirsch CDU: Dass unser Haus solide ist!)

dass der Weg, den Sie hier beschrieben haben, überhaupt gangbar ist. Unseres Erachtens ist er es nicht. Sie haben bei den Haushaltsberatungen Zeit, dies unter Beweis zu stellen. Dazu fordere ich Sie auf.

(Anhaltender lebhafter Beifall bei den Grünen und der SPD – Zuruf der Abg. Friedlinde Gurr-Hirsch CDU)

Präsident Guido Wolf: Für die SPD-Fraktion spricht Herr Kollege Claus Schmiedel.

(Abg. Helmut Walter Rüeck CDU: Wo ist der Taschenrechner? – Gegenruf der Abg. Friedlinde Gurr-Hirsch CDU: Jetzt braucht er keinen mehr! – Abg. Jörg Fritz GRÜNE: Solche Rechnungen kann man im Kopf machen!)

Abg. Claus Schmiedel SPD: Herr Präsident, liebe Kolleginnen und Kollegen! Bevor wir uns den Zahlen zuwenden, muss ich zwei Dinge richtigstellen: Herr Kollege Hauk, Sie haben hier über die Verfassungsmäßigkeit eines Haushaltsentwurfs geschwafelt.

(Abg. Peter Hauk CDU: Rechtmäßigkeit! – Abg. Klaus Herrmann CDU: Was? Sie haben nicht zugehört!)

Ich sage hierzu: Diejenigen, die Jahr für Jahr mit ihrem Haushalt gegen die Verfassung verstoßen haben, sollten an dieser Stelle ganz ruhig sein.

(Beifall bei der SPD und den Grünen – Abg. Wolfgang Drexler SPD: So ist es!)

Die Verfassung verlangt nämlich, dass der Landtag den Haushaltsentwurf verabschiedet, bevor das entsprechende Haushaltsjahr beginnt. Jedes Jahr haben Sie dagegen verstoßen. Diese Regierung ist diejenige, die zum ersten Mal verfassungskonform handelt.

(Beifall bei der SPD und den Grünen – Abg. Friedlinde Gurr-Hirsch CDU: Lieber ein bisschen länger diskutieren als solch ein Vorschlag! – Abg. Volker Schebesta CDU: Mir wäre es lieber gewesen, wenn die Landeshaushaltsordnung eingehalten worden wäre! – Zuruf des Abg. Klaus Herrmann CDU)

Dann haben Sie über die „Halbwertszeit“ meiner Aussagen gesprochen. Eines gilt für alle: Was der Schmiedel sagt, gilt!

(Lachen bei der CDU – Abg. Karl-Wilhelm Röhm CDU: Bravo! Sehr gut! Jawohl! Das hören wir gern! – Abg. Volker Schebesta CDU: Wie lange? – Unruhe – Glocke des Präsidenten)

– Moment, Moment!

(Abg. Karl-Wilhelm Röhm CDU: Sagen Sie das den Lehrerinnen und Lehrern! – Abg. Dr. Dietrich Birk CDU: Kann es sein, dass Sie Ihre Absätze vorn tragen? – Heiterkeit bei Abgeordneten der CDU)

Sie haben meine Aussage vom 27. Februar zitiert. Die Aussage lautete:

Die Beamtengehälter werden nicht gekürzt.

Am 1. März hat es bei den Beamten, die bis Besoldungsgruppe A 10 eingestuft sind, in der Kasse geklingelt; die Gehälter wurden erhöht, nicht gekürzt. Im Sommer wurden auch die Gehälter aller anderen Beamten erhöht. Wie kann da von einer Halbwertszeit die Rede sein?

(Abg. Karl-Wilhelm Röhm CDU: Sie hatten noch mehr gefordert! Herr Schmiedel hat Unterhaltungswert! – Abg. Dr. Dietrich Birk CDU: Bei Ihnen klingelt es manchmal im Gedächtnis!)

Mit einer Aussage hatten Sie recht: Es beginnt mit der Erblast.

(Heiterkeit des Abg. Karl-Wilhelm Röhm CDU)

Ich habe Ihnen aber Zahlen mitgebracht; denn Sie können den Ministerpräsidenten, den Finanzminister, die liebe Edith und mich anschreien, aber nicht die Zahlen.

(Abg. Helmut Walter Rüeck CDU: „Die liebe Edith“? – Abg. Dieter Hillebrand CDU: Das muss man wieder herauschlagen können! – Abg. Helmut Walter Rüeck CDU: Dass ich das noch erlebe, dass Sie Franz Josef Strauß zitieren!)

Deshalb geht es jetzt um Zahlen.

(Der Redner hält ein Schriftstück hoch.)

Zur Verschuldung des Landes – Hinterlassenschaft der CDU –: Die Kreditmarktschulden belaufen sich auf 43,3 Milliarden €.

(Abg. Volker Schebesta CDU: Plus 3,3 Milliarden € in den nächsten zwei Jahren!)

Zusammen mit den Kreditmarktschulden, die in Extrahaushalte verlagert sind, sind wir schon bei Schulden in Höhe von 66,3 Milliarden € angelangt.

(Abg. Karl-Wilhelm Röhm CDU: Und weswegen senken Sie sie nicht ab?)

Hinzu kommen Pensionsverpflichtungen, Sanierungsstaus bei Liegenschaften und Landesstraßen. Damit sind wir bei 140 Milliarden € offenen und versteckten Schulden,

(Abg. Karl-Wilhelm Röhm CDU: Wollen Sie keine Pensionen zahlen?)

die uns nach 50 Jahren unter CDU-Ministerpräsidenten und CDU-Finanzministern hinterlassen wurden.

(Beifall bei der SPD und den Grünen – Unruhe – Glocke des Präsidenten)

Präsident Guido Wolf: Das Wort hat Kollege Schmiedel.

Abg. Claus Schmiedel SPD: Ja, klar.

(Heiterkeit)

Wissen Sie eigentlich, wie lange man braucht, um diese Schulden zurückzuzahlen? Stellen Sie sich vor, jedes Jahr würden 1 Milliarde € aus dem Haushalt genommen, um damit die von der CDU verursachten Schulden zurückzuzahlen.

(Abg. Volker Schebesta CDU: Deshalb nehmen Sie 3,3 Milliarden € neue Schulden auf? – Unruhe)

Man braucht 140 Jahre – 140 Jahre! –, wenn man jedes Jahr 1 Milliarde € zurückzahlt.

(Lebhafte Zurufe von der CDU – Glocke des Präsidenten)

Da sehen Sie, welch große Aufgabe wir und künftige Regierungen in Baden-Württemberg haben.

(Abg. Karl-Wilhelm Röhm CDU: Sie waren in der Schule in der Theater-AG, oder?)

Jetzt kommt die zweite Zahlenreihe. Sie sagen: „Die Einnahmen explodieren. Also könnte man jetzt sofort völlig problemlos die Nullnettoneuverschuldung erreichen.“

(Abg. Karl-Wilhelm Röhm CDU: Wann zahlen Sie denn zurück?)

Das Problem ist, dass nicht nur die Einnahmen explodieren,

(Abg. Dr. Hans-Ulrich Rülke FDP/DVP: Sondern auch die Ausgaben!)

sondern auch die Ausgaben.

(Lachen und Beifall bei Abgeordneten der CDU und der FDP/DVP – Zurufe von der CDU)

Jetzt kommt die dritte Wahrheit: Welche Ausgaben explodieren?

(Abg. Dr. Hans-Ulrich Rülke FDP/DVP: Eure! – Zurufe von der CDU)

Personalausgaben:

(Abg. Friedlinde Gurr-Hirsch CDU: Wir haben euch schon gesagt, dass ihr mehr Rücklagen bilden müsst! – Zuruf des Abg. Peter Schneider CDU)

ein Anstieg um 634 Millionen €. Sie können während der Haushaltsberatungen natürlich einen entsprechenden Antrag stellen und sagen: „Auf die 634 Millionen € verzichten wir. Wir machen eine Nullrunde.“ Das können Sie alles beantragen.

(Abg. Wolfgang Drexler SPD zu CDU und FDP/DVP: Machen Sie es doch! – Staatssekretär Ingo Rust: Antrag stellen!)

Wenn Sie es nicht machen, dann stehen Sie zu dieser Lücke.

(Abg. Volker Schebesta CDU: Was heißt hier „Lücke“? – Zuruf des Abg. Dr. Dietrich Birk CDU)

Dann gibt es Zinsen und Tilgung, es gibt den kommunalen Finanzausgleich, es gibt den Länderfinanzausgleich, es gibt sonstige Sachausgaben, und dann sind wir halt bei knapp 2 Milliarden €.

(Abg. Peter Hauk CDU: „Dann sind wir halt“!)

Das heißt, die Lücke bleibt so.

(Abg. Wolfgang Drexler SPD zu CDU und FDP/DVP: Wollen Sie den Länderfinanzausgleich abschaffen? – Unruhe – Glocke des Präsidenten)

Jetzt sage ich Ihnen noch, wie sich die Lücke vergrößert hätte, wenn es nach Ihnen gegangen wäre.

(Abg. Friedlinde Gurr-Hirsch CDU: Dieses Spiel wieder!)

Sie haben es im letzten Jahr abgelehnt, die Grunderwerbsteuer zu erhöhen.

(Zurufe von der SPD: Ja!)

Wenn wir sie nicht erhöht hätten, wäre eine zusätzliche Lücke von 400 Millionen € pro Jahr entstanden.

(Zuruf von der SPD: Genau! – Staatssekretär Ingo Rust zu CDU und FDP/DVP: Die fehlen bei Ihnen!)

Es ist Ihre Lücke! Sie haben es abgelehnt, zusätzliche Finanzbeamte, Steuerprüfer,

(Staatssekretär Ingo Rust: Haben sie nie gemacht!)

Fahnder einzustellen.

(Zuruf von der CDU: Sie haben die Studiengebühren abgeschafft!)

Das haben Sie abgelehnt.

(Zuruf des Abg. Karl-Wilhelm Röhm CDU)

Jeder bringt über 1 Million €. Wenn es nach Ihnen gegangen wäre, hätten wir noch eine zusätzliche Lücke von über einer halben Milliarde Euro. Das ist Ihr Beitrag zur Konsolidierung. Da lachen ja die Hühner.

(Beifall bei der SPD und den Grünen – Abg. Karl-Wilhelm Röhm CDU: Wollen Sie die Pensionen weiterhin bezahlen?)

Jetzt kommen wir zu Ihren Vorbildern. Fangen wir einmal mit Bayern an.

(Zuruf von der SPD: Oje! – Abg. Dr. Friedrich Bullinger FDP/DVP: Da ist die Welt noch in Ordnung! – Staatssekretär Ingo Rust: Das ist eine Trickserie! – Der Redner hält ein Schaubild hoch.)

Schauen wir einmal, wie Bayern bei seinem Haushalt trickst. Wir haben hier zwei Balken. Das ist eigentlich falsch; das müsste Grün-Rot sein. Es ist jetzt nur Schwarz-Gelb.

(Abg. Karl-Wilhelm Röhm CDU: Sie drehen einem Schüler den Rücken zu! – Unruhe – Glocke des Präsidenten)

(Claus Schmiedel)

Schauen Sie: Das ist das, was wir – Baden-Württemberg, Grün-Rot – in die Pensionsrücklage einlegen, und das ist das, was Bayern in die Pensionsrücklage einlegt:

(Abg. Wolfgang Drexler SPD: So ist es! Fast nichts!)

läppische 100 Millionen €, in zwei Jahren 200 Millionen €.

(Zuruf des Staatssekretärs Ingo Rust)

Bei uns dagegen sind es 1 Milliarde € – 1 Milliarde €! Das ist Vorsorge, das ist nachhaltige Politik.

(Beifall bei der SPD und den Grünen – Abg. Volker Schebesta CDU: Sie machen dafür neue Schulden und müssen noch mehr Zinsen zahlen!)

Schauen wir einmal nach Sachsen. Wenn man die Finanzkraft von Baden-Württemberg mit der von Sachsen vergleicht, stellt man fest: Die Finanzkraft in Baden-Württemberg liegt bei 3 419 € pro Einwohner und die in Sachsen bei 2 134 €. Baden-Württemberg ist also vorn, wie es sich gehört.

(Zuruf der Abg. Friedlinde Gurr-Hirsch CDU)

Wenn man Finanzausgleich und Bundesergänzungszuweisungen wirken lässt, dann liegt die Finanzkraft in Baden-Württemberg bei 3 119 € pro Einwohner – sie ist also gesunken – und die in Sachsen bei 3 558 €.

(Abg. Wolfgang Drexler SPD: Liegt vorn!)

Die haben uns überholt. Das ist das Ergebnis des Länderfinanzausgleichs, den Herr Teufel ausgehandelt und den Sie unterschrieben haben.

(Beifall bei der SPD und den Grünen – Abg. Wolfgang Drexler SPD: So ist es! – Lachen bei Abgeordneten der CDU – Gegenruf des Abg. Wolfgang Drexler SPD: Da brauchen Sie nicht zu lachen! Sie haben es beschlossen! – Zuruf des Abg. Helmut Walter Rüeck CDU)

Das ist – das gehört zur Wahrheit dazu – auch das Ergebnis von Bundesergänzungszuweisungen. Deren Wirkung ist nämlich dreimal so stark wie die des Länderfinanzausgleichs. Deshalb ist es völlig richtig, wenn der Ministerpräsident mit seinen Kolleginnen und Kollegen in den anderen Ländern und der Bundesregierung jetzt die Linie verfolgt, über das Gesamtpaket des Finanzausgleichs zwischen Bund und Ländern zu reden. Denn solche Entwicklungen, die dazu führen, dass diejenigen, die wirtschaftlich die Nase vorn haben, nach Wirksamwerden des Ausgleichssystems hinten liegen, müssen ein Ende haben.

(Beifall bei der SPD und den Grünen – Abg. Karl-Wilhelm Röhm CDU: Jawohl! – Zuruf von der CDU: Völlig richtig!)

Jetzt gehe ich noch ein bisschen auf die Inhalte ein.

(Abg. Dr. Hans-Ulrich Rülke FDP/DVP: Das wird auch Zeit!)

Ich halte es für eine ganz tolle Geschichte, dass Sie die Verkehrsverträge, die Sie abgeschlossen haben, als „Risiko in Milliardenhöhe“ bezeichnet haben.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD und der Grünen – Abg. Andreas Schwarz GRÜNE: Sehr richtig!)

Endlich kommt einmal die Wahrheit auf den Tisch. Das ist nämlich wahr. Für die Stuttgarter Verkehrsverträge zahlen wir ein Drittel mehr, als sonst in der Republik üblich ist.

(Abg. Andreas Schwarz GRÜNE: Ja!)

Das ist ein Risiko in Milliardenhöhe, für das Sie verantwortlich sind.

(Abg. Andreas Schwarz GRÜNE: Wer hat die abgeschlossen?)

– Natürlich Schwarz-Gelb.

Sie werfen uns nun vor, wir täten nichts. An diesem Montag hat die Koalition beschlossen, den öffentlichen Personennahverkehr bis zum Jahr 2019 mit 450 Millionen € zu unterstützen. Das löst Investitionen in Baden-Württemberg von 2,3 Milliarden € bis zum Jahr 2019 aus, um den ÖPNV in der Fläche des Landes zu stärken. Das erwähnen Sie aber nicht.

Wissen Sie was? Sie zeichnen ein Zerrbild, mit dem die Menschen nichts anfangen können. Wir bekommen von überall her Lobes- und Dankesbriefe,

(Lachen bei der CDU und der FDP/DVP)

aus Mannheim, aus Ulm, aus Stuttgart, aus Freiburg. Sie hingegen sagen, das sei falsch. Gehen Sie doch einmal dorthin.

(Beifall bei der SPD und den Grünen)

Herr Kollege Hauk, Sie zeichnen auch ein Zerrbild von der Bildungspolitik. Sie waren doch bei dem Gespräch mit dem Städtetag dabei. Sie waren doch dabei, als die Präsidentin des Städtetags Baden-Württemberg, Frau Bosch, im Namen aller Städte von Baden-Württemberg die Regierung darin unterstützt hat, die Schulentwicklung in Richtung eines Zweisäulenmodells voranzutreiben.

(Abg. Wolfgang Drexler SPD: Nichts „Einheitsschule“!)

Sie unterstützt die Regierung dabei. Jetzt frage ich Sie: Warum motzen Sie eigentlich immer nur im Landtag? Warum sind Sie damals nicht aufgestanden und haben Frau Bosch gesagt, sie sei auf dem falschen Weg?

(Beifall bei der SPD und den Grünen – Abg. Martin Rivoir SPD: Genau!)

Warum gehen Sie nicht in die Gemeinderäte vor Ort und sagen Ihren CDU-Fraktionen und Ihren CDU-Bürgermeistern, dass sie auf dem falschen Weg seien?

(Abg. Günther-Martin Pauli CDU: Tun wir regelmäßig!)

Sie machen das Gegenteil. Wenn Sie von der CDU im Gemeinderat Verantwortung tragen, stimmen Sie dem zu. So sieht es aus.

Ich kann es nicht mehr hören, wie Sie die Bildungserfolge in Baden-Württemberg madig reden. Sie zeichnen ein Zerrbild!

(Claus Schmiedel)

(Lachen bei Abgeordneten der CDU – Abg. Dr. Hans-Ulrich Rülke FDP/DVP: Welche Erfolge? – Zuruf des Abg. Dr. Friedrich Bullinger FDP/DVP)

Was sollen denn die Menschen vom Hölderlin Gymnasium Heidelberg davon halten? Die Lehrerin des Jahres dieser Republik unterrichtet an dieser Schule. Herzlichen Glückwunsch nach Heidelberg! Sie sollten die Menschen dort nicht beschimpfen und sagen, dabei komme nichts heraus – die beste Lehrerin kommt aus Baden-Württemberg.

(Beifall bei der SPD und den Grünen – Abg. Karl-Wilhelm Röhm CDU: Das ist die Lehrerin einer Schule, die Sie zerstören! – Abg. Dr. Hans-Ulrich Rülke FDP/DVP: Sie unterrichtet aber nicht an einer Gemeinschaftsschule! – Unruhe – Glocke des Präsidenten)

Außerdem zeichnen Sie ein Zerrbild hinsichtlich der großen Herausforderung, die sich im Zusammenhang mit der Energiewende stellt. Was sollen denn die Beschäftigten des Zentrums für Sonnenenergie- und Wasserstoff-Forschung in Stuttgart von Ihrer vernichtenden Kritik halten, es passiere nichts, niemand mache etwas? Dieses Zentrum errichtet die erste großtechnische Power-to-Gas-Anlage und entwickelt damit einen wichtigen Baustein der Speichertechnik.

(Beifall bei der SPD und den Grünen – Abg. Karl-Wilhelm Röhm CDU: Das haben wir auf den Weg gebracht!)

Was sollen die Forscher des Fraunhofer-Instituts für Chemische Technologie davon halten, die an der Batterieforschung – –

(Abg. Karl-Wilhelm Röhm CDU: Das haben nicht Sie auf den Weg gebracht!)

– Natürlich haben wir das auf den Weg gebracht. Wer denn sonst?

(Zuruf von der SPD: Natürlich! – Abg. Andreas Stoch SPD zu CDU und FDP/DVP: Da seid ihr noch auf den Bäumen gesessen! – Weitere Zurufe – Glocke des Präsidenten)

– Die wissen das besser als Sie.

(Zurufe: Keine Ahnung!)

Was sollen diese Menschen denn davon halten, wenn Sie sagen, da passiere nichts? Was sollen 9 000 Bürgerinnen und Bürger davon halten, die einen Antrag bei der L-Bank gestellt haben? Hierbei handelt es sich um ein Programm, das das Umweltministerium mit 2,5 Millionen € und die L-Bank mit 11,5 Millionen € fördern. In einem halben Jahr sind bisher 9 000 Anträge bewilligt worden. Dies umfasst ein Fördervolumen zur energetischen Sanierung von Gebäuden von 400 Millionen €. Das hat diese Regierung bewirkt. Sie kommen aber daher und sagen, es passiere nichts. Das ist doch lächerlich.

(Beifall bei der SPD und den Grünen – Zuruf des Abg. Karl Zimmermann CDU)

200 Millionen € gehen zusätzlich an kleine und mittelständische Unternehmen, die an ihrer Energieeffizienz arbeiten, über

diese zusätzliche Förderung von 1,5 Millionen € und 8,5 Millionen € der L-Bank hinaus. Es ist beispielhaft, was in Baden-Württemberg im Bereich der energetischen Sanierung passiert, um Unternehmen zu helfen und zu unterstützen, um die Energieeffizienzreserven herauszuarbeiten. Da sollten Sie sich positiv einstellen, sollten sagen: Gut gemacht, weitermachen, weiterfördern. Wir sind auf dem richtigen Weg.

(Beifall bei der SPD und den Grünen – Zuruf des Abg. Andreas Glück FDP/DVP)

Eine ganz tolle Nummer: Man soll jetzt diesem Steuerabkommen mit der Schweiz zustimmen.

(Heiterkeit bei Abgeordneten der SPD und der Grünen – Abg. Klaus Herrmann CDU: Eine richtige Nummer! – Abg. Dr. Dietrich Birk CDU: Seien Sie vorsichtig mit der Schweiz! – Zuruf von der SPD: An den Menschen vorbei!)

Nachdem an diesem Wochenende Hunderte von Polizisten unterwegs waren

(Zurufe: Ja!)

und bei den wirklich Vermögenden in diesem Land nachgeschaut haben, die sich mit der UBS oder anderen

(Abg. Dr. Friedrich Bullinger FDP/DVP: Steinbrück meinen Sie? – Zuruf des Staatssekretärs Ingo Rust)

ihrer Steuerpflicht entzogen haben,

(Abg. Dr. Dietrich Birk CDU: Kavallerie von Steinbrück! – Zuruf des Abg. Dieter Hillebrand CDU)

jetzt noch zu kommen und zu sagen: „Jetzt lasst uns aber schnell das Steuerabkommen abschließen, damit sie alle geschützt sind“ – das ist der Kern des Steuerabkommens –, das ist schon ein Stück weit eine Frechheit.

(Zurufe des Staatssekretärs Ingo Rust und des Abg. Wolfgang Drexler SPD)

Ich bin froh – das sage ich ausdrücklich –, dass die BaFin jetzt eine Sonderprüfung bei der UBS macht und prüft, ob es Anlass gibt, einzelnen Personen dort die Geschäftsfähigkeit zu entziehen oder vielleicht sogar der Bank die Geschäftsfähigkeit zu entziehen.

(Zuruf von der SPD: Sehr gut!)

Denn ich finde, es geht nicht an, dass man auf deutschem Boden Bankgeschäfte macht, die systematisch darauf angelegt sind, Menschen Steuerhinterziehung zu ermöglichen, und dabei geltendes Bankenrecht bricht. Das geht nicht, und das muss unterbunden werden.

(Zuruf von der SPD: Richtig! – Staatssekretär Ingo Rust: Das hätte Erwin Teufel nicht gemacht! – Gegenruf des Abg. Hans-Ulrich Sckerl GRÜNE: Niemals!)

Hierbei sollten Sie uns unterstützen und nicht noch Schützenhilfe leisten.

(Lebhafter Beifall bei der SPD und den Grünen)

(Claus Schmiedel)

Ihre Krokodilstränen bei den Ärmsten der Armen hätten Sie einmal nach Berlin schicken sollen,

(Vereinzelt Heiterkeit)

als es nämlich darum ging, denen, die absolut auf Unterstützung angewiesen sind – Hartz-IV-Empfänger –, das Elterngeld zu entziehen.

(Zuruf von der SPD: So ist es! – Abg. Peter Hauk CDU: Eine alte Mär! Das ist doch nicht wahr!)

Im ersten Jahr, in dem wir es den Müttern, den Eltern ermöglichen wollen, mit ihren Kindern – –

(Abg. Peter Hauk CDU: Ablenkung! – Abg. Wolfgang Drexler SPD: Anrechnung!)

Da hat die schwarz-gelbe Bundesregierung gesagt: „Alle bekommen es, aber ausgerechnet die, die am wenigsten haben,“ – Hartz-IV-Empfänger – „bekommen es nicht.“ Dahin hätten Sie Ihre Krokodilstränen schicken sollen.

(Beifall bei der SPD und den Grünen – Zuruf von der SPD: Genau!)

Ein Zerrbild ist Ihr Vorwurf, diese Regierung würde keine Dialoge führen. Das ist ja nun ganz absurd.

(Zuruf von der CDU: Das stimmt aber! – Abg. Peter Hauk CDU: Das stimmt!)

Das ist so etwas von absurd.

(Abg. Peter Hauk CDU: Aber es stimmt! – Abg. Martin Rivoir SPD: Kafka! – Gegenruf des Abg. Dr. Hans-Ulrich Rülke FDP/DVP: Kafkaeske Dialoge!)

Ist jemand aus dem Schwarzwald da? Wenn Sie ehrlich sind – Sie können zum Nationalpark stehen, wie Sie wollen;

(Zuruf des Abg. Helmut Walter Rüeck CDU)

das ist jetzt egal –, dann müssen Sie zugeben, dass es noch nie eine so intensive Dialogphase

(Abg. Dr. Hans-Ulrich Rülke FDP/DVP: Und wer soll entscheiden? – Gegenruf des Abg. Wolfgang Drexler SPD: Der Landtag, wer denn sonst?)

zu einem Naturschutzprojekt gegeben hat wie zum Nationalpark. Da stellen Sie sich hin und sagen: Da passiert nichts.

(Beifall bei der SPD und den Grünen – Abg. Karl-Wilhelm Röhm CDU: Beim Biosphärengebiet war das vorbildlich!)

Das ist übrigens wieder eine persönliche Beleidigung, denn wir selbst, die SPD-Fraktion, haben zu einer großen Veranstaltung mit Minister Bonde eingeladen; wir haben Vertreter aus anderen Nationalparks in Deutschland eingeladen, damit sie von den Bürgerinnen und Bürgern direkt befragt werden können. Da so zu tun, als passiere nichts, ist eine absurde Behauptung.

(Abg. Dr. Friedrich Bullinger FDP/DVP: Borkenkäfer!)

Das bringen die Menschen mit ihrer persönlichen Erfahrung überhaupt nicht in Übereinstimmung.

(Abg. Karl-Wilhelm Röhm CDU: Nehmen Sie sich ein Beispiel am Biosphärengebiet! Dort hat es funktioniert!)

Deshalb können Sie mit solchen Zerrbildern, die Sie hier zeichnen, auch überhaupt nicht landen. Das funktioniert nicht.

(Zuruf des Abg. Wolfgang Drexler SPD)

Sie können vielleicht Ihre Fraktion kurzfristig begeistern,

(Zuruf der Abg. Muhterem Aras GRÜNE)

aber die Menschen fragen: Wovon redet er denn eigentlich?

(Beifall bei der SPD und den Grünen)

Dasselbe gilt für den Dialog mit den Beamten. Das ist völlig absurd.

(Zuruf der Abg. Friedlinde Gurr-Hirsch CDU)

Was haben Sie gesagt? Sie haben von einer „wunderbaren Eintracht“ in Ihrer Regierungszeit gesprochen.

(Abg. Peter Hauk CDU: Das habe ich nicht gesagt! Das sagt der Beamtenbund!)

Ich kann mich an Gespräche erinnern, da waren die Türen aber heftig zugeschlagen.

(Abg. Dr. Hans-Ulrich Rülke FDP/DVP: Wie ist es jetzt? Die Türen sind zu! – Zuruf des Abg. Karl-Wilhelm Röhm CDU)

– Völlig unsinnig! Bei uns sind überhaupt keine Türen zu. Wo sollen denn da Türen zu sein?

(Abg. Friedlinde Gurr-Hirsch CDU: Solange es den Schmiedel gibt, werden die Türen aufgemacht!)

Der Ministerpräsident hat neulich an einer Veranstaltung der „Stuttgarter Zeitung“ teilgenommen. Herr Stich war auch da. Da haben der Herr Ministerpräsident und ich mit Herrn Stich

(Abg. Dr. Hans-Ulrich Rülke FDP/DVP: Geredet!)

ganz normal gesprochen. Im Dezember gibt es eine Veranstaltung. Da werden wir wieder miteinander reden. Wir reden auch sonst. Wir treffen uns vielleicht auch wieder auf dem Weihnachtsmarkt, wer weiß. Alles kein Problem.

(Heiterkeit – Abg. Dr. Hans-Ulrich Rülke FDP/DVP: Glühwein trinken! – Abg. Karl-Wilhelm Röhm CDU: Genauso verbindlich ist die Zusammenarbeit!)

Dass es natürlich da auch in der Sache harte Gespräche gibt, ist doch klar.

(Abg. Helmut Walter Rüeck CDU: Und danach kommt der Knüppel aus dem Sack!)

Aber dass an der Dialogbereitschaft dieser Regierung nicht gezweifelt werden kann, liegt auf der Hand.

(Claus Schmiedel)

(Abg. Karl-Wilhelm Röhm CDU: Wir wollen Lösungen!)

– Die Lösungen bekommen Sie doch alle. Manches geht schnell, manches dauert länger.

(Abg. Dr. Hans-Ulrich Rülke FDP/DVP: Manches kommt gar nie!)

Zaubern können wir natürlich auch nicht.

Sie stellen einen merkwürdigen Antrag.

(Abg. Karl-Wilhelm Röhm CDU: Der ist fair! Sie kriegen eine zweite Chance!)

Sie haben gesagt, Sie wollen über den Haushalt nicht verhandeln. Womöglich ziehen Sie auch noch aus dem Ausschuss aus. Ich weiß es nicht.

(Heiterkeit bei der SPD und den Grünen – Abg. Friedlinde Gurr-Hirsch CDU: Das können nur Sie! – Abg. Peter Hauk CDU: Im Ausziehen haben Sie ja Übung!)

Wir nehmen Sie jetzt beim Wort. Sie haben ein klares Zahlenwerk bekommen.

(Abg. Friedlinde Gurr-Hirsch CDU: Von klar ist keine Rede!)

Sie sind der Meinung, aufgrund der Steuereinnahmen lasse sich die Nettotonnull in den Jahren 2013/2014 herstellen. Sie sind herzlich eingeladen, die entsprechenden Anträge zu stellen – herzlich eingeladen!

(Beifall bei der SPD und den Grünen – Staatssekretär Ingo Rust: Ja! – Abg. Wolfgang Drexler SPD: So ist es!)

Ich sage Ihnen ganz offen: Es kann durchaus sein, dass es Dinge gibt, die wir übersehen haben,

(Abg. Volker Schebesta CDU: Die 3,3 Milliarden € Schulden haben Sie wahrscheinlich übersehen!)

die die Regierung übersehen hat. Das kann durchaus sein, und dann werden wir Ihre Anträge natürlich prüfen. Wenn diese Sinn machen, dann ist uns jeder Einsparvorschlag, den Sie bringen, willkommen. Aber eines geht natürlich nicht:

(Abg. Karl-Wilhelm Röhm CDU: Jetzt kommt's!)

dass man hier die Backen aufbläht, Maulheldentum pflegt und sich dann wegduckt und sagt: „Über Zahlen sprechen wir mit Ihnen nicht; legen Sie erst einmal neue Zahlen vor.“ Das ist zu billig, Herr Hauk.

(Beifall bei der SPD und den Grünen)

Deshalb möchten wir Sie ermutigen: Ein konstruktiver Dialog hat während der Haushaltsberatungen noch nie geschadet.

(Abg. Friedlinde Gurr-Hirsch CDU: Das haben wir früher auch nicht erlebt!)

Es gilt auch hier das strucksche Gesetz: Kein Gesetz geht so aus dem Landtag heraus, wie es hineinkommt. Da ist Verän-

derungspotenzial drin. Machen Sie mit! Das bringt Ihnen mehr, als billige Polemik zu betreiben und ein Zerrbild von Baden-Württemberg zu zeichnen, mit dem kein Mensch etwas anfangen kann.

(Anhaltender Beifall bei der SPD und den Grünen)

Präsident Guido Wolf: Für die Fraktion der FDP/DVP spricht Kollege Dr. Rülke.

(Zuruf des Staatssekretärs Ingo Rust)

Abg. Dr. Hans-Ulrich Rülke FDP/DVP: Herr Präsident, liebe Kolleginnen und Kollegen! In der vergangenen Woche hat der Finanzminister diesen Haushalt mit den Worten eingebracht: Dieser Haushalt führt „in eine Zukunft ohne Schulden.“ Meine Damen und Herren, das war Zynismus pur. Haben Sie es gesehen? Da wurden sogar die Vertreter dieser Koalition auf den Regierungsbänken rot vor Scham. Sogar die Grünen sind rot geworden vor Scham ob dieser Behauptung, meine Damen und Herren.

(Beifall bei der FDP/DVP und der CDU – Abg. Hans-Ulrich Sckerl GRÜNE: Ich glaube, Sie müssen zum Optiker! – Abg. Andreas Schwarz GRÜNE: Bei was denn?)

Das, was Sie vorgelegt haben, ist ein „Zaziki-Haushalt“, der eher nach Griechenland passt als nach Baden-Württemberg.

(Beifall bei der FDP/DVP und Abgeordneten der CDU – Zuruf von den Grünen: Oje! – Unruhe – Glocke des Präsidenten)

Wir haben es 2008 geschafft, einen ausgeglichenen Haushalt vorzulegen. Wir haben es 2009 geschafft, einen ausgeglichenen Haushalt vorzulegen. Wir haben es gemeinsam geschafft, 2011 einen ausgeglichenen Haushalt vorzulegen. Und Sie haben 2012 einen ausgeglichenen Haushalt vorgelegt. Die Steuereinnahmen explodieren immer weiter. Warum in drei Teufels Namen ist es jetzt nicht möglich, einen ausgeglichenen Haushalt vorzulegen, meine Damen und Herren?

(Beifall bei der FDP/DVP und Abgeordneten der CDU – Abg. Dr. Friedrich Bullinger FDP/DVP: Sehr richtig!)

Stattdessen leisten Sie einen Offenbarungseid.

(Zuruf des Abg. Walter Heiler SPD)

Bayern kann es, Thüringen kann es, Sachsen kann es, Sachsen-Anhalt kann es, Mecklenburg-Vorpommern kann es – nur wir armen Baden-Württemberger können es nicht. An wem liegt denn das, meine Damen und Herren? Das liegt doch an dieser Landesregierung und an den Fraktionen, die diese Landesregierung tragen.

(Beifall bei der FDP/DVP und der CDU – Abg. Dr. Friedrich Bullinger FDP/DVP: Sehr richtig!)

Selbst Berlin hat für 2015 einen ausgeglichenen Haushalt vorgeesehen.

(Zuruf des Abg. Dr. Friedrich Bullinger FDP/DVP)

(Dr. Hans-Ulrich Rülke)

Aber Baden-Württemberg hat sich zum Ziel gesetzt, gemeinsam mit dem Saarland und mit Bremen das Schlusslicht zu sein. Das ist eine Schande für ein so wirtschaftsstarkes Land wie Baden-Württemberg.

(Beifall bei der FDP/DVP und der CDU – Abg. Dr. Friedrich Bullinger FDP/DVP: Sehr richtig!)

Bayern tilgt 1 Milliarde € Schulden – auf die von Ihnen, Herr Schmiedel, angesprochenen Taschenspielertricks komme ich später noch zu sprechen –, aber Baden-Württemberg macht pro Jahr fast 2 Milliarden € neue Schulden. Das und genau das ist der Unterschied zwischen Schwarz-Gelb und Grün-Rot, meine Damen und Herren. Hier wird es deutlich.

(Beifall bei der FDP/DVP und der CDU – Abg. Wolfgang Drexler SPD: Wir haben aber keine 140 Milliarden € Schulden!)

Dieser Haushalt sollte nicht die Überschrift von der „Zukunft ohne Schulden“ tragen, sondern dieser Haushalt, meine Damen und Herren, trägt eindeutig die Überschrift „Wie man mit grüner Politik rote Zahlen schreibt“. Darum geht es, und genau das tun Sie, meine Damen und Herren.

(Beifall bei der FDP/DVP und Abgeordneten der CDU)

Nun stellen Sie selbst fest, dass es sehr schwierig ist, dies zu rechtfertigen. Wenn die Steuereinnahmen explodieren und man immer noch neue Schulden und immer mehr Schulden macht,

(Abg. Wolfgang Drexler SPD: Bundesregierung!)

gerät man unter Rechtfertigungszwang. Es ist wirklich bemerkenswert, was für einen Reigen von Märchen, Mythen und Legenden Sie erfinden, um das alles zu rechtfertigen und um davon abzulenken, dass Sie weder willens noch in der Lage sind, diesen Haushalt zu konsolidieren.

(Zuruf des Abg. Wolfgang Drexler SPD)

Ich nenne ein paar Beispiele. Zunächst zur Legende von der Kompromissbereitschaft zur Umsetzung einer Schuldenbremse. Man muss sich das einmal auf der Zunge zergehen lassen. Da erklären Sie öffentlich, Sie streben einen Kompromiss mit der Opposition an, Sie laden die Opposition zu Gesprächen darüber ein, wie man zu einem Kompromiss kommen kann. Ihr ursprünglicher Plan war, bis 2020 8,8 Milliarden € neue Schulden zu machen und dann die Schuldenbremse umzusetzen, wenn deren Inkrafttreten ohnehin schon durch das Grundgesetz vorgegeben ist.

(Zuruf des Abg. Wolfgang Drexler SPD)

Das ist ein toller Kompromiss, meine Damen und Herren.

(Lachen bei Abgeordneten der FDP/DVP und der CDU)

Wir waren der Auffassung – das haben wir hinreichend dargelegt und auch mit Zahlen belegt –, dass es sofort möglich ist,

(Abg. Wolfgang Drexler SPD: Ohne Zahlen! – Abg. Hans-Ulrich Sckerl GRÜNE: Welche Zahlen denn?)

so wie 2008, so wie 2009, so wie 2011, so wie 2012 sofort einen ausgeglichenen Haushalt vorzulegen. Nun haben wir nicht die Mehrheit in diesem Haus.

(Abg. Wolfgang Drexler SPD: Gott sei Dank! – Abg. Walter Heiler SPD: Gott sei Dank! Das wäre ja verheerend!)

Wenn Sie uns zu gemeinsamen Gesprächen einladen, ist für uns klar, dass auch wir eine gewisse Kompromissfähigkeit an den Tag legen müssen.

(Abg. Wolfgang Drexler SPD: Ach nein!)

Aber bei diesen Gesprächen konnten wir feststellen, was Sie unter Kompromiss verstehen. Unter Kompromiss verstehen Sie: „Wir machen die Vorgaben, und die Opposition hat dann unsere Vorgaben 1 : 1 zu übernehmen, und das nennen wir dann nach außen hin einen Kompromiss.“ So nicht, meine Damen und Herren, so ganz sicher nicht!

(Beifall bei der FDP/DVP und der CDU)

Sie sind ja immerhin unter dem Druck der Öffentlichkeit von der Neuverschuldung von 8,8 Milliarden € abgerückt und sind jetzt bei 6,4 Milliarden € Neuverschuldung bis 2020. Das wäre der Ausgangspunkt für Gespräche. 2020 und 6,4 Milliarden €, das ist Ihr Ausgangspunkt. Unser Ausgangspunkt ist 2013 und null. Wir sind nach wie vor bereit zu Verhandlungen.

(Abg. Wolfgang Drexler SPD: Dann macht doch mal!)

Wir sind nach wie vor bereit, uns mit Ihnen in der Mitte zu treffen – sagen wir zwischen 3,2 Milliarden € und 3,4 Milliarden €, und sagen wir im Jahr 2016. Der Ball liegt in Ihrem Feld. Äußern Sie sich zu diesem Angebot, meine Damen und Herren.

(Beifall bei der FDP/DVP und der CDU – Abg. Dr. Friedrich Bullinger FDP/DVP: Sehr richtig!)

Oder nehmen wir den Mythos von der Verhandlungslösung zum Länderfinanzausgleich. Was da bisher herausgekommen ist, ist nur heiße Luft. Herr Ministerpräsident, Sie haben zum Thema Länderfinanzausgleich in den letzten anderthalb Jahren jede nur denkbare Position schon einmal eingenommen und wieder verlassen. Das spiegelt im Übrigen ohnehin ein Stück weit das wider, was Sie unter Regierungspolitik verstehen.

(Abg. Hans-Ulrich Sckerl GRÜNE: Völlig absurd!)

Sie haben schon einmal erklärt, Sie wollten verhandeln. Sie haben schon einmal erklärt, Sie schlossen eine Klage nicht aus. Sie haben schon einmal erklärt, der Bund solle das alles machen. Dann wurden Sie von Ihrem Finanzminister zurückgepiffen. Das Einzige, was bei Ihrer Politik zum Thema Länderfinanzausgleich erkennbar ist, ist, dass Sie auf Zeit spielen. Wahrscheinlich wollen Sie keine Lösung, weder auf dem Verhandlungsweg noch vor Gericht, weil Sie die Befürchtung haben, dass Sie Baden-Württemberg zum Nehmerland herunterwirtschaften. Das ist wahrscheinlich der Hintergrund Ihrer Politik.

(Beifall bei der FDP/DVP und Abgeordneten der CDU – Abg. Dr. Friedrich Bullinger FDP/DVP: Sehr richtig! Jawohl!)

(Dr. Hans-Ulrich Rülke)

Dieses Regierungshandeln zeigt sich auch an anderen Stellen, z. B. bei der aktuellen Diskussion zum Filderbahnhof.

(Abg. Hans-Ulrich Sckerl GRÜNE: Meine Güte!)

Wir werden morgen Gelegenheit haben, darüber zu diskutieren. Da funktioniert es nach demselben Muster. Da betritt – Sie haben vorhin gesagt: Schmiedels Wort gilt – der SPD-Fraktionsvorsitzende die Bühne und sagt: „Wir brauchen einen neuen Topf.“ Das ist auch nachvollziehbar. Wir stehen da hinter Ihnen, Herr Schmiedel. Da gilt auch unser Wort. Denn es ist klar: Wenn man eine Verbesserung im Vergleich zum Status quo herbeiführen möchte und diese Verbesserung Geld kostet, dann muss das Geld auch irgendwo herkommen.

(Abg. Dr. Friedrich Bullinger FDP/DVP: Ja, richtig!
– Abg. Karl Zimmermann CDU: Wie bei jedem Hausbau!)

Wenn man die Leute zu einem Dialog einlädt und ihnen erklärt, sie dürften mitbestimmen, dann muss man auch etwas umsetzen. Genau dieses Dilemma haben Sie auch erkannt, Herr Ministerpräsident: auf der einen Seite Ihre Bataillone, die im Schützengraben liegen und sagen, der Deckel dürfe unter gar keinen Umständen gelupft werden,

(Abg. Edith Sitzmann GRÜNE: Meine Güte! – Abg. Hans-Ulrich Sckerl GRÜNE: Wie bei kleinen Jungs die Sehnsucht nach Kriegsspielen! Meine Güte!)

auf der anderen Seite Ihre hehren Versprechungen von Bürgerbeteiligung. Sie wussten nicht so recht, wie Sie da herauskommen sollten. Dann haben Sie erklärt: „Ich bin kein Fundi, ich lasse mit mir reden.“ Aber zwei Stunden später sind Ihnen die Fundis in den Rücken gefallen und haben Sie zurückgepfiffen, Herr Ministerpräsident. So sieht es aus.

(Beifall bei der FDP/DVP – Abg. Hans-Ulrich Sckerl GRÜNE: Wie sich Klein-Rülke die Welt vorstellt!)

Dasselbe erleben wir auch beim Thema Nationalpark. Gerade wurde gelobt, in welcher dialogischen Form das angeblich ablaufen soll.

(Abg. Dr. Friedrich Bullinger FDP/DVP: Einpeitschen!)

Sie gehen dann vor Ort und erklären den Leuten: „Der Nationalpark kommt. Das dürft nicht ihr entscheiden, sondern das entscheiden wir im Landtag.“

(Abg. Dr. Friedrich Bullinger FDP/DVP: Käseglocke darüber!)

Herr Kollege Schmiedel hat sogar schon ausgerechnet, wie viele Millionen Euro für diesen Nationalpark zur Verfügung gestellt werden.

(Abg. Dr. Friedrich Bullinger FDP/DVP: 80 Millionen €!)

Das ganze Gutachten ist doch eine reine Volksverdummung. Die Entscheidung steht längst fest.

(Abg. Dr. Friedrich Bullinger FDP/DVP: Genau! Wahlkampfkostenerstattung ist das!)

Egal, wie dieses Gutachten ausfällt, und egal, wie die Bedürfnisse der Menschen im Nordschwarzwald sind, Sie wollen dieses Prestigeprojekt durchpeitschen.

(Beifall bei der FDP/DVP und Abgeordneten der CDU)

Entgegen all dem hehren Gerede von der Politik des Gehörtwerdens, das Entscheidende kommt immer hinterher. Gehört werden heißt nicht erhört werden. Das ist der Punkt. Die Entscheidungen stehen nämlich schon vorher fest. Das ist Ihr Politikprinzip, meine Damen und Herren, und so sieht bei Ihnen politische Führung aus.

Dasselbe gilt für das Thema Energiewende. Die wirklich wichtigen Entscheidungen werden von Ihnen gar nicht angegangen. Sie blockieren doch im Bundesrat jede Veränderung dieser planwirtschaftlichen Ansätze des EEG. Sie haben sich bis zum heutigen Tag beim Thema „Steuerliche Anrechnungsfähigkeit der energetischen Sanierung“ nicht bewegt. Im Bundesrat bewegt sich doch überhaupt nichts. Wie soll die Energiewende funktionieren, wenn Sie ständig blockieren, meine Damen und Herren?

(Beifall bei der FDP/DVP – Zuruf der Abg. Edith Sitzmann GRÜNE)

Oder nehmen wir, Herr Finanzminister, das Märchen vom strukturellen Sparen.

(Abg. Dr. Friedrich Bullinger FDP/DVP: Wo ist er denn?)

Finanzminister Schmid – wahrscheinlich ist er jetzt vor Scham in den Boden versunken, deshalb ist er nicht mehr hier –

(Abg. Hans-Ulrich Sckerl GRÜNE: Träumen Sie weiter!)

hat zunächst einmal 800 Millionen € an strukturellen Einsparungen versprochen. Anschließend hat er nach mühevoller Prozess ausgerechnet, es seien nur 640 Millionen €. Von diesen 640 Millionen € sind 460 Millionen € wirklich ganz tolle Einsparungen. Da nimmt man den Kommunen 340 Millionen € weg und deklariert sie als Einsparung, später dann 325 Millionen €. Dies erklärt man auch noch zu strukturellen Einsparungen, obwohl das Ganze bis 2016 befristet ist. Das ist schon ein starkes Stück.

Das andere – Kollege Hauk hat auch schon darauf hingewiesen – ist eine Ausschüttung der Landesbank Baden-Württemberg von 120 Millionen €. Wir haben Ihnen bei der letzten Debatte schon vorgehalten: Diese Ausschüttung von 120 Millionen € ist nicht neu. Sie kommt jedes Jahr. Ihre Beamten, die hinter Ihnen sitzen, haben Ihnen das erklärt. Dann sind Sie auf die Lösung verfallen, uns zu erklären, es sei deshalb eine strukturelle Einsparung, weil Sie es jetzt in die mittelfristige Finanzplanung einstellen. Meine Damen und Herren, auch so kann man Finanzpolitik machen. Da wird mit Sicherheit nicht gespart, sondern einzig und allein getrickelt.

(Abg. Hans-Ulrich Sckerl GRÜNE: Sie waren auch schon mal besser!)

Das ist nichts anderes als kreative Buchführung, meine Damen und Herren.

(Dr. Hans-Ulrich Rülke)

Da, wo wirklich gespart wird, nämlich beim Landeserziehungsgeld, gilt ebenfalls das Prinzip „Täuschen, Tricksen, Tarnen“. Sie haben das Landeserziehungsgeld zunächst einmal so verändert, dass es nicht mehr kompatibel mit den Bundesleistungen ist, damit Sie ein Alibi hatten, um dieses Landeserziehungsgeld abzuschaffen. So sieht es nämlich aus. Sie hatten nicht den Mut, den Leuten ins Gesicht zu sagen: „Da sparen wir, da schaffen wir es ab.“ Sie haben deshalb einen Sündenbock gesucht, und da kam der Bund gerade recht. Dafür haben Sie zunächst einmal dieses Landeserziehungsgeld manipuliert, meine Damen und Herren.

(Beifall bei der FDP/DVP und Abgeordneten der CDU – Abg. Dr. Friedrich Bullinger FDP/DVP: Trickserie!)

Die einzige Gruppe, bei der wirklich gespart wird, sind die Landesbeamten. Das ist alles andere als gerecht. Ich bin der Überzeugung: Auch die Mehrzahl unserer Beamten weiß um die Notwendigkeit der Haushaltskonsolidierung. Ich bin der Überzeugung, dass die Mehrzahl unserer Landesbeamten auch bereit ist, einen Beitrag zu leisten – aber nicht, wenn sie die Einzigen sind, die bluten müssen, während alle anderen Gruppen, während Ihre Klientel verschont bleibt. Meine Damen und Herren, das ist ungerecht; das geht so nicht.

(Beifall bei der FDP/DVP und Abgeordneten der CDU)

Besonders unklug ist es, beim Nachwuchs zu sparen. Ich weiß schon, warum Sie das machen: Sie könnten davon ausgehen, dass diejenigen, die noch keine Beamten sind, sich am schlechtesten wehren können.

(Abg. Dieter Hillebrand CDU: Genau!)

Deshalb greifen Sie an dieser Stelle zu. Aber Sie machen damit den öffentlichen Dienst des Landes weniger attraktiv, und Sie schaden letztlich der Zukunftsfähigkeit des Landes Baden-Württemberg.

(Beifall bei der FDP/DVP und Abgeordneten der CDU)

Der Finanzminister hat uns in der vergangenen Woche vorgeworfen – das ist ein tolles Stück –, wir hätten in der Vergangenheit zu viele Lehrerstellen geschaffen.

(Abg. Karl-Wilhelm Röhm CDU: Die wollten ja noch viel mehr!)

Da lohnt sich einmal ein Blick in die Vergangenheit, z. B. auf die Haushaltsberatungen für das Jahr 2007.

(Abg. Karl-Wilhelm Röhm CDU: Ja!)

Da beantragte die SPD-Fraktion Mehraufwendungen für Personal in Höhe von 42 Millionen €. Das waren noch mehr Ausgaben, als es die angeblichen Schuldenmacher von CDU und FDP/DVP gefordert hatten. Und die Grünen? Sie forderten 212 Millionen € an zusätzlichen Ausgaben.

(Abg. Dr. Friedrich Bullinger FDP/DVP: Hört, hört!)

Das muss man sich einmal auf der Zunge zergehen lassen.

(Beifall bei der FDP/DVP und Abgeordneten der CDU – Abg. Dr. Friedrich Bullinger FDP/DVP zu Grünen und SPD: Heuchelei!)

Oder schauen wir in das Jahr 2009. Damals hatten wir bekanntermaßen einen ausgeglichenen Haushalt erreicht. Die SPD beantragte für den Bereich des Kultusministerium 77 Millionen € zusätzlich. Und was wollten die Grünen? 185 Millionen € zusätzlich.

(Lachen und Beifall bei Abgeordneten der FDP/DVP und der CDU – Zuruf des Abg. Dr. Friedrich Bullinger FDP/DVP)

Das ist die Realität: Täuschen, Tricksen, Tarnen.

Nun beginnen Sie mit dem Abbau von Lehrerstellen. Es ist in der Tat richtig: Die demografische Rendite beginnt zu greifen. Auch wir hätten im Fall der fortgesetzten Regierungsverantwortung mit Sicherheit mit dem Abbau von Lehrerstellen begonnen –

(Abg. Muhterem Aras GRÜNE: Aha!)

aber doch nicht ohne jeglichen Plan für die Schullandschaft! Wir hätten es auch nicht getan, ohne genauen Aufschluss über die notwendige Zahl von Lehrerstellen zu haben. Ich habe den Eindruck, Sie haben sich da mit Medizinern und Schamanen zusammengesetzt,

(Abg. Claus Schmiedel SPD: Schamanen? Frau Schavan ist in Berlin! Die ist weg!)

und diese haben irgendwie gewürfelt, und dann kamen sie auf die Zahl von 1 000 Lehrerstellen. Sie haben dann gesagt: Hier wird nun gespart.

(Beifall bei der FDP/DVP und Abgeordneten der CDU – Abg. Karl-Wilhelm Röhm CDU: Zeller!)

Die angestrebte Vernichtung des Gymnasiums ist ein Irrweg.

(Lachen bei der SPD – Zuruf: So, so! – Abg. Karl-Wilhelm Röhm CDU: Ja! – Abg. Edith Sitzmann GRÜNE: Oh Mann!)

Einheitsbildungsplan, Einheitslehrer,

(Abg. Karl-Wilhelm Röhm CDU: E i n e Schule für alle!)

möglicherweise das Abschulungsverbot – da gibt es ja widersprüchliche Angaben.

(Abg. Dr. Friedrich Bullinger FDP/DVP: Abitur für alle!)

Die Kultusministerin äußert sich dazu nicht eindeutig. Der Ministerpräsident hat gestern angedeutet: „Wohl eher nicht.“ Aber beim Ministerpräsidenten sind wir ja gewohnt, dass die Halbwertszeit seiner Aussagen nicht, wie beim Kollegen Schmiedel, ein halbes Jahr, sondern nur eine halbe Stunde beträgt.

(Abg. Edith Sitzmann GRÜNE: Unglaublich!)

Insofern ist das keine wirklich belastbare Aussage.

(Dr. Hans-Ulrich Rülke)

(Abg. Hans-Ulrich Sckerl GRÜNE: Tiefer geht es nimmer, Herr Rülke!)

– Doch, doch; es geht noch tiefer, Herr Kollege Sckerl. Es geht noch tiefer,

(Lachen und Beifall bei Abgeordneten der Grünen und der SPD)

nämlich in den Ausführungen des Kollegen Schmiedel. Herr Schmiedel, was Sie sich heute hier an Falschaussagen geleistet haben, war der Gipfel an Dreistigkeit. Sie haben an das angeschlossen, was der Finanzminister in der letzten Woche versucht hat, indem Sie eine Statistik angeführt haben, wonach angeblich 1 Milliarde € aus dem Landeshaushalt für die Altersvorsorge der Beamten zur Verfügung gestellt werden. Seit dem Jahr 1998 leisten die Beamten und auch die Pensionäre einen Beitrag hierzu.

(Zuruf von der CDU: Richtig!)

Dieser Beitrag in einer Größenordnung von etwa 600 Millionen € ist im Haushalt etatisiert. Das ist aber nicht das Geld dieser Landesregierung, es ist auch nicht das Geld des Steuerzahlers, sondern das ist das Geld der Beamten. Es ist unanständig, so zu tun, als würde das aus originären Haushaltsmitteln bestritten.

(Beifall bei der FDP/DVP und der CDU – Abg. Dr. Friedrich Bullinger FDP/DVP: So ist es!)

Wenn man den Haushalt genau liest, stellt man fest, was Sie exakt aus diesem Haushalt hierfür leisten, nämlich im Jahr 2013 genau 183,8 Millionen € und keine Milliarde. Hören Sie doch auf mit der Volksverdummung, meine Damen und Herren!

(Beifall bei der FDP/DVP und der CDU)

Wo man hinblickt – wie es neudeutsch heißt – Financial Engineering. Oder um es anders zu formulieren: Bei Ihrer Form der kreativen Buchführung könnte selbst Silvio Berlusconi noch etwas lernen.

(Heiterkeit und Beifall bei der FDP/DVP und der CDU)

So ist die Situation.

Oder nehmen wir die Posse von der verschwendungssüchtigen Vorgängerregierung. Es empört sich ein sozialdemokratischer Finanzminister darüber, dass während der Wirtschaftskrise die Ausgaben erhöht worden sind. Das, was Sie in der letzten Woche kritisiert haben, Herr Finanzminister, war ja offensichtlich der Pakt für Beschäftigung und Stabilität in Deutschland – übrigens gemeinsam mit der damaligen Bundesregierung geschaffen, in einer Großen Koalition, an der die SPD beteiligt war. Der Vorwurf ist, in der Krise die Ausgaben erhöht zu haben, um eine antizyklische Wirtschaftspolitik zu machen.

(Zuruf des Abg. Winfried Mack CDU)

Das ist hochinteressant; lassen Sie sich das einmal auf der Zunge zergehen. Denn was haben wir in diesem Jahr in Berlin erlebt? In Berlin ging es um die Ratifizierung des Fiskal-

pakts und des Europäischen Stabilitätsmechanismus. Da haben Ihre Genossen in Berlin erklärt: „Es ist viel zu wenig, in der Krise einfach nur alles kaputtzusparen. Die Voraussetzung für unsere Zustimmung ist, dass es auch Programme gibt, die die Wirtschaft wieder auf die Beine bringen. Nur dann stimmen wir zu.“ Gleichzeitig kritisieren Sie hier im Landtag von Baden-Württemberg mit Ihrer gespaltenen Zunge, dass wir in der Vergangenheit das Gleiche gemacht haben. So sieht es aus, so ist die Realität.

(Beifall bei der FDP/DVP und der CDU)

Das, was Sie mit Ihren Aussagen zur Haushaltsstruktur immer an Märchen verbreiten, ist auch bemerkenswert. Sie waren es doch, die die Studiengebühren abgeschafft haben

(Zuruf von der SPD: Sehr gut! – Abg. Andreas Schwarz GRÜNE: Sehr gut, ja!)

und damit den Haushalt strukturell belastet haben. – Ja, aber es ist eine strukturelle Belastung des Haushalts.

(Zuruf der Abg. Edith Sitzmann GRÜNE)

Das Zurückholen der freiwilligen Lebensarbeitszeitkonten belastet den Haushalt. Die Rücknahme unseres Stellenabbauprogramms belastet den Haushalt. Und Ihr „Ouzo-B-Besoldungsrausch“, den Sie in den Ministerien an den Tag gelegt haben – belastet dieser den Haushalt oder nicht, meine Damen und Herren?

(Beifall bei der FDP/DVP und der CDU – Abg. Dr. Friedrich Bullinger FDP/DVP: So ist es!)

Zu nennen sind auch die unsinnigen Doppelstrukturen von G 8 und G 9, das Prestigeprojekt Gemeinschaftsschule, die völlig unsinnige und regional unausgewogene Polizeireform, die wahrscheinlich Hunderte von Millionen Euro kostet, und – das kann man Ihnen auch an dieser Stelle nicht ersparen – das Steuerabkommen mit der Schweiz. Das, was Sie, Herr Finanzminister, in der Vergangenheit zu diesem Thema immer zu sagen hatten, war schon interessant. Da haben Sie erklärt: „Es mag ja sein, dass wir da 1 Milliarde € bekommen. Aber diese Milliarde will ich nicht, denn sie ist ja nicht strukturell.“ Das ist Ihre finanzpolitische Logik.

(Heiterkeit bei der FDP/DVP und der CDU)

Also, wenn es Ihnen besser passt, dann stückeln Sie die Einnahmen meinetwegen in jeweils 100 Millionen € über die nächsten zehn Jahre oder meinetwegen auch jeweils 10 Millionen € über die nächsten 100 Jahre, dann können Sie sie als strukturell bezeichnen.

(Heiterkeit und Beifall bei der FDP/DVP und der CDU)

Gegenüber dem, was Sie offensichtlich nicht einsparen oder bei dem Sie nur vorgetäuschte Einsparungen vornehmen, sind die neuen strukturellen Ausgaben in diesem Haushalt eindeutig erkennbar.

20 Millionen € für Landesstraßen,

(Abg. Andreas Schwarz GRÜNE: Landesstraßen! Sind Sie etwa dagegen?)

(Dr. Hans-Ulrich Rülke)

10 Millionen € für die Polizeireform, 20 Millionen € für Vertretungslehrer,

(Abg. Claus Schmiedel SPD: Wollen Sie dagegen stimmen?)

18 Millionen € für Naturschutz, 30 Millionen € für den Hochwasserschutz,

(Abg. Claus Schmiedel SPD: Wollen Sie dagegen stimmen?)

21 Millionen € für die Energiewende, 30 Millionen € für die Duale Hochschule und natürlich 10 Millionen € für Fahrradwege.

(Zuruf des Abg. Claus Schmiedel SPD)

Meine Damen und Herren, das ist ja alles gut und recht, aber

(Abg. Andreas Schwarz GRÜNE: Sind Sie dagegen?)

dazu empfehle ich Ihnen einmal, eine Aussage des RWI zur Kenntnis zu nehmen. Das RWI attestiert Ihnen nämlich eine schlechte Finanzpolitik. Und warum? Wegen der Kreditfinanzierung der aus Politikwechseln resultierenden Zusatzausgaben. Genau das ist der Punkt, dass Sie nämlich das, was Sie an anderen Akzenten setzen, nicht an anderer Stelle gegenfinanzieren.

(Zurufe der Abg. Andreas Schwarz GRÜNE und Walter Heiler SPD)

Meine Damen und Herren, besonders schön finde ich die folgende These des RWI. Das RWI formuliert: „Vom Muster-schüler zum Problemfall“. Meine Damen und Herren, der Problemfall sind Sie, die Musterschüler waren wir.

(Beifall bei der FDP/DVP und der CDU)

So sieht es aus, meine Damen und Herren.

Wenn man Ihre Haushaltspolitik betrachtet, kommt man zu dem Ergebnis, dass der Titel Ihres Koalitionsvertrags „Der Wechsel beginnt“ stimmt. Aber gemeint war ein Schuldwechsel, meine Damen und Herren. Das ist der Punkt.

(Heiterkeit und Beifall bei der FDP/DVP und der CDU)

Die „Stuttgarter Nachrichten“ haben festgestellt – ich darf zitieren, Herr Präsident –:

In Griechenland

– das ist die Benchmark für Sie –

(Heiterkeit bei der FDP/DVP und der CDU)

wurde nach jedem Regierungswechsel der Staatsapparat größer, weil viele Unterstützer versorgt wurden.

(Abg. Dr. Friedrich Bullinger FDP/DVP: Plakatkleber!)

Von einem Finanzminister erwartet man, dass er den Rotstift ansetzt und nicht den Filzstift.

So ist es, meine Damen und Herren.

(Beifall bei der FDP/DVP und der CDU – Zuruf des Abg. Walter Heiler SPD)

Dazu passen auch die Meldungen über Einsparungen, die Sie so über den Äther schicken. Besonders gefreut hat mich eine dpa-Meldung vom 8. November.

(Zuruf des Abg. Hans-Ulrich Sckerl GRÜNE)

Darin stand nämlich, das Finanzministerium plane Portoeinsparungen. Das glaube ich gern, Herr Minister.

(Heiterkeit bei Abgeordneten der CDU)

Diese Portoeinsparungen resultieren wahrscheinlich daraus, dass Sie den Genossen im Land keine Briefe mehr schreiben müssen, weil Sie sie schon alle im Ministerium haben.

(Heiterkeit und Beifall bei der FDP/DVP und der CDU)

Nun zu den Realitäten.

(Lachen bei Abgeordneten der Grünen und der SPD – Abg. Claus Schmiedel SPD: Alles andere waren Märchen! – Abg. Hans-Ulrich Sckerl GRÜNE: Witz komm raus, du bist umzingelt!)

Nun zu den Realitäten, Herr Kollege Schmiedel, im Unterschied zu Ihren Statistiken.

(Der Redner hält ein Schaubild hoch.)

Hier sehen wir das Volumen der Haushaltspläne.

(Abg. Walter Heiler SPD: Können Sie das bitte jedem zeigen?)

Daraus ergibt sich Folgendes: Im Jahr 2008 waren es 34 Milliarden €, dann gab es in der Krise in der Tat eine deutliche Steigerung auf 36 Milliarden €. Das Haushaltsvolumen ist dann 2010 auch wieder gesunken, nachdem die Krise überwunden wurde. Aber dann kommen Sie.

(Heiterkeit bei Abgeordneten der FDP/DVP und der CDU)

Der Dritte Nachtragshaushalt im Jahr 2011 hatte ein Gesamtvolumen von 35,3 Milliarden €.

(Abg. Dr. Friedrich Bullinger FDP/DVP: Jetzt geht es aufwärts mit den Schulden!)

Dann ging es aufwärts. Schon mit dem Vierten Nachtrag gab es eine Steigerung um 5 %. Im Jahr 2012 gibt es ebenfalls eine Steigerung um 5 %. Im Jahr 2013 gibt es abermals eine Steigerung um 5 %.

(Zuruf der Abg. Edith Sitzmann GRÜNE)

Jetzt ziehen wir einmal eine Zwischenbilanz. Dritter Nachtrag 2011 – das war zu Ihrer Regierungsübernahme –: 35,3 Milliarden €.

(Abg. Claus Schmiedel SPD: Welche Säule ist Neckarpri?)

(Dr. Hans-Ulrich Rülke)

2013: 40,74 Milliarden €. Meine Damen und Herren, Sie geben 5,5 Milliarden € mehr aus als wir. Das ist der Punkt.

(Beifall bei der FDP/DVP und der CDU)

Wenn Sie es mir nicht glauben, zitiere ich einmal Frau Sitzmann. Frau Sitzmann, Kompliment, Sie waren ehrlich.

(Abg. Walter Heiler SPD: Im Gegensatz zu Ihnen, oder wie?)

Ich habe hier eine Publikation der Fraktion GRÜNE, „Info-grün“ heißt sie.

(Der Redner hält ein Schriftstück hoch.)

Ich zitiere daraus:

Woher kommt die aktuelle Lücke von 2,5 Milliarden €?

Die Antwort – ich zitiere –:

Grob gesagt aus ca. 600 Millionen € weniger Einnahmen und 1,9 Milliarden € Mehrausgaben gegenüber 2012.

Herzlichen Dank für die Ehrlichkeit!

(Beifall bei der FDP/DVP und der CDU – Zuruf der Abg. Edith Sitzmann GRÜNE)

Das ist der Grund für die Schulden. Jetzt kommen wir zu den Einnahmen.

(Der Redner hält ein Schaubild hoch.)

Im Jahr 2011 betragen die Einnahmen 28,6 Milliarden €. Im Jahr 2013 sind es 31,53 Milliarden €.

(Zuruf des Abg. Walter Heiler SPD)

Das sind die Realitäten, meine Damen und Herren.

Sie haben 3 Milliarden € mehr zur Verfügung und geben 5,5 Milliarden € mehr aus. Und da wundern Sie sich über die Neuverschuldung. Unglaublich!

(Heiterkeit und Beifall bei der FDP/DVP und der CDU)

Selbst wenn wir die 1,5 Milliarden € hinzurechnen, die für die Finanzausgleichssysteme – Länderfinanzausgleich, kommunaler Finanzausgleich – anfallen, kommen wir noch immer zu dem Ergebnis, dass Sie 4 Milliarden € mehr ausgeben als wir, auch netto. Zu diesem Ergebnis kommen wir.

(Abg. Edith Sitzmann GRÜNE: Dann kommen wir zu dem Ergebnis, dass wir 1,9 Milliarden € Mehrausgaben haben!)

Hören Sie doch endlich mit dem Geschwätz von der Erblast auf. Hören Sie doch endlich mit dem Geschwätz von der Struktur auf.

(Beifall bei der FDP/DVP und der CDU)

Man sieht es Ihrem Haushalt an allen Ecken und Enden an: Sie können nicht mit Geld umgehen, Sie schmeißen das Geld zum Fenster raus.

(Abg. Andreas Schwarz GRÜNE: So ein Unsinn!)

Sie haben kein Einnahmeproblem, Sie haben kein Strukturproblem, sondern Sie haben ein Ausgabenproblem. Sie machen Schulden wie die Sautreiber. Das ist die Realität, meine Damen und Herren.

(Beifall bei der FDP/DVP und der CDU – Abg. Karl-Wilhelm Röhm CDU: Bravo! – Zuruf des Abg. Jörg Fritz GRÜNE – Gegenruf der Abg. Friedlinde Gurr-Hirsch CDU)

Im Ergebnis kann ich der CDU-Fraktion nur zustimmen: Dieser Haushalt verdient es überhaupt nicht, im Finanzausschuss beraten zu werden. Dieser Haushalt sollte an den Absender zurückgehen,

(Abg. Dr. Friedrich Bullinger FDP/DVP: Hausaufgaben machen! – Zuruf des Abg. Hans-Ulrich Sckerl GRÜNE)

an den sogenannten Finanzminister, damit er nacharbeitet. Herr Minister, einen Finanzminister wie Sie sollte man in die Wüste schicken. Aber vermutlich würde dann bald der Sand knapp. Das ist die Realität.

(Heiterkeit und Beifall bei der FDP/DVP und der CDU)

Präsident Guido Wolf: Für die Landesregierung spricht der Minister für Finanzen und Wirtschaft, Dr. Nils Schmid.

Minister für Finanzen und Wirtschaft Dr. Nils Schmid: Sehr geehrter Herr Präsident, liebe Kolleginnen und Kollegen! Wir haben gerade gesehen, was CDU und FDP/DVP unter Bürgerlichkeit, bürgerlichen Tugenden und bürgerlichem Umgang im Parlament verstehen.

Ich sage Ihnen eines: Zum wiederholten Mal haben Sie den Landtag nicht zu einer Schaubühne bürgerlicher Tugenden gemacht, sondern zu einer Legendenbildung beigetragen und Zerrbilder dargestellt.

(Lachen bei Abgeordneten der CDU und der FDP/DVP – Zuruf des Abg. Dr. Friedrich Bullinger FDP/DVP)

Dr. Rüpel und Peter Pan haben hier einmal wieder maßlos überzogen.

(Beifall bei den Grünen und der SPD – Abg. Karl-Wilhelm Röhm CDU: Spielen Sie hier nicht den Moralapostel!)

Wer hier nur Panik und Angst schürt, Herr Dr. Hauk,

(Heiterkeit – Abg. Peter Hauk CDU: Nein, Herr Dr. Schmid! Sie können gern „Herr Diplom-Forstwirt“ zu mir sagen!)

wer Teile der Gesellschaft gegeneinander ausspielt, der vertieft die Spaltung in diesem Land und überwindet sie nicht. Deswegen sage ich: Hören Sie auf, kehren Sie zur Sachpolitik zurück.

(Beifall bei der SPD und Abgeordneten der Grünen – Abg. Karl Zimmermann CDU: Es wurden doch Tabellen und Statistiken gezeigt!)

(Minister Dr. Nils Schmid)

In der Sache ist die Lage eindeutig: 2011 haben wir keine neuen Schulden gemacht. 2011 haben wir eine halbe Milliarde Euro für die Sanierungsrücklage und damit für den Abbau indirekter Schulden aufgewandt.

(Abg. Volker Schebesta CDU: Fangen Sie doch mit 2008 an!)

2012 gab es keine neuen Schulden. Das heißt, diese Regierung hat in ihren ersten beiden Regierungsjahren die Nullneverschuldung erreicht, und sie hat gleichzeitig Schulden getilgt.

(Beifall bei den Grünen und der SPD – Abg. Karl-Wilhelm Röhm CDU: Das erkennen wir ja an! Aber so soll es weitergehen! – Abg. Volker Schebesta CDU: Es steht auch in der Haushaltsordnung, dass man das machen muss!)

Gleichzeitig haben wir ein strukturelles Defizit von 2,5 Milliarden € geerbt.

(Abg. Peter Hauk CDU: Wo?)

Das geht aus Ihrer mittelfristigen Finanzplanung des Jahres 2010 hervor, über die Sie dankenswerterweise noch einmal selbst referiert haben.

In Ihren Regierungsjahren von 2008 bis 2011 haben Sie die Ausgaben des Landes um 8 % anwachsen lassen. Ich konzediere gern: Jawohl, es gab Ausgaben für das Konjunkturpaket, das wir im Bund und in den Ländern immer unterstützt haben. Aber es gab auch einen ungebremsten Anstieg bei den Personalausgaben. Diese Ausgaben, die sich strukturell niederschlagen, sind den Vorgängerregierungen anzulasten.

(Abg. Karl Zimmermann CDU: Sie haben doch noch mehr Personal eingestellt!)

Hinzu kommt ab 2013 ein Abbruch bei der Bildungsfinanzierung. Die Qualitätsoffensive Bildung war nicht solide durchfinanziert. Hier werden ab 2013 fast 300 Millionen € fällig. Sie haben dafür keinerlei Vorsorge getroffen.

(Beifall bei den Grünen und der SPD)

Hier besteht auch der große Unterschied zu Bayern. Bayern hat über Jahre hinweg deutlich weniger Schulden gemacht als Baden-Württemberg und damit jetzt natürlich eine deutlich geringere Zinslast im Haushalt als wir. Hinzu kommt, dass Bayern den Konsens der Bundesländer aufgekündigt und die Zuführung in seine Versorgungsrücklagesysteme gedeckelt hat. Bayern führt 100 Millionen € pro Jahr zu, wir führen fast eine halbe Milliarde Euro pro Jahr zu. Das ist der Unterschied

(Abg. Dr. Hans-Ulrich Rülke FDP/DVP: Stimmt doch gar nicht!)

in der Seriosität von Finanzpolitik.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD und des Abg. Andreas Schwarz GRÜNE – Abg. Dr. Hans-Ulrich Rülke FDP/DVP: Stimmt doch überhaupt nicht!)

Bayern klagt den Beamten den Beitrag, den die Beamten für die Versorgungsrücklage zurücklegen, und steckt ihn in den Haushalt.

(Staatssekretär Ingo Rust: So ist es!)

Wir halten gegenüber den Beamten Wort. Jawohl, die Beamten haben 1998 zugunsten der Versorgungsrücklage auf einen Teil ihres Gehaltszuwachses verzichtet.

(Abg. Dr. Friedrich Bullinger FDP/DVP: Sehr richtig! – Abg. Dr. Hans-Ulrich Rülke FDP/DVP: Da tun Sie so, als ob das Haushaltsmittel wären!)

Wir setzen das um und verwenden das Geld nicht für andere politische Zwecke. Das ist der Unterschied zu Bayern. Wir gehen mit unseren Beamten ehrlich und aufrichtig um.

(Beifall bei den Grünen und der SPD)

Wir haben in den letzten Jahren besichtigen können, wohin es führt, wenn man zu wenig Vorsorge für die Lasten der Zukunft – beispielsweise für die Versorgungslasten – trifft. Das führt in der Summe eben dazu, dass Bayern inzwischen – das muss man neidlos anerkennen – besser dasteht als Baden-Württemberg. Das sind aber die Schleifspuren, die Bremsspuren der Vergangenheit. Wenn die Vorgängerregierungen in Baden-Württemberg in der Vergangenheit „nur“ so viele Schulden gemacht hätten wie Bayern und wir 2013/2014 somit eine geringere Zinslast hätten,

(Zuruf des Abg. Karl Zimmermann CDU)

nämlich 2,5 Milliarden € weniger, und wenn die neue Landesregierung in Baden-Württemberg nur so viel in die Versorgungsrücklagen einstellen würde, wie es Bayern tut – nämlich 0,84 Milliarden € weniger im Doppelhaushalt –,

(Staatssekretär Ingo Rust: Ja!)

müssten wir in Baden-Württemberg keine neuen Schulden machen.

(Staatssekretär Ingo Rust: Keinen Euro!)

Vielmehr hätten wir dann einen Überschuss im Doppelhaushalt. Aber wir machen das nicht, weil wir für die Lasten, die in Zukunft auf uns zukommen, Vorsorge treffen.

(Abg. Peter Hauk CDU: Vorsorge für neue Schulden!)

Das ist vorausschauende Haushaltspolitik.

(Beifall bei der SPD und Abgeordneten der Grünen – Zurufe der Abg. Volker Schebesta CDU und Dr. Hans-Ulrich Rülke FDP/DVP)

Schauen wir den Zeitraum bis 2020 an: Auch da zeigt sich der Vorsorgecharakter unserer Finanzpolitik. Wir sind eine politische Selbstbindung eingegangen: Wir wollen bis 2020 das strukturelle Defizit in Stufen abbauen und einschließlich des Doppelhaushalts nur noch 6,4 Milliarden € an Schulden machen.

(Abg. Peter Hauk CDU: Sagen Sie doch einmal ein paar Zukunftsschritte!)

Von diesen 6,4 Milliarden €, die wir bis 2020 nach unserer Meinung noch brauchen, entfallen 4,45 Milliarden € allein auf die Versorgungsrücklagen, weil wir für die Pensionslasten, die ja auch noch nach dem Jahr 2020 auf den Landeshaushalt zukommen werden, weiterhin Vorsorge treffen. Das ist voraus-

(Minister Dr. Nils Schmid)

schauende Politik. Das Geld in der Versorgungsrücklage ist auch gut angelegt, denn die Renditezinss sind deutlich höher als die Verschuldungszinsen. Sie haben das in der Vergangenheit auch so gemacht. Lassen Sie uns diesen Kurs, dass wir auch in Zukunft Vorsorge für die Beamtenpensionen treffen, weiterfahren.

(Beifall bei der SPD und Abgeordneten der Grünen)

Damit komme ich zu Ihren Zerrbildern über die Ausgaben- und Einnahmewachse in den letzten Jahren. Es ist wirklich bemerkenswert, wie locker hier mit Haushaltskennzahlen umgegangen wird.

(Abg. Peter Hauk CDU: Das sind Ihre Zahlen!)

Sie, sehr verehrte Damen und Herren von der Opposition, insbesondere Sie, lieber Herr Hauk, sitzen einem dreifachen Irrtum auf. Sie verwechseln erstens brutto und netto.

(Zuruf des Staatssekretärs Ingo Rust)

Denn in den Jahren 2012 bis 2014 haben die Bruttosteuererhöhungen um 3,3 Milliarden € zugenommen. Das ist richtig. Aber netto verbleiben eben nur 1,3 Milliarden €.

(Staatssekretär Ingo Rust: Ja! Das verschweigen sie!)

Erster Fehler.

Zweiter Fehler: Sie verwechseln die jährliche Deckungslücke mit aufsummierten Mehreinnahmen; Frau Sitzmann hat das dankenswerterweise schon aufgezeigt.

(Zuruf des Staatssekretärs Ingo Rust)

Wir haben ein strukturelles Defizit von 2,5 Milliarden € pro Jahr. Das kann auch dieses aufsummierte Ergebnis von 1,3 Milliarden € netto in den Jahren 2012 bis 2014 nicht aufwiegen. Denn das ist eine Summe über mehrere Jahre hinweg. Sie verwechseln also Jahreswirkung und Summenwirkung über mehrere Jahre hinweg. Zweiter Fehler.

Dritter Fehler: Sie reden nur über die Isteinnahmen, aber nicht über die Istaussgaben.

(Staatssekretär Ingo Rust: Ja!)

Das ist der entscheidende Punkt. Der Haushalt besteht aus zwei Hälften: den Isteinnahmen und den Istaussgaben, und zwar jeweils bereinigt. Wenn Sie uns vorhalten, wir hätten so viele Steuermehreinnahmen und könnten jetzt locker die Nullverschuldung erreichen – sogar schon im Jahr 2013 –, dann müssen Sie uns den Beleg führen, welche Istaussgaben Sie denn antasten wollen,

(Staatssekretär Ingo Rust: Richtig!)

um dies zu erreichen.

(Beifall bei den Grünen und der SPD – Zuruf des Abg. Volker Schebesta CDU: Sie müssen auch die Landeshaushaltsordnung einhalten!)

Dann gibt es nur noch Ja oder Nein. Dann müssen Sie konkret werden. Sie sind aber die ganze Zeit über noch nicht kon-

kret geworden. Insofern verstehe ich, dass Sie den Beratungen im Finanzausschuss ausweichen wollen.

(Beifall bei Abgeordneten der Grünen und der SPD)

Wenn Sie konkret Stellung beziehen wollten, dann müssten Sie sagen, ob Sie für den Instrumentenkasten Personal sind, insbesondere für die Einsparungen bei der Besoldung und bei der Beihilfe. Sind Sie dafür, ja oder nein? Sind Sie für das Lehrerstellengesamtkonzept, für den Abbau von Lehrerstellen bis zum Jahr 2020, ja oder nein?

(Abg. Karl-Wilhelm Röhm CDU: Es gibt doch gar kein Konzept!)

Sind Sie für die Einigung mit den kommunalen Landesverbänden, ja oder nein? Sehen Sie die LBBW in den nächsten Jahren als Gewinnbringer oder als dauerhaften Verlustbringer für den Landeshaushalt, ja oder nein? Stehen Sie zum Auslaufen des Landeserziehungsgelds, ja oder nein?

(Abg. Karl-Wilhelm Röhm CDU: Nein!)

Stehen Sie zur Grunderwerbsteuererhöhung, ja oder nein?

(Zurufe von der CDU: Nein!)

Davon höre ich nichts. Damit sind Sie in Ihrer Haushaltspolitik unglaublich unwürdig.

(Beifall bei den Grünen und der SPD)

In der Haushaltspolitik und in der Politik allgemein mache ich mir immer einen wichtigen Satz von Pierre Mendès France zum Grundsatz. Dieser lautet: „Gouverner, c'est choisir.“ Regieren heißt, Entscheidungen zu treffen. Wir haben entschieden. Sie entscheiden nichts.

(Beifall bei den Grünen und der SPD – Lachen bei Abgeordneten der CDU und der FDP/DVP)

Diesem Entscheidungszwang können Sie auch nicht ausweichen, indem Sie den Haushalt ganz anders darstellen, als er Ihnen real in der gedruckten Fassung vorliegt. Sie können den Zahlen nicht ausweichen. Ansonsten müssten Sie auch behaupten, die Erde sei eine Scheibe. Ich bin aber der Auffassung: Die Erde ist rund, sie ist eine Kugel. Der Haushalt entspricht dem Grundsatz der Haushaltswahrheit und Haushaltsklarheit. Insofern müssten Sie uns anhand konkreter Stellen im Haushalt belegen, dass wir den Haushalt angeblich nicht richtig wiedergegeben haben.

Sie haben sich bei der Analyse der Grunddaten des Haushalts dreifach geirrt – bei den Einnahmen wie bei den Ausgaben. Ich fürchte, wenn es bei den Haushaltsberatungen ins Detail geht, wird es nur noch schlimmer.

(Abg. Winfried Mack CDU: Beifall!)

Gleichzeitig haben Sie den bemerkenswerten Spagat geschafft, Mehrforderungen in Millionenhöhe einzubringen. Ich muss mir anhören, was man alles tun sollte: noch mehr für die Energiewende, noch mehr für Forschung, noch mehr für die Verkehrsinfrastruktur, noch mehr für Bildung bzw. weniger streichen bei der Bildung. Gleichzeitig lehnen Sie jeden konkre-

(Minister Dr. Nils Schmid)

ten Vorschlag ab, mit dem wir strukturell sparen wollen. Diese Rechnung geht nicht auf. Diese Rechnung wird Ihnen von den Wählerinnen und Wählern auch wieder zurückgesendet.

(Beifall bei der SPD und Abgeordneten der Grünen)

Wenn wir über strukturelle Einsparungen reden, dann muss eingeräumt werden, dass es leider nicht ganz gereicht hat mit dem zweiten Abbauschnitt, mit den 850 Millionen €.

(Abg. Dr. Hans-Ulrich Rülke FDP/DVP: Sehr euphemistisch formuliert!)

Ziehen wir aber einmal Bilanz. Herr Hauk, Sie haben selbst gesagt, in der vergangenen Legislaturperiode hätten Sie 500 Millionen € strukturell eingespart. A la bonne heure! Ich sage Ihnen, wir haben in den ersten eineinhalb Jahren Weichen gestellt

(Abg. Winfried Mack CDU: Ja genau!)

für strukturelle Einsparungen, die sich bis zum Jahr 2020 auf 860 Millionen € aufsummieren werden.

(Abg. Peter Hauk CDU: Das ist die neue Mathematik! Eine Summationsmathematik!)

Das sind die Lehrerstellen, die bis zum Jahr 2020 abgebaut werden, das sind die Personalkosteneinsparungen, die sich aufbauen werden, das ist das Auslaufen des Landeserziehungsgelds. Das ist ein Paket, mit dem wir im Vergleich zu den strukturellen Veränderungen im Landeshaushalt, die Sie in einer gesamten Legislaturperiode vorgenommen haben, schon jetzt besser dastehen.

Jetzt müssen Sie entweder andere Vorschläge machen oder sich dazu bekennen, dass das der richtige Weg ist. Sie müssen sich aber entscheiden, sehr verehrte Damen und Herren.

(Beifall bei den Grünen und der SPD – Abg. Winfried Mack CDU: Das glauben Sie doch selbst nicht!)

Sie haben darauf hingewiesen, dass wir § 18 LHO ändern wollen.

(Zuruf von der CDU: Wir übernehmen gern wieder!)

§ 18 LHO werden wir ändern, und zwar mit der Zweiten Beratung des Haushaltsentwurfs, also vor der Verabschiedung des Doppelhaushalts in Dritter Beratung.

(Abg. Volker Schebesta CDU: Sie streichen die Schuldenbremse!)

Damit wird § 18 LHO angepasst an die wirtschaftliche und finanzwirtschaftliche Realität

(Zuruf des Abg. Volker Schebesta CDU)

sowie an die Vorgaben der grundgesetzlich vorgeschriebenen Schuldenbremse. Wir werden den Haushalt 2013/2014 gesetzeskonform verabschieden, meine sehr verehrten Damen und Herren. Gleichzeitig werden wir ihn verfassungskonform verabschieden.

(Zurufe von der CDU)

Wir werden zum ersten Mal seit Jahrzehnten einen Haushalt rechtzeitig vor Jahresende in diesem Parlament

(Unruhe – Glocke des Präsidenten)

endgültig beraten haben. Sie haben in der Vergangenheit immer die Verfassung gebrochen. Wenn ich daran denke, wie Sie mit dem EnBW-Deal umgegangen sind, dann wäre ich ganz vorsichtig mit Aussagen dazu, wer hier auf der Seite der Verfassung steht und wer nicht.

(Beifall bei den Grünen und der SPD – Zuruf des Abg. Helmut Walter Rüeck CDU)

Es ist richtig: Wir werden diese nächsten Konsolidierungsschritte nur hinbekommen, wenn wir die Einnahmeseite verbessern. Sie erkennen das ja indirekt an, indem Sie uns auffordern, diesem vermaledeiten Steuerabkommen mit der Schweiz zuzustimmen. Damit wollen Sie ja wohl auch die Einnahmeseite verbessern.

Ich sage Ihnen bloß eines: Dieses Steuerabkommen mit der Schweiz bietet so viele Schlupflöcher, dass es ungerecht ist, ungerecht gegenüber den ehrlichen Steuerzahlerinnen und Steuerzahlern. Dieses Steuerabkommen mit der Schweiz ist auch nicht dazu geeignet, den Haushalt strukturell zu konsolidieren. Es ist eine garantierte Einmalzahlung von 2 Milliarden Schweizer Franken geplant. Auf Baden-Württemberg entfällt davon umgerechnet ein niedriger dreistelliger Millionenbetrag. Ich frage mich, wie Sie, Herr Rülke, zu der Behauptung kommen, dass wir durch das Steuerabkommen einmalig 1 Milliarde € für Baden-Württemberg erhielten. Das ist nun wirklich eine Milchmädchenrechnung und durch keinerlei Belege untermauert.

(Beifall bei Abgeordneten der Grünen und der SPD)

Der einzige strukturelle Effekt des Steuerabkommens mit der Schweiz ist, dass wir eine Abgeltungsteuer von Schweizer Banken bekommen, die in der strukturellen Wirkung für den Landeshaushalt einen niedrigen zweistelligen Millionenbetrag pro Jahr ausmachen wird. Das ist richtig. Bloß: Schaut man sich einmal an, wie sich die Schweizer Banken nach Medienberichten verhalten haben, dann hat man doch erhebliche Zweifel, ob die Schweizer Banken für das Einziehen dieser Quellensteuer die richtigen Partner des deutschen Fiskus sind, meine sehr verehrten Damen und Herren.

(Abg. Peter Hauk CDU: Das ist ja unglaublich!)

Deshalb sage ich Ihnen eines: Dieses Abkommen hat so viele Schlupflöcher, dass es schwierig ist, es jetzt als Grundlage für eine solide Haushaltsplanung zu nehmen.

(Abg. Winfried Mack CDU: Wer soll es denn machen? Die Kantonalpolizei? – Zuruf des Abg. Karl Zimmermann CDU)

Wir, die Landesregierung, Grün-Rot, haben einen Kurswechsel im Umgang mit der Steuerverwaltung und der Steuererechtigkeit vorgenommen.

Nachdem Sie jahrelang viele Hundert Stellen in der Steuerverwaltung abgebaut haben, bauen wir Stellen auf. Wir werden es nicht zulassen, dass Baden-Württemberg die Steuerge-

(Minister Dr. Nils Schmid)

rechtigkeit mit Füßen tritt. Sie waren in der Vergangenheit diejenigen, die auf der Seite der Steueründer waren.

(Widerspruch bei der CDU – Abg. Günther-Martin Pauli CDU: Beleidigung! – Zuruf von der CDU: Frechheit!)

Wir sind auf der Seite der ehrlichen Steuerzahler.

(Beifall bei der SPD und Abgeordneten der Grünen)

Wir werden über weitere Steuererhöhungen sprechen müssen. Es ist nicht nur die Landesregierung von Baden-Württemberg, die darüber spricht, sondern es ist beispielsweise auch das Saarland. Die Erhöhung des Spitzensteuersatzes ist für alle Bundesländer unabweisbar,

(Zuruf des Abg. Helmut Walter Rüeck CDU)

wenn man es mit dem Einhalten der Schuldenbremse ernst meint.

Deshalb bin ich sehr zuversichtlich, dass sich mit einer veränderten Konstellation nach der Bundestagswahl sowohl im Bundestag als auch im Bundesrat eine Mehrheit dafür finden wird. Es ist höchste Zeit, dass die Lasten für die Schulden der Vergangenheit gerecht verteilt werden. Dann müssen eben die starken Schultern ein bisschen stärker ran.

(Beifall bei Abgeordneten der Grünen und der SPD – Abg. Helmut Walter Rüeck CDU: Nur Beifall aus der ersten Reihe!)

Das Nächste, wenn wir schon über Einnahmen sprechen: Wir dürfen es nicht zulassen, dass die Pläne der Bundesregierung, die zu weiteren Steuerausfällen für die Bundesländer – und übrigens auch für den Bundeshaushalt – führen würden, umgesetzt werden. Denn wir haben ein riesengroßes Steuerrechtsänderungsrisiko für die Jahre 2013 und 2014. Da ist die Frage der Besteuerung von sogenannten Streubesitzdividenden. Selbst Herr Schäuble geht davon aus, dass es Einnahmeausfälle von 1,5 Milliarden € gibt. Wir gehen davon aus, dass sie deutlich höher sein werden. Es gibt weitere Steuerrechtsänderungen, die die schwarz-gelbe Bundesregierung plant.

Ich sage Ihnen eines: Wir werden die Schuldenbremse nicht einhalten können, wenn diese Schuldenbremse nicht gleichzeitig auch als Steuersenkungsbremse funktioniert.

(Abg. Winfried Mack CDU: Keine Sorge! Bis dahin sind Sie nicht mehr Finanzminister!)

Wenn der Staat auf Dauer strukturell ordentliche Haushalte erhalten will, dann wird es nicht weiter allgemeine Steuersenkungen geben können. Dann wird es auch nicht sein können, dass Herr Schäuble dauernd Steuersenkungspakete zulasten der Länderhaushalte schnürt. Wir werden energisch dagegen vorgehen. Sonst wird es mit der Schuldenbremse nichts.

(Beifall bei Abgeordneten der Grünen und der SPD – Zuruf von der CDU: Sie trauen sich ja richtig viel zu!)

Die Polizeireform ist im Landeshaushalt klar und wahrheitsgemäß veranschlagt. Der Innenminister weiß, wo die Regionalpräsidien der Polizei eingerichtet werden. Diese brauchen

entsprechende Leitstellen. Der Aufwand dafür ist im Haushalt veranschlagt. Die weitere Umsetzung der Polizeireform wird Einmalkosten verursachen. Wir gehen davon aus – das haben wir, die Regierung, mehrfach betont –, dass sie sich in einem Rahmen von 120 bis 170 Millionen € bewegen werden.

(Zurufe von der CDU, u. a. Abg. Karl Zimmermann: Machen Sie einen Deckel drauf!)

Dies wird jetzt geklärt, wird konkret haushaltsreif gemacht.

(Abg. Peter Hauk CDU: Seit Sommer! Entschuldigung, das sind vier Monate! Das ist doch Blödsinn! Das ist doch nicht wahr!)

Dann werden wir diese Zahlen präsentieren. Aber ich sage nochmals: Wer einmalig Geld in die Hand nimmt, um die Strukturen zu verbessern, der investiert in die Zukunft der Polizei, in die Sicherheit dieses Landes.

(Beifall bei den Grünen und der SPD)

Dann haben Sie beim Schienenpersonennahverkehr vermeintliche Haushaltsrisiken beschworen. Diese Haushaltsrisiken stammen aus Ihrer Regierungszeit. Es sind Ihre Verträge, die auslaufen, die wir nachverhandeln müssen.

(Abg. Peter Hauk CDU: Das ist unglaublich!)

Wir haben bei Übernahme der Regierung keinerlei taugliches Konzept vorgefunden, wie man mit der zukünftigen Ausschreibung umgehen wird. Das müssen wir jetzt mühselig erarbeiten. Das geschieht mit Hochdruck. Dann werden wir bessere Konditionen für das Land herausholen, und das wird sich dann auch im Haushalt niederschlagen.

(Beifall bei den Grünen und der SPD)

Wir werden all dies, meine sehr verehrten Damen und Herren, im Dialog mit der Bevölkerung, mit den direkt Betroffenen tun. Wir haben es geschafft, nach jahrelangem Stillstand mit den kommunalen Landesverbänden den Knoten zu durchschlagen.

(Abg. Wolfgang Drexler SPD: Genau! – Abg. Walter Heiler SPD: So ist es! Genau so ist es!)

Wir haben eine einvernehmliche Einigung über den Ausbau der Kleinkindbetreuung hinbekommen, bei dem sich das Land zu seiner Verantwortung bekennt. Wir haben im Einvernehmen mit den kommunalen Landesverbänden eine Einigung über die Finanzierung der Kommunen bis zum Ende dieser Legislaturperiode hinbekommen, und wir haben beschlossen, dass wir das Thema Ganztagschule ebenfalls im Einvernehmen mit den kommunalen Landesverbänden regeln wollen. Das ist eine Politik des Dialogs, des Zuhörens, der Partnerschaft auf Augenhöhe mit den Kommunen.

(Abg. Wolfgang Drexler SPD: Genau! – Zuruf des Abg. Dr. Friedrich Bullinger FDP/DVP)

Das Echo aus den Kommunen zeigt an: Wir sind auf dem richtigen Weg.

(Beifall bei der SPD und Abgeordneten der Grünen)

(Minister Dr. Nils Schmid)

Selbst bei dem schwierigen Thema Personalkosten sind wir im Gespräch mit den Verbänden der Beamtenschaft, und wir bleiben mit ihnen im Gespräch, auch wenn Herr Stich jetzt gesagt hat, er wolle erst einmal seinen Gewerkschaftstag abwarten. Das sei ihm gegönnt. Wir bleiben im Gespräch, weil wir überzeugt sind, dass die Leistungsfähigkeit des öffentlichen Dienstes ein Trumpf für das Land Baden-Württemberg ist.

Deshalb wird es neben dem Finanzplan 2020 im nächsten Jahr auch ein Personalentwicklungskonzept 2020 geben, weil wir beides nebeneinander betrachten müssen: den Konsolidierungsbedarf und den notwendigen Erneuerungsbedarf im öffentlichen Dienst. Dass wir es mit guter Arbeit im Landesdienst ernst meinen, zeigen wir schon dadurch, dass wir die Unmenge an befristeten Beschäftigungsverhältnissen aufheben wollen und denen, die seit vielen Jahren für das Land arbeiten, auch ordentliche Verträge anbieten. Ich glaube, das ist ein gutes Zeichen für den öffentlichen Dienst hier in Baden-Württemberg.

(Beifall bei der SPD und Abgeordneten der Grünen)

Wir bleiben auch im Gespräch mit den Verbänden, wenn es um wichtige Vorhaben der Regierung geht. Es ist wirklich ein weiteres Zerrbild, das Sie zu der Einführung eines Nationalparks Nordschwarzwald und der Diskussion darüber gezeichnet haben. Ich kenne niemanden, der bei diesem Thema so engagiert den Dialog sucht wie Landwirtschaftsminister Bonde. Über hundert Termine hat er dafür wahrgenommen.

(Beifall bei den Grünen und der SPD – Abg. Winfried Mack CDU: Wo waren die hundert Termine?)

Uns dann vorzuhalten, wir würden über die Köpfe der Betroffenen hinweg regieren oder entscheiden, geht völlig fehl. Es gibt eine Regelung, wie man Nationalparks einrichtet. Demnach ist der Landtag als Gesetzgeber gefragt. Das ist auch in Ordnung.

(Abg. Winfried Mack CDU: Wo waren die hundert Termine?)

Dann können Sie Ihre Argumente vortragen, falls Sie dann noch dagegen sein sollten. Wir werden die Argumente vortragen. Wir werden das, was aus den Gesprächen, den Dialogen im Nordschwarzwald an Einwänden kommt, abwägen. Dann wird der Landtag souverän darüber entscheiden. Ich weiß gar nicht, was daran schlimm sein soll. Das ist praktizierte Bürgerbeteiligung, und das ist parlamentarische Demokratie.

(Zuruf des Abg. Helmut Rau CDU)

Sie haben es selbst so gewollt, dass der Landtag entscheidet.

(Beifall bei den Grünen und der SPD)

Aber auch bei vielen anderen Themen haben wir die Beteiligung der Betroffenen sehr frühzeitig gesucht. Ich erinnere an das beispielgebende Gesetzgebungsverfahren zur Stärkung der studentischen Mitbestimmung. Dabei sind – auch über neue Medien – die Rückmeldungen der Betroffenen sehr frühzeitig eingeholt worden.

Wenn Sie uns also vorwerfen, wir würden keine dialogorientierte Politik betreiben, dann stehen Sie hier im Land ziemlich allein da.

(Beifall bei der SPD und Abgeordneten der Grünen – Abg. Karl-Wilhelm Röhm CDU: Wie z. B. mit den Bauern!)

Jawohl, diese Regierung macht eine Politik des Gehörtwerdens, des Zuhörens.

(Abg. Dr. Hans-Ulrich Rülke FDP/DVP: Angeblich! – Abg. Dr. Friedrich Bullinger FDP/DVP: Nationalpark, basta!)

Das bedeutet aber nicht, dass man in jedem Punkt erhört wird.

(Abg. Helmut Walter Rüeck CDU: Das hört man allgemein im Land!)

Wir sind auch bereit, schwierige Entscheidungen zu treffen. Dieser Doppelhaushalt 2013/2014 ist ein Beleg dafür. Sie haben jetzt die Chance, uns zu folgen und uns, wenn Sie wollen, auch zu übertreffen. Aber dann müssen Sie sich auch der Debatte im Finanzausschuss und im Landtag weiter stellen.

(Beifall bei den Grünen und der SPD)

Präsident Guido Wolf: Meine Damen und Herren, bevor wir in die zweite Runde der Debatte eintreten, ist es mir ein Anliegen, die Soldatinnen und Soldaten auf der Zuhörertribüne – an ihrer Spitze Oberst Kuhn –, die nach ihrer Rückkehr aus Afghanistan heute im Landtag geehrt werden, hier im Hohen Haus herzlich zu begrüßen und willkommen zu heißen.

(Anhaltender lebhafter Beifall bei allen Fraktionen – Abg. Karl-Wilhelm Röhm CDU: Bravo!)

In der Fortsetzung der Haushaltsdebatte hat nun Herr Kollege Hauk für die CDU-Fraktion das Wort.

Abg. Peter Hauk CDU: Herr Präsident, meine sehr verehrten Damen und Herren! Das Wort „Kurdenfeldzug“, das ich vorhin gebraucht habe, nehme ich zurück.

(Vereinzelt Beifall bei den Grünen und der SPD)

Gemeint war – um das klarzustellen – Kurdendemonstrationszug. Demonstrationen, die auf Gewaltbereitschaft basieren, Demonstrationen, bei denen unsere Polizei zum Einsatz kommen muss, um die Demonstrationsfreiheit zu sichern, solche Demonstrationen verdienen eine negative Beurteilung. Wir stehen aufseiten derer, die friedlich demonstrieren, und nicht aufseiten der Krawallmacher; um das klar zu sagen.

(Beifall bei der CDU und der FDP/DVP)

Herr Ministerpräsident, was ich mit dieser Aussage gemeint habe, war Folgendes: Es geht mir um den Polizeikommissar, es geht mir um den Polizeiobermeister, um den Polizeihauptmeister, um den Polizeimeister. Es geht mir um die, die dort zum Einsatz kommen und die Sie mit Ihrer Politik gegen die Beamtenschaft treffen. Es gibt nicht nur B 3 und B 6. Es gibt nicht nur Pfründeempfänger von Grün und Rot, die in den hohen A-Besoldungsstellen und in den B-Besoldungsstellen beschäftigt werden. Es gibt in Baden-Württemberg auch die normalen Beamten im mittleren Dienst und im gehobenen Dienst, etwa in der Finanzverwaltung und in der Steuerverwaltung, die allesamt von Ihrer Politik getroffen werden. Um die geht es uns, Herr Ministerpräsident, und nicht um die anderen.

(Peter Hauk)

(Beifall bei der CDU und Abgeordneten der FDP/
DVP)

Dann stellt sich die Kollegin Sitzmann empört und bewertend ans Rednerpult.

(Abg. Muhterem Aras GRÜNE: Zu Recht!)

Etwas anderes als Empörung und Bewertung sind wir ja nicht gewohnt.

(Abg. Daniel Andreas Lede Abal GRÜNE: Bei Ihnen kann man auch nicht anders! – Zuruf des Abg. Helmut Walter Rüeck CDU)

Aber, Frau Kollegin Sitzmann, was haben Sie denn gesagt? Sie haben von Sanierungsstau gesprochen

(Abg. Muhterem Aras GRÜNE: Stimmt! – Abg. Hans-Ulrich Sckerl GRÜNE: Frau Sitzmann ist ein Musterbeispiel an Ruhe und Gelassenheit!)

und haben Ihre einmalige Tat gepriesen, Rücklagen gebildet zu haben, die Sie nicht einmal in anderthalb Jahren ausgeben können, weil der von Ihnen viel beschworene Sanierungsstau in dieser Höhe überhaupt nicht vorhanden ist. Das ist doch Teil der Wahrheit.

(Beifall bei der CDU und Abgeordneten der FDP/
DVP – Abg. Andreas Schwarz GRÜNE: Wer hat denn die Straßen vergammeln lassen? Das gibt es doch nicht! Das ist doch ein Witz! – Gegenruf des Abg. Karl Zimmermann CDU: Ihr wollt doch gar keine Straßen!)

– Ihr wollt doch keine.

(Unruhe – Glocke des Präsidenten)

Ihr Verkehrsminister will doch keine Straßen. Er baut auch keine und erhält auch keine; das kommt noch dazu.

Dann haben Sie kritisiert, dass im Jahr 2010 Schulden aufgenommen wurden. Ich erinnere noch einmal daran: Die Jahre 2009 und 2010 waren Ausnahmejahre. Im Jahr 2010 hatten wir einen massiven Einbruch bei den Steuereinnahmen. Kollege Rülke hat es, glaube ich, eindrucksvoll dargestellt. Wir haben – übrigens gemeinsam mit dem Bund – die Gelegenheit beim Schopf gepackt und haben damals investiert. Über 1 Milliarde € wurden auch in energetische Maßnahmen in Landesgebäuden investiert, in der Tat.

(Abg. Friedlinde Gurr-Hirsch CDU: Das hat sonst kein Land gemacht! – Abg. Wolfgang Drexler SPD: Trotzdem hat es nicht gelangt!)

Es war nämlich möglich, innerhalb kurzer Zeit zu investieren. Sie schaffen es nicht einmal, 560 Millionen € in drei Jahren auszugeben.

(Abg. Friedlinde Gurr-Hirsch CDU: Dafür steht das Land jetzt gut da! – Zuruf des Abg. Hans-Ulrich Sckerl GRÜNE)

Meine sehr verehrten Damen und Herren, das heißt, es ist unser Geld. Es war damals ein Ausnahmejahr. Das bestreitet nie-

mand. Wir sagen noch einmal: Sie müssen sich auch in der Frage der Nettoneuverschuldung an der Vorgängerregierung messen.

(Zuruf des Abg. Claus Schmiedel SPD)

Kollege Rülke hat auf das RWI-Gutachten und auch auf dessen Überschrift hingewiesen. Ich wiederhole es noch einmal, damit es klar wird: 2008 keine Schulden, 2009 keine Schulden,

(Abg. Muhterem Aras GRÜNE: Wie lange haben Sie denn registert?)

2010 Schulden, 2011 keine neuen Schulden, 2012 haben Sie es geschafft – Respekt! –, bei schon neuen hohen Ausgaben. Jetzt gibt es erneut – auch netto, Herr Finanzminister – neue Steuereinnahmen

(Abg. Wolfgang Drexler SPD: Aber keine 3 Milliarden €!)

– natürlich –, netto neue Steuereinnahmen, und trotzdem schaffen Sie es nicht, weil Sie bei eigenen Ausgaben nicht sparen. Diese Istausgaben, die Sie ins Feld führen, sind Ihre Ausgaben. Auch das ist noch einmal festzuhalten.

(Beifall bei der CDU und Abgeordneten der FDP/
DVP)

Jetzt zum Stilmittel Ihrer Politik beim Thema Bürgerbeteiligung. Bleiben wir doch einmal beim Nationalpark. Sie unterhalten sich schon – mit denen, die Ihnen kritiklos begegnen, mit Befürwortern.

(Abg. Claus Schmiedel SPD: Das ist doch dummes Zeug! – Abg. Dr. Markus Rösler GRÜNE: So ein Quatsch!)

– Das ist doch völlig wahr. Herr Kollege Bonde, da muss man sich schon fragen: Wo haben Sie sich in Ihrem Ort Baiersbronn mit der Bürgerschaft auseinandergesetzt? Wo haben Sie sich bisher in Freudenstadt auseinandergesetzt?

(Minister Alexander Bonde: Unverschämt! – Unruhe)

– Entschuldigung, da kann man nur sagen:

(Unruhe – Glocke des Präsidenten)

Getroffene Hunde bellen.

(Beifall bei der CDU und Abgeordneten der FDP/
DVP)

Nicht einmal dort, wo Sie beheimatet sind, gehen Sie in den Dialog.

(Beifall bei der CDU und Abgeordneten der FDP/
DVP – Abg. Karl-Wilhelm Röhm CDU: Bei welchem Bauernverband war jemand?)

Ich kann nur feststellen: Das ist doch ein Teil der Wahrheit.

(Unruhe – Glocke des Präsidenten)

(Peter Hauk)

Wo findet denn Ihr Dialog mit der Landwirtschaft und mit den landwirtschaftlichen Verbänden statt?

(Zuruf des Abg. Karl-Wilhelm Röhm CDU)

Sie versagen sich jeder Veranstaltung der Bauernverbände.

(Abg. Dr. Markus Rösler GRÜNE meldet sich. – Glocke des Präsidenten)

Sie brüsten sich sogar damit, dass Sie dort offensichtlich nicht hingehen.

Präsident Guido Wolf: Herr Kollege Hauk, gestatten Sie eine Zwischenfrage des Kollegen Dr. Rösler?

Abg. Peter Hauk CDU: Nein. – Ist das etwa dialogorientierte Politik?

(Zuruf: Natürlich nicht! – Abg. Claus Schmiedel SPD: Wo bleibt der Dialog? – Abg. Andreas Schwarz GRÜNE: Ist das Dialog? – Glocke des Präsidenten)

Ist das der Dialog Ihrer Regierung?

(Unruhe – Glocke des Präsidenten)

Meine sehr verehrten Damen und Herren, ich kann nur festhalten: Mit wesentlichen Teilen dieser Bürgerschaft in Baden-Württemberg haben Sie keinen Kontakt, kommunizieren Sie nicht. Das ist ein Teil der Wahrheit.

(Beifall bei der CDU und Abgeordneten der FDP/DVP – Abg. Karl-Wilhelm Röhm CDU: Und die Frau Kultusministerin auch nicht! – Weitere Zurufe – Glocke des Präsidenten)

Meine Damen und Herren, jetzt noch einmal zum Beamtenbund. Sie reden von Spielstand, Aussetzen und Denkpause, und beim nächsten Gewerkschaftstag spricht der Finanzminister. Entschuldigung, die Ansage der Beamten war doch klar. Das Thema ist für sie erledigt.

(Abg. Claus Schmiedel SPD: Noch gar nichts ist erledigt!)

Da waren wir letztes auf zwei verschiedenen Veranstaltungen, bei den technischen Beamten oder bei denen in der Kommunalverwaltung. Da haben wir offenbar verschiedene Veranstaltungen besucht. Es stimmt doch einfach nicht, was Sie hier kommunizieren, indem Sie alles in Rosarot darstellen. Fakt ist: Es gibt keine Gesprächsbereitschaft mehr. Nein, Sie pflegen auch keine Gesprächskultur.

(Beifall bei der CDU und Abgeordneten der FDP/DVP)

Meine Damen und Herren, bleiben wir bei dem Beispiel Nationalpark. Dazu wurde ein intensiver Dialog angekündigt.

(Abg. Thomas Marwein GRÜNE: Findet auch statt! – Gegenruf des Abg. Dr. Friedrich Bullinger FDP/DVP: Mit dem NABU!)

Dann kommt zunächst einmal der Gegenwind. Es gibt ein paar Informationsveranstaltungen, die jedoch meist von den Beamten des Ministeriums besucht werden. Die Spitze hält sich

weitestgehend – nicht überall, aber in Baiersbrunn und in Freudenstadt, Herr Kollege Bonde – fern. Dann wird der Gegenwind rauer. Der Ministerpräsident fliegt an einem Nebeltag ein; er wird von 300 euphorischen Besuchern erwartet, die zuvor über die sozialen Netzwerke und über Rundmails verständigt worden waren, damit es beim großen Thema Nationalpark einen euphorischen Beiklang und überschwängliche Begeisterung der Bevölkerung gibt. Die Kritiker wussten von diesem Termin gar nichts.

(Abg. Thomas Blenke CDU: Die Abgeordneten auch nicht! – Zuruf des Abg. Dieter Hillebrand CDU)

– Die Abgeordneten übrigens auch nicht, auch nicht die Politiker in der dortigen Region. Auch das ist eine neue Kultur. Bisher wurden solche Besuche zumindest auch öffentlich abgehalten.

(Abg. Alexander Salomon GRÜNE: Soziale Netzwerke kennen Sie?)

Jetzt spürt man: Der Gegenwind ist stark. Jetzt kommt „Basta!“ à la Schröder nach dem Motto:

(Abg. Wolfgang Drexler SPD: Nichts gegen Gerhard Schröder! Ein Vorbild!)

Die Region hat gar nichts zu melden. Es ist unerheblich, was die Region sagt; schließlich handle es sich um einen Nationalpark, und darüber habe die Nation und äußerstenfalls noch das Land zu entscheiden, aber doch nicht die Region. Betroffenheiten, Eigentumsfragen spielen keine Rolle. Das wird hinweggewischt.

Zu den Risiken – wenn Sie diesen Nationalpark denn schon einführen wollen –: Wir haben uns in der Unionsfraktion darauf geeinigt, dass wir in dieser Frage offen sind.

(Abg. Walter Heiler SPD: Aha!)

Weshalb geben wir denn Geld für ein Gutachten aus?

(Abg. Dr. Friedrich Bullinger FDP/DVP: Damit Propaganda gemacht wird! – Vereinzelt Beifall)

Das haben wir gar nicht kritisiert. Wir haben gesagt: Wir wollen ein Gutachten, das offene und auch kritische Fragen offen diskutiert und offen beantwortet. So stellen wir uns die Sache vor. Dass nach Vorlage des Gutachtens dann über diese Sache diskutiert wird, ist klar.

(Abg. Claus Schmiedel SPD: Was kritisieren Sie eigentlich?)

Aber es geht nicht an, dass mitten in diesem Prozess, in einem Dialogprozess, den Sie initiiert haben, dieser faktisch abgeschlossen wird durch Basta-Politik

(Abg. Dr. Friedrich Bullinger FDP/DVP: Missbrauch!)

und dass gesagt wird: Jetzt machen wir es halt so.

(Beifall bei der CDU und Abgeordneten der FDP/DVP)

Der Gipfel – das kommt noch hinzu – war, dass gesagt wurde: Ihr hättet ja anders wählen können. Das war der Gipfel;

(Peter Hauk)

damit wurde in der Sache noch eins draufgesetzt. Jetzt weiß man wenigstens, meine sehr verehrten Damen und Herren, woran man ist, und man weiß, dass der von Ihnen eingeleitete Prozess eine blanke Farce ist und nichts anderes.

(Abg. Dr. Friedrich Bullinger FDP/DVP: So ist es! – Abg. Winfried Mack CDU: Der Nebel hat sich gelichtet!)

– Der Nebel hat sich seit Sonntag gelichtet. Insofern war Ihr Besuch dort doch sehr wertvoll. Denn nun wissen wir endlich – die Masken sind gefallen –: Es geht Ihnen nicht um Fakten; es geht Ihnen nicht um Überzeugung, um die Mitwirkung der Bürgerschaft. Ein solches Projekt kann gelingen – ich sage es ganz offen: es kann gelingen –, aber es kann nur gelingen, wenn die betroffene Bevölkerung daran mitwirkt,

(Abg. Dieter Hillebrand CDU: Wenn sie mitgenommen wird!)

wenn sie sich dabei engagiert, sich darin hineinbegibt. Wir haben schon einmal einen solchen Dialogprozess geführt,

(Abg. Edith Sitzmann GRÜNE: Aha, das haben Sie gemacht? Einen Dialog? Interessant!)

und zwar zum Thema Biosphärengebiet. Sie kennen das. Da gab es anfänglich große Widerstände. Dieser Dialogprozess ist gelungen, und zwar bedurfte es gar keines großen Aufhebens,

(Abg. Dr. Markus Rösler GRÜNE: Mit Geld des grünen Bundeslandwirtschaftsministeriums!)

weil es keinen Widerstand gab. Denn zuvor waren alle Probleme ausgeräumt worden; alle offenen Fragen waren zuvor beantwortet worden, und zwar ehrlich beantwortet; sie sind nicht offengeblieben. Dass war eben keine Basta-Politik.

(Beifall bei der CDU und Abgeordneten der FDP/DVP)

Meine sehr verehrten Damen und Herren, ich habe dies deshalb so breit ausgeführt, weil dieses Beispiel einfach gut demonstriert, dass Ihre „Kultur der Bürgerbeteiligung und des Dialogs“ lediglich Seifenschaum ist, den Sie hier verbreiten, und nichts anderes.

(Abg. Walter Heiler SPD: Der Gag ist aber gründlich danebengegangen!)

Meine sehr verehrten Damen und Herren, der Finanzminister hat das Steuerabkommen mit der Schweiz angesprochen und gesagt, es wäre ein Ausdruck von Steuerungerechtigkeit, wenn man diesem Abkommen zustimmen würde. Dauerhafte und strukturelle fiskalpolitische Wirkung hätten nur Beträge, die – man beachte die Wortwahl! – ab einem zweistelligen Millionenbereich eingingen. Herr Finanzminister, Sie wissen, dass dauerhaft mindestens Beträge im dreistelligen Millionenbereich eingingen würden.

(Abg. Dr. Friedrich Bullinger FDP/DVP: Wenn man mit Geld nicht umgehen kann, macht man das so!)

Reden Sie also das Thema nicht klein.

(Abg. Wolfgang Drexler SPD: Woher wissen Sie denn das? Vom Schweizer Finanzminister? Der sagt Ihnen das? – Gegenruf des Abg. Helmut Walter Rüeck CDU: Sie scheinen gute Kontakte in die Schweiz zu haben! – Gegenruf des Abg. Wolfgang Drexler SPD: Im Fluglärmstreit ist es auch schlecht, auf die Schweizer zu hören!)

Ich frage Sie: Was ist denn ungerechter? Ist es ungerecht, dass ein heute bestehendes Steuerproblem für die Zukunft beseitigt wird? Ist das ungerecht? Wir gestalten alle gemeinsam Politik für die Zukunft. Ich habe kein Mitleid mit Steueründern, die entdeckt werden –

(Vereinzelte Beifall – Oh-Rufe von der SPD – Abg. Wolfgang Drexler SPD: Was? Na ja! – Abg. Claus Schmiedel SPD: Mir kommen die Tränen!)

um das einmal klar zu sagen. Ich habe überhaupt kein Mitleid. Ich habe nur etwas dagegen, wenn man auf illegale Methoden setzt, um an solche Adressen heranzukommen.

(Beifall bei der CDU und Abgeordneten der FDP/DVP)

Dagegen habe ich etwas.

(Beifall bei der CDU)

Dann ist es mir lieber, wir beerdigen das Problem, indem man nämlich die tatsächlichen Steueründer belastet, zwar anonym belässt, aber sie belastet. Sie zahlen ihren Anteil oder leisten ihre Strafzahlungen zwar anonym,

(Abg. Wolfgang Drexler SPD: Welche Strafzahlungen denn? Sie zahlen Steuern! Sie zahlen keine Strafe!)

aber sie werden in der Zukunft finanziell belastet.

(Zuruf des Abg. Claus Schmiedel SPD – Gegenruf des Abg. Karl-Wilhelm Röhm CDU: Ja, ist schon recht! Aber nicht freiwillig! – Glocke des Präsidenten)

– Herr Kollege Schmiedel, sie zahlen Steuern auf das Vermögen,

(Abg. Karl-Wilhelm Röhm CDU: Eben!)

und sie zahlen keine Kapitalertragsteuer und keine Abgeltungssteuer für die Vergangenheit.

(Abg. Wolfgang Drexler SPD: Sie zahlen keine Strafe!)

Das kommt faktisch einer Strafzahlung gleich.

(Zurufe von der SPD und den Grünen, u. a. Abg. Wolfgang Drexler SPD: Was? Ist das höheres Steuerrecht? – Unruhe – Glocke des Präsidenten)

Also, ich stelle nur fest: Durch das Steuerabkommen verbessert sich die Situation für Baden-Württemberg,

(Abg. Karl-Wilhelm Röhm CDU zu Grünen und SPD: Für Ihre Politik zahlt im Augenblick gar niemand!)

(Peter Hauk)

verbessert sich die Situation für 10,8 Millionen Menschen, weil wir Einmaleinnahmen haben, und zwar nicht in Höhe von 200 Millionen oder 150 Millionen Schweizer Franken, sondern, wie Sie sehr wohl wissen, in Höhe von insgesamt über 10 Milliarden € für die Bundesrepublik, also stark 1 Milliarde € für Baden-Württemberg. Das ist so; da nützt auch das Kopfschütteln nichts. Strukturell erzielt Baden-Württemberg Einnahmeverbesserungen im unteren dreistelligen Millionenbereich, die Ihnen helfen würden, Ihre Strukturprobleme, die Sie selbst geschaffen haben, abzubauen.

Meine Damen und Herren, was ist denn in den Jahren 2013, 2014 und 2015 ungerechter? Dass es Steueründer gibt, die unter Umständen nie belangt werden und keine Steuern zahlen,

(Abg. Karl-Wilhelm Röhm CDU: So ist es!)

bei denen keine Abgeltungsteuer erhoben wird, von deren Erträgen nichts an den Haushalt zurückfließt – –

(Abg. Wolfgang Drexler SPD: Das regt Sie nicht auf?)

– Das regt Sie anscheinend gar nicht auf.

(Abg. Wolfgang Drexler SPD: Sie! – Unruhe bei den Grünen und der SPD)

Das regt Sie nicht auf. Nein, das regt Sie nicht auf. Das scheint Ihnen sogar zu gefallen.

Meine sehr verehrten Damen und Herren, damit komme ich zu einem weiteren Punkt, zum strukturellen Defizit. Sie sprechen immer von einem strukturellen Defizit. Jetzt sagen Sie mir doch einmal, Herr Finanzminister: Was meinen Sie eigentlich damit?

(Lachen bei den Grünen – Abg. Andreas Schwarz GRÜNE: Was?)

– Das entlarvt Sie selbst.

Was meinen Sie eigentlich mit einem strukturellen Defizit? Was ist denn strukturell? Sie bauen da Wolken auf und schieben sie hin und her, von Sanierungsstau und Landesstraßenbau – – Das hat alles mit Kameralistik, in der wir uns mit diesem Haushalt auch noch bewegen und die Sie ja lange, lange beibehalten wollen – auch für die Kommunalverwaltung –, überhaupt nichts zu tun.

Aber wovon reden Sie denn? Da sprechen Sie von Personal und von Verpflichtungen für die Zukunft und dergleichen mehr. Entschuldigung, Ihre Anträge in der Vergangenheit waren alle auf die Einstellung von zusätzlichem Personal gerichtet, nicht auf Personalabbau. Das ist doch die Wahrheit.

(Beifall bei der CDU und der FDP/DVP – Abg. Karl-Wilhelm Röhm CDU: So ist es!)

Sie waren gegen die Veränderung des Dienstrechts, gegen die Dienstrechtsreform. Sie waren damals gegen die Verwaltungsreform, die Erwin Teufel initiiert hat, die uns strukturell Hunderte von Millionen Euro gebracht hat und – Frau Sitzmann, um einmal Ihre neue Fiskalmathematik zu übernehmen – die

uns seit dem Jahr 2005 – mittlerweile sind sieben, acht Jahre vergangen – über 1,5 Milliarden € an Einsparungen gebracht hat – um das auch einmal klar zu sagen.

(Abg. Walter Heiler SPD und Abg. Andreas Schwarz GRÜNE: Wo wollen Sie jetzt einsparen?)

Sie waren immer dagegen, wenn es um vernünftige Strukturmaßnahmen in diesem Haushalt ging.

(Abg. Andreas Schwarz GRÜNE: Wo wollen Sie jetzt einsparen?)

Sie waren dagegen, als das Weihnachtsgeld abgesenkt und als Gehaltsanteil integriert wurde.

(Abg. Andreas Schwarz GRÜNE: Wo wollen Sie einsparen?)

Sie waren dagegen, als das Urlaubsgeld gestrichen wurde. Sie waren gegen alle strukturellen Maßnahmen.

(Abg. Andreas Schwarz GRÜNE und Abg. Wolfgang Drexler SPD: Wo wollen Sie jetzt einsparen?)

Jetzt wollen wir einmal von Ihnen hören, wo denn die Struktur – –

(Beifall bei der CDU – Abg. Andreas Schwarz GRÜNE: Wo wollen Sie einsparen?)

– Entschuldigung, Herr Schwarz, es ist schon noch so – so steht es auch in der Verfassung; aus der Verantwortung entlassen wir die Regierung nicht –: Die Regierung legt einen Haushalt vor, der übrigens rechtmäßig sein muss.

(Beifall bei der CDU und der FDP/DVP – Abg. Walter Heiler SPD: Wo wollen Sie einsparen? Jetzt sitzen wir hier stundenlang und können es vor Spannung nicht mehr aushalten!)

Herr Finanzminister, zur Rechtmäßigkeit: Ich kann mich an keinen Landtagsbeschluss erinnern, der die Schuldenbremse in der LHO außer Kraft gesetzt hätte.

(Abg. Karl-Wilhelm Röhm CDU: So ist es!)

Das ist Ihr Handeln. Das ist Regierungshandeln.

(Zuruf des Abg. Wolfgang Drexler SPD)

Wenn der Landtag später etwas anderes will, steht das auf einem ganz anderen Blatt. Aber heute, an diesem Tag, und in der letzten Woche, als Sie den Haushalt eingebracht haben, haben Sie ganz klar gegen geltendes baden-württembergisches Recht verstoßen. Das muss ich einmal klarstellen.

(Beifall bei der CDU und der FDP/DVP – Abg. Walter Heiler SPD: Wo sind denn Ihre Einsparungsvorschläge? Kein einziger Einsparungsvorschlag! – Abg. Wolfgang Drexler SPD: Bringen Sie doch einmal einen einzigen Einsparungsvorschlag! Einen!)

Sie sprechen von einem nicht definierten strukturellen Defizit. Aber, Herr Finanzminister, dann frage ich Sie: Haben Sie auch die strukturellen Einnahmezunächse geerbt,

(Peter Hauk)

(Zurufe der Abg. Dr. Dietrich Birk und Helmut Walter Rüeck CDU)

die aus der Politik der Vergangenheit resultieren?

(Abg. Wolfgang Drexler SPD: Wo sind Ihre Einsparungsvorschläge? – Gegenruf des Abg. Dr. Hans-Ulrich Rülke FDP/DVP: Einen Landtagsvizepräsidenten weniger! – Gegenruf des Abg. Wolfgang Drexler SPD: Einen Fraktionsvorsitzenden der FDP/DVP-Fraktion brauchen wir auch nicht!)

Haben Sie die Erfolge dieser Politik, die sich im Wirtschaftswachstum zeigen, die sich übrigens auch bei den Bewertungen aller Bildungsfachleute zeigen, haben Sie auch diese strukturpositiven Bereiche geerbt, die sich heute positiv im Landeshaushalt auswirken? Ich erinnere an das gute Umfeld in der Forschungsstruktur, in der Hochschulstruktur, die Dezentralität. Nehmen Sie die Verkehrsinfrastruktur. Wir haben einen hervorragend ausgebauten SPNV. Dann stellen Sie sich hierher und sagen: Schlechte Verträge, die bis 2016 laufen. Entschuldigung, ein Kriterium des Wettbewerbs ist, dass erstens Verträge befristet sind

(Abg. Wolfgang Drexler SPD: Aber nicht alle auf einmal auslaufen!)

und dass – das ist auch ein Kriterium des Wettbewerbs – zweitens Verträge wieder mit Befristung neu abgeschlossen werden.

(Abg. Wolfgang Drexler SPD: Richtig!)

Da kann ich doch nur sagen: Machen Sie es doch.

(Abg. Wolfgang Drexler SPD: Bis 2016 sind alle gebunden!)

Sie wissen doch, dass bei europaweiten Ausschreibungen die Vorlaufzeit wegen Prüfungen und Zugbestellungen im Regelfall vier bis fünf Jahre beträgt. Das ist die normale Vorlaufzeit.

(Zuruf des Abg. Wolfgang Drexler SPD)

Fangen Sie doch endlich an!

(Beifall bei der CDU und der FDP/DVP – Abg. Andreas Schwarz GRÜNE: Das läuft doch!)

– Nein. Es läuft gar nichts.

Meine sehr verehrten Damen und Herren, Sie haben einen „Schuldenbleifuß“ und keine Schuldenbremse. Die Schuldenbremse schaffen Sie ab. Damit ist freie Fahrt in den Verschuldungsstaat gegeben.

(Unruhe – Glocke des Präsidenten)

Das ist Ihr Ziel. Sie wollen ausgeben, Sie wollen sich selbst verwirklichen. Hier geht es aber nicht um Selbstverwirklichung, sondern hier geht es darum, eine gute Zukunft für Baden-Württemberg zu schaffen.

(Beifall bei der CDU und der FDP/DVP – Abg. Wolfgang Drexler SPD: Jetzt kommen Ihre Einsparungsvorschläge!)

Wie nennt das der Finanzminister so schön?: „Wir passen die Landeshaushaltsordnung an die Realität an.“

(Zuruf des Abg. Dr. Dietrich Birk CDU)

Das ist die grün-rote Realität.

(Zuruf: Bequemlichkeit!)

Bequemlichkeit, ohne Anstrengungen, ohne Leistungsprinzip. Sie fordern die Menschen nicht, aber Sie fordern erst recht nicht sich. Das ist die neue Langsamkeit. Das ist die neue Zeit der Urlaubsphasen.

(Vereinzelt Heiterkeit)

Ich erinnere an die Auszeiten, die Sie sich nehmen, gedanklich und inhaltlich.

Meine sehr verehrten Damen und Herren, das lassen wir schlichtweg nicht zu. Wir werden Sie immer wieder dafür kritisieren und Sie auffordern: Strengen Sie sich an! Sie sind gewählt, um zu regieren, um zu handeln, nicht für Untätigkeit und nicht für Kreativlosigkeit.

(Beifall bei der CDU – Abg. Walter Heiler SPD: Vorschläge! – Gegenruf des Abg. Dr. Friedrich Bullinger FDP/DVP: Zuhören, Herr Heiler! Da kann man etwas lernen!)

Der Gipfel der Kreativlosigkeit

(Abg. Andreas Stoch SPD: Meinen Sie sich?)

besteht darin: Wenn man nicht mehr weiterweiß, erhöht man halt die Steuersätze.

(Zuruf des Abg. Wolfgang Drexler SPD)

Meine sehr verehrten Damen und Herren, die Erhöhung des Spitzensteuersatzes, was bedeutet das?

(Unruhe – Glocke des Präsidenten)

Wer zahlt denn heute alles den Spitzensteuersatz? Den zahlt jeder, der oberhalb von rund 60 000 € Jahresgehalt liegt. Das ist der Facharbeiter beim Daimler, wenn er nicht verheiratet ist und keine Kinder hat, das gilt auch für Facharbeiter bei Audi, bei Porsche, auch für einen Facharbeiter, der bei Bosch oder wo auch immer arbeitet. Das sind also gut verdienende Menschen. Das sind die Leistungsträger dieser Gesellschaft. Genau an diese Leistungsträger, die schon heute 80 % des Einkommensteueranteils tragen, genau an diese Leistungsträger gehen Sie wieder heran. Die Starken geben schon heute genügend ab.

(Zuruf des Abg. Andreas Schwarz GRÜNE)

80 % der Steuerzahlungen aus der Einkommensteuer werden von 20 % der Steuerzahler aufgebracht. Das sind die sogenannten Starken. Denen wollen Sie wieder ans Leder.

Meine sehr verehrten Damen und Herren, damit widersprechen Sie jeglichem Leistungsprinzip. Das ist auch der Unterschied zwischen Grün und Rot einerseits und Schwarz und Gelb andererseits.

(Unruhe)

(Peter Hauk)

Wir können doch nicht ständig die Kühe melken und ihnen kein Futter geben, wenn sie uns auch in der Zukunft noch jeden Tag Milch geben sollen.

(Abg. Friedlinde Gurr-Hirsch CDU: Ohne Kraftfutter!)

Sie wollen auch noch die letzten Anreize nehmen. Welcher Anreiz besteht noch für diejenigen, die schon heute bis zu 42 % Steuern zahlen? Mit Solidaritätszuschlag und Kirchensteuer betragen die Abzüge schon 49 %.

(Abg. Helmut Walter Rüeck CDU: Gewerkschaftsbeitrag!)

Es gilt das Urteil des Bundesverfassungsgerichts, auf das Einkommen nicht mehr als 50 % Steuern zu erheben. Das scheint Ihnen überhaupt keine Beachtung wert zu sein.

(Abg. Volker Schebesta CDU: Und Mitgliedsbeitrag der CDU!)

Herr Finanzminister, wollen Sie – um es einmal klar zu sagen – dem alleinstehenden Facharbeiter in Baden-Württemberg, der gut verdient – in unserem Land gibt es Gott sei Dank ein hohes Lohnniveau; keine Frage –, erneut an die Tasche, wollen Sie ihm erneut ans Leder? Sie haben es angekündigt, aber Sie sprechen es nicht aus. Sie tun so, als gälten Ihre Ankündigungen nur für die 200 reichsten Personen in diesem Land, aber die Vorschläge treffen die breite Mittelschicht, die Leistungsträger unserer Gesellschaft. Das muss auch einmal gesagt werden.

(Beifall bei der CDU und der FDP/DVP – Abg. Karl Zimmermann CDU: So ist es!)

So lohnt es sich für die Menschen nicht, Leistung zu bringen. So werden die Menschen auf Dauer demotiviert. Ich glaube, einige, die nach der Landtagswahl ganz euphorisch waren, sind schon demotiviert; ihre Zahl nimmt zu. Mit einer Politik, wie Sie sie jetzt betreiben, nimmt die Zahl derer zu, die demotiviert sind. Bald haben sie das Motivationsniveau, auf dem auch Sie sich befinden; Sie haben keine Motivation, zu konsolidieren, Sie haben keine Motivation, sich anzustrengen, Sie haben keine Motivation, auf jedem einzelnen Feld der Politik Leistung zu erbringen, Sie haben keine Motivation, jeden Tag dieses Land verbessern zu wollen. Diesem Niveau nähern sich die Menschen durch Ihre Politik ein Stück weit an.

Machen Sie es deshalb einfach besser: Legen Sie dem Landtag einen ausgeglichenen Haushalt vor.

(Abg. Wolfgang Drexler SPD: Machen Sie einmal einen Vorschlag! – Gegenruf des Abg. Karl Zimmermann CDU: Sie müssen einen Vorschlag vorlegen, nicht wir! – Unruhe)

Das ist der Beginn. Sie haben die Chance, das noch in diesem Monat zu tun. Machen Sie das, und kommen Sie aus der Rechtswidrigkeit heraus. Sie haben gegen Gesetze gebrochen.

(Widerspruch bei Abgeordneten der Grünen und der SPD – Abg. Claus Schmiedel SPD: Das ist eine Unterstellung! – Abg. Wolfgang Drexler SPD: Man kann doch einer Regierung nicht vorwerfen, sie habe Gesetze gebrochen! – Unruhe)

Beweisen Sie, dass Sie Gesetze einhalten.

(Anhaltende Unruhe – Glocke des Präsidenten)

Diese Chance geben wir Ihnen. Tun Sie das, nutzen Sie diese Chance.

(Beifall bei der CDU und Abgeordneten der FDP/DVP)

Präsident Guido Wolf: Für die Fraktion GRÜNE spricht Frau Kollegin Sitzmann.

Abg. Edith Sitzmann GRÜNE: Herr Präsident, meine Damen und Herren! Herr Kollege Hauk, Sie haben hier einiges in den Raum gestellt, u. a., der Haushalt sei nicht rechtmäßig, und es liege ein Gesetzesbruch vor. Das weise ich mit aller Entschiedenheit zurück.

(Beifall bei den Grünen und der SPD)

Der Haushalt entspricht Recht und Gesetz.

(Unruhe – Glocke des Präsidenten)

Vielleicht gefällt Ihnen nicht, was in diesem Haushalt steht; das mag ja sein. Darüber können wir uns in den Haushaltsberatungen im Finanzausschuss noch austauschen. Aber die Aussagen, die Sie in den Raum gestellt haben, Ihre Unterstellungen, die Sie hier gemacht haben, weise ich entschieden zurück.

Dem Minister für Ländlichen Raum und Verbraucherschutz haben Sie unterstellt, er würde sich nicht dem Dialog stellen. Auch das weise ich entschieden zurück. Das ist falsch. Es ist unglaublich.

(Beifall bei den Grünen und der SPD – Staatssekretär Ingo Rust: Unglaublich! – Abg. Helmut Walter Rüeck CDU: Fragen Sie doch einmal den Bauernverband, was er dazu sagt!)

Minister Bonde hat nicht nur einen großen Kongress veranstaltet, an dem Kritiker und Befürworter gleichermaßen beteiligt waren.

(Abg. Dr. Friedrich Bullinger FDP/DVP: Gleichermaßen?)

Er hat sieben regionale Arbeitsgruppen eingerichtet.

(Abg. Karl-Wilhelm Röhm CDU: Ja, das können Sie!)

In diesen Arbeitsgruppen sind beispielsweise Landräte, der Oberbürgermeister von Baden-Baden, Experten der IHK, Vertreter von Sägewerken und damit auch viele Kritiker eingebunden. Da werden die entscheidenden Fragen diskutiert.

(Abg. Karl-Wilhelm Röhm CDU: Deren Ergebnisse interessieren aber nicht! – Zuruf des Abg. Helmut Walter Rüeck CDU)

Es gab ein Gutachten.

(Zuruf: Das war bestellt!)

Dieses Gutachten hat die Fragen, die die Bevölkerung hatte, aufgegriffen.

(Edith Sitzmann)

(Abg. Dr. Friedrich Bullinger FDP/DVP: Das ist doch alles schon entschieden!)

Man hat die Fragen in einem breiten Prozess gesammelt. Jeder konnte seine Fragen zum Nationalpark Nordschwarzwald einbringen. Die Fragen wurden gesammelt, und sie waren Grundlage für dieses Gutachten.

Ich stelle also fest: Wir und der zuständige Minister sorgen in Bezug auf diesen Nationalpark für einen Bürgerbeteiligungsprozess, den es in dieser Form in Baden-Württemberg überhaupt noch nicht gab. Das muss man einmal festhalten, meine Damen und Herren.

(Beifall bei den Grünen und der SPD – Abg. Karl-Wilhelm Röhm CDU: Das stimmt überhaupt nicht! Nehmen Sie sich ein Beispiel am Biosphärengebiet! – Abg. Peter Hauk CDU: Das ist eine Beleidigung!)

Was man auch festhalten muss, ist, dass bei uns nicht von Basta-Politik die Rede sein kann. Vielmehr erinnere ich an Ihren ehemaligen Ministerpräsidenten Teufel. Er war derjenige, der „basta“ gesagt hat, als es um die Frage Nationalpark ging. Er hat gesagt: „Das machen wir nicht, und basta.“

(Beifall des Abg. Martin Hahn GRÜNE)

Das ist nicht unser Politikstil, sondern das ist in der Vergangenheit der Ihre gewesen. Den lehnen wir ab, meine Damen und Herren.

(Beifall bei den Grünen und Abgeordneten der SPD – Abg. Helmut Walter Rüeck CDU: Sie weint Krocodilestränen!)

Sie haben unterstellt, wir hätten keinen Kontakt zur Bevölkerung. Wir haben täglich – das gilt für die Abgeordneten, das gilt für die Ministerinnen und Minister –

(Zuruf des Abg. Helmut Walter Rüeck CDU)

eine Vielzahl von Kontakten zu unterschiedlichsten Teilen der Bevölkerung. Das ist bekannt, und das wird geschätzt.

(Abg. Peter Hauk CDU: Das hört man besonders von den Lehrern, von den Bediensteten!)

Wir führen fortlaufend Gespräche mit dem Beamtenbund oder mit Gewerkschaften. – Wir haben im Land fast 100 000 Lehrer.

(Zuruf des Abg. Karl-Wilhelm Röhm CDU)

Es mag schon sein, dass wir bislang nicht persönlich mit jedem Lehrer oder jeder Lehrerin gesprochen haben.

(Abg. Dr. Friedrich Bullinger FDP/DVP: Noch nicht!)

Das könnte sein. Wir sind ja auch nicht so viele, dass dies funktionieren würde.

(Zurufe von der CDU)

Aber wir sind – ich sage das, nachdem Sie das Thema ansprechen – bei vielen Schulen vor Ort. Wir sprechen vor Ort mit den Lehrerinnen und Lehrern.

(Abg. Karl-Wilhelm Röhm CDU: Termine mit Lehrern sind abgesagt worden!)

Vor allem sprechen wir mit ihren Vertretungen, z. B. mit der GEW. Das gilt auch für den Beamtenbund und die Beamtenschaft, meine Damen und Herren.

(Abg. Peter Hauk CDU: Dialog mit den Lehrern, Dialog mit den Nationalparkgegnern, Dialog mit dem ländlichen Raum, den der Ministerpräsident absagt! – Unruhe – Glocke des Präsidenten)

Bei Ihnen stellen wir zunehmend Realitätsverweigerung fest. Sie haben mutig behauptet: „Es gibt gar keinen Sanierungsstau.“

(Lachen bei Abgeordneten der Grünen)

Das ist eine gewagte These. Vielleicht sollten Sie einmal die Denkschriften des Rechnungshofs der letzten Jahre durchlesen. Darin sind die ganzen Sanierungsstaus, die wir im Land haben, aufgeführt.

(Zuruf des Abg. Jörg Fritz GRÜNE)

Sie könnten es auch einfach so sehen: Wir haben 8 000 landeseigene Gebäude: Wenn wir weiter in dem Tempo energetisch sanieren würden, wie Sie es in der Vergangenheit gemacht haben, dann würden wir über hundert Jahre brauchen, bis wir damit durch wären. Da sagen Sie, es gebe keinen Sanierungsstau. Ich würde mir gut überlegen, Herr Kollege Hauk, ob Sie diese Aussage wirklich aufrechterhalten wollen.

(Zuruf des Abg. Daniel Andreas Lede Abal GRÜNE)

Das ist nämlich Realitätsverweigerung.

(Beifall bei den Grünen und der SPD)

Wir haben 2011 560 Millionen € für eine Sanierungsrücklage in den Haushalt eingestellt. Es war nie geplant, dass wir das alles auf einmal ausgeben, sondern es erfolgt Schritt für Schritt. Das haben wir getan.

Die nächsten Summen stehen dann 2013 und 2014 u. a. für den Hochwasserschutz zur Verfügung, der von Ihnen ebenfalls lange vernachlässigt wurde.

(Zuruf des Abg. Dieter Hillebrand CDU)

Das ist ein ernsthaftes Problem. Da gibt es Abkommen mit anderen Ländern, und wir haben eine Sorgfaltspflicht gegenüber der Bevölkerung. Wenn die Dämme nicht entsprechend gestaltet sind, um einem Jahrhunderthochwasser standzuhalten, ist das ein schwerwiegendes Versäumnis aus Ihrer Regierungszeit, das wir jetzt über unsere Sanierungsrücklagen nach und nach beheben müssen, Herr Kollege. Das ist die Realität.

(Beifall bei den Grünen und Abgeordneten der SPD)

Zu einer weiteren Realität: Sie haben gerade die Konjunkturprogramme genannt. Ja, es gab während und nach der Krise Konjunkturprogramme. Wir haben das damals unterstützt. Sie haben aber verschwiegen, dass wir den Landesanteil am Zukunftsinvestitionsprogramm des Bundes erst jetzt abzahlen müssen.

(Abg. Andreas Schwarz GRÜNE: Genau!)

Den haben Sie damals nämlich gar nicht finanziert.

(Abg. Wolfgang Drexler SPD: So ist es!)

(Edith Sitzmann)

Das ist eine weitere Erblast, für die wir heute die Zeche zahlen.

(Beifall bei den Grünen und der SPD)

Das Gleiche gilt für das Landesinvestitionsprogramm. Auch das haben Sie auf Pump finanziert. Auch das müssen wir heute zurückführen, um die Lücken zu schließen, die Sie hinterlassen haben.

Sie haben eine interessante Frage gestellt. Sie haben nämlich gefragt, was ein strukturelles Defizit ist. Diese Frage ist recht einfach zu beantworten: Das strukturelle Defizit ist die Lücke zwischen Einnahmen und Ausgaben. So einfach ist das.

(Beifall bei Abgeordneten der Grünen und der SPD – Abg. Volker Schebesta CDU: Nicht ganz! – Abg. Karl-Wilhelm Röhm CDU: Ein bisschen daneben! – Zuruf des Abg. Peter Hauk CDU – Unruhe – Glocke des Präsidenten)

Wir haben das Problem, dass das Land Baden-Württemberg über Jahrzehnte hinweg mehr ausgegeben hat, als es eingenommen hat.

(Abg. Volker Schebesta CDU: Das heißt, 2008, 2009, 2011 und 2012 gab es kein strukturelles Defizit?)

Sie haben dafür gesorgt, dass das Land über seine Verhältnisse gelebt hat. Das hat zu dem Anstieg der Schulden geführt. Das lässt sich grafisch sehr schön verdeutlichen.

(Die Rednerin hält ein Schaubild hoch.)

So sieht der Anstieg der Schulden des Landes Baden-Württemberg aus, meine Damen und Herren.

(Abg. Volker Schebesta CDU: Sind 2013 und 2014 schon dabei?)

Allein in der Regierungszeit des ehemaligen Ministerpräsidenten Teufel haben sich die Schulden verdoppelt, und zwar haben sie sich um 17 Milliarden € erhöht.

(Abg. Karl-Wilhelm Röhm CDU: Können Sie mich individuell fördern und das noch einmal erklären? – Abg. Winfried Mack CDU: Und wie waren damals die Einnahmen? Die sind zurückgegangen! – Weitere Zurufe)

– Hören Sie doch einmal zu. Wenn Sie immer dazwischenreden, werden Sie es nie verstehen.

(Unruhe – Glocke des Präsidenten)

Präsident Guido Wolf: Liebe Kolleginnen und Kollegen, wir führen hier keine Zwiegespräche. Das Wort hat die Kollegin Sitzmann.

Abg. Edith Sitzmann GRÜNE: Das strukturelle Problem ist, dass es diese Lücke zwischen Einnahmen und Ausgaben über all die Jahre hinweg gab. Unsere Aufgabe ist es, diese Lücke Schritt für Schritt

(Abg. Peter Hauk CDU: Zu vergrößern!)

und dauerhaft zu schließen. Erste Schritte auf diesem Weg sind wir bereits gegangen, meine Damen und Herren. Das ha-

ben wir vorhin dargestellt. All das, was Sie dazu in den Raum gestellt haben, was helfen soll, hilft nicht. Ein Steuerabkommen mit der Schweiz hilft nicht.

(Abg. Peter Hauk CDU: Stimmt doch gar nicht! Der Ministerpräsident sagt das doch selbst! Er räumt doch zweistellige Millionenbeträge und strukturelle Verbesserungen ein! Und es sind sogar dreistellige! Es stimmt doch nicht, was Sie sagen! Er selbst sagt es doch! – Gegenruf des Abg. Wolfgang Drexler SPD: Das sind keine Strafzahlungen! – Abg. Karl-Wilhelm Röhm CDU: Erklären Sie als Lernbegleiterin mir das noch einmal!)

Die Schweiz hat einen Betrag in Höhe von einmalig 2 Milliarden Schweizer Franken zugesagt, und zwar bundesweit. Nach den Schätzungen des Bundesfinanzministeriums sind das für Baden-Württemberg 160 Millionen €. Die Schätzung für die Folgejahre liegt zwischen 20 Millionen € und 25 Millionen € pro Jahr. Das sind die Zahlen, die realistisch sind und die vom Bundesfinanzministerium genannt worden sind. Die Zahlen, die Sie hier in den Raum stellen, entbehren jeder Grundlage, meine Damen und Herren.

(Beifall bei den Grünen und Abgeordneten der SPD)

Das Steuerabkommen mit der Schweiz sollte man nicht nur in Summen und mit Zahlen bewerten. Wir sehen dieses Abkommen sehr kritisch. Wir sehen dieses Abkommen aus Gründen der Steuergerechtigkeit sehr kritisch.

(Beifall bei Abgeordneten der Grünen – Staatssekretär Ingo Rust: Richtig! Ja!)

Wir sehen es kritisch, weil es ein Steuerhinterziehungsschutzabkommen ist und kein Abkommen, das wir mit unseren Grundsätzen der Steuergerechtigkeit vereinbaren können.

(Beifall bei den Grünen und Abgeordneten der SPD – Abg. Karl-Wilhelm Röhm CDU: Sie wollen weitere Schlupflöcher bieten! Das ist Ihre Politik! – Unruhe – Glocke des Präsidenten)

Meine Damen und Herren, deshalb kann ein Steuerabkommen mit der Schweiz unseres Erachtens nicht die Lösung sein.

(Abg. Ulrich Lusche CDU: Was ist die Lösung? – Gegenruf von der CDU: Kein Abkommen!)

Vielmehr sollten wir uns für ein europaweites Abkommen einsetzen.

(Abg. Dr. Friedrich Bullinger FDP/DVP: 2019!)

Die Schaffung eines europaweiten Abkommens ist der richtige Weg, meine Damen und Herren, aber nicht dieses Abkommen, mit dem Steuerzahler, die hier Steuern zahlen, schlechter behandelt werden als diejenigen, die ihr Geld in die Schweiz transferiert haben. Das kann nicht sein.

(Beifall bei den Grünen und der SPD – Zuruf: So ist es! – Abg. Karl-Wilhelm Röhm CDU: Aber was geschieht bis dahin? – Zurufe von der CDU: Keine Lösung!)

– Haben Sie zugehört oder nicht?

(Edith Sitzmann)

(Zurufe: Ja! – Abg. Muhterem Aras GRÜNE: Zu hoch!)

Ich habe gesagt: Wir müssen daran arbeiten,

(Abg. Karl-Wilhelm Röhm CDU: Ich frage noch einmal: Was geschieht bis dahin?)

dass es eine Vereinbarung auf europäischer Ebene gibt. Ich habe Ihnen die Zahlen genannt. Die Zahlen, die Sie in den Raum gestellt haben, sind falsch.

(Abg. Karl-Wilhelm Röhm CDU: Dann geht viel Geld verloren!)

Ich habe Ihnen gesagt: Wenn Sie der Meinung sind, dass Steuern Strafzahlungen sind,

(Abg. Muhterem Aras GRÜNE: Genau! – Abg. Wolfgang Drexler SPD: Eben!)

dann wünsche ich Ihnen in Zukunft viel Vergnügen. Das haben Sie doch gerade gesagt.

(Beifall bei den Grünen und der SPD – Abg. Helmut Walter Rüeck CDU: Das ist eine Unverschämtheit, so etwas zu unterstellen! – Abg. Karl-Wilhelm Röhm CDU: Sie begünstigen weiterhin die Hinterziehung! Das ist Ihre Politik!)

Sie haben das als „Strafzahlung“ bezeichnet. Wenn Menschen, die ihr Geld am Fiskus vorbei in die Schweiz gebracht haben, jetzt nachträglich besteuert werden sollen,

(Abg. Peter Hauk CDU: Es sind Vermögen, die besteuert werden! – Abg. Karl-Wilhelm Röhm CDU: Sie ermöglichen das weiterhin!)

dann ist das aber keine Strafzahlung, dann ist das nur recht und billig.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD – Abg. Wolfgang Drexler SPD: So ist es! – Zuruf des Abg. Alexander Salomon GRÜNE)

Weil sie aber weniger zahlen müssen als diejenigen, die ihr Geld hier haben, ist es nicht gerecht. Wir lehnen das ab, meine Damen und Herren.

(Beifall bei den Grünen und der SPD – Abg. Karl-Wilhelm Röhm CDU: Aber Sie ermöglichen weiterhin Steuerhinterziehung! Sagen Sie das auch dazu!)

Ganz klar geworden ist mir also nicht, was Sie eigentlich wollen, Herr Hauk. Sie haben jetzt über Steuererhöhungen usw. gesprochen.

(Abg. Thomas Marwein GRÜNE: Er will nur spielen! – Heiterkeit bei Abgeordneten der Grünen und der SPD)

Sie wissen: Das wird auf Bundesebene entschieden.

(Abg. Peter Hauk CDU: Es war der Finanzminister! Das hat doch er gebracht! Sagen Sie es doch!)

Es wird auf Bundesebene entschieden, aber – –

(Abg. Helmut Walter Rüeck CDU: Jetzt untergraben Sie doch nicht Ihren eigenen Finanzminister! Das macht man doch nicht!)

– Wenn ich den Satz zu Ende sprechen könnte,

(Abg. Wolfgang Drexler SPD: Das geht bei der CDU nicht!)

dann wüssten Sie auch, worauf ich hinauswill. Das wäre eine Variante.

(Heiterkeit und Beifall bei Abgeordneten der Grünen und der SPD – Abg. Andreas Stoch SPD: Edith, mach kurze Sätze! – Zuruf: Da bin ich ja gespannt!)

Diese Koalition ist der Ansicht, dass wir die dringend notwendigen Aufgaben, die wir im Land und im Bund zu leisten haben, mit der derzeitigen Finanzausstattung

(Abg. Peter Hauk CDU: Aha!)

nicht leisten können.

(Abg. Peter Hauk CDU: Jetzt stimmt nur die Einnahme-Ausgaben-Rechnung nicht!)

Wir sind der Ansicht, dass diejenigen, die mehr verdienen, auch einen höheren Beitrag leisten können, meine Damen und Herren.

(Beifall bei den Grünen und der SPD – Zuruf des Abg. Helmut Walter Rüeck CDU)

Deshalb ist es kein Geheimnis, dass wir dafür eintreten, dass der Spitzensteuersatz erhöht wird, weil wir diese Mehreinnahmen dringend brauchen. Da sage ich gar nichts Neues. Es ist öffentlich bekannt: Die SPD und die Grünen stehen auch auf Bundesebene dafür, dass der Spitzensteuersatz erhöht wird,

(Abg. Daniel Andreas Lede Abal GRÜNE: Und Herr Geißler! – Gegenruf des Abg. Andreas Schwarz GRÜNE: Guter Mann!)

damit wir wichtige Zukunftsaufgaben finanzieren können. Dazu gehört beispielsweise die Bildung.

Sie haben das jetzt mit den Steuersätzen ein bisschen durcheinandergebracht.

(Abg. Andreas Schwarz GRÜNE: Mal wieder!)

Wie unterscheiden sich Spitzensteuersatz und Grenzsteuersatz?

(Zuruf von der SPD: Sehr gut, Edith!)

Ein Beispiel: Ein Alleinverdienender, Alleinstehender, der 53 000 € im Jahr verdient, muss

(Abg. Muhterem Aras GRÜNE: Nach Abzug von Freibeträgen!)

– nach Abzug von Freibeträgen – für jeden Euro, der über dieser Summe liegt, einen konstanten Grenzsteuersatz von 42 % zahlen, aber darunter nicht. Also: Grenzsteuersatz, Spitzensteuersatz – da ist ein Unterschied. Das sollten Sie bei Ihren Reden beachten, meine Damen und Herren.

(Edith Sitzmann)

(Beifall bei den Grünen und Abgeordneten der SPD
– Zuruf des Abg. Peter Hauk CDU)

Eine weitere Information, die Sie scheinbar nicht haben, ist die Antwort auf die Frage: Woher kommt die Lücke? Ich freue mich, Herr Kollege Rülke, dass Sie unser „Infogrün“ gelesen haben.

(Abg. Muhterem Aras GRÜNE: Nicht verstanden! –
Abg. Hans-Ulrich Sckerl GRÜNE: Verstanden hat er
es leider nicht!)

Darin steht es nämlich genau richtig:

(Abg. Dr. Hans-Ulrich Rülke FDP/DVP: In entlar-
vender Ehrlichkeit!)

Die Lücke beträgt 2,5 Milliarden €. – Wollen Sie es lernen
oder nicht?

(Heiterkeit und Beifall bei den Grünen und Abgeord-
neten der SPD – Abg. Dr. Hans-Ulrich Rülke FDP/
DVP: Frau Sitzmann, die, die bei Ihnen etwas lernen,
sind arm dran!)

– Wenn Sie meinen, Sie müssten sich mit solchen Bemerkun-
gen hier hervortun, dann ist das Ihre Sache.

(Abg. Karl-Wilhelm Röhm CDU: Seien Sie doch ein-
mal eine geduldige Lernbegleiterin!)

Die Lücke entsteht dadurch, dass die Ausgaben, wie Sie zu
Recht vorgelesen haben, um 1,9 Milliarden € steigen:

(Abg. Volker Schebesta CDU: Oberlehrer! – Abg. Pe-
ter Hauk CDU: Neue grüne moralische Instanz!)

Personalausgaben – Kollege Schmiedel, der liebe Claus, hat
es vorhin schon einmal vorgetragen –

(Heiterkeit – Beifall bei Abgeordneten der Grünen
und der SPD)

von 2012 auf 2013 plus 634 Millionen €, Zinsausgaben und
Tilgung von 2012 auf 2013 plus 164 Millionen €, kommunaler
Finanzausgleich plus 805 Millionen €, Länderfinanzaus-
gleich plus 100 Millionen €, sonstige Ausgaben plus 267 Mil-
lionen €. Zu den sonstigen Ausgaben gehören übrigens die
Zuführungen zum Versorgungsfonds für die Pensionäre.

(Staatssekretär Ingo Rust: Das können Sie ablesen!)

Wenn Sie das zusammenrechnen, dann kommen Sie auf die-
sen Betrag, den wir in unserem „Infogrün“ dargestellt haben.

Sie können mir jetzt gern sagen, wo wir da die Ausgaben sen-
ken sollen.

(Staatssekretär Ingo Rust: Wir bitten um Anträge!)

Was schlagen Sie vor, damit die Personalausgaben nicht um
über 600 Millionen € steigen? Was schlagen Sie vor, damit
die Zinsausgaben nicht steigen, sondern sinken? Und was
schlagen Sie vor beim kommunalen Finanzausgleich?

(Abg. Andreas Schwarz GRÜNE: Gute Frage!)

Sollen wir den Kommunen sagen, dass sie zukünftig nicht
mehr 23,6 % vom Steuerkuchen bekommen, sondern weni-
ger? Machen Sie diesen Vorschlag, wenn Sie ihn für richtig
halten. Wir machen ihn nicht.

(Beifall bei den Grünen und der SPD – Abg. Dr.
Hans-Ulrich Rülke FDP/DVP: Ich schlage vor, dass
Sie nicht immer behaupten, das seien unsere 2,5 Mil-
liarden €! Das schlage ich vor!)

Wir machen ihn nicht, weil wir unsere Kommunen als Part-
ner sehen, um wichtige Aufgaben im Interesse der Bevölke-
rung in Baden-Württemberg zu erledigen. Das ist die Kinder-
betreuung, das sind Bibliotheken, das sind öffentliche Ver-
kehrsmittel, das sind

(Abg. Dr. Friedrich Bullinger FDP/DVP: National-
parks!)

Kindergärten, Grünanlagen,

(Abg. Dr. Hans-Ulrich Rülke FDP/DVP: Seit wann
ist eine Grünanlage eine Landesaufgabe?)

das ist die Sanierung von Schulen. Auch hier gibt es Sanie-
rungsstaus. Also wir wollen die Kommunen weiterhin als un-
sere Partner für eine gute Politik im Land haben.

(Beifall bei den Grünen und Abgeordneten der SPD)

Wenn Sie das nicht wollen, dann sagen Sie es.

Die Steuereinnahmen steigen brutto. Es fehlen aber Über-
schüsse. Wir haben keine Rücklagen mehr wie in der Vergan-
genheit, aus denen man Geld entnehmen kann. Deshalb fehl-
ten – Stand September – von 2012 auf 2013 560 Millionen €. Das ist die strukturelle Lücke, meine Damen und Herren. Wir haben uns vorgenommen, diese strukturelle Lücke abzubauen. Die ersten Schritte sind getan, nämlich die Schritte, die bis 2020 zu einem Abbau von einem Drittel, nämlich 800 Millionen €, führen. Wenn Sie bessere Vorschläge haben, bringen Sie sie hier ein.

(Abg. Muhterem Aras GRÜNE: Da können wir lan-
ge warten!)

Gehört haben wir bislang noch nichts. Aber wir sind sehr ge-
spannt.

(Anhaltender Beifall bei den Grünen und der SPD)

Präsident Guido Wolf: Für die SPD-Fraktion spricht Kolle-
ge Claus Schmiedel.

(Zuruf von der CDU: Der „liebe Claus“! – Zuruf von
der SPD: Der macht den Sack jetzt zu!)

Abg. Claus Schmiedel SPD: Lieber Herr Präsident, liebe Kol-
leginnen und Kollegen! Was wir jetzt gerade von Ihnen ge-
hört haben, Herr Kollege Hauk, war ein reines Ablenkungs-
manöver.

(Abg. Klaus Herrmann CDU: Das war die Wahrheit!
– Gegenruf des Abg. Wolfgang Drexler SPD: Oi, der
Herr Herrmann!)

(Claus Schmiedel)

Das war ein reines Ablenkungsmanöver. Wenn Sie mit wüster Polemik der Regierungsbank entgegenschleudern, dass diese Regierung genügend Gesetze gebrochen habe, dann soll das doch nur davon ablenken, dass Ihre Fraktion die Verfassung gebrochen hat, Haushaltsrecht gebrochen hat und dass der Staatsanwalt nicht gegen die amtierende Regierung, sondern gegen die frühere ermittelt.

(Beifall bei der SPD und den Grünen)

Wenn Sie den Dialogprozess um die Frage „Nationalpark im Nordschwarzwald, ja oder nein?“ völlig verzerrt und wirklichkeitsfremd darstellen, dann soll das doch nur davon ablenken, dass Sie nicht wissen, was Sie wollen. Sie eiern doch hier herum und sagen: „Wir sind offen.“ Aber sagen Sie doch einmal, ob Sie es wollen oder nicht. Schließen Sie sich Herrn Vetter an, der wie der Ministerpräsident – er ist zwar nicht gewandert, aber ich habe ihn auf dem Fahrrad gesehen – werbend für den Nationalpark unterwegs war. Was machen Sie eigentlich?

(Zurufe von der SPD: Nichts!)

Sie ducken sich weg und schimpfen auf einen Prozess, der beispielhaft ist, um sich zu entlasten, weil Sie sich nicht trauen, Stellung zu beziehen. Denn wer sich entscheidet, der legt sich natürlich auch mit jemandem an. Aber das ist halt manchmal nötig in der Politik.

(Beifall bei der SPD und den Grünen – Zuruf von der SPD: Bravo!)

Man hätte sich gewünscht, Sie hätten die von Ihnen zum Ausdruck gebrachte Fürsorge für die Beamten, insbesondere die Polizeibeamten, ausgeübt, solange Sie regiert haben. Aber da haben Sie die Zahl der Polizisten zusammengeschnürt, Stellen abgebaut, sodass jedes Revier unterbesetzt ist

(Staatssekretär Ingo Rust: Wie bei den Steuerbeamten!)

und Polizisten aus ihrer Ruhephase geholt werden müssen, weil man sonst nicht mehr zurande kommt. Diese Regierung entlastet jetzt die Polizei, indem sie 800 Polizeibeamte einstellt. Das tun wir und nicht Sie.

(Beifall bei der SPD und den Grünen – Zurufe von der CDU, u. a. Abg. Thomas Blenke: Das ist der dreiste Claus, nicht der liebe Claus!)

Wahrscheinlich brauchen wir noch ein paar Runden. Ich bin einmal gespannt, ob wir, wenn es an die Beratung der Einzelhaushalte geht, dasselbe Theater erleben,

(Staatssekretär Ingo Rust: Ja!)

dass man sich immer im Kreis dreht, Sie aber keinen einzigen konkreten Vorschlag bringen. Keinen einzigen!

(Beifall bei Abgeordneten der Grünen – Staatssekretär Ingo Rust: Keinen einzigen!)

Wir haben zwei große Runden durchgeführt. Aber Sie haben keinen einzigen Vorschlag dazu gebracht, was Sie ändern wollen,

(Abg. Winfried Mack CDU: Erklären Sie einmal Ihren Vorschlag zum Filderbahnhof!)

um die von Ihnen beschworene Nettonull zu erreichen.

(Abg. Andreas Stoch SPD: Das nennt man „Pampers-Politik“! – Zuruf des Staatssekretärs Ingo Rust)

Wir sind wirklich einmal gespannt, was da noch kommt.

Zum Schluss: Sie haben gefragt, was ein strukturelles Defizit ist.

(Abg. Volker Schebesta CDU: Das haben wir doch von der Kollegin Sitzmann schon gehört!)

– Ja, aber ich hatte nicht den Eindruck, dass Sie es verstanden haben.

(Heiterkeit und vereinzelt Beifall bei der SPD und den Grünen – Abg. Dr. Hans-Ulrich Rülke FDP/DVP: Das lag an der Erklärung!)

Ich bediene mich jetzt der Einfachheit halber der Bildersprache.

(Heiterkeit bei der SPD und den Grünen)

Wenn eine Straße in einem schlechten oder sehr schlechten Zustand ist – das haben wir so vorgefunden; über die Hälfte aller Landesstraßen waren in einem schlechten oder sehr schlechten Zustand –,

(Abg. Helmut Walter Rüeck CDU: Es ist aber nicht besser geworden!)

dann kann man entweder Geld in die Hand nehmen, um die Straße zu reparieren, oder man kann ein Schild mit der Aufschrift „Vorsicht Straßenschäden“ aufstellen.

(Abg. Dr. Friedrich Bullinger FDP/DVP: So macht ihr es!)

Wenn es bei der Uni Tübingen reinregnet, dann kann man entweder Geld in die Hand nehmen, um das Dach zu reparieren,

(Abg. Wolfgang Drexler SPD: Oder den Regenschirm nehmen!)

oder einen Eimer aufstellen. Sie haben die Politik des Eimer-Aufstellens und des Schilder-Aufstellens betrieben.

(Lachen des Abg. Volker Schebesta CDU – Abg. Volker Schebesta CDU: Die Erklärung wird bei Ihnen aber nicht richtiger!)

Damit ist völlig klar: Das strukturelle Defizit in diesem Land ist die CDU selbst.

(Lebhafter Beifall bei der SPD und den Grünen – Zuruf von der SPD: Jawohl!)

Präsident Guido Wolf: Für die Fraktion der FDP/DVP spricht Kollege Dr. Rülke.

(Staatssekretär Ingo Rust: Eine Erhöhung des strukturellen Defizits!)

Abg. Dr. Hans-Ulrich Rülke FDP/DVP: Herr Präsident, liebe Kolleginnen und Kollegen! Es war schon bemerkenswert, wie einig sich Grüne und SPD sind,

(Beifall bei den Grünen und der SPD)

wenn sie das strukturelle Defizit erklären. Frau Sitzmann erklärt, das strukturelle Defizit sei der Unterschied zwischen Einnahmen und Ausgaben.

(Zurufe der Abg. Karl-Wilhelm Röhm CDU und Muhterem Aras GRÜNE)

Herr Schmiedel sagt, das strukturelle Defizit sei die CDU.

(Abg. Wolfgang Drexler SPD: Plus FDP/DVP! – Heiterkeit und Beifall bei Abgeordneten der Grünen)

Heißt das jetzt, der Unterschied zwischen Einnahmen und Ausgaben ist die CDU, oder was?

(Vereinzelt Heiterkeit – Abg. Claus Schmiedel SPD: Dazwischen steht die CDU, ja!)

Meine Damen und Herren, ich würde dringend raten, sich einmal die Haushaltsentwicklung in diesem Land anzuschauen

(Zuruf des Abg. Daniel Andreas Lede Abal GRÜNE)

und das, was das RWI geschrieben hat, zur Kenntnis zu nehmen. Ich darf noch einmal zitieren: „Vom Musterknaben zum Problemfall“. Der Problemfall ist diese Koalition. Sie sind nämlich dieses Defizit, von dem Sie selbst gesprochen haben.

(Beifall bei der FDP/DVP und der CDU – Oh-Rufe von den Grünen und der SPD – Abg. Hans-Ulrich Sckerl GRÜNE: Ich bin gespannt, wann Ihre Sprüche funktionieren! – Zuruf von der SPD)

Reden wir über § 18 der Landeshaushaltsordnung. Sowohl die Kollegin Sitzmann als auch der Kollege Schmiedel haben behauptet, es läge kein Rechtsbruch vor. Entschuldigung: Der § 18 der Landeshaushaltsordnung ist immer noch Gesetz. Sie haben ihn bisher nicht verändert. Sie können das mit Ihrer Mehrheit tun, aber solange Sie es nicht getan haben, so lange gilt er, und so lange ist dieser Haushalt, den Sie eingebracht haben, eben rechtswidrig. So sind die Realitäten.

(Beifall bei der FDP/DVP und der CDU – Abg. Friedlinde Gurr-Hirsch CDU: Genau!)

Es ist klar, was Sie vorhaben. Dieser § 18 der Landeshaushaltsordnung beschreibt die Schuldenbremse des Landes. Mit dieser Schuldenbremse kommen Sie nicht hin. Sie wollen die Schuldenbremse lösen, damit Ihr grün-roter „Schuldenbleifuß“ in diesem Land umgesetzt werden kann. Das ist Ihr Ziel, meine Damen und Herren.

(Zuruf des Abg. Wolfgang Drexler SPD)

Für Steuererhöhungen kann man durchaus sein. Das ist in Ordnung. Das ist eine politische Frage. Allerdings hörten wir eine recht interessante Begründung durch den Finanzminister, der erklärt hat, das Saarland sei auch dafür.

(Abg. Claus Schmiedel SPD: Nordrhein-Westfalen, Rheinland-Pfalz, Hamburg, Bremen!)

Bremen und das Saarland sind offensichtlich jetzt die Benchmarks.

(Abg. Friedlinde Gurr-Hirsch CDU: Und Griechenland!)

Da haben Sie sich schon in der Frage angeschlossen, ab wann wir einen ausgeglichenen Haushalt wollen. Jetzt setzen Sie sich auch noch mit dem Saarland ins Boot, wenn es um die Frage geht: Steuererhöhungen, ja oder nein? Politisch kann man es wollen.

(Abg. Claus Schmiedel SPD: Schleswig-Holstein!)

Es ist jedoch schon etwas problematisch, wenn man ein Jahr vor einer Bundestagswahl, deren Ergebnis man nicht kennt

(Abg. Claus Schmiedel SPD: Sie kennen es gleich gar nicht!)

– „Nebenbeschäftigungs-Peer“ tut einiges dafür, dass Sie nicht an die Macht kommen –, schon versucht, das Fell des Bären zu verteilen. Denn im Moment ist nicht erkennbar, wo es eine rot-grüne Mehrheit geben soll. Die ist nicht erkennbar.

(Abg. Wolfgang Drexler SPD: Warten Sie doch ab!)

Deshalb ist es schon sehr verwegen, wenn Sie Steuererhöhungen, für die es weder im Bundestag noch bei irgendwelchen Umfragen Mehrheiten gibt, schon in Ihrer mittelfristigen Finanzplanung einplanen.

(Abg. Dr. Friedrich Bullinger FDP/DVP: Unseriös!)

Das ist unseriöses Haushalten. So werden Defizite realisiert.

(Beifall bei der FDP/DVP und Abgeordneten der CDU)

Ich glaube nicht, dass es für die Wirtschaft in Baden-Württemberg besonders attraktiv ist, so etwas anzukündigen: Spitzensteuersatzerhöhung auf 49 %, Wiedereinführung der Vermögensteuer. Wider besseres Wissen behauptet der Finanzminister, es sei möglich, eine Vermögensteuer einzuführen, die nur die großen privaten Vermögen betrifft, aber vor den Betriebsvermögen haltmacht.

(Abg. Wolfgang Drexler SPD: Das ist diskutiert worden! Sie waren doch nicht in der Föderalismuskommission!)

– Das ist nicht so, Herr Kollege Drexler. Das wissen Sie als Jurist ganz genau, und Sie reden hier wider besseres Wissen, wie so häufig.

(Beifall bei der FDP/DVP und der CDU – Zuruf des Abg. Wolfgang Drexler SPD)

Wenn Sie die Erbschaftsteuer im Blick haben und dort auch wieder Verschärfungen vorhaben, dann wünsche ich Ihnen heute schon viel Spaß dabei, dies dem Mittelstand in Baden-Württemberg zu erklären. Diese Politik, die Sie vorhaben, ist ein Anschlag auf unseren Mittelstand.

(Beifall bei der FDP/DVP und Abgeordneten der CDU)

(Dr. Hans-Ulrich Rülke)

Dass Sie nicht bereit sind, an einer Veränderung der kalten Progression mitzuwirken, Herr Finanzminister, ist inzwischen klar. Aber es ist auch erkennbar, dass Sie dort keineswegs die Interessen des Landes im Blick haben. Sie haben auch nicht die Interessen der Beschäftigten im Land im Blick, sondern einzig und allein die Parteitaktik, die aus dem Willy-Brandt-Haus kommt. Das ist die Realität. Deshalb verweigern Sie dem Facharbeiter die Glättung der kalten Progression – und das als Sozialdemokraten. Das sollten die Leute in diesem Land auch wissen.

(Beifall bei der FDP/DVP und Abgeordneten der CDU)

Dasselbe gilt beim Thema Polizeireform. Ich würde an Ihrer Stelle zu diesem Thema gar nicht mehr viel erzählen.

(Lachen der Abg. Beate Böhlen GRÜNE)

Ich würde diese Polizeireform – daran täten Sie gut! – langsam sterben lassen und beerdigen. Das wäre das Beste, was Sie machen können.

(Beifall bei der FDP/DVP und Abgeordneten der CDU)

Diese Polizeireform bringt nicht mehr Beamte auf die Straße, diese Polizeireform dient einzig und allein einer dünnen Schicht von Beamten aus dem höheren Dienst, die dann Polizeipräsidenten und Polizeivizepräsidenten werden können.

(Abg. Karl Zimmermann CDU: So ist es!)

Hier haben Sie denselben B-Besoldungs-Rausch wie in Ihren anderen Ministerien. Das ist die Zielsetzung.

(Beifall bei der FDP/DVP und Abgeordneten der CDU)

Die Art und Weise, wie Sie diese Polizeireform regional organisieren, spricht auch Bände. Überall dort, wo Großkopfte aus der SPD sitzen, wird ein Polizeipräsidium hingesetzt – entgegen jeglicher Logik, beispielsweise der Verlagerung von Tübingen nach Reutlingen, wo seit Jahrzehnten die Einrichtungen sind. Auch in Konstanz, wo es einen Bundesratsminister gibt, mit Zuständigkeiten über den Bodensee hinweg, soll ein Polizeipräsidium hin.

(Abg. Wolfgang Drexler SPD: Ulm? Esslingen?)

– Nichts Esslingen. Ludwigsburg, wo der „liebe Claus“ ist.

(Heiterkeit bei Abgeordneten der FDP/DVP und der CDU)

Da soll ein Polizeipräsidium hin.

(Beifall bei der FDP/DVP und Abgeordneten der CDU)

Das ist Klientelpolitik à la SPD, meine Damen und Herren.

(Abg. Karl-Wilhelm Röhm CDU: Der mehr oder weniger liebe Claus!)

Damit werden Sie in diesem Land nichts für die öffentliche Sicherheit tun.

Um zu Ihrer „lieben“ Koalitionspartnerin zu kommen, nämlich zu Frau Sitzmann: Sie nannten das Beispiel Hochwasserschutz. Das kann man ja alles machen; es ist völlig in Ordnung,

(Abg. Wolfgang Drexler SPD: Wollen Sie das oder nicht? Was heißt, man könne das machen?)

wenn Sie sagen: Wir geben 30 Millionen € mehr für den Hochwasserschutz aus. Aber Sie müssen dann auch endlich einmal so ehrlich sein und den Leuten sagen:

(Abg. Wolfgang Drexler SPD: Wann kommt es?)

Es sind Ihre Ausgaben. Sie dürfen nicht ständig so tun, als würden Sie mit dem Geld, das Sie ausgeben, Rückstände begleichen, die noch von der alten Landesregierung verschuldet wurden.

(Abg. Wolfgang Drexler SPD: Sie hätten das doch machen müssen! Das war doch überfällig! – Weitere Zurufe – Lebhaftige Unruhe)

Das ist doch das, was Sie unter dem Stichwort „Strukturlüge“ immer erzählen, meine Damen und Herren.

(Beifall bei der FDP/DVP und Abgeordneten der CDU)

Dasselbe gilt für Ihr sogenanntes „Infogrün“. Da haben Sie schön aufgezählt, wie die Ausgaben alle zustande kommen. Es geht um zweieinhalb Milliarden Euro. Aber Sie geben in diesem „Infogrün“ ja zu, dass das Ihre Ausgaben sind, Ausgaben, die Sie tätigen müssen, und zwar aus dem Haushalt.

(Abg. Edith Sitzmann GRÜNE: Das sind Ausgaben des Landes Baden-Württemberg! – Weitere Zurufe von den Grünen und der SPD)

– Das ist ja in Ordnung. Dann übernehmen Sie aber doch endlich auch einmal Verantwortung dafür,

(Abg. Wolfgang Drexler SPD: Machen wir doch auch!)

und erklären Sie nicht ständig, die zweieinhalb Milliarden Euro seien die Schulden, die Sie geerbt hätten.

(Zurufe von der SPD: Doch!)

Das ist das Unredliche daran.

(Beifall bei der FDP/DVP und Abgeordneten der CDU)

Denn bei all diesen Ausgaben, die Sie tätigen, frage ich: Was hindert Sie denn eigentlich daran, diese Beträge an einer anderen Stelle wieder einzusparen?

(Abg. Claus Schmiedel SPD: Machen Sie doch Vorschläge!)

Sie erzählen doch ständig nur, wo Sie zusätzliche Ausgaben machen.

(Abg. Claus Schmiedel SPD und Abg. Muhterem Aras GRÜNE: Machen Sie Vorschläge!)

(Dr. Hans-Ulrich Rülke)

– Vorschläge? Es ist doch immer das Gleiche. Wir haben jetzt schon die vierte oder fünfte Landtagsdebatte, in der wir, Herr Kollege Hauk und ich, immer wieder gebetsmühlenartig unsere Vorschläge vortragen.

(Abg. Andreas Schwarz GRÜNE: Wo sind sie denn?
– Weitere Zurufe – Unruhe)

Aber Sie halten sich immer die Ohren zu. – Die Vorschläge liegen auf dem Tisch, meine Damen und Herren.

(Abg. Edith Sitzmann GRÜNE: „Studiengebühren“!)

Wer hat denn die Studiengebühren abgeschafft?

(Zurufe von den Grünen und der SPD)

Das waren doch Sie, meine Damen und Herren.

(Lebhafte Unruhe – Glocke des Präsidenten)

Wer verweigert sich dem Steuerabkommen, meine Damen und Herren? Das sind doch Sie.

(Abg. Wolfgang Drexler SPD: 624 Millionen €!)

– Ja, bringen wir Hunderte von Parteigängern in die Ministerien und belasten dadurch den Haushalt strukturell?

(Zurufe: Hunderte? – Abg. Sandra Boser GRÜNE:
Demnächst sind es Tausende! – Lebhafte Unruhe)

Das sind doch Sie, meine Damen und Herren.

(Beifall bei der FDP/DVP und Abgeordneten der
CDU)

Das ist doch alles völlig unnötig. Und so geht es in einem fort.

(Abg. Sandra Boser GRÜNE: Nächstes Mal erzählen
Sie von Tausenden! – Unruhe – Glocke des Präsi-
denten)

Es macht ja schon überhaupt keinen Sinn mehr, Vorschläge zu machen.

Präsident Guido Wolf: Herr Kollege Dr. Rülke, darf ich Sie unterbrechen? – Meine Damen und Herren, ich kann es ja verstehen. Die Unruhe wird immer größer.

(Abg. Helen Heberer SPD: Bei so einer Rede!)

Aber es macht nur Sinn, wenn wir einander zuhören, um auch wirklich beurteilen zu können, was der jeweilige Redner einbringt.

Ich darf Sie um Ihre Aufmerksamkeit bitten. Herr Abg. Dr. Rülke hat das Wort.

Abg. Dr. Hans-Ulrich Rülke FDP/DVP: Herr Präsident, lassen Sie sie schreien. Das ist das, was sie am besten können. Ich habe überhaupt nichts dagegen.

(Beifall bei der FDP/DVP und Abgeordneten der
CDU)

Es macht doch überhaupt keinen Sinn mehr, Ihnen Vorschläge zu unterbreiten. Denn Sie erklären ständig, Sie lehnten diese ab. Hinterher jedoch ziehen Sie das Fazit und erzählen in

der Öffentlichkeit, die Opposition hätte überhaupt keine Vorschläge gemacht.

(Abg. Sandra Boser GRÜNE: Das sind doch keine
echten Vorschläge! – Abg. Claus Schmiedel SPD:
War das jetzt alles?)

– Herr Kollege Schmiedel, lesen Sie es in den Plenarprotokollen nach, wenn Sie nicht zuhören können. In den Protokollen bereits der vergangenen Haushaltsdebatten wird deutlich, worin unsere Vorschläge bestehen. Wir werden auch bei den Beratungen dieses Haushalts weitere Vorschläge machen. Sie täten gut daran, dem Vorschlag des Kollegen Hauk zu folgen, das Ganze an den Absender zurückzusenden, damit dieser nachsitzen muss – auf der Gemeinschaftsschule oder wo auch immer –,

(Abg. Karl Zimmermann CDU: Da gibt es kein Nachsitzen! Da gibt es keine Noten!)

um dann anschließend einen vernünftigen, einen ausgewogenen Haushalt vorzulegen.

(Unruhe – Glocke des Präsidenten)

– Es stimmt, was Kollege Zimmermann gerade gesagt hat. – Aber ich vermute einmal, dass Sie mit Ihrer Mehrheit beschließen werden, diesen Haushalt an den Finanzausschuss zu überweisen.

(Abg. Walter Heiler SPD: Das ist doch normal!)

Da werden wir diese Debatte durchaus mit Ihnen führen und werden die Einsparvorschläge, die wir haben, wenn es geht, so lange vortragen, bis sie auch beim Kollegen Schmiedel angekommen sind.

Herzlichen Dank.

(Beifall bei der FDP/DVP und Abgeordneten der
CDU)

Präsident Guido Wolf: Für die Landesregierung spricht Herr Ministerpräsident Winfried Kretschmann.

(Zurufe von der CDU, u. a. Abg. Winfried Mack: Rülke war so gut, dass sogar der MP rausmuss! – Gegenrufe – Unruhe – Glocke des Präsidenten)

– Der Ministerpräsident hat das Wort.

Ministerpräsident Winfried Kretschmann: Meine Damen und Herren, liebe Kolleginnen und Kollegen! Ich denke, beim Haushalt lohnt es sich, dass man die Wahrheit in den Tatsachen sucht, dass man sich mit Zahlen auseinandersetzt, dass man die Größenordnungen richtig sortiert. Ich denke, wenn man das macht, kommt man zu einer produktiven Debatte, und wenn man es unterlässt, dann nicht.

Zunächst einmal ist das natürlich kein rechtswidriger Haushalt, den wir hier einbringen; das einmal als Einleitung. Es ist ständige Übung, dass man zum Haushalt ein Haushaltsstrukturgesetz einbringt, das die gesetzlichen Maßnahmen, die der Haushalt erfordert, gleichzeitig und parallel umsetzt. Das machen wir auch mit der Landeshaushaltsordnung. Die Diskus-

(Ministerpräsident Winfried Kretschmann)

sion darüber wird parallel zur Haushaltsdebatte geführt, und darum ist es ganz in Ordnung, was wir hier machen.

(Beifall bei den Grünen und der SPD – Abg. Peter Hauk CDU schüttelt den Kopf. – Abg. Karl-Wilhelm Röhm CDU: Die wird verändert!)

Kommen wir jetzt bitte zu den Tatsachen des Haushalts. Erste Tatsache: Die Vorgängerregierung hat uns einen Schuldenberg von über 40 Milliarden € hinterlassen.

(Abg. Winfried Mack CDU: Diese alte Leier wollen wir jetzt nicht mehr hören! – Gegenruf des Abg. Hans-Ulrich Sckerl GRÜNE: Was ihr hören wollt, ist egal! – Abg. Peter Hauk CDU: Wie war es denn letztes Jahr?)

Da wir bisher keine Schulden gemacht haben, ist es eine unumstößliche Tatsache, dass wir diese 40 Milliarden € von Ihnen übernommen haben.

(Beifall bei den Grünen und der SPD – Abg. Peter Hauk CDU: Wie war es 2012? – Abg. Karl-Wilhelm Röhm CDU: Und Sie erhöhen sie!)

Es ist einfach eine Tatsache, auch wenn einen der Begriff „Erblast“ nervt. Es nützt nichts. Es ist einfach eine Tatsache.

(Abg. Dr. Dietrich Birk CDU zu Grünen und SPD: Gucken Sie sich doch einmal Ihre Anträge an! – Abg. Karl-Wilhelm Röhm CDU: Und Sie erhöhen sie! Das ist auch eine Tatsache!)

– Jetzt einmal langsam. Ich habe gerade angefangen, Herr Kollege Röhm.

(Abg. Karl-Wilhelm Röhm CDU: Sie erhöhen sie! – Unruhe – Glocke des Präsidenten)

Zweitens: Auf uns rollt eine riesige Pensionslawine zu, für die die Vorgängerregierung fast keine Rücklagen gebildet hat. 2,6 Milliarden € ist die Größenordnung. Wir haben heute 100 000 Versorgungsempfänger, und wir werden im Jahr 2020 140 000 Versorgungsempfänger haben. Das ist eine Tatsache.

(Abg. Karl-Wilhelm Röhm CDU: Ja!)

Die können wir nicht ändern.

(Beifall bei Abgeordneten der Grünen – Abg. Dr. Hans-Ulrich Rülke FDP/DVP: Und was tun Sie dafür?)

Das sind noch einmal verdeckte Schulden von 70 Milliarden €. Davon kann man die 2,6 Milliarden € abziehen. Daran kann man erkennen, dass wir in einer dramatischen Situation sind. Das ist einfach eine Tatsache.

(Abg. Winfried Mack CDU: Wegen der Regierung!)

Dafür haben wir nicht die Verantwortung. Das haben wir übernommen. Es ist auch ganz normal: Jede neue Regierung übernimmt das Gute und das Schlechte von der Vorgängerregierung. Aber dass Sie sich dem nicht stellen,

(Zuruf von der CDU: Sie!)

das ist ein Problem.

(Beifall bei den Grünen und der SPD)

Es ist ein Problem, dass Sie sich dem nicht stellen.

Jetzt ist es aber so: Die Vorgängerregierung hat uns nicht nur einen Schuldenberg hinterlassen,

(Abg. Winfried Mack CDU: Gucken Sie sich einmal die Schulden von rot-grün regierten Ländern an!)

sie hat uns auch eine defizitäre Haushaltsstruktur hinterlassen. Diese defizitäre Haushaltsstruktur ist tief im Haushalt verwurzelt und wirkt eben bis heute nach, und sie generiert systematisch – systematisch! – mehr Ausgaben als Einnahmen. Das nennt man eine strukturelle Deckungslücke. Sie beträgt 2,5 Milliarden €. Auch das ist einfach eine Tatsache, und sie war von Beginn unserer Regierungszeit an vorhanden und ist nur aufgrund von Einmaleffekten wie Überschüssen und Rücklagen im letzten Haushalt nicht sichtbar geworden. Das ist nun zwei Mal von beiden Vorsitzenden der Regierungsfractionen, vorgetragen worden. Das können Sie auch der Broschüre „Stark, aber nicht reich“ entnehmen, die wir Ihnen vorgelegt haben. Das müssen Sie sich nur anschauen. Darin steht das. Darin stehen die Zahlen.

(Abg. Willi Stächele CDU: 2008 und 2009 haben wir auch alles ausgeglichen!)

Weil diese Einmaleffekte nun weggefallen sind, werden unsere Einnahmen für das kommende Jahr um rund 560 Millionen € unter den Einnahmen des laufenden Jahres liegen. Das ist auch eine Tatsache.

Nun reden Sie natürlich von den sprudelnden Steuereinnahmen. Von „explodierenden Einnahmen“ kann schon einmal gar keine Rede sein. Da müssen Sie einmal den Steueranteil am Haushalt 2007 mit dem von heute vergleichen. Da kann von Explosion überhaupt keine Rede sein. Aber sie sprudeln. Das stimmt, und das ist auf den ersten Blick auch so. Aber – auch darauf hat schon ein Redner hingewiesen; es war der Finanzminister –

(Heiterkeit bei Abgeordneten der CDU)

Sie verwechseln brutto

(Abg. Wolfgang Drexler SPD: Mit netto!)

mit netto. Wenn man brutto mit netto verwechselt, kann man in Haushaltsfragen keine vernünftige Debatte führen.

(Beifall bei den Grünen und der SPD – Abg. Wolfgang Drexler SPD: So ist es! – Zuruf des Abg. Winfried Mack CDU)

– Langsam! Ich trage erst einmal nur Fakten vor.

2014 werden wir brutto – brutto! – rund 2,1 Milliarden € mehr an Steuern einnehmen. Daraus ergeben sich aber automatisch Mehrbelastungen durch unsere Umlagesysteme, also über den Länderfinanzausgleich und den kommunalen Finanzausgleich.

(Unruhe bei der CDU)

Wenn Sie sich das anschauen, sehen Sie: Damit ist schon einmal grob die Hälfte der Mehreinnahmen weg.

(Zuruf von der CDU: Das war schon immer so!)

(Ministerpräsident Winfried Kretschmann)

Die andere Hälfte – das sieht man, wenn man sich die Mühe macht, in den Haushalt zu schauen und sich das anzusehen – sind Kostensteigerungen beim Personal.

(Zuruf von der CDU: Nichts Neues!)

Das sind einfach Tatsachen.

Mit anderen Worten: Die sprudelnden Steuereinnahmen

(Abg. Peter Hauk CDU: Das hat doch mit den Einnahmen nichts zu tun!)

dienen dazu, dass diese Lücke nicht größer wird. Sie führen aber leider nicht dazu, dass sie geschlossen wird.

(Abg. Wolfgang Drexler SPD: So ist es!)

So ist es einfach. Da hilft alles nichts.

(Beifall bei den Grünen und der SPD)

Nur einmal am Rande: Jetzt war wieder davon die Rede, wir hätten Hunderte von Stellen geschaffen.

(Abg. Helmut Walter Rüeck CDU: Weil es stimmt!)

Die Stellen, um die es da geht, haben eine Größenordnung von 10 Millionen €, sehr gut gerechnet 10 Millionen €.

(Abg. Peter Hauk CDU: Das ist doch nicht wahr! Das stimmt doch gar nicht!)

Von diesen Stellen führen wir schon in diesem Doppelhaushalt wieder über 50 zurück. Das kann nicht der wirkliche Grund sein.

(Abg. Dr. Hans-Ulrich Rülke FDP/DVP: Kleinvieh macht auch Mist!)

Deswegen, Herr Kollege Rülke, geht es in einem Haushalt um Größenordnungen, und die Größenordnung sind 2,5 Milliarden €. Dem stehen 10 Millionen € gegenüber. Selbst wenn man Ihre Kritik konzidiert, sage ich: Jede neue Regierung muss so etwas in einem bestimmten Umfang machen, weil sie sonst ihren Wählerauftrag gar nicht erfüllen kann.

(Heiterkeit und Beifall bei den Grünen und der SPD
– Abg. Winfried Mack CDU: Das hat es in Deutschland noch gar nie gegeben!)

Das sind alles Fakten; das sind Größenordnungen. Das müssen Sie dann schon widerlegen.

Hinzu kommt – auch das ist eine klare Tatsache –, das wir aufgrund von Schulden, die nicht wir gemacht haben, knapp 2 Milliarden € jährlich an Zinsen zahlen müssen. Das ist eine Tatsache. Die Zinszahlungen sind höher als die Neuverschuldung, die wir eingehen. Auch das ist einfach so; daran können Sie überhaupt nicht rütteln.

(Beifall bei Abgeordneten der Grünen und der SPD
– Abg. Peter Hauk CDU: Wie war es denn im Jahr 2009? Wie war es denn im Jahr 2011?)

– Herr Kollege Hauk, da kann man jetzt nicht davon sprechen, dass Sie uns ein solides Haus hinterlassen hätten.

(Abg. Peter Hauk CDU: Natürlich! – Beifall des Abg. Konrad Epple CDU)

Das ist einfach nicht der Fall.

(Abg. Peter Hauk CDU: Die drittgeringste Verschuldung Deutschlands!)

Jetzt sage ich Ihnen noch einmal: Wenn Sie diese Lücke bezweifeln – was Sie zu meinem Erstaunen offensichtlich tun –, dann muss man sich einmal vorstellen, was das bedeutet. Das hieße ja, Sie wären in der Lage, so herumzutricksen

(Abg. Dr. Hans-Ulrich Rülke FDP/DVP: Ja, genau!
– Heiterkeit des Abg. Dr. Hans-Ulrich Rülke FDP/DVP)

– genau –, dass wir 2,5 Milliarden € irgendwie verstecken können.

(Abg. Wolfgang Drexler SPD: So ist es!)

Das ist ja nun eine völlig absurde Behauptung. Es glaubt doch niemand im Ernst, dass irgendeine Regierung 2,5 Milliarden € irgendwie verstecken könnte oder das türken könnte oder den Haushalt fälschen könnte. Glauben Sie das denn im Ernst?

(Abg. Friedlinde Gurr-Hirsch CDU: Oh, das müssen Sie zurücknehmen, „türken“! – Abg. Dr. Friedrich Bullinger FDP/DVP: „Türken“!)

Dazu gibt es einen einzigen Weg.

(Unruhe – Glocke des Präsidenten)

– Langsam! – Es gibt nur einen einzigen seriösen Weg: Wenn Sie ernsthaft bezweifeln, dass es diese Deckungslücke gibt, müssen Sie Haushaltsanträge im Ausschuss stellen, die das verifizieren. Denn der Landtag ist keine Talkshow, wo man sich mit wunderbaren Bildern bemerkbar machen kann,

(Abg. Volker Schebesta CDU deutet in Richtung SPD.
– Zurufe – Unruhe)

mit Sarkasmus und Zynismus. Das ist keine Talkshow, wo jeder behaupten kann, was er gerade so möchte. Im Landtag herrscht vielmehr das Prinzip, dass das, was hier erzählt wird, in den Ausschüssen verifiziert werden muss. Dazu sind die nämlich da.

(Oh-Rufe von Abgeordneten der CDU)

Da gilt das Schriftlichkeitsprinzip. Die Landesregierung bringt schriftlich einen Haushalt ein. Solche Grundfakten können Sie nur bezweifeln, indem Sie das über Anträge verifizieren.

(Abg. Winfried Mack CDU: Der Haushalt ist gesetzwidrig! – Zuruf des Abg. Volker Schebesta CDU)

Sonst ist es nur laut und nicht seriös.

(Beifall bei den Grünen und der SPD)

Meine Damen und Herren, wie groß ist eigentlich die Herausforderung, vor der wir stehen? Beginnen wir mit der Deckungslücke von 2,5 Milliarden €. Seit der Finanzkrise besteht das Problem, dass das Gefühl für die Größenordnungen

(Ministerpräsident Winfried Kretschmann)

verloren geht. Man hört ständig von Hunderten von Milliarden, sogar von Billionen Euro. Da fragt sich natürlich jeder: „Was sind schon 100 Millionen €?“

(Abg. Winfried Mack CDU: Warum machen Sie dann 3,3 Milliarden € Schulden?)

Aber hier liegt ein großer Irrtum vor. 100-€-Geldscheine im Gesamtwert von 1 Million € aufeinandergelegt sind etwa so hoch wie der Tisch, vor dem Sie sitzen. Dagegen sind 1 Milliarde € in Form von aufeinandergestapelten 100-€-Geldscheinen so hoch wie der höchste Berg der Schwäbischen Alb, der Lemberg, nämlich über 1 000 m. Das veranschaulicht den Unterschied zwischen 1 Million € und 1 Milliarde €. Damit sollte man umgehen; denn nur wenn wir über die richtige Größenordnung reden, können wir auch seriös miteinander streiten. Sonst geht das nicht. Dafür ist das Beispiel, Herr Rülke, mit den Beamten, die wir zusätzlich eingestellt haben und die 10 Millionen € an Kosten verursachen, sehr passend. Dieser Betrag ist gegenüber 2,5 Milliarden € sehr wenig. Da nützt Ihr ganzer Sarkasmus nichts.

(Beifall bei den Grünen und der SPD – Abg. Karl Zimmermann CDU: Dann leben wir bald im Hochgebirge!)

Das kann man einfach nicht wegdiskutieren.

Herr Kollege Hauk, Sie behaupten, man könne es problemlos schaffen, in diesem Doppelhaushalt ohne neue Schulden auszukommen. Das können Sie niemals verifizieren. Ich möchte Ihnen zeigen, warum. Sie sagen noch, Bayern mache es besser.

(Abg. Volker Schebesta CDU: Es gibt noch ein paar andere!)

Für diesen Vergleich bin ich außerordentlich dankbar. Bayern geht es natürlich so gut wie keinem anderen Bundesland. Warum?

(Abg. Manfred Groh CDU: Weil nicht die SPD dran war! – Unruhe)

Weil der bayerische Ministerpräsident Stoiber das gemacht hat, was jetzt als Aufgabe vor uns liegt. Er hat nämlich seinen Haushalt saniert. Das ist der Grund.

(Abg. Andreas Schwarz GRÜNE: Aha!)

So einfach ist das. Sie haben hier ein veritables Eigentor geschossen. Der CSU in Bayern ist die Sanierung des Haushalts gelungen und Ihnen nicht. Damit ist Ihr Vergleich eine Kritik an Ihnen selbst.

(Abg. Winfried Mack und Abg. Volker Schebesta CDU: Das ist unglaublich!)

Bayern zahlt 600 Millionen € Zinsen. Baden-Württemberg zahlt 2 Milliarden € Zinsen; diese Höhe geht auf Sie zurück. Das Beispiel war also auch ein mordsmäßiges Eigentor.

(Beifall bei den Grünen und der SPD – Abg. Karl Zimmermann CDU: Dann müssen Sie auch die bayerischen Kommunen berücksichtigen! – Weitere Zuerufe von der CDU)

– Da brauchen Sie nicht den Kopf zu schütteln, Herr Kollege Hauk.

(Unruhe – Glocke des Präsidenten)

Mein Kollege Seehofer muss bei einem Haushaltsvolumen von 48 Milliarden € nur 600 Millionen € Zinsen zahlen. Ich muss bei einem Haushaltsvolumen von 40 Milliarden € fast 2 Milliarden € Zinsen zahlen.

(Abg. Volker Schebesta CDU: Das war 2011 und 2012 auch schon so!)

Das ist eine Tatsache, an der ich nichts ändern kann. Das ist halt so.

(Beifall bei den Grünen und der SPD – Abg. Volker Schebesta CDU: Das war 2008, 2009, 2011 und 2012 auch schon so!)

Wenn ich nur so viele Zinsen wie mein Kollege Seehofer zahlen müsste, hätte ich 1,4 Milliarden € mehr; ich habe sie aber aufgrund der Politik, die Sie gemacht haben, nicht. Das ist halt so.

(Abg. Volker Schebesta CDU: Das war 2008, 2009, 2011 und 2012 auch schon so!)

Natürlich hinken alle Vergleiche, auch der mit Bayern. Es ist ja schon gesagt worden, wie viel die Bayern und wie viel wir dem Pensionsfonds zuführen, wie die Bayern und wie wir mit den Kommunen umgehen.

(Abg. Karl Zimmermann CDU: So ist es!)

Da müssen wir etwas vorsichtig sein. Aber wenn Sie das Beispiel bringen, dann so, dass es Ihnen nicht auf die Füße fällt. Das wäre mein Tipp.

(Heiterkeit und Beifall bei den Grünen und der SPD)

Jetzt kommen wir zu den neuen Bundesländern. Nehmen wir einmal das Beispiel Sachsen. Sachsen ist logischerweise nach der Wiedervereinigung ohne Versorgungslasten gestartet, weil die Rente der ehemaligen Beschäftigten von der Rentenversicherung und nicht vom Land Sachsen bezahlt wird. Deswegen muss Sachsen nur einen verschwindend geringen Anteil seines Haushalts

(Abg. Volker Schebesta CDU: In Brandenburg war es ähnlich!)

für Versorgungsleistungen ausgeben. Das hat einfach etwas damit zu tun: Dort beträgt der Anteil 1,3 %, bei uns beläuft er sich auf 13 %. Das ist eine Größenordnung höher. Auch das ist eine Tatsache. Darum hinkt dieser Vergleich.

Zweitens: Sachsen bekommt wie andere neue Bundesländer erhebliche Mittel aus den Finanzausgleichssystemen – Stichwort Solidarpakt; davon haben Sie vielleicht auch schon einmal etwas gehört.

(Heiterkeit bei Abgeordneten der Grünen und der SPD – Abg. Helmut Walter Rüeck CDU: So eine Arroganz!)

(Ministerpräsident Winfried Kretschmann)

Diese zusätzlichen Mittel decken knapp 34 % der Ausgaben von Sachsen ab. Das heißt, ein erheblicher Anteil der Ausgaben von Sachsen

(Zuruf des Abg. Winfried Mack CDU)

ist fremdfinanziert. Bei uns ist es umgekehrt: Wir geben einen erheblichen Anteil an diese Länder ab. Das sind auch Tatsachen.

(Beifall bei den Grünen und Abgeordneten der SPD – Abg. Hans-Ulrich Sckerl GRÜNE zu CDU und FDP/DVP: Gut zuhören! – Abg. Karl-Wilhelm Röhm CDU: Was ändern Sie daran? Gar nichts bis jetzt!)

Wenden wir uns dieser Frage und den Größenordnungen noch einmal ernsthaft zu. Es ist klar: Wenn man solch eine strukturelle Haushaltslücke hat, kann man sie nicht auf einmal schließen. Das ist vernünftigerweise überhaupt nicht möglich. Sie sind sozusagen mit voller Kraft voraus, und jetzt sollen wir mit voller Kraft zurück; ich meine, wir stoppen hier ja kein Fliegengewicht, sondern einen Ozeandampfer. Wenn wir so hart und brutal auf die Bremse treten würden, würde das nur zu weiteren Verwerfungen und zu nichts Gutem führen. Darum machen wir das nicht,

(Zuruf des Abg. Winfried Mack CDU)

weil das gar nicht geht.

Warum geht das nicht? Jetzt lassen wir noch einmal Zahlen sprechen, meine Damen und Herren.

Von den insgesamt 40,7 Milliarden € an Ausgaben entfallen 17,7 Milliarden € auf Personalausgaben, 10 Milliarden € auf den kommunalen Finanzausgleich, knapp 2 Milliarden € auf Zinsen und 2,5 Milliarden € auf den Länderfinanzausgleich. 2,2 Milliarden € wiederum sind durchlaufende Mittel; das, was wir hierbei einnehmen, müssen wir also sofort wieder ausgeben. Das sind insbesondere Mittel vom Bund und von der EU. Das sind auch noch einmal 2,2 Milliarden €. Hinzu kommen rund 1 Milliarde € aufgrund von Bundesgesetzen.

Das sind über 35 Milliarden €, liebe Kolleginnen und Kollegen, an denen wir entweder nichts oder nur sehr wenig oder nur sehr langsam etwas ändern können.

(Zuruf des Abg. Winfried Mack CDU)

Das ist einfach eine Tatsache.

Es bleiben rund 5 Milliarden €. Jetzt schauen wir uns davon einmal einige größere Posten an. Von diesen 5 Milliarden € entfallen allein auf die Schulen in freier Trägerschaft knapp 1 Milliarde €. 120 Millionen € gehen an Kirchen und andere Religionsgemeinschaften, 65 Millionen € in die Sportförderung, 130 Millionen € an psychiatrische Zentren, rund 110 Millionen € Forschungszuschüsse an die Max-Planck-Gesellschaft, 96 Millionen € an die DFG, 21 Millionen € an die Fraunhofer-Gesellschaft, und auf das MEKA entfallen 50 Millionen €. Ich will Ihnen damit nur ein paar Größenordnungen des Restpakets verifizieren, auf das wir einen unmittelbaren Zugriff hätten.

Das waren einige größere Brocken. Hinzu kommen Investitionsausgaben für Hochbau, Straßenbau, Gewässerschutz usw.

Zu erwähnen sind natürlich auch die ganzen Betriebsmittel für unsere Verwaltung.

Was hieße das? Wenn wir 2013 keine neuen Schulden machen sollten, müssten wir von diesen 5 Milliarden € rechnerisch jeden dritten Euro streichen. Wenn Sie das durchgehen, werden Sie sehen, dass dies nicht geht. Es wäre auch gar nicht sinnvoll, dies zu tun, wenn man es könnte. Es geht nicht, und man kann es nicht. Das zeigt, dass es so schnell eben nicht geht.

(Zurufe der Abg. Helmut Walter Rüeck und Willi Stächele CDU)

Mehr wollte ich Ihnen nicht sagen. Ich will Ihnen nicht immer diese Altlasten vorwerfen – das sind einfach Fakten –, sondern ich will Ihnen jetzt nur sagen:

(Zuruf des Abg. Willi Stächele CDU)

Die Forderung, die Sie stellen, wir sollten sofort keine Schulden mehr machen, ist weder erfüllbar noch sinnvoll.

(Beifall bei den Grünen und der SPD – Zuruf des Abg. Winfried Mack CDU)

Liebe Kolleginnen und Kollegen, wir regieren seit anderthalb Jahren, Sie haben 58 Jahre lang regiert.

(Abg. Winfried Mack CDU: Sie haben doch der LHO zugestimmt!)

Wenn es so einfach wäre, keine neuen Schulden zu machen, muss man Sie doch fragen: Warum haben Sie das dann in 58 Jahren nicht hinbekommen? Warum sollen wir das in anderthalb Jahren hinbekommen?

(Beifall bei den Grünen und der SPD – Zurufe von der CDU, u. a. Abg. Volker Schebesta: 2008, 2009, 2011, 2012!)

Meine Damen und Herren, ich habe nur Fakten vorgetragen.

(Abg. Volker Schebesta CDU: Das sind auch Fakten gewesen!)

Wenn Sie diese Fakten bezweifeln, dann sollten Sie Anträge stellen, die zeigen, in welchen Bereichen Sie konkret Einsparungen vornehmen wollen. Andernfalls sollten Sie nachweisen, dass es eine solche Haushaltslücke gar nicht gibt.

(Abg. Winfried Mack CDU: Nebel als Grundprinzip der Politik!)

Meine Damen und Herren, ich rate Ihnen, Tatsachen nicht zu ignorieren. Das hält auf Dauer niemand durch. Das ist einfach so.

(Heiterkeit und Beifall bei den Grünen und der SPD – Abg. Dr. Hans-Ulrich Rülke FDP/DVP: Sie auch nicht!)

Sprudelnde Steuereinnahmen, das Gutachten des RWI, Ihr Hinweis, dass Sie die Nullneuerschuldung früher auch einmal erreicht hätten,

(Abg. Karl-Wilhelm Röhm CDU: Viermal hat es geklappt!)

das nutzt jetzt alles nichts.

(Ministerpräsident Winfried Kretschmann)

(Zurufe von der CDU und des Abg. Dr. Hans-Ulrich Rülke FDP/DVP)

Sie müssen ganz konkret etwas vorlegen.

(Abg. Peter Hauk CDU: Nein! Das ist Ihre Aufgabe! Ihre Ansprüche, Ihre Aufgabe! – Lebhaftige Zurufe von der CDU und der FDP/DVP, u. a.: Sie müssen vorlegen! – Glocke des Präsidenten)

Liebe Kolleginnen und Kollegen, ich war 30 Jahre lang in der Opposition und weiß deshalb, wie das funktioniert.

(Beifall bei den Grünen und der SPD)

Das Entscheidende ist: Die Richtigkeit von dem, was Sie behaupten, müssen Sie glaubwürdig nachweisen.

(Abg. Peter Hauk CDU: Was wir müssen, wissen wir schon selbst!)

Das geht nur über konkrete Anträge. Dann bildet man zum Schluss die Summe und sagt gegebenenfalls: Jawohl, die Opposition hat soundso viele Millionen mehr gespart als die Regierung.

Als ich Fraktionschef war, haben wir mit einer Ausnahme jedes Mal mehr gespart als die Regierung.

(Abg. Peter Hauk CDU: Nein! Eben nicht!)

– Das weiß ich noch ganz genau. Ob Sie das glauben oder nicht, ist völlig wurst. Das ist aber die einzige Methode, mit der man seriös nachweisen kann, dass der andere falsch liegt. Man muss also Anträge in den Finanz- und Wirtschaftsausschuss einbringen und Nachweise erbringen. So kann man nachher einen Strich darunter ziehen und einen Saldo bilden. Dann sieht man, wer gut und wer schlecht dasteht. So einfach, so gut, so seriös und so offen ist das im Parlament. Das müssen Sie nur beherzigen.

(Beifall bei den Grünen und der SPD)

Liebe Kolleginnen und Kollegen, was will ich damit sagen?

(Abg. Helmut Walter Rüeck CDU: Das fragen wir uns auch schon die ganze Zeit!)

Wir stehen vor einer sehr großen Herausforderung. Sie bis zum Jahr 2020 zu bewältigen ist außerordentlich ambitioniert. Das sehe ich also ganz anders.

(Zuruf des Abg. Volker Schebesta CDU)

Das ist außerordentlich ambitioniert. Das ist ein harter Langstreckenlauf. Jetzt darf ich auch einmal ein Bild verwenden: Einen Langstreckenlauf kann man nicht im Sprinttempo zurücklegen. Das hält einfach niemand durch, und darum machen wir das nicht.

(Abg. Volker Schebesta CDU: In der Opposition haben Sie nie von einem Langstreckenlauf gesprochen!
– Abg. Karl-Wilhelm Röhm CDU: Aber man läuft nicht in die andere Richtung! – Weitere Zurufe – Glocke des Präsidenten)

Präsident Guido Wolf: Der Herr Ministerpräsident hat das Wort.

Ministerpräsident Winfried Kretschmann: Jetzt komme ich zum Oppositionshaushalt bzw. zu dem, was wir so ungefähr darüber wissen, ohne dass schon konkrete Anträge vorliegen.

(Abg. Winfried Mack CDU: Nein! Beschäftigen Sie sich mit sich selbst! Das wäre schon genug!)

Sie führen die Studiengebühren ins Feld. Das sind bezogen auf diesen Doppelhaushalt 340 Millionen €. Dann kommen Sie mit dem Steuerabkommen mit der Schweiz. Das sind einmalig 160 Millionen € und noch einmal jährlich 45 Millionen €. Diese Mittel kann man aber noch gar nicht in den Haushalt einstellen; denn diese Mittel haben wir noch gar nicht. Das könnten Sie also gar nicht machen, weil das gar nicht möglich ist.

Dann kritisieren Sie die Polizeireform. Ihr diesbezüglicher Vorschlag brächte rechnerisch grob 50 Millionen €.

(Oh-Rufe von der CDU und der FDP/DVP – Abg. Karl-Wilhelm Röhm CDU: Wie viele Jahre lang?)

– Das können Sie ja hochrechnen. Das ist nicht das Problem.

(Abg. Dr. Hans-Ulrich Rülke FDP/DVP: Doch! Irgendwann kommt es!)

Sie machen weitere Vorschläge, die Sie nicht beziffern können.

(Abg. Volker Schebesta CDU: Lebensarbeitszeitkonto!)

Wenn man das zusammenrechnet, kommt man auf der Habenseite auf etwa 600 Millionen €.

(Abg. Dr. Hans-Ulrich Rülke FDP/DVP: Das wäre doch ein Anfang!)

– Langsam, Herr Kollege. Hören Sie doch einfach einmal zu.

Jetzt komme ich auf die Sollseite der Vorschläge der Opposition zu sprechen. Die Grunderwerbsteuer wollten Sie nicht erhöhen. Das macht ein Minus von 790 Millionen € aus.

(Zuruf von der CDU: In welchem Zeitraum?)

– Jetzt für den Doppelhaushalt. – Sie haben das damals abgelehnt und hätten das Geld heute somit nicht. Die 790 Millionen € hätten Sie nicht, und die gehen somit auf Ihr Minuskonto. In einer Presseerklärung habe ich gelesen, dass Sie bei den Lehrern weniger sparen wollen. Sagen wir einmal, dass Sie nur die Hälfte sparen wollen, also 36 Millionen €.

Auch die Vorschläge zu den Personaleinsparungen haben Sie abgelehnt. Das macht 63 Millionen € aus. Außerdem waren Sie gegen die Streichung des Landeserziehungsgelds. Das macht 30 Millionen € aus.

Jetzt ziehen wir einmal einen Strich darunter. Das sind Mindereinnahmen in Höhe von insgesamt 920 Millionen €. Das heißt, Ihr Haushalt, sofern wir ihn erkennen können, führt zu einer noch größeren Verschuldung,

(Zuruf: So ist es!)

(Ministerpräsident Winfried Kretschmann)

nämlich zu einer Verschuldung von rund 300 Millionen € mehr. Das bezieht sich aber nur auf das, was wir jetzt schon wissen.

(Beifall bei den Grünen und der SPD – Zuruf: Hört, hört!)

Meine Damen und Herren, das sind erst einmal die Zahlen. Ich habe Sie auf das Mittel der Wahl in einem Parlament hingewiesen, nämlich schriftliche Anträge einzubringen, um es zu verifizieren oder zu falsifizieren. Einen anderen seriösen Weg sehe ich wirklich nicht.

Das, was wir hier im Plenum alles sagen, wird ja auch protokolliert. Das muss man nachher schon nachvollziehen. Dieser Mühe müssen Sie sich unterziehen.

Ich sage Ihnen noch einmal aus meiner Oppositionserfahrung: Um es hinzubekommen, dass eine Oppositionsfraktion 100 Millionen € mehr einspart als eine Regierung, quälen Sie Ihre Fraktion wochenlang. Das sage ich Ihnen.

(Heiterkeit bei den Grünen und der SPD – Abg. Volker Schebesta CDU: Mit dem Minister geht das nicht, oder wie? – Gegenruf des Abg. Martin Rivoir SPD: Der quält sich seit eineinhalb Jahren! – Abg. Helmut Walter Rüeck CDU: Ach quälen Sie doch dieses Land nicht!)

– Nein, nein. Das ist einfach so. – Sie wollen sich der Mühe nicht unterziehen. Ich sage Ihnen: Solange Sie sich dieser Mühe nicht unterziehen, kann man von einer konstruktiven Oppositionspolitik bei Ihnen nicht sprechen.

(Beifall bei den Grünen und der SPD – Abg. Winfried Mack CDU: Oje! – Abg. Helmut Walter Rüeck CDU: Jetzt fährt er wieder durch den Nebel!)

Was machen wir deswegen? Wir machen, glaube ich, eine kluge Mischung aus Konsolidieren, Sanieren und Investieren.

(Abg. Peter Hauk CDU: Es wird nicht wahrer, wenn Sie es zehnmal wiederholen!)

– Herr Kollege Hauk, Sie haben auch am Anfang Ihrer Rede gesagt: „Es besteht einfach ein Spannungsbogen. Man muss auch investieren und kann nicht nur sparen.“ So war die Einleitung Ihrer eigenen Rede. Also können Sie sich jetzt schlecht gegen das stellen, was ich sage.

Wir müssen uns in diesem Dreieck sinnvoll bewegen. Da ist dann alles für konkrete Kritik offen. Das ist gar keine Frage. Wir sparen in den Jahren 2013/2014 750 Millionen € bzw. 1 Milliarde € ein. Wir haben aber mit 213 Millionen € auch zwangsläufige Mehrausgaben zu finanzieren. Wir müssen natürlich auch bestimmte politische Ziele verwirklichen. Das ist auch klar. Denken Sie nur an das, was wir für die frühkindliche Bildung und Betreuung gemacht haben. Dann müssen wir natürlich auch mit dem schmerzhaften Sparen beginnen.

(Abg. Winfried Mack CDU: Ja, ja!)

Problem ist jetzt nicht eine Opposition, die nicht konkretisiert, wo sie einsparen will. Mein Problem, das Problem der Landesregierung ist: Solche Einsparvorschläge stoßen bei der Be-

völkerung, die davon letztlich betroffen ist, erst einmal nicht auf „Hurra“.

(Abg. Winfried Mack CDU: Angriff ist die beste Form der Verteidigung!)

Deshalb ist es schwierig und sehr ambitioniert. Es sind schwierige Dialoge, die man führen kann und die nicht immer im Konsens erfolgen. Das ist leider so.

Erstes Beispiel: Abbau von Lehrerstellen. Jetzt muss man wissen: Die 8 050 Lehrerstellen, die Sie schon mit k.w.-Vermerken versehen haben,

(Abg. Volker Schebesta CDU: Immer geschoben!)

die Sie aber nicht öffentlich kommuniziert haben,

(Abg. Peter Hauk CDU: Das war hier Debatte! – Abg. Helmut Walter Rüeck CDU: Das steht doch im Haushalt! – Abg. Volker Schebesta CDU: Wenn Sie es nicht gemerkt haben, können wir auch nichts dafür! – Weitere Zurufe – Glocke des Präsidenten)

Herr Kollege Hauk, sind in der Lücke schon eingepreist. Sie sind schon eingepreist. Hinzu kommen noch 3 000 von Ihnen über 2012 hinaus nicht durchfinanzierte Deputate aus der Bildungsoffensive. Das heißt, da müssen wir Ressourcen aus anderen Feldern holen, um das überhaupt zu kompensieren. Wenn wir das nicht eingepreist hätten, wäre die Deckungslücke noch einmal um 300 Millionen € größer. Das ist einfach eine Tatsache.

Zweitens: Ich will noch einmal sagen: Es ist klar, dass es natürlich auch nicht ohne Einsparungen beim Personal jenseits des Lehrerbereichs geht. Wir haben mit strukturellen Maßnahmen wie der Absenkung der Eingangsbesoldung begonnen. Solche Pauschalurteile wie in dem Buch „Reiner Wein – Politische Wahrheiten in Zeiten knapper Ressourcen“ sind immer kritisch. Das muss ich zugeben. Wenn ich von „Jammern auf hohem Niveau“ gesprochen habe, muss ich hinzufügen: Das tun natürlich nicht alle. Das ist richtig. Deswegen: Der mittlere Dienst ist von der Absenkung der Eingangsbesoldung ausgenommen. Wir haben ein Auge darauf, dass das Ganze sozial ausgewogen ist. Das sehen wir schon auch.

Drittens: Auch wenn es unbequem ist, muss man bestimmte Dinge streichen. Das ist der Regierung beim Landeserziehungsgeld durchaus schmerzlich gefallen. Das sind alles Maßnahmen, die wir vornehmen müssen und bei denen man nicht damit rechnen kann, dass sie auf großen Jubel bei den Betroffenen stoßen.

(Zuruf des Abg. Helmut Walter Rüeck CDU)

Aber wir haben mit diesen Maßnahmen die Grundlage gelegt, um die Deckungslücke schrittweise zu schließen. Uns steht da ein harter Weg bevor. Wir gehen diesen Weg schrittweise, damit es nicht zu schweren Verwerfungen kommt, damit die Leute mitgehen können und wir zugleich auch wichtige Zukunftsaufgaben stemmen können, die wichtig sind, um die Quellen des Reichtums der Zukunft nicht zu untergraben. Deswegen werden wir uns auf diese Aufgaben konzentrieren. Die Kommission für Haushalt und Verwaltungsstruktur arbeitet ständig daran.

(Ministerpräsident Winfried Kretschmann)

Ich nenne Ihnen jetzt ein Beispiel, um Ihnen noch einmal zu zeigen, dass das ein langer Weg ist, den man nicht sofort bewältigen kann. Wir haben die Möglichkeit, in der ganzen IT-Verwaltung nach Vorgaben des Rechnungshofs einen hohen zweistelligen Millionenbetrag einzusparen. Das gehen wir an. Wir werden Grundlegendes in der ganzen Landesverwaltung reformieren. Aber es dauert nun einmal Jahre, bis man das gemacht hat. Da beißt keine Maus einen Faden ab.

Das gilt für sehr viele strukturelle Vorschläge. Sie müssen geprüft und in Gang gesetzt werden. Bis das durchgreift, dauert es. Anders kann man strukturell nicht sparen. Strukturelle Haushaltslücke bedeutet, dass Strukturen bestehen, die dazu führen, dass wir ständig mehr ausgeben, als wir einnehmen – mit den Schwankungen nach oben und nach unten, die es dabei immer gibt. Das haben ja jetzt verschiedene Redner ausgeführt.

Deswegen sehe ich keine vernünftige Alternative dazu. Deswegen müssen wir all diese großen Posten durchforsten. Ich rate Ihnen nur noch einmal: Schauen Sie sich bitte die Größenordnungen an. Was sind die großen Kuchen in der Verwaltung? Schauen Sie sich aber auch die verfassungsrechtlichen Bedingungen an, denen unsere Maßnahmen unterliegen, z. B. das Alimentationsprinzip nach Artikel 33 Absatz 5 des Grundgesetzes.

(Abg. Peter Hauk CDU: Deshalb muss man verhandeln!)

Ich erinnere an einen meiner Amtsvorgänger, Günther Oettinger, der z. B. versucht hat, zu erreichen, dass man Schulleiter nur auf Zeit wird. Das ist vom Bundesverfassungsgericht gecancelt worden. Wir können die Gehaltsstufe des Schulleiters also nachher nicht wieder zurückführen. Wir sind da an die verfassungsrechtlichen Rahmenbedingungen gebunden.

Darum ist unser Vorhaben ambitioniert, den Haushalt bis 2020 strukturell zu sanieren. Ich bin überzeugt: Wir können, müssen und werden das machen, und zwar so, dass große Teile der Bevölkerung, der Betroffenen einsehen, dass wir das machen müssen, weil die Schuldenbremse nun Gott sei Dank in der Verfassung steht.

(Abg. Volker Schebesta CDU: Gott sei Dank steht auch eine in der Haushaltsordnung! Meine Güte!)

Wenn man z. B. sieht, dass über 40 % des Haushalts Personalkosten sind, dann wird niemand bestreiten, dass man das nicht an den Personalkosten vorbei machen kann. Wir machen das strukturell mit 550 Millionen € im Jahr 2013 und über 650 Millionen € im Jahr 2014. Wer mehr möchte, wer ambitionierter sein möchte, der muss konkrete Vorschläge vorlegen, wie er das besser machen will. Diese liegen bisher nicht vor. Wir warten aber freudig darauf, dass sie kommen, und können uns dann konkret über die Fragen auseinandersetzen.

Ich glaube, dass wir, die Regierung, mit der Unterstützung der Regierungsfractionen auf einem guten Weg sind, den Haushalt stetig, aber entschieden zu konsolidieren und damit die Handlungs- und Leistungsfähigkeit dieses Landes zu bewahren und zu schützen.

Herzlichen Dank.

(Anhaltender lebhafter Beifall bei den Grünen und der SPD)

Präsident Guido Wolf: Dadurch, dass der Herr Ministerpräsident das Wort ergriffen hat, wird nach § 82 Absatz 4 der Geschäftsordnung eine erneute Beratungsrunde ausgelöst, die von den Vertretern der Oppositionsfractionen begonnen wird.

Das Wort hat Herr Kollege Hauk.

(Zurufe: Mittagspause!)

Abg. Peter Hauk CDU: Herr Präsident, meine sehr verehrten Damen und Herren! Es ist schon bemerkenswert, dass der Finanzminister bei der Haushaltsdebatte die Unterstützung seines Regierungschefs braucht.

(Beifall bei der CDU und des Abg. Dr. Hans-Ulrich Rülke FDP/DVP – Abg. Daniel Andreas Lede Abal GRÜNE: Unterstützung hätten Sie viel eher nötig!)

Das kam bisher in der Geschichte dieses Landtags selten vor.

(Unruhe bei den Grünen und der SPD – Glocke des Präsidenten)

Wirft dies etwa einen Blick auf den inneren Zusammenhalt dieser Koalition,

(Abg. Beate Böhlen GRÜNE: Oje! – Abg. Hans-Ulrich Sckerl GRÜNE: Auch dieser Blick ist vergeblich, Herr Hauk!)

die nach außen hin der Demonstration einer vermeintlichen Einigkeit bedarf?

Meine sehr verehrten Damen und Herren, das, was der Ministerpräsident gesagt hat, wird nicht wahrer und stichhaltiger, wenn man es mehrfach, auch in der Zukunft, wiederholt. Es wird von Altlasten gesprochen.

(Unruhe)

Wahr ist: Der Unterschied zwischen Bayern und Baden-Württemberg ist in der Tat, dass die Schuldenbelastung in Bayern geringer ist als in Baden-Württemberg.

Meine Damen und Herren, wir haben jetzt den Entwurf des Haushalts 2013/2014 vor uns liegen.

(Abg. Daniel Andreas Lede Abal GRÜNE: Das haben Sie immerhin schon gemerkt!)

Der Aufschlag, Herr Ministerpräsident, ist laut Verfassung durch die Regierung zu machen. Wir sprechen heute über den Entwurf dieser Landesregierung. Das ist der ganz entscheidende Punkt.

(Beifall bei der CDU und Abgeordneten der FDP/DVP)

Wir kennen den Haushaltsentwurf gerade einmal seit einer Woche. Sie beraten bereits seit Sommer darüber.

(Zuruf des Abg. Helmut Walter Rüeck CDU)

Sie kennen auch die Eckdaten der Vergangenheit. Wir fragen uns natürlich schon: Was hat sich denn Entscheidendes gegenüber dem Jahr 2012, gegenüber dem Jahr 2011, gegenüber dem Jahr 2009 und gegenüber dem Jahr 2008 verändert,

(Zuruf von der CDU: Mehr Steuereinnahmen!)

(Peter Hauk)

sodass Sie in diese Lücke hineingeraten, von der Sie so wehleidig berichten? Der Schuldenstand war 2008 und 2009 nahezu der gleiche. Wir haben ihn nur im Jahr 2010 geringfügig erhöhen müssen.

(Abg. Edith Sitzmann GRÜNE: 1,6 Milliarden €!)

Trotzdem haben wir damals wieder die Nullneuerschuldung erreicht.

(Abg. Volker Schebesta CDU: So ist es!)

Herr Ministerpräsident, Sie müssen einfach zur Kenntnis nehmen, dass die mittelfristige Finanzplanung des Jahres 2010 die von Ihnen angesprochenen Altlasten bzw. Pensionslasten – so haben Sie es genannt – mit beinhaltet. In der der mittelfristigen Finanzplanung von 2010 zugrunde gelegten Ausgabensteigerung waren Personalkostensteigerungen um 1,8 % und zusätzlich die überproportionale Entwicklung bei den Pensionslasten mit enthalten.

(Abg. Willi Stächele CDU: So ist es! Nicht vom Himmel gefallen!)

Diese Zahlen sind nicht vom Himmel gefallen; sie sind nicht neu. Nach der mittelfristigen Finanzplanung des Jahres 2010 betrug die Deckungslücke bei damals geschätzten geringeren Steuereinnahmen 3 Milliarden €, und diese 3 Milliarden € wären durch die Steuermehreinnahmen locker aufgefangen worden, weil die Steigerungsrate bei den Ausgaben, die Sie angesprochen haben, in der mittelfristigen Finanzplanung bereits berücksichtigt war. Das ist doch die Wahrheit. Erzählen Sie den Menschen doch nicht das Märchen, dass es bei Rekordsteuereinnahmen des Landes Baden-Württemberg und bei Rekordsteuereinnahmen der Kommunen in Baden-Württemberg notwendig sein soll, auf Rekordbasis neue Schulden aufzunehmen. Das gab es noch nie.

(Beifall bei der CDU und der FDP/DVP)

Denn die Einnahmen sind gegenüber den Annahmen der mittelfristigen Finanzplanung, die der errechneten Deckungslücke zugrunde liegen, überproportional gestiegen. Dort war der Ausgabenzuwachs, den Sie jetzt als Pensionslast, als Erblast oder wie auch immer beklagen, mit enthalten – nicht etwa verdeckt, nicht etwa nicht eingeplant, nicht etwa nicht durchfinanziert. Das ist die Wahrheit. Ihre Unwahrheit wird nicht dadurch besser, dass Sie sie zehnfach wiederholen.

Gehen wir einmal auf das ein, was Sie sagen. An Steuereinnahmen für 2013 wurden in der mittelfristigen Finanzplanung 26,4 Milliarden € zugrunde gelegt. Tatsächlich sind es 30,1 Milliarden €. Das ist ein Plus von 3,7 Milliarden € bei einer Deckungslücke mit den genannten Ausgabensteigerungen, die ich angesprochen habe und die darin berücksichtigt sind – höhere Pensionslasten, Personalkostensteigerung –, von 3,3 Milliarden €.

Wenn ich mathematisch nicht gänzlich unbegabt bin, dann ergibt sich für mich, dass Sie noch 400 Millionen € Überschuss hätten – die Differenz von 3,7 Milliarden € und 3,3 Milliarden € –, hätten Sie sich nicht in eine Ausgabenpolitik hineinmanövriert. Sie haben heute deutlich überproportional höhere Ausgaben – das ist wahr –, in die Sie sich durch den Vier-

ten Nachtrag 2011, durch den laufenden Haushalt 2012 und durch den Folgehaushalt 2013/2014 manövriert haben.

Tun Sie doch nicht so, als wären es die Lasten der ehemaligen Regierung. Nein, es sind Ihre neuen Lasten, weil Sie in den letzten eineinhalb Jahren Schwerpunkte in der Ausgaben- setzung gebildet haben und weiter bilden. Das drückt Sie in die Neuverschuldung, nichts anderes. Ihre grüne und rote Politik ist die Verschuldungspolitik.

(Beifall bei der CDU und der FDP/DVP)

Wenn man sich einmal die Einzelpläne ansieht, ist es vielleicht einmal interessant, wie dort das Sparen zum Ausdruck kommt. Es sind 15 Einzelpläne. Der einzige Einzelplan, der bei den Ausgaben ein Minus ausweist – 2013 gegenüber 2012 –, ist der des Landtags. In allen anderen Bereichen gibt es Ausgabensteigerungen: Sie reichen von 1,29 % im Etat des Justizministeriums – das ist die geringste Steigerung überhaupt – bis zu 21,88 % im Etat des Integrationsministeriums. Das Staatsministerium bewegt sich mit einer Steigerung um 6,91 % im Schnitt.

Wollen Sie uns weismachen, Herr Ministerpräsident, dass der durchschnittliche Ausgabenzuwachs um 4,8 % einzig und allein auf die gestiegene Zahl der Pensionäre zurückzuführen wäre? Wollen Sie uns weismachen, dass in der mittelfristigen Finanzplanung, bei der noch die alte Regierung einen Personalkostenzuwachs um 1,8 % eingeplant hatte – Wollen Sie das Delta? Sie unterscheiden doch. Sie haben doch 1,5 % Deckelung darin – wie auch immer erreichbar. Diese Mär werden Sie nicht los.

(Abg. Dr. Friedrich Bullinger FDP/DVP: Für was denn?)

Allein im Etat des Staatsministeriums steigen die Ausgaben um fast 7 %, meine sehr verehrten Damen und Herren. Das spricht Bände. Das entspricht dem Durchschnitt des Zuwachses der Ausgaben der gesamten Regierung. In einem Haus wie dem Integrationsministerium fallen über 20 % mehr Ausgaben an. Beim „Verkehrsverhinderungsministerium“

(Abg. Andreas Schwarz GRÜNE: Was? Nichts Verhinderung!)

ist im Prinzip eine Steigerung um 12 % zu verzeichnen. Die Steigerung im Etat des Umweltministeriums um 11,5 % kann ich aufgrund der Erhöhungen, die es in puncto Energiewende in der Tat gab, noch nachvollziehen. Aber es gibt kein Gesamtkonzept. Das ist der Vorwurf an den Minister und an die Regierung.

(Beifall bei der CDU)

Auch im Kultusministerium wird nur so getan, als würde man jetzt einsparen. Steigerungsrate im Etat des Kultusministeriums 2,74 %. Wo sparen Sie ein?

Selbst dort, wo Sie sagen, Sie würden einsparen, und das mit hehrem Schild vorantragen, tun Sie es nicht, weil Sie – das wird sich bei der Beratung im Finanz- und Wirtschaftsausschuss herausstellen – klammheimlich an vielen Baustellen Zugaben geben. Sie verstecken das nicht. Sie haben einfach keine Lust, konsequent zu sparen, einen konsequenten Spar-

(Peter Hauk)

haushalt vorzulegen. Das ist das Einfachste. Sie geben überall dort nach, wo Wünsche kommen.

Meine Damen und Herren, das Tollste ist der Stellenplan und sind die Zahlen darin. Der Ministerpräsident hat es selbst gesagt: Über Zahlen kann man nicht streiten. Ich referiere: 2010 gab es 205 913,5 Personalstellen, 2012 gibt es 207 498,0 Personalstellen, 2014 gibt es 208 135,5 Personalstellen.

(Abg. Friedlinde Gurr-Hirsch CDU: Das nennt man dann strukturelles Defizit!)

Herr Ministerpräsident und Herr Finanzminister, wo sind die Einsparungen? Wo sind die Einsparungen, die Sie zu Papier bringen? Das ist Ihr Werk, nicht unseres. Das sind Ihre Zahlen, nicht unsere. Wo sparen Sie tatsächlich ein? Wann verlassen Sie endlich einmal Ihre Ankündigungen und Ihre Wortblasen und Seifenblasen

(Abg. Friedlinde Gurr-Hirsch CDU: Und diese Wehleidigkeit!)

und tun etwas? Wann legen Sie einen Haushalt vor, der – – Der Haushalt ist so, wie Sie ihn – jedenfalls im Entwurf – vorgelegt haben, rechtswidrig. Das mag der Landtag später heilen. Aber der Entwurf, den Sie hier einbringen, ist und bleibt rechtswidrig, und deshalb weisen wir ihn zurück und sagen: Gehe über Los.

(Beifall bei der CDU und Abgeordneten der FDP/DVP)

Präsident Guido Wolf: Für die Fraktion der FDP/DVP spricht Kollege Dr. Rülke.

Abg. Dr. Hans-Ulrich Rülke FDP/DVP: Herr Präsident, meine Damen und Herren! Herr Ministerpräsident, Sie haben zu Recht darauf hingewiesen, dass Sie 30 Jahre lang in der Opposition waren. Sie haben glaubhaft versichert, Sie hätten in diesen 30 Jahren Opposition gelernt. Das gestehen wir Ihnen zu. Aber Sie haben nicht gelernt zu regieren. Und das ist das Problem, meine Damen und Herren.

(Beifall bei der FDP/DVP und Abgeordneten der CDU)

Sie haben in der Opposition gelernt, Nebelkerzen zu werfen. Am Wochenende waren Sie am Schliffkopf im Nebel, und heute haben Sie im Plenarsaal Nebelkerzen geworfen. Beispielsweise haben Sie davon gesprochen und es beklagt, dass aktuell 100 000 Versorgungsempfänger und in absehbarer Zeit 140 000 Versorgungsempfänger zu verzeichnen seien. Aber Sie tun nichts dagegen.

(Abg. Claus Schmiedel SPD: Soll man die erschießen, oder was? – Abg. Martin Rivoir SPD: Was soll man machen? – Abg. Hans-Ulrich Sckerl GRÜNE: Was sollen wir gegen die Versorgungsempfänger tun? – Vereinzelt Heiterkeit)

Sie schreiben die Politik, wie sie bislang gelaufen ist, fort. – Ich sage Ihnen gleich, was man machen kann. Man kann den Vorschlägen des Rechnungshofs – Präsident Munding sitzt hier im Saal – folgen und den Vorsorgebeitrag von 500 € auf 1 200 € pro Monat anheben. Wir haben einen entsprechenden

Gesetzentwurf in den Landtag von Baden-Württemberg eingebracht. Sie haben ihn abgelehnt, und gleichzeitig tun Sie so, als würden die Lasten durch die Versorgungsempfänger den Haushalt aktuell belasten. Das tun sie nämlich nicht. Das sind Nebelkerzen und nichts anderes, meine Damen und Herren.

(Beifall bei der FDP/DVP und Abgeordneten der CDU)

Der Ministerpräsident sprach von „türken“. Er hat gefragt, ob wir etwa behaupten, er würde „türken“. Ja, Herr Ministerpräsident, Sie türken. Denn Sie haben versucht, diesem Haushalt weiszumachen, dass Sie zweimal einen ausgeglichenen Haushalt hinbekommen hätten, nämlich 2011 und 2012, der jeweils angeblich eine strukturelle Deckungslücke von zweieinhalb Milliarden Euro, übernommen von den Vorgängerregierungen, aufgewiesen habe. Sie sagten, Sie hätten dies jeweils durch Einmaleffekte ausgeglichen: Einmaleffekte 2011: 2,5 Milliarden €. Einmaleffekte 2012: 5 Milliarden €. Was Sie immer verschweigen, weil es Ihnen nicht in den Kram passt, sind die ausgeglichenen Haushalte der alten Landesregierung in den Jahren 2008 und 2009.

(Abg. Willi Stächele CDU: Gute Finanzpolitik!)

Waren das auch Einmaleffekte? 2008 waren es 7,5 Milliarden €, 2009 10 Milliarden €. Hatten wir etwa in fünf Jahren 10 Milliarden € an Einmaleffekten und deshalb vier ausgeglichene Haushalte? Was erzählen Sie hier eigentlich, Herr Ministerpräsident?

(Beifall bei der FDP/DVP und Abgeordneten der CDU)

Dann räumen Sie ein: An der einen oder anderen Stelle gibt es kleinere Mehrausgaben von der neuen Landesregierung – läppische 10 Millionen € für neue Stellen in Ministerien. Dann erzählen Sie etwas vom Landtagstisch und von einem Berg, der „Lemberg“ heißt – es klang eher nach „Lemberger“.

(Abg. Friedlinde Gurr-Hirsch CDU: Sagen Sie nichts gegen diese Rebsorte!)

Anschließend erklären Sie dann, es gebe überhaupt keine Möglichkeit, zu sparen.

(Abg. Hans-Ulrich Sckerl GRÜNE: Herr, wirf Hirn herunter!)

Kollege Hauk hat Ihnen anhand von Beispielen aus den einzelnen Ministerien vorgerechnet, wie die Entwicklungen sind. In der Tat, Sie tricksen da. Sie sparen überhaupt nicht. Das, was Sie den Kommunen wegnehmen, oder das, was Sie an Ausschüttungen der Landesbank Baden-Württemberg einplanen – das haben wir Ihnen schon x-mal gesagt –, sind keine Einsparungen, sondern sind einzig und allein Nebelkerzen.

Nebenher summieren sich Ihre Ausgaben. Sie schreiben ja nicht nur den Urhaushalt der schwarz-gelben Landesregierung fort, sondern an allen Ecken und Enden gibt es Mehrausgaben. Wir haben im Verlauf der Debatte schon sehr umfangreich diese einzelnen Positionen aufgezählt. Sie greifen sich dann immer einzelne heraus und sagen: „Seht her, das sind doch bloß 10 Millionen €, 20 Millionen € oder 18 Millionen €; das ist ja gar nicht viel.“ Aber das Problem ist, dass sich die

(Dr. Hans-Ulrich Rülke)

se Dinge insgesamt addieren. Das ist das Problem der Schiefelage Ihres Haushalts.

Sie haben einen Wählerauftrag. Das ist völlig richtig. Das respektieren wir. Aber dann müssen Sie diesen Wählerauftrag auch im Sinne des RWI annehmen. Das RWI gesteht Ihnen ja zu, dass Sie Ihre eigene Politik machen. Diese eigene Politik bedeutet Ausgaben an verschiedenen Stellen. Aber Sie verzichten eben darauf, dafür an anderer Stelle einzusparen. Das ist das Problem Ihres Haushalts, meine Damen und Herren.

(Beifall bei der FDP/DVP und der CDU)

Es ist nicht die Aufgabe der Opposition, Ihnen, wenn wir sagen, Ihre zusätzlichen Ausgaben halten wir für falsch, an anderer Stelle, vielleicht an Stellen, wo wir es für richtig halten, andere Ausgaben vorzuschlagen, die Sie dann ablehnen. Am Ende kommt nach der Beratung im Finanzausschuss ohnehin der Haushalt heraus, den Sie möglicherweise mit den Koalitionsfraktionen vereinbart haben.

Wir halten die Ausgabenpolitik, die Sie betreiben, für falsch. Sie können sie trotzdem umsetzen, aber Regieren bedeutet, dann eben auch an anderer Stelle Einsparvorschläge zu machen. Genau daran fehlt es, und das ist Ihr Politikversagen.

(Beifall bei der FDP/DVP und der CDU)

Präsident Guido Wolf: Für die Fraktion GRÜNE spricht Frau Kollegin Sitzmann.

(Abg. Dr. Friedrich Bullinger FDP/DVP: Mittagessen gibt es irgendwann heute Abend!)

Abg. Edith Sitzmann GRÜNE: Herr Präsident, meine Damen und Herren, liebe Kolleginnen und Kollegen! Der Kollege Hauk hat heute einiges gesagt, was nicht stimmt. Dazu gehört auch, dass er vorhin kritisiert hat, dass der Ministerpräsident sich in dieser Haushaltsdebatte zu Wort gemeldet hat,

(Abg. Peter Hauk CDU: Das habe ich nicht kritisiert!)

und gesagt hat, das sei ein einmaliger Vorgang.

(Abg. Peter Hauk CDU: Das habe ich nicht gesagt!
– Abg. Karl-Wilhelm Röhm CDU: Er hat gesagt, dass es nötig war!)

Das ist falsch. CDU-Ministerpräsident Oettinger hat bei den Haushaltsberatungen zum Haushalt 2007/2008 und zum Haushalt 2010/2011 ebenfalls hier im Landtag Rede und Antwort gestanden. Die heutige Rede des Ministerpräsidenten war kein einmaliger Vorgang.

(Zuruf des Abg. Hans-Ulrich Sckerl GRÜNE)

Es war sehr gut, dass der Ministerpräsident des Landes Baden-Württemberg im Landtag seine finanzpolitischen Positionen dargestellt hat.

(Beifall bei den Grünen und der SPD)

In den vergangenen viereinhalb Stunden haben wir über vieles diskutiert, und es hat keinen Sinn mehr, bei einzelnen Punkten ins Detail zu gehen,

(Vereinzelt Beifall)

weil Sie einfach nicht bereit sind, Fakten zur Kenntnis zu nehmen.

Trotzdem ein paar wenige Punkte. Erfreulicherweise musste das Land Baden-Württemberg in den Jahren 2008, 2009, 2011 und 2012 keine neuen Schulden aufnehmen.

(Abg. Dr. Hans-Ulrich Rülke FDP/DVP: Alles Einmaleffekte!)

Das ist gut. Aber das waren Sondersituationen.

Wenn Sie sich die letzten Jahrzehnte anschauen, dann sehen Sie, dass immer eine Lücke zwischen Einnahmen und Ausgaben geklafft hat. Es gab nur einige wenige Jahre, in denen das nicht der Fall war. Das hatte damit zu tun, dass es eben z. B. Rücklagen oder Haushaltsüberschüsse gegeben hat, die dies möglich gemacht haben.

(Abg. Dr. Hans-Ulrich Rülke FDP/DVP: 10 Milliarden € in vier Jahren!)

Aber das waren Ausnahmejahre – leider –, sonst stünden wir heute besser da, meine Damen und Herren.

Dann ist noch vom Kollegen Hauk gesagt worden, die Regierung wolle ja nicht sparen. Er hat dazu zwei Beispiele gebracht: das Integrationsministerium und das Staatsministerium. Beide Beispiele sind leider nicht geeignet, Herr Kollege Hauk, weil 90 % der Ausgaben im Integrationsministerium zwangsläufige Ausgaben sind. Das sind Kosten für die Unterbringung von Flüchtlingen. Zu deren Übernahme ist das Land Baden-Württemberg gesetzlich verpflichtet. Wenn diese Kosten jetzt steigen, dann liegt das daran, dass die Anzahl der Flüchtlinge in Baden-Württemberg gestiegen ist, und zwar von rund 6 000 auf rund 9 000. Wir wissen zum jetzigen Zeitpunkt nicht, ob das bereits der Höchststand ist oder ob es noch weitere Steigerungen gibt. Das hat mit mangelndem politischen Einsparwillen der grün-roten Landesregierung überhaupt nichts zu tun, sondern das sind zwangsläufige Mehrausgaben.

(Beifall bei den Grünen und der SPD – Zuruf der Abg. Muhterem Aras GRÜNE)

Der zweite Punkt: Sie haben gesagt, das Staatsministerium spare nicht. Dazu möchte ich einmal zwei Punkte benennen, warum die Ausgaben so sind, wie sie sind. Für das Jahr 2013 sind 2 Millionen € im Haushalt des Staatsministeriums eingestellt, weil im Jahr 2013 die bundesweiten Feierlichkeiten zum Tag der Deutschen Einheit in Baden-Württemberg stattfinden sollen. Falls Sie nicht wollen, dass man in Baden-Württemberg die zentrale bundesweite Feier zum Tag der Deutschen Einheit veranstaltet, dann stellen Sie in den Haushaltsberatungen einen Antrag mit dem Ziel, diese 2 Millionen € einzusparen. Wir wollen das nicht. Wir finden es gut, wenn der bundesweite feierliche Akt zum Tag der Deutschen Einheit bei uns im Land stattfindet.

(Beifall bei den Grünen und der SPD)

Herr Kollege Hauk, dass der baden-württembergische Ministerpräsident jetzt Präsident des Bundesrats ist, finden wir hervorragend. Das finden wir gut. Aber das kostet halt ein paar Euro mehr. Das muss man wollen. Wir wollen das, und dazu stehen wir auch, meine Damen und Herren.

(Edith Sitzmann)

Wir sind also nach wie vor – die Debatte hat das hoffentlich deutlich gemacht – davon überzeugt, dass wir innerhalb der Rahmenbedingungen, die wir vorgefunden haben, mit diesem Haushaltsentwurf für die Jahre 2013 und 2014 eine sehr gute Grundlage für die Beratungen im Parlament haben. Wir fordern Sie eindringlich auf, die Kritik oder die Vorschläge, die Sie gemacht haben, nämlich keine neuen Schulden aufzunehmen, anhand von Anträgen in die Ausschussberatungen einzubringen.

Jetzt danke ich Ihnen für Ihre Aufmerksamkeit.

(Beifall bei den Grünen und der SPD)

Präsident Guido Wolf: Für die SPD-Fraktion spricht Kollege Schmiedel.

Abg. Claus Schmiedel SPD: Herr Präsident, liebe Kolleginnen und Kollegen! Die letzten Einlassungen der Redner der Oppositionsfaktionen brachten nichts Neues, sind also verpufft. Das Ende der Debatte ist jetzt der Anlass, der Regierung für die Einbringung eines guten Entwurfs zu danken. Wir freuen uns auf die Ausschussberatungen und wünschen jetzt guten Appetit.

(Beifall bei der SPD und den Grünen – Heiterkeit des Abg. Dr. Friedrich Bullinger FDP/DVP)

Präsident Guido Wolf: Halt, halt! Ich muss die Dynamik des Kollegen Schmiedel noch einmal kurz ausbremsen, was den Appetit angeht.

Wir müssen noch über die geschäftsordnungsmäßige Behandlung abstimmen.

Zunächst stelle ich fest: Es liegen keine weiteren Wortmeldungen vor. Damit ist die Aussprache beendet.

Wie es gemäß der Geschäftsordnung an dieser Stelle vorgesehen ist, schlage ich vor, die Gesetzentwürfe der Landesregierung an den Ausschuss für Finanzen und Wirtschaft zu überweisen. – Dazu gibt es einen Geschäftsordnungsantrag der CDU-Fraktion.

Abg. Volker Schebesta CDU: Herr Präsident, wir bitten in diesem Fall um förmliche Abstimmung über die Überweisung an den Ausschuss für Finanzen und Wirtschaft.

Unser Fraktionsvorsitzender hat es ausgeführt: Wir halten das, was die Regierung vorgelegt hat, nicht für eine Grundlage, auf der wir den Herausforderungen gerecht werden können. Die Regierung hat ihre Hausaufgaben nicht gemacht. Sie hat ihre selbst gestellten Aufgaben nicht erfüllt. Die Haushaltsberatungen – –

(Abg. Edith Sitzmann GRÜNE: Antrag zur Geschäftsordnung!)

– Herr Schmiedel hat gesagt, er habe nicht verstanden, was das Verfahren soll. Deshalb erkläre ich es gern zur Geschäftsordnung noch einmal.

(Beifall bei der CDU – Abg. Hans-Ulrich Sckerl GRÜNE: Nein!)

Das Verfahren hat seinen Grund darin, dass wir das als nicht ausreichende Grundlage ansehen. Das ist ein Verstoß gegen

die bestehende Schuldenbremse. Sie wird einfach aus der Haushaltsordnung gestrichen.

(Abg. Hans-Ulrich Sckerl GRÜNE: Ziehen Sie vor den Staatsgerichtshof!)

Deshalb beantragen wir eine förmliche Abstimmung und lehnen die Überweisung an den Ausschuss für Finanzen und Wirtschaft ab.

Präsident Guido Wolf: Das heißt, wir haben darüber abzustimmen, den Gesetzentwurf der Landesregierung – Gesetz über die Feststellung des Staatshaushaltsplans Baden-Württemberg für die Haushaltsjahre 2013/2014 (Staatshaushaltsgesetz 2013/2014 – StHG 2013/2014) –, Drucksache 15/2560, und den Gesetzentwurf der Landesregierung – Haushaltsbegleitgesetz 2013/2014 –, Drucksache 15/2561, zur weiteren Beratung – wie es die Geschäftsordnung vorsieht – an den Ausschuss für Finanzen und Wirtschaft zu überweisen.

Wer diesem Vorgehen zustimmt, den möchte ich um das Handzeichen bitten. – Gegenstimmen? – Enthaltungen? – Dann ist die Überweisung der beiden Gesetzentwürfe zur weiteren Beratung an den Ausschuss für Finanzen und Wirtschaft mehrheitlich beschlossen.

(Abg. Peter Hauk CDU: Aber knapp!)

Meine Damen und Herren, damit ist Punkt 1 der Tagesordnung erledigt.

Ich weise Sie darauf hin, dass wir in der Mittagspause einen Empfang für die Soldatinnen und Soldaten, die sich im Auslandseinsatz befunden haben, vorbereitet haben. Dazu möchte ich Sie herzlich einladen.

Wir setzen die Sitzung um 15:45 Uhr fort.

(Unterbrechung der Sitzung: 14:45 Uhr)

*

(Wiederaufnahme der Sitzung: 15:46 Uhr)

Stellv. Präsidentin Brigitte Lösch: Liebe Kolleginnen und Kollegen! Die unterbrochene 50. Sitzung des Landtags von Baden-Württemberg wird fortgesetzt.

Ich rufe **Punkt 2** der Tagesordnung auf:

Regierungsbefragung

Ich erteile Herrn Abg. Haußmann das Wort.

K f z - Z u l a s s u n g

Abg. Jochen Haußmann FDP/DVP: Sehr geehrte Frau Präsidentin, liebe Kolleginnen und Kollegen! Ich beginne die Regierungsbefragung mit Fragen an Verkehrsminister Hermann zum Thema Kfz-Zulassung. Ich möchte meinen Beitrag in zwei Blöcke aufteilen.

Das erste Thema ist das der Altkennzeichen. Am 9. November 2012, also in der letzten Woche, wurde in Sachsen das erste sogenannte Altkennzeichen ausgegeben. Der sächsische Wirtschaftsminister Morlok war in Grimma und auch im Vogtlandkreis.

(Jochen Haußmann)

Die Bundesländer Niedersachsen, Nordrhein-Westfalen, Rheinland-Pfalz und Schleswig-Holstein beginnen in dieser Woche mit der Ausgabe von Altkennzeichen. Thüringen und Sachsen-Anhalt beginnen damit noch im Jahr 2012, Mecklenburg-Vorpommern im Laufe dieses Winters.

In Baden-Württemberg beschäftigen sich aktuell zahlreiche Landkreise mit dem Thema „Wiedereinführung von Altkennzeichen“. Teilweise gibt es dafür Zustimmung wie im Neckar-Odenwald-Kreis oder im Rems-Murr-Kreis. Teilweise gibt es auch Ablehnung wie im Schwarzwald-Baar-Kreis.

Deswegen frage ich den Verkehrsminister: Wie geht es in Baden-Württemberg weiter, wie plant die Landesregierung damit umzugehen? Wie bindend sind Kreistagsentscheidungen, das heißt, wie können sich Kommunen in Baden-Württemberg verhalten, die gern Altkennzeichen hätten, während die betreffenden Landkreise deren Wiedereinführung abgelehnt haben?

Zweiter Punkt: Im Rahmen des Themas Kfz-Zulassung ist auch der Bürokratieabbau bei der Kfz-Ummeldung ohne Halterwechsel ein Thema. Wir hatten dieses Thema im vergangenen Jahr schon einmal in einem Antrag aufgegriffen.

In Baden-Württemberg ist aktuell eine Neuzuteilung von Kennzeichen bei einem Umzug in einen anderen Landkreis notwendig – mit Ausnahme der sechs Stadt- und Landkreise Freiburg, Heidelberg, Heilbronn, Karlsruhe, Pforzheim und Ulm. Aber wenn man in einen anderen Landkreis umzieht, ist es eben notwendig, ein neues Kfz-Kennzeichen zu beantragen.

In Brandenburg, Hessen, Schleswig-Holstein, Sachsen und Thüringen muss man inzwischen keine Ummeldung mehr vornehmen, wenn man von einem Landkreis in einen anderen zieht. Man kann sich dies also ersparen. Auch hier würde uns interessieren, wie die weitere Vorgehensweise in Baden-Württemberg geplant ist.

Zum Thema „Vereinfachung der Ummeldung“: Bisher muss man für eine Ummeldung zur Kfz-Zulassungsstelle. Es gibt auch Überlegungen, § 64 des Straßenverkehrsgesetzes und § 13 der Fahrzeug-Zulassungsverordnung dahin gehend zu ändern, dass man nicht mehr zur Zulassungsstelle muss, sondern die Ummeldung direkt bei der Meldebehörde vornehmen kann.

Der abschließende Punkt ist das Thema E-Government. Baden-Württemberg beteiligt sich am Projekt „Deutschland-Online“. Dazu hätte uns der aktuelle Stand interessiert.

So weit von meiner Seite.

Herzlichen Dank.

Stellv. Präsidentin Brigitte Lösch: Danke schön. – Für die Beantwortung darf ich den Herrn Verkehrsminister an das Rednerpult bitten.

Minister für Verkehr und Infrastruktur Winfried Hermann: Frau Präsidentin, meine Damen und Herren! Ich will zunächst die Fragen zum Thema Altkennzeichen beantworten. Vorweg vielleicht noch ein paar Worte für diejenigen, die nicht Teil der „Altkennzeichenbewegung“ sind. Das war eine

längere Debatte, die hervorgegangen ist aus einer Bewegung der Fachhochschule Heilbronn

(Abg. Claus Schmiedel SPD: Hochschule!)

– der Hochschule Heilbronn. Das ist eine Bewegung zurück zum Altkennzeichen als Möglichkeit, die frühere Identität wiederzufinden. Auf Bundesebene gab es eine Diskussion darüber, wie sinnvoll das ist. Nach einigem Hin und Her haben wir uns schließlich darauf verständigt, dass nicht alle möglichen Kennzeichen, sondern nur historische Altkennzeichen zugelassen sein sollen.

Sie haben bereits darauf hingewiesen, dass die damit verbundene Änderung zum 1. November 2012 in Kraft getreten ist. Wir, das Land Baden-Württemberg, haben eine Frist gesetzt, die aber nicht zwingend einzuhalten ist, sondern nur dazu dient, dass wir überhaupt eine Entscheidungsgrundlage haben.

Wir haben die Kommunen über die Regierungspräsidien informiert, dass es die Möglichkeit gibt, die Altkennzeichen wieder einzusetzen. Die Regelung sieht vor, dass die jeweilige Landesregierung entscheidet, welchen Antrag auf Wiedereinsetzung eines Altkennzeichens sie nach Berlin weitergibt. Das heißt, formal sind wir dafür zuständig, auszuwählen und zu entscheiden.

Wir haben uns dafür entschieden, dass die Regierungspräsidien die Landkreise informieren und um ein Votum des Kreistags bitten. Wir haben aber auch gesagt, dass ein solches mögliches Votum für die Landesregierung rechtlich nicht bindend sein kann. Das ist für uns vielmehr ein Hinweis, dass uns nicht egal ist, was in den Landkreisen gedacht wird und ob man ein Altkennzeichen haben will oder nicht haben will.

In Baden-Württemberg gibt es einzelne Kommunen, die ihre Altkennzeichen unbedingt wiederhaben wollen. Es gibt aber auch Kreise, die das nicht wollen, weil sie befürchten, dass längst überwundene Spaltungen wieder zutage treten. Der Landkreistag z. B. ist genau aus diesem Grund sehr entschieden dagegen. Auch der Städtetag ist nicht wirklich begeistert, sondern nur ein Teil davon spricht sich dafür aus.

Deswegen waren wir, die Landesregierung, etwas zurückhaltend. Denn einige finden dies ganz toll, und andere sehen dies als rückwärtsgewandt und unnötig an. Deshalb haben wir gesagt: Schickt uns jeweils den betreffenden Kreistagsbeschluss. Wir beziehen das in unsere Entscheidung ein. Wir werden das – bis zum 16. November läuft die Frist, die wir gesetzt haben – so schnell wie möglich nach Berlin weiterreichen.

Sie haben zu Recht darauf hingewiesen, dass andere Länder schneller waren, weil es dort Konsens gab. Doch je länger man wartet, umso größer ist die Gefahr, dass Kennzeichen schon vergeben sind, weil andere sie für sich reklamieren.

In Baden-Württemberg gibt es den speziellen Fall Backnang. Dessen altes Kennzeichen BK ist inzwischen auf den Bördekreis in Sachsen-Anhalt übergegangen, der sich möglicherweise auf einen Rechtsstreit einlassen will. Insofern ist noch völlig unklar, ob Backnang sein Altkennzeichen BK zurückbekommen kann.

Sie sehen, wir werden uns bemühen, das rasch zu entscheiden. Es dauert aber noch ein paar Tage, bis wir alle Anträge

(Minister Winfried Hermann)

haben. Ich kann Ihnen zurzeit nicht sagen, wie viele Anträge gestellt worden sind. Im Übrigen muss sich der Landrat auch nicht an dieses Votum halten, sondern er kann uns auch zu etwas anderem raten bzw. uns etwas anderes empfehlen. So ist also die Entscheidungssituation.

Jetzt komme ich zu den anderen Fragen, mit denen Sie mich zum Teil überfordern; denn so sehr bin ich nicht Teil der Verwaltung, sondern dafür gibt es Verwaltungseinheiten. Ich will nur sagen: Im Moment habe ich keine Kenntnis davon, dass wir die Praxis in Baden-Württemberg ändern wollen. In Sachen E-Government gibt es in der Regierung in allen möglichen Bereichen Überlegungen, wie wir die Verwaltung für die Bürgerinnen und Bürger möglichst einfach und kostengünstig gestalten können. In diesem Sinn werden wir auch die von Ihnen aufgeworfenen Fragen angehen.

Ich biete Ihnen an, dass ich das von der Verwaltung schriftlich beantworten lasse.

Vielen Dank.

Stellv. Präsidentin Brigitte Lösch: Gibt es weitere Fragen? – Wenn dem nicht so ist, dann rufe ich das nächste Thema auf:

Künftige Finanzierung von GVFG-Projekten in Baden-Württemberg

Die Frage kommt von der SPD. Ich erteile Herrn Kollegen Haller das Wort.

Abg. Hans-Martin Haller SPD: Frau Präsidentin, meine Damen und Herren! Die Regierung hat ein umfangreiches Maßnahmenpaket zur Förderung des Schienenpersonennahverkehrs beschlossen. Das ist eine weitere Großtat, die wir nicht genug zu schätzen wissen.

Ich bitte jetzt noch einmal um ein paar Antworten zu der Frage: Welche Projekte sind jetzt hier im Fokus, die erstens sehr zeitnah und zweitens in einem mittleren Zeitabschnitt vor 2019 abgearbeitet werden sollen? Was bedeutet diese für den Schienenpersonennahverkehr ganz wichtige Entscheidung finanziell für das Land Baden-Württemberg? Das ist das eine.

Zum anderen: Es gibt Projekte, die angedacht sind, aber in der Planung noch recht weit zurück sind. Was kann mit diesen Projekten passieren – im besten Fall, sprich wenn man bei ihnen, welches Wunder auch geschehen mag, doch noch rechtzeitig vor 2019 zu Potte kommt, im schlechteren Fall, wenn man bei ihnen vor 2019 nicht mehr zu Potte kommt?

Drittens – Stichwort Kostendeckel; das ist den Grünen ja kein unbekanntes Thema –: Was bedeutet eine Kostensteigerung bei diesen Projekten für das Land Baden-Württemberg?

Stellv. Präsidentin Brigitte Lösch: Herzlichen Dank. – Für die Landesregierung erteile ich Herrn Verkehrsminister Hermann das Wort.

Minister für Verkehr und Infrastruktur Winfried Hermann: Vielen Dank, Frau Vorsitzende.

(Abg. Felix Schreiner CDU: Präsidentin!)

– Frau Präsidentin. Danke.

(Abg. Dr. Friedrich Bullinger FDP/DVP: In diesem Fall identisch!)

– In dem Fall identisch. – Meine sehr verehrten Damen und Herren! Herr Haller hat es angesprochen: Wir, die Koalition, haben uns in dieser Woche im Rahmen der Überlegungen zur Haushaltsstrukturreform und dazu, wie die Finanzierung in nächster Zeit aussieht, einen richtig großen, schweren Brocken vorgenommen, nämlich den, wie wir in den nächsten Jahren die sogenannten GVFG-Projekte finanzieren, also die Projekte, die mehr als 50 Millionen € kosten, bei denen sich der Bund bereit erklärt hat, bis 2019 die Kofinanzierung von 60 % zu übernehmen. Wir, das Land, müssen 20 % zahlen, die Kommunen – oder, wenn es ein anderer Träger ist, der andere Träger – die anderen 20 %.

Es ist wichtig zu wissen, dass der Bund angekündigt hat – wir hatten es schon mehrfach davon –, dass 2019 Schluss ist mit der GVFG-Finanzierung. Deswegen haben wir unter erheblichem Druck gestanden. Erschwerend ist noch dazugekommen, dass der Bund Projekte zur Finanzierung nicht mehr annimmt, wenn er befürchtet – das befürchtet er praktisch bei jedem Projekt –, dass die Projekte nicht bis 2019 fertig sind. In diesen Fällen verlangt er, dass eine Risikogarantie abgegeben wird, dass das Land nämlich notfalls die Projekte selbst finanziert oder eventuell die Kommunen dieses Risiko übernehmen.

Wir haben uns in dieser Woche zu weitreichenden Konsequenzen entschieden, die aber zwingend notwendig waren, wenn wir dem ÖPNV, dem Schienenpersonennahverkehr in Baden-Württemberg eine Perspektive geben wollen. Wir haben uns entschieden, dass wir für alle Projekte, bei denen das Land der Träger ist – das sind dann im Wesentlichen SPNV-, also meist S-Bahn-Projekte –, das Risiko für die Gesamtprojekte übernehmen. Das auf der einen Seite.

Wir haben uns für die Kofinanzierung aller möglichen Projekte entschieden, von denen wir glauben, dass sie bis 2019 realisiert werden können, sodass dafür die Landesmittel in Jahresscheiben bis 2019 bereitgestellt werden.

Insgesamt handelt es sich mit den laufenden Projekten – Projekte im Umfang von etwa 100 Millionen € laufen schon, ferner gibt es vertraglich abgesicherte Projekte, beispielsweise im Rahmen von Stuttgart 21. In Karlsruhe gibt es auch einen länger laufenden Vertrag. Wenn man das alles zusammenrechnet – plus die politisch zugesagten Projekte –, ist man bei etwa 450 Millionen € Kofinanzierungsmitteln, die wir übernommen haben.

Damit haben wir eine ganze Reihe von Projekten – von S-Bahnen und Stadtbahnen – abgesichert, was den Anteil Baden-Württembergs angeht. Das sind die S-Bahn RheinNeckar – die zweite Baustufe –, die Breisgau-S-Bahn, die Stadtbahn Heilbronn – konkret der Nordast und die Strecke Neckarsulm–Bad Rappenau –, die Stadtbahn Mannheim-Nord, die Stadtbahn U 12 in Stuttgart – vom Hauptbahnhof nach Remseck, dritter und vierter Teilabschnitt –, die Stadtbahnerweiterung in Freiburg – Messelinie –, die Stadtbahnerweiterung in Freiburg – Werder-/Rotteckring –, die Straßenbahn Ulm, die Stadtbahn U 6 in Stuttgart – die Verlängerung zum Flughafen – und schließlich die Verlängerung der S-Bahn von Bernhausen nach Neuhausen.

(Minister Winfried Herrmann)

Das ist ein sehr umfangreiches und sehr ambitioniertes Paket. Wir glauben aber, das war unser Anspruch. Wir wollen den ÖPNV voranbringen, und wir, die Koalition, haben gesagt, wir wollen alles tun, dass kein Euro verloren geht, den wir vom Bund als Zuschuss bekommen können.

(Zuruf: Das ist wichtig!)

Wenn wir mit all diesen Projekten beim Bund erfolgreich wären – was ja noch nicht sicher ist; der Bund muss das ja auch zusagen –, dann würden wir ein ziemlich großes Stück von dem Kuchen der Bundesfördermittel bekommen.

Wir haben ferner einige Projekte, die uns auch wichtig, lieb und teuer sind, Kollege Haller, in Ihrem Wahlkreis z. B. die Regionalstadtbahn Neckar-Alb. Diese ist bei dieser Liste jetzt nicht dabei, weil das Gesamtprojekt aus derzeitiger Sicht auf jeden Fall nicht bis 2019 realisiert werden kann, weil man planerisch noch nicht so weit ist und weil das von den Kosten und von der Umsetzung her nicht vorstellbar ist. Das ist ein riesiges Projekt, in der Summe liegt es bei weit über 1 Milliarde €.

Wir haben mit der Region besprochen, dass wir gern einen kleineren Anteil aufnehmen würden, wenn es denn so weit wäre. Die Kommunen und die Region haben sich noch nicht auf ein kleines Paket verständigt. Deswegen müssen wir der Region sagen: Es ist uns ein wichtiges Projekt, wir würden es gern anmelden, aber wir würden es nur dann tun, wenn wir ein absehbares Paket haben, das bis 2019 realisierbar ist – dann würden wir für unseren Anteil kämpfen –, oder wenn der Bund signalisiert, dass es doch eine Lösung gibt, die über das Jahr 2019 hinausgeht. Dann würden wir dieses Projekt wie etwa auch das Mobilitätsnetz Heidelberg oder die S-Bahn Calw–Renningen – alle diese Projekte, die in der Region schon weit fortgeschritten sind, hinter denen eine große Mehrheit steht, die aber planerisch nicht so weit sind oder nicht in diesem Zeitraum realisiert werden können – gern mit aufgreifen.

Die letzte Frage von Ihnen war: Wie ist es mit dem Kostendeckel? Wir haben bei all diesen Projekten, glaube ich, ziemlich scharf gerechnet, und wir können einigermaßen sicher sein, dass es etwa bei den vorgeschlagenen Kosten bleibt. Wir haben auch ein Polster vorgesehen. Wir gehen zwar nicht davon aus, dass alles genau so herauskommt, wie es heute angesetzt wird, aber klar ist eines: Wenn mehrere Projekte finanziell aus dem Ruder laufen würden, ginge das natürlich zulasten der anderen, weil wir – aufgeteilt in Jahresscheiben – ein Gesamtfinanzierungsvolumen der Kofinanzierung beschließen oder umsetzen werden.

Wenn Projekte den vorgesehenen Anteil überschreiten, dann wäre die Frage gestellt: Legen wir noch eins drauf und schießen nach, oder müssen wir ein Projekt, das noch nicht so weit ist, zurückziehen? Das haben wir aber noch nicht endgültig entschieden. Im Moment glaube ich, dass wir alles getan haben, eine seriöse Berechnung vorzulegen und entsprechend auch Finanzierungsvorschläge zu machen.

Danke schön.

Stellv. Präsidentin Brigitte Lösch: Herr Minister, Sie können am Rednerpult bleiben, denn es liegen drei weitere Fragen vor.

Die erste Frage hat Herr Kollege Köberle.

Abg. Rudolf Köberle CDU: Lieber Herr Minister, die Botschaft von gestern Abend hört sich wirklich gut an. Es war eine richtige Entscheidung, so viele Bundesmittel wie möglich abzurufen. Aber einfach die Frage an Sie: Ist es nicht völlig selbstverständlich und entspricht es nicht der Kontinuität der bisherigen Landesverkehrspolitik, dass man sowohl für Straßenbauprojekte als auch für Schienenprojekte wirklich jeden Euro in Berlin abholt, der von Berlin zu bekommen ist? Und ist es nicht eher so, dass es sich zwar um etwas Richtiges, aber nicht um etwas sensationell Neues dieser Landesregierung handelt, sondern um etwas, was eigentlich in der Kontinuität der bisherigen Landespolitik erfolgt?

Zweite Frage: Wie teilen sich die angekündigten 450 Millionen € auf? Ich gehe einmal davon aus, dass es nicht reine Landeshaushaltsmittel sind, sondern dass in diesen 450 Millionen € kommunale Mittel und anderes Geld stecken.

Dritte Frage. Frau Präsidentin, darf ich?

Stellv. Präsidentin Brigitte Lösch: Ja, wenn es die letzte ist.

Abg. Rudolf Köberle CDU: Dann melde ich mich nachher noch einmal zu Wort.

Minister für Verkehr und Infrastruktur Winfried Herrmann: Herr Köberle, vielen Dank für das Lob. Ich weiß nicht, ob ich es zurückgeben kann, ob das immer so war. Ich war ja, wie Sie wissen, von 1988 bis zu unserer Regierungsübernahme nicht mehr im Landtag. Was Sie zwischen 1988 und 2011 gemacht haben, weiß ich nicht so ganz genau. Aber wenn ich aus Ihrer Regierungszeit mehr Verpflichtungsermächtigungen für die Projekte gehabt hätte, dann hätte ich sie jetzt nicht besorgen müssen. So viel kann ich schon sagen.

Es war auch kein leichter Kampf, auch in dieser Koalition. Obwohl wir überzeugt sind, dass etwas getan werden muss, waren wir natürlich auch in der Klemme. Wir haben es heute Morgen in der großen Haushaltsdebatte erlebt: Sie machen uns ständig und bei jeder Debatte den Vorwurf, wir würden nicht genügend sparen. Sie können an diesem Beispiel sehen, dass man, wenn man in die Zukunft gehen will, auch in die Zukunft investieren muss. Wenn man will, dass Verkehr verlagert wird, muss man ein gutes ÖPNV- und SPNV-Angebot machen.

Diese Projekte sind in der Tat auch schon zum großen Teil von der früheren Landesregierung mit bearbeitet worden, aber sie waren eben nicht durchfinanziert.

Sie haben mich nach der Finanzierung gefragt. Die laufenden Projektkosten betragen etwa 100 Millionen €. Etwa 60 Millionen € fließen nach Karlsruhe. Dem liegt sozusagen ein Altvertrag zugrunde, den Sie, die frühere Regierung, schon abgeschlossen hatten. Ebenso ist es bei den 112 Millionen €, die als Teilfinanzierung über GVFG-Mittel in das Projekt Stuttgart 21 fließen.

In der Summe sind es 100 Millionen € für laufende Maßnahmen und 180 Millionen € für neue Maßnahmen. Hierbei handelt es sich um die Kofinanzierung des Landes – keine kommunalen Mittel, sondern reine Landesmittel.

Dazu kommt noch die Sicherheit, die wir für die Abwicklung der gesamten Projekte angeben, bei denen das Land die Ver-

(Minister Winfried Hermann)

antwortung hat. Da übernehmen wir etwa 176 Millionen € an Bürgschaften bzw. Verpflichtungsermächtigungen, falls die Kosten am Ende vom Land zu tragen wären, weil man nicht fertig wird.

Stellv. Präsidentin Brigitte Lösch: Es liegt eine weitere Nachfrage des Kollegen Schwarz vor.

Abg. Andreas Schwarz GRÜNE: Herr Minister, wir begrüßen natürlich ausdrücklich, was vereinbart wurde.

Ich möchte dazu noch eine Frage stellen. Sie haben angesprochen, dass Sie die Projekte kategorisiert haben und sich daran orientiert haben, wie weit diese planerisch vorangeschritten sind. Können Sie noch etwas zu diesen Kategorisierungen sagen?

Können Sie auch etwas zu der Frage sagen, was geschehen würde, wenn der Bund – so wie wir es in der letzten Woche hier diskutiert haben – über 2019 hinaus die GVFG-Finanzierung bereitstellen würde? Könnten dann weitere Projekte, die jetzt noch nicht so weit vorangeschritten sind – die Regionalstadtbahn, die Maßnahme in Heidelberg etc. –, umgesetzt werden, wenn nach 2019 das GVFG des Bundes weiterläuft?

Minister für Verkehr und Infrastruktur Winfried Hermann: Vielen Dank. – Wir waren natürlich auch in diesem Bereich gezwungen, zu überlegen: Was muss man machen, was kann man machen, was kann man hinausschieben, und was ist noch nicht so weit? Insofern war klar: Alles, was nicht vor 2019 realisierbar ist, kann auch nicht mit in diese Finanzierung aufgenommen werden. Das war die erste grundsätzliche Entscheidung.

Zudem gibt es eine Reihe von laufenden Projekten oder Projekten, für die es eine klare rechtliche Verpflichtung gibt, sie zu realisieren, die aber noch nicht finanziert waren.

Zweitens gibt es eine Gruppe von Projekten, bei denen es die eindeutige politische Zusage gab: „Das Projekt kommt, es ist förderfähig, und wir unterstützen das“, die aber auch nicht finanziert waren. Wir haben wirklich darum gekämpft, möglichst viele Projekte in diese Gruppe hineinzubekommen, weil wir uns dort im Wort gefühlt haben. Aber rein theoretisch hätten wir es nicht machen müssen.

Insofern sind eine Reihe von Projekten dazugekommen, deren Realisierung vor Ort als sicher angenommen war, die aber nicht rechtlich abgesichert und nicht durchfinanziert waren. Das muss man klar sagen. Die eigentliche Durchfinanzierung haben wir erst jetzt sichergestellt. Darin besteht für mich der große Wurf, und darin liegt die wichtige Entscheidung, die in dieser Woche gefallen ist.

Drittens gibt es noch eine Gruppe von Projekten, die in der Region gewünscht und auch angekündigt sind, die man anmelden will, bei denen aber zum Teil – Ich habe es vorhin anhand der Regionalstadtbahn Neckar-Alb schon ausgeführt. Das Gesamtvolumen beträgt fast anderthalb Milliarden Euro. Man hätte dieses Projekt dann in Abschnitte, in Elemente zerlegen müssen, die bis 2019 realisierbar sind. Da bestünde in der Region ein Konsensbedarf. Diesen Konsens hat es aber noch nicht gegeben. Deswegen konnte das noch nicht vorgezogen werden.

Bei anderen Projekten muss man noch die Wirtschaftlichkeitsberechnung vornehmen. Das alles könnte in den nächsten Jahren geschehen. Deshalb habe ich auch Wert darauf gelegt, dass wir, die Koalition, nicht sagen: „Weil uns der Bund wahrscheinlich kein Geld mehr gibt, brecht einmal eure Überlegungen ab“, sondern die Ansage lautet: „Die Projekte sind gut und wichtig und deswegen auch unterstützungswürdig“, aber wir müssen auf Bundesebene eine Nachfolgeregelung für das GVFG bekommen, entweder in der Form, dass die Frist aufgehoben wird, oder vielleicht in der Form, dass wir eine neue Frist setzen.

Die dritte Variante ist, dass die Mittel aufgestockt werden. Denn die etwa 330 Millionen €, die überhaupt pro Jahr zur Verfügung stehen, sind hinten und vorn nicht auskömmlich für die ganze Republik. Auch da gäbe es eine Möglichkeit. Wenn der Bund die Mittel erhöhen würde, dann würde auch die Chance bestehen, dass wir diese Projekte noch mit hineinnehmen. Wir haben uns bereit erklärt, zu versuchen, die landesseitigen Kofinanzierungsmittel bereitzustellen. Denn es gilt wirklich das, was Herr Köberle gesagt hat: Eine Landesregierung muss schauen, dass sie beim Bund so viel Mittel wie möglich holt. Aber Ihnen muss auch klar sein, dass Sie uns nicht gleichzeitig beschimpfen können, wir würden Schulden machen. Denn das ist sozusagen zwingend. Wenn man das Dreifache vom Bund erhalten möchte, muss man wenigstens diese Mittel einsetzen.

(Beifall bei den Grünen – Zuruf des Abg. Dr. Friedrich Bullinger FDP/DVP)

Stellv. Präsidentin Brigitte Lösch: Es liegt eine weitere Nachfrage des Kollegen Rivoir vor.

Abg. Martin Rivoir SPD: Herr Minister, Sie haben gerade noch einmal die verschiedenen Kategorien dargestellt. Ich glaube, es sind zehn Projekte, die zwar in der Planung sind, jedoch noch nicht in eine Förderung aufgenommen werden können. Es muss noch eine weitere Kategorie geben, nämlich solche Projekte, die zwar in der Planung sind, aber noch nicht konkret sind. Ich nenne einmal das Beispiel der Regio-S-Bahn Donau-Iller, die in diesen ganzen Überlegungen überhaupt nicht auftaucht.

Können Sie mir sagen, welche Voraussetzungen es von der Finanzierung her auf Bundesebene geben muss, damit solche Projekte überhaupt in eine Realisierungsphase im nächsten Jahrzehnt kommen können? Das war die eine Frage.

Ein Thema, das vielleicht nicht genau die GVFG-Mittel betrifft, das aber hier durchaus eine große Rolle spielt, ist das Thema „Elektrifizierung der Südbahn“. Vielleicht können Sie eine Aussage darüber machen, wie der aktuelle Status ist, welche Position das Land hinsichtlich der 50 %, die wir zur Verfügung stellen, einnimmt und ob es auch nach der neuen Kostenschätzung der Bahn, die jetzt vorliegt, 50 % finanzieren will. Wie ist die Einschätzung der Regierung zu diesem Vorgang?

Minister für Verkehr und Infrastruktur Winfried Hermann: Vielen Dank. – Zunächst zu den Realisierungschancen: Wenn wir es nicht schaffen, eine Nachfolgeregelung oder eine Aussetzung der Frist beim GVFG hinzubekommen, dann muss man aus heutiger Sicht sagen, dass solche Projekte keine Chance haben. Weil es jedoch wichtige Projekte sind, muss

(Minister Winfried Herrmann)

man, finde ich, als Verkehrspolitiker alles tun, um eine neue Form der Finanzierung zu finden. Ich persönlich bin der Meinung, wir müssen die Frist 2019 aufheben. Ich würde sagen, 20, 30 Jahre brauchen wir noch, um solche Projekte zu realisieren, und das alles sind sinnvolle Projekte.

Man muss dazusagen, dass gerade Baden-Württemberg einen erheblichen Nachholbedarf hat. Auch dadurch, dass wir keinen Bevölkerungsschwund haben, haben wir in Ballungsräumen immer noch Druck beim Verkehr. Es ist nicht so wie in manchen ostdeutschen Bundesländern, wo es zwar eine Stadtbahn gibt, jedoch die Leute wegziehen und die Bahnen dann leerer werden. Dieses Problem haben wir nicht, sondern wir haben in Ballungsräumen wie Reutlingen/Tübingen, wo man eine Stadtbahn bräuchte, keine gute Schienenanbindung bzw. keine guten SPNV-Konzepte. Deswegen brauchen wir, meine ich, unbedingt eine solche Regelung.

Ich will nicht noch einmal die Maut-Debatte eröffnen, aber im Zusammenhang mit der Finanzierung der Verkehrsinfrastruktur dürfen wir nicht nur darüber reden, was die Deutsche Bahn braucht und was wir für den Straßenbau brauchen, sondern wir müssen uns ein Finanzierungskonzept überlegen, das aufzeigt, wie wir kommunale Verkehrsinfrastruktur – sowohl Straßen als auch ÖPNV und SPNV – finanzieren. Das brauchen wir ganz dringend, und ich setze mich dafür ein.

(Vereinzelt Beifall)

– Danke. Der Beifall darf ruhig kräftiger sein.

(Beifall bei den Grünen und Abgeordneten der SPD
– Abg. Karl-Wilhelm Röhm CDU: Das tut auch einmal gut!)

– Das tut auch einmal gut, genau.

Die andere Frage bezog sich auf die Südbahn. Das ist kein GVFG-Projekt, sondern ein großes Schienenprojekt. Vor wenigen Tagen haben wir die für uns ziemlich erschütternde Ansage der Bahn bekommen, dass es wieder einmal teurer wird, und zwar gleich um etwa 40 Millionen €. Wir können es nicht richtig nachvollziehen. Es ist auch ärgerlich, dass man, wenn man etwas mit der Bahn zusammen macht, lange Zeit nicht informiert wird und dann von Kostensteigerungen überrascht wird, die man nicht nachvollziehen kann, weil man keine Unterlagen bekommt, und dann auch noch die Ansage bekommt: Im Übrigen kommt das Projekt später.

In diesem Stil kann man nicht zusammenarbeiten. Wir müssen auf Bundesebene dafür sorgen, dass die staatseigene DB und ihre Töchter nicht so mit der öffentlichen Hand umgehen. Es kann auch nicht sein, dass jedes Projekt teurer wird. Wir werden nun zunächst einmal dieser neuen Rechnung nachgehen und dies überprüfen. Ich bin übrigens mit dem Bund bereits in Verhandlungen gewesen und habe auch schon auf europäischer Ebene angeklopft.

Es gibt also verschiedene Möglichkeiten, an denen wir im Moment noch arbeiten. Ich kann jetzt noch nicht sagen, was letztlich herauskommen wird. Wir, das Land, haben ja beschlossen, bis zu 50 % der Kosten zu tragen, und haben hierfür 90 Millionen € zur Verfügung gestellt. Diese Mittel können wir in diesem Jahr nicht abrufen, weil die Maßnahmen nicht beginnen. Da sind der Bund und die Bahn nicht bei ihrem

Wort geblieben. Wir müssen aus meiner Sicht diese Verpflichtungsermächtigungen nun über die Haushaltsberatungen in den neuen Haushalt 2013/2014 schieben. Wenn wir dann die endgültige Rechnung haben, müssen wir schauen, ob wir, das Land, überhaupt noch etwas drauflegen können oder wollen oder ob wir es anders hinbekommen.

Ich habe dem Bund gegenüber angedeutet: Es geht nicht an, dass wir, wenn wir schon freiwillig etwas zuzahlen, auch noch immer mehr zahlen sollten. Das Land Baden-Württemberg muss sparen, und irgendwann ist Schluss mit dem, was wir erbringen können. Deswegen habe ich die Hoffnung, dass es erstens nicht ganz dabei bleibt, zweitens, dass der Bund etwas übernimmt, und drittens, dass wir vielleicht noch europäische Mittel bekommen.

(Beifall bei den Grünen und Abgeordneten der SPD
– Abg. Martin Rivoir SPD: Vielen Dank!)

Stellv. Präsidentin Brigitte Lösch: Es gibt eine weitere Frage des Abg. Haußmann.

Abg. Jochen Haußmann FDP/DVP: Sehr geehrter Herr Minister, Sie haben darauf hingewiesen, dass das GVFG-Bundesprogramm 2019 auslaufen wird. Die Zeit bis dahin ist nicht mehr sehr lang. Sie hatten erwähnt, dass Baden-Württemberg gemeinsam mit anderen Bundesländern eine Bundesratsinitiative plant, um die Bundesförderung auch in Zukunft erhalten zu können. Daher ist nun die Frage: Bis wann ist damit zu rechnen, dass diese Bundesratsinitiative auf den Weg gebracht wird?

Zweitens: Kollege Haller hatte auch das Thema Mehrkosten angesprochen. Auch darüber hatten wir bezüglich bestimmter Projekte immer wieder einmal gesprochen. Planen Sie, das Projektcontrolling in diesem Bereich künftig etwas anders zu gestalten, beispielsweise diese Prozesse in Ihrem Haus stärker zu überwachen und auch transparenter zu machen?

Minister für Verkehr und Infrastruktur Winfried Herrmann: Vielen Dank. – Zunächst zur Frage nach der Bundesratsinitiative: Die Absprache und die Vorbereitung dieses Gesetzentwurfs sind in den letzten Zügen. Wir hoffen, dass wir noch in diesem Monat den Entwurf bekommen, damit wir ihn dann an die Kolleginnen und Kollegen in der Verkehrsministerkonferenz schicken können. Das würde dann dazu führen, dass wir es relativ rasch in den Bundesrat einbringen.

Ich sage Ihnen aber auch gleich dazu: Wir können nur erfolgreich sein, wenn es auch im Bundestag hierfür eine Mehrheit gibt. Deswegen bitte ich Sie herzlich, das Sie jeweils in Ihren Fraktionen dafür werben, dass der Bundestag nicht sagt: „Jetzt passiert gar nichts mehr; denn jetzt beginnt der Wahlkampf für die Bundestagswahl“, sondern dass sich alle Fraktionen am Riemen reißen und sagen: „Das ist ein Finanzierungsproblem, das jeder hat, egal, wer demnächst regieren wird, und egal wo.“ Alle haben dieses Problem, und deswegen müssen wir so schnell wie möglich zu einer Lösung kommen. Ich werde alles dafür tun, dass wir die Initiative schnell einbringen, sodass parallel dazu im Bundestag eine Beratung stattfinden kann oder aber eine vergleichbare gesetzliche Initiative auf den Weg gebracht wird.

Jetzt zum Thema „Projektkosten und Controlling“. Ich könnte es mir jetzt leicht machen: Da Sie immer davon reden, dass

(Minister Winfried Hermann)

wir ohnehin schon zu viele Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter haben, muss ich Ihnen sagen: Das Ministerium selbst ist so klein und in diesem Bereich personell so ausgedünnt, dass wir nicht in der Lage sind, so viel Controlling zu machen, wie ich es für vernünftig halte. Das gilt für den Straßenbau – da müssen wir viel nach außen an private Büros vergeben –, und das gilt für den Schienenbereich, wo wir völlig auf die Bahn angewiesen sind. Dort können wir nur sehr begrenzt handeln, nämlich nur in Bezug auf die Unterlagen. Denn wir sind nicht die Bauherren, die vor Ort gehen können, sondern wir sind darauf angewiesen, dass uns die Bahn etwas liefert.

Meine Einschätzung ist – weil uns in allen Bereichen, in denen wir mit der Bahn zu tun haben, die Kosten ständig aus dem Ruder laufen –, dass wir dazu kommen müssen, mit der Bahn zukünftig Festgeldvereinbarungen zu treffen. Man muss dann sagen: „So viel gibt es, und mit diesem Betrag müsst ihr bauen, und wenn ihr damit nicht klarkommt, müsst ihr selbst etwas drauflegen.“ Das hat die Bahn übrigens zweimal gemacht; sie hat ordentlich nachzahlen müssen, nämlich beim Hauptstadtbahnhof in Berlin und bei der Neubaustrecke Frankfurt–Köln. Seitdem sie diese Erfahrung gemacht hat, versucht sie ständig, das Kostensteigerungsrisiko bei den Ländern und beim Bund abzuladen.

Ich spüre, dass es dem Bund – darum drehte sich in diesen Tagen auch mein Gespräch mit dem zuständigen Staatssekretär – inzwischen auch ziemlich stinkt, dass die Bahn immer wieder in Verzögerung ist und die Projekte immer wieder teurer werden als vereinbart, und dass man so auf Dauer nicht bauen kann.

(Beifall bei den Grünen und Abgeordneten der SPD)

Stellv. Präsidentin Brigitte Lösch: Mir liegt noch eine weitere Nachfrage des Kollegen Köberle vor.

Abg. Rudolf Köberle CDU: Herr Minister, ich möchte nochmals auf die 450 Millionen € zurückkommen. Die Presseverlautbarungen sind einfach missverständlich oder unklar und widersprechen teilweise auch dem, was Sie gerade vorher ausgeführt haben. Die Botschaft heißt ja: Wir sichern 450 Millionen €. Meine Frage ist ganz konkret: Wer bezahlt dann letztlich diese 450 Millionen €? Ist das komplett dieser 20-prozentige Landesbeitrag entlang von Projekten, oder steckt darin auch kommunales Geld?

Minister für Verkehr und Infrastruktur Winfried Hermann: Nein.

Abg. Rudolf Köberle CDU: Zweite Frage: Haben Sie geprüft, ob eine technische Verbesserung des Filderbahnhofs auch für eine Projektförderung nach dem GVFG des Bundes in Betracht kommen könnte?

Minister für Verkehr und Infrastruktur Winfried Hermann: Zunächst einmal: Diese 450 Millionen € sind Landesmittel. Aber wenn Sie zweimal nachfragen, dann weiß ich auch, was Sie meinen. Wir haben mit den kommunalen Landesverbänden auch verhandelt, ob sie sich bereit erklären, uns hierfür auf dem Weg des Vorwegabzugs aus dem kommunalen Finanzausgleich Mittel bereitzustellen. Die Kommunen hatten sich dazu bereit erklärt, das zu finanzieren. Wir gehen davon aus, dass sie das auch in den kommenden Jahren mitmachen, weil es da im Wesentlichen, zu einem hohen Anteil

um kommunale Projekte geht und deswegen das Geld den Kommunen auch tatsächlich wieder zur Verfügung gestellt wird. Aber wir müssen das Geld im Landeshaushalt als Landesmittel fixieren. Das ist eigentlich auch der Beschluss gewesen, der in dieser Woche gefasst wurde.

Zum Thema Filderbahnhof: Es stecken ja schon 112 Millionen € an GVFG-Mitteln in Stuttgart 21 drin – sowohl für Maßnahmen hier unten in der Stadt als auch für Maßnahmen oben am Flughafen. Also da sehe ich keine weiteren Möglichkeiten, da noch einmal Geld hineinzustecken, weil es insgesamt, glaube ich, nicht begründbar wäre, dass in dieses Projekt noch mehr Geld fließt, zumal wir merken, dass wir allergrößte Schwierigkeiten haben, auch die vielen anderen Projekte im ganzen Land noch zu finanzieren. Ich glaube, da muss man klar sagen – Sie sagen ja auch immer wieder, wir dürfen den ländlichen Raum nicht benachteiligen –: Jeder weitere Euro, den wir in Stuttgart investieren, steht dann auch nicht mehr für den ländlichen Raum zur Verfügung.

(Abg. Hans-Ulrich Sckerl GRÜNE: Da stimmen alle zu!)

Stellv. Präsidentin Brigitte Lösch: Die letzte Frage in dieser Runde hat Kollege Haller.

Abg. Hans-Martin Haller SPD: Herr Minister, noch einmal zum Thema Preissteigerungen bei Projekten mit der Bahn. Sie waren da vorhin sehr optimistisch. Jetzt heißt es aber: „Na ja, wenn man mit der DB baut, wird es immer teurer. Die meisten Strecken baut ja die DB, also muss man mit Mehrkosten rechnen.“ Das ist auch die Erfahrung aus der Vergangenheit.

Meine Frage: Sie haben vorgeschlagen, Festpreisregelungen zu schaffen. Was sind die rechtlichen Voraussetzungen dafür, dass dies möglich ist? Ist das von uns, dem Land, gestaltbar? Das wäre nämlich sehr sinnvoll.

Damit zusammenhängend das Zweite. Sie haben gesagt, wenn es teurer wird als geplant, gibt es zwei Möglichkeiten: Entweder fällt eine andere Maßnahme unter den Tisch, oder wir müssen draufsatteln. Ersteres, dass – so sage ich einmal – irgendwo in der Planung geschlampt wird und dann ein solide finanziertes Projekt nicht zu Potte kommt, weil es zeitlich ein bisschen hintendran ist, kann ja wohl nicht sein. Insoweit müssen wir schon zwingend darauf achten, dass die Vorgaben bei der Planung so sind, dass die Kosten gehalten werden können oder dass der Träger des Bauprojekts dann nachschießen muss. Es darf aber nicht sein, dass bei einem Projekt Mehrkosten anfallen, die sich zulasten eines anderen Projekts auswirken. Nochmals: Welche Gestaltungsmöglichkeiten bezüglich Festpreisregelungen hat das Land Baden-Württemberg?

Minister für Verkehr und Infrastruktur Winfried Hermann: Generell haben wir natürlich bei den Bundesprojekten – vor allem bei den Leistungen, die wir freiwillig erbringen – die Möglichkeit, zu sagen: So viel und nicht mehr. Da sind wir völlig frei. Das gilt für Stuttgart 21 wie für die Südbahn. Auch bei der Rheintalbahn haben wir gesagt: maximal 125 Millionen € und nicht mehr.

Generell glaube ich, dass der Bund da eine Form finden muss – das ist die Aufgabe des Bundes –, sich bei Bundesprojekten Festpreiskonstruktionen auszudenken. Ich glaube nicht, dass da die Landesregierung gefragt ist.

(Minister Winfried Hermann)

Bei den GVFG-Projekten geben wir einen Zuschuss von 20 %, die Kommunen zahlen 20 %, und der Bund gibt 60 %. Da versuchen wir, denen, mit denen zusammen wir das realisieren, deutlich zu machen, dass es ein hohes Risiko gibt, dass das Projekt dann, wenn es teurer wird, nicht realisiert wird, so dass jetzt alle Beteiligten angesichts des im Jahr 2019 drohenden Fallbeils auf die Kosten achten.

Ich weise beispielsweise darauf hin: Die S-Bahn-Verlängerung vom Flughafen Stuttgart nach Neuhausen werden wir nicht mit der Bahn machen, sondern da hat sich die SSB bereit erklärt, das zu machen.

(Abg. Andreas Schwarz GRÜNE: Sehr gut!)

Wir glauben, dass die SSB das billiger und schneller bauen kann.

Wir werden auch schauen, dass möglichst viel nicht mit der Bahn läuft, sondern eher beispielsweise über landeseigene Unternehmen

(Abg. Andreas Schwarz GRÜNE: Sehr gut!)

oder andere, die das können. Im kleineren Bereich gibt es da doch auch Alternativen.

(Beifall bei Abgeordneten der Grünen – Abg. Dr. Friedrich Bullinger FDP/DVP: Strecken Schwäbisch Gmünd und Crailsheim!)

Eines wird grundsätzlich ein Problem sein: Wenn der Bund mehr Projekte genehmigt oder die Kosten für begonnene Projekte insgesamt aus dem Ruder laufen – die Finanzierung stammt ja zum Teil aus dem Bundestopf –, besteht ein gewisses Risiko, dass der Bund sagt: „Ich zahle euch keine 60 %, sondern weniger.“ Denn das ist ja auch nur ein Zuschuss. Aus diesem Grund glaube ich, dass wir ein anderes Risiko haben, nämlich das Risiko, dass es mehr Anmeldungen gibt, als finanziert werden können, und der Bund eventuell von seinem Förderanteil von 60 % heruntergeht. In diesem Moment kann ich nur sagen: Ich will es nicht hoffen; denn ich hätte keinen Hebel in der Hand, um das zu verändern oder zu verhindern.

(Beifall bei Abgeordneten der Grünen)

Stellv. Präsidentin Brigitte Lösch: Herzlichen Dank. Damit ist das Thema beendet. Jetzt kommt als drittes Thema die Bildungspolitik. – Herzlichen Dank, Herr Minister.

(Minister Winfried Hermann: Ich dachte schon, es wäre eine Regierungsbefragung mit dem Verkehrsminister!)

– Nein, nein.

Das Wort erteile ich Herrn Abg. Wacker.

D i a l o g m i t S c h u l e n u n d m i t a m
S c h u l l e b e n B e t e i l i g t e n

Abg. Georg Wacker CDU: Sehr geehrte Frau Präsidentin, liebe Kolleginnen und Kollegen! Die Landesregierung wälzt unsere Schullandschaft um. Betroffen davon sind viele Tausende von Schülern, Lehrern, Eltern, nämlich alle am Schulleben Beteiligten. Wir fragen die Frau Kultusministerin, was sie denn tatsächlich unter Dialog versteht, wenn sie die ge-

samte Schullandschaft in Baden-Württemberg umwälzen möchte. Denn wir nehmen bisher ihre Art des Dialogs nur insofern wahr, als sie für ihr Lieblingsprojekt der Gemeinschaftsschule wirbt, aber ansonsten mit den Betroffenen keine Gespräche dahin gehend führt, dass sie Kritik und Anregungen aus der Basis in Baden-Württemberg aufnimmt.

Erst vor Kurzem hat die Kultusministerin angekündigt, dass kleine Schulstandorte geschlossen werden. Sie haben in Baden-Württemberg nach ihrer Auffassung keine Zukunft mehr. Haben Sie, Frau Kultusministerin, sich über die Qualität dieser Schulen informiert? Haben Sie Gespräche mit den betroffenen Schulen geführt, sich die Qualität des Unterrichts angeschaut, um sich selbst ein eigenes Bild über die Qualität vor allem der kleineren Bildungseinrichtungen zu machen?

Sie haben angekündigt, dass ein Einheitsbildungsplan eingeführt wird, dass es zukünftig keine eigenständigen Bildungspläne mehr geben wird. Die Direktorenvereinigung und die Lehrerverbände, sprich die Experten der Schulen vor Ort, haben sich klar ablehnend dazu geäußert. Haben Sie Gespräche mit diesen Verbänden geführt? Haben Sie sich mit dieser konstruktiven Kritik auseinandergesetzt? Wir können sogar den Eindruck haben, dass Sie die Expertenmeinung, die es vor Ort gibt, tatsächlich scheuen.

Die Realschulen – auch dies haben Sie in der letzten Plenarsitzung angekündigt – tauchen bei Ihrer sogenannten Neugestaltung der Schullandschaft überhaupt nicht mehr auf. Sie wird es nach Ihren Vorstellungen zukünftig gar nicht mehr geben. Setzen Sie sich mit der Kritik der Realschulen auseinander?

In diesem Zusammenhang darf ich auf eine Veranstaltung der Arbeitsgemeinschaft der Realschulrektorinnen und Realschulrektoren in Baden-Württemberg hinweisen. Herr Eberhard Schweizer hat Sie als Hauptreferentin eingeladen. Allerdings hat er dann in einem Schreiben an seine Rektoren mitgeteilt – ich zitiere –:

Ich hoffe, dass wir es wieder einmal geschafft haben, für Sie attraktive und aussagekräftige Referenten zu gewinnen, nachdem wir trotz rechtzeitiger Anfrage im Ministerium und einer im Vorfeld bereits erfolgten Zusage von unserer Kultusministerin eine Absage erhielten.

Sie nehmen offensichtlich diese wichtigen Termine nicht wahr. Gleichzeitig sagten Sie mehrfach Gespräche mit den kommunalen Landesverbänden ab, was dazu führte, dass auch der Hauptgeschäftsführer des Städtetags, Herr Gläser, sagte – ich zitiere aus dem Bericht der „Bild“-Zeitung vom 9. November dieses Jahres –

(Heiterkeit bei Abgeordneten der Grünen)

– dieses Zitat ist authentisch –:

Städtetags-Geschäftsführer Stefan Gläser sauer: „Der von der Kultusministerin gepflegte Umgang bei der Terminfestlegung ist schon sehr unprofessionell und naiv.“

Das war sehr freundlich formuliert, meine Damen und Herren.

Meine konkreten Fragen sind folgende. Erstens: Was verstehen Sie konkret unter Dialog? Ist Dialog für Sie nur eine Ein-

(Georg Wacker)

bahnstraße? Oder ist Dialog für Sie auch etwas, bei dem es darum geht, auch die Meinung der Andersdenkenden konstruktiv aufzunehmen?

Zweitens: Wie gehen Sie mit Terminzusagen gegenüber wichtigen Gesprächspartnern, die auch die Schullandschaft in Baden-Württemberg mitgestalten, um?

(Beifall bei Abgeordneten der CDU)

Stellv. Präsidentin Brigitte Lösch: Für die Landesregierung erteile ich Frau Ministerin Warminski-Leitheuber das Wort.

Ministerin für Kultus, Jugend und Sport Gabriele Warminski-Leitheuber: Sehr geehrte Frau Präsidentin, meine sehr verehrten Damen und Herren! Ich will zu den Fragen gern Stellung nehmen.

Zunächst einmal ist es natürlich richtig, dass wir gravierende Veränderungen in der Schullandschaft in Baden-Württemberg haben. Das ist auch gut so, denn wir wollen die Innovation zulassen, die Sie in Ihrer Regierungszeit nicht zugelassen haben und die Sie mit den Gesetz gewordenen Denkverboten oder aber mit ministeriellen Denkverboten blockiert haben.

(Lachen bei Abgeordneten der CDU)

Es ist völlig klar, dass der Dialog sehr wichtig ist.

(Abg. Dr. Friedrich Bullinger FDP/DVP: Ach ja?)

Ich darf Ihnen versichern, dass die Kultusministerin ständig unterwegs ist.

(Abg. Karl-Wilhelm Röhm CDU: Das bezweifeln wir ja gar nicht! Bloß wo? – Heiterkeit bei Abgeordneten der CDU)

Die Kultusministerin ist ständig unterwegs, nimmt ständig Termine wahr, sei es außerhalb von Stuttgart, sei es im Hause. Sogar während der Parlamentsdebatte finden Gespräche statt. Ich hatte gerade ein Gespräch mit der Direktorenvereinigung für die Gymnasien in Baden-Württemberg. Das ist gängiges Geschäft. Ohne das geht es auch gar nicht. Das ist völlig klar; denn man kann wichtige Veränderungen nur im Dialog bearbeiten.

Mir ist es, gerade wenn es um Themen geht, die nicht unstrittig sind, sehr wichtig, mit den Betroffenen darüber zu reden und Argumente aufzunehmen. Das liegt auf der Hand.

Ich will gern etwas zu den Inhalten sagen, die Sie, Herr Wacker, angesprochen haben. Nehmen wir das Thema Bildungsplan. Sie haben recht: In den letzten Tagen hat es sehr viel Kritik, Verunsicherung seitens einzelner Gymnasien, seitens der Gymnasialverbände gegeben. Deshalb war mir das heutige Gespräch sehr wichtig.

Wir haben gemeinsam festgestellt, dass die Bildungsplanreform im Grunde eine Weiterentwicklung der bestehenden Bildungspläne ist und es darum geht – es war sehr wichtig, das noch einmal im Dialog herauszustellen, und ich sage es noch einmal vor diesem Hohen Haus –, dass wir faktisch die bestehenden Bildungspläne nebeneinanderlegen, und zwar in einer Art Synopse, und diese synchronisieren, sodass überall dort, wo die Standards von Hauptschule, Realschule und Gymna-

sium aufeinandertreffen, die Möglichkeit geschaffen wird, zwischen den Schularten zu wechseln. Das ist eigentlich die wichtigste Aufgabe, die wir in dieser Sache haben.

Das wird von dieser Synchronisationsarbeit, die natürlich nur einen Teil des Bildungspakets umfassen wird, abgeleitet. Ausgehend davon wird es selbstverständlich als Ergebnis die gesamte Schulart umfassende, durchgängige Bildungspläne geben. Das gilt insbesondere für das Gymnasium. Das heißt, auch für das Gymnasium wird es einen Bildungsplan von Klasse 5 bis Klasse 12 geben, vom Abitur her gedacht. Das ist auch denknotwendig.

Was die Gemeinschaftsschule angeht, ist auch klar, dass wir auch für diese Schulart den Bildungsplan vom Abitur her denken müssen; denn auch an der Gemeinschaftsschule soll es ja möglich sein, das Abitur zu erwerben.

Es ist klar, dass der Bildungsplan in einem sehr breiten Beteiligungsverfahren erstellt wird. Ich glaube, es hat noch nie ein so breites Beteiligungsverfahren gegeben. Wir werden eine Internetplattform einrichten, damit sich alle Lehrerinnen und Lehrer, die daran interessiert sind, an dem Dialog beteiligen können.

Wir sind jetzt am Anfang des Prozesses und werden die Beteiligten und die Fachleute sehr breit einbeziehen; das ist völlig klar. Das zum Thema Bildungsplan.

Zur regionalen Schulentwicklungsplanung: Ich habe schon in der letzten Regierungsbefragung, wenn ich das richtig im Kopf habe, ausführlich dazu Stellung genommen. Die regionale Schulentwicklungsplanung ist ein Prozess, der auf jeden Fall – so viel darf ich sagen, auch wenn die Eckpunkte hier noch nicht offiziell mitgeteilt worden sind – in den jeweiligen Planungsregionen sowohl die Bevölkerung als auch die betroffenen Schulen und die Politik sehr ausführlich einbezogen wird. Das kann doch gar nicht anders sein. Denn der Sachverstand in der Region und das Interesse der Bevölkerung müssen auch immer ausreichend zum Ausdruck kommen. Daher ist es klar, dass all diese Verfahren eine breite Beteiligung erfahren.

Dann noch etwas zu der Aussage, ich hätte angekündigt, kleine Schulen hätten keine Zukunft. Herr Wacker, das stimmt nicht.

(Zuruf des Abg. Georg Wacker CDU)

– Moment! Ich kenne sehr wohl kleine Schulen. Denn ich bin selbstverständlich auch in den eher ländlichen Regionen in Baden-Württemberg unterwegs. Ich habe mir schon sehr viele Kleinstschulen angeschaut.

Wir sind uns ja wohl einig, dass wir in Baden-Württemberg u. a. deshalb Handlungsbedarf haben, was die regionale Schulentwicklung angeht, weil wir sehen, dass die weiterführenden Schulen in den ländlichen Regionen nicht mehr genügend Schülerinnen und Schüler haben, um auf Dauer auch die Qualität, die wir brauchen, abbilden zu können. In diesem Zusammenhang habe ich gesagt: „Das dreigliedrige Schulsystem ist letztlich der Totengräber der Schulstandorte im ländlichen Raum.“ Das ist der Handlungsbedarf, den wir sehen. Deshalb müssen wir uns auch kleine Schulstandorte anschauen.

(Ministerin Gabriele Warminski-Leitheußer)

Um es noch einmal auf den Punkt zu bringen: Ich habe gesagt: Wenn eine weiterführende Schule in einem Jahr und vielleicht auch im nächsten Jahr keine Eingangsklasse oder keine eigenständige Eingangsklasse mehr bilden kann, dann ist doch wohl jedem der Beteiligten klar, dass da etwas passieren muss. Das kann man so nicht laufen lassen. Das gefährdet die Qualität.

Ich meine damit nicht die Arbeit der Lehrerinnen und Lehrer, um auch das deutlich zu sagen. Vielmehr meine ich das Bildungsangebot in seiner Ausdifferenziertheit. Wir wollen ja, dass die jungen Leute bei uns auch die entsprechenden Wahlmöglichkeiten haben. Wenn eine Schule keine Eingangsklasse mehr bilden kann, ist die Ausdifferenziertheit nicht gewährleistet und besteht Handlungsbedarf. Das habe ich gesagt. Das ist etwas anderes als die Aussage, die Sie zitiert haben.

Gemeinschaftsschule: Ich hatte gehofft, wir seien über diese Diktion hinweg. Es handelt sich nicht um eine Einheitsschule, sondern um eine Schule, die es ermöglicht – –

(Abg. Karl-Wilhelm Röhm CDU: Eine Schule für alle!)

– Wir haben die Möglichkeit, an dieser Schule alle Bildungsstandards zu unterrichten.

(Abg. Karl-Wilhelm Röhm CDU: Für alle!)

– Alle Bildungsstandards. Jeder kann an der Schule den Abschluss erreichen, der letztlich auch in seinem Vermögen liegt.

Dann haben Sie die Termine angesprochen. Sie haben den Dialog mit dem Realschullehrerverband angesprochen. Ich darf Ihnen versichern, dass ich gerade mit Herrn Schweizer nicht nur schon mehrere Veranstaltungen gemacht habe, sondern einen wirklich sehr guten Dialog mit dem Vorstand, mit dem Verband führe. Wenn es denn nicht möglich ist, dass ich bei einer Veranstaltung wie der, die Sie angesprochen haben, dabei bin, dann hat das immer gute Gründe.

Herr Wacker, ich muss Ihnen das doch nicht sagen. Sie waren selbst Staatssekretär. Es kommt immer wieder vor – –

(Abg. Georg Wacker CDU: Aber ich habe die Termine eingehalten!)

– Aber doch nicht jeden. Wenn Sie mir sagen, Herr Wacker, Sie hätten noch nie einen Termin abgesagt, dann glaube ich Ihnen das nie im Leben.

(Glocke der Präsidentin)

Stellv. Präsidentin Brigitte Lösch: Frau Ministerin, ich darf Sie daran erinnern, dass die Beantwortung innerhalb von fünf Minuten erfolgen sollte.

Ministerin für Kultus, Jugend und Sport Gabriele Warminski-Leitheußer: Ach so, gut.

Stellv. Präsidentin Brigitte Lösch: Ja, genau. Deshalb sage ich es. – Der Kollege Wacker hat noch eine Nachfrage.

Ministerin für Kultus, Jugend und Sport Gabriele Warminski-Leitheußer: Gut, ist in Ordnung.

Stellv. Präsidentin Brigitte Lösch: Genau. Dann kann er sie gleich stellen, und dann kann die Nachfrage noch beantwortet werden.

(Zurufe von der CDU, u. a. Abg. Dr. Bernhard Lasotta: Dann brauchen wir noch 15 Minuten!)

Abg. Georg Wacker CDU: Frau Ministerin, zunächst einmal nur ein inhaltlicher Aspekt, um das klarzustellen – das kann jeder im Protokoll nachlesen –: Wir haben in der letzten Plenardebatte, als es um die Frage der regionalen Schulentwicklung ging, genau die Frage erörtert, inwieweit kleine Schulstandorte in Baden-Württemberg eine Zukunft haben. Sowohl Sie als auch die Vertreterinnen und Vertreter der Regierungsfractionen haben gesagt, dass die Schulen in Baden-Württemberg unterhalb einer Zweizügigkeit keine Chance mehr haben.

(Abg. Claus Schmiedel SPD: Das ist Unsinn! Da gibt es Ausnahmen von der Regel!)

Es ist die eindeutige Aussage, dass kleine Schulstandorte nach dem Willen der Landesregierung keine Perspektive haben. Wenn Sie diese Aussage korrigieren möchten, ist das okay. Dann korrigieren Sie sie bitte schön mit aller Konsequenz.

Frau Ministerin, mir geht es jetzt im Besonderen um die Frage des Umgangs. Durch die Einführung der Gemeinschaftsschule und durch die von Ihnen vorgenommenen strukturellen Veränderungen sind zwei Schularten in besonderem Maß betroffen: Das ist das Gymnasium, aber daneben in besonderem Maß die Realschule. Sowohl nach Ihren Verlautbarungen als auch nach den Verlautbarungen des Ministerpräsidenten haben aufgrund der Umwälzungen in unserer Schullandschaft die Realschulen keine Perspektive mehr.

Deswegen die Frage, inwieweit Sie willens sind, sich einem ernsthaften inhaltlichen Dialog nicht nur mit der Arbeitsgemeinschaft der Realschullektoren zu stellen, sondern auch dem Dialog mit den Realschulen vor Ort über deren Sorgen und Nöte zu stellen. Wir nehmen wahr, dass in Ihrer Öffentlichkeitsarbeit die Realschulen überhaupt keine Rolle spielen. Das macht uns größte Sorgen.

(Beifall bei der CDU)

Ministerin für Kultus, Jugend und Sport Gabriele Warminski-Leitheußer: Ich habe leider nicht herausgesucht, wann ich zum letzten Mal eine Realschule besucht habe.

(Zuruf des Abg. Dr. Friedrich Bullinger FDP/DVP)

– Nein, so lange ist das noch nicht her, weil ich ständig Schulbesuche mache.

Es geht Ihnen um meinen Umgang mit den Realschulen, die fragen: Um Himmels willen, was passiert denn jetzt mit uns? Werden wir aufgelöst?

(Abg. Karl-Wilhelm Röhm CDU: Gibt es sie noch?)

Ich diskutiere sehr viel auf bildungspolitischen Veranstaltungen mit unterschiedlichen Menschen. Es sind immer wieder auch Realschullehrerinnen und -lehrer sowie Realschulleitungen dabei. Ich sage den Vertretern der Realschulen immer: „Für euch, die ihr die heterogensten Klassen, also die Klassen mit der buntesten Zusammensetzung habt, ist die Gemein-

(Ministerin Gabriele Warminski-Leitheußer)

schaftsschule der denknötwendig nächste Entwicklungsschritt; denn ihr macht das eigentlich sowieso schon.“ Die meisten geben mir dann auch recht.

(Abg. Karl-Wilhelm Röhm CDU: Oh!)

– Wenn man darüber diskutiert, dann stellt man sehr schnell fest, welche Missverständnisse es gibt. Wir sind im Augenblick nicht mehr in der Situation, dass wir darüber entscheiden, dass es künftig nur noch diese oder jene Schulart gibt, sondern wir lassen in Baden-Württemberg Entwicklungen zu.

(Abg. Karl-Wilhelm Röhm CDU: Solange sie in die Gemeinschaftsschule münden!)

In der vergangenen Debatte haben wir darüber gesprochen, dass wir von einem Zweisäulenmodell ausgehen. Das kristallisiert sich derzeit aufgrund der tatsächlichen Nachfrage und aufgrund des konkreten Schulübergangsverhaltens der Kinder und Jugendlichen heraus. Das bedeutet, dass wir auf der einen Seite das Gymnasium haben werden. Auf der anderen Seite werden sich aus den jetzt noch differierenden Schulformen Gemeinschaftsschulen entwickeln. So haben wir das formuliert.

Das bedeutet, die Realschulen – denn wir werden niemanden zwingen, und es wird dabei bleiben – haben sehr konkrete Entwicklungsmöglichkeiten. Sie haben schon jetzt ein hohes Maß an Heterogenität und die heterogensten Klassen. Die Realschulen stehen schon jetzt vor der sehr großen Aufgabe – deshalb haben wir den Realschulen zum ersten Mal Poolstunden zur Verfügung gestellt –, individuelle Förderung zu leisten. Bei der Gemeinschaftsschule kommt nur noch hinzu, dass auch das Gymnasialniveau mit unterrichtet wird und in das Repertoire aufgenommen wird, genauso wie der gebundene ganze Tag.

In der Debatte habe ich auch darauf hingewiesen – wenn ich das noch abschließend sagen darf –, dass wir selbstverständlich auch über Trittsteine nachdenken, um den Realschulen diese Entwicklung zu ermöglichen.

Kurz und gut: Das Angebot der Gemeinschaftsschule ist eine konkrete Entwicklungsperspektive insbesondere für die Realschulen.

(Abg. Claus Schmiedel SPD: Fertig?)

– Fertig.

Stellv. Präsidentin Brigitte Lösch: Eine Nachfrage des Kollegen Röhm.

Abg. Karl-Wilhelm Röhm CDU: Frau Ministerin, ich habe die von Ihnen zur Verfügung gestellten Unterlagen mit großem Interesse studiert. Ich bitte erstens um die Erläuterung des Begriffs „Lernjob“, der mir beim Studium der Unterlagen begegnet ist. Damit konnte ich nur bedingt etwas anfangen.

Zum Zweiten würde mich interessieren, wie die Möglichkeiten der Durchlässigkeit gewahrt bleiben. Kann man dann zukünftig z. B. von der neunten Klasse der Gemeinschaftsschule in die zehnte Klasse des Gymnasiums und von der siebten Klasse der Hauptschule in die achte Klasse der Gemeinschaftsschule wechseln? Können Sie darlegen, wie aufgrund der Durchlässigkeit echte Chancen aufgezeigt werden?

Außerdem haben Sie vorhin gesagt, dass Kinder mit verschiedenen Anspruchsniveaus nebeneinander unterrichtet werden. Wie ist es damit vereinbar, dass alle diese Kinder zu einem gemeinsamen Ziel geführt werden sollen, nämlich auch, wie Sie vorhin sagten, hin zum Abitur?

Ministerin für Kultus, Jugend und Sport Gabriele Warminski-Leitheußer: Ich greife zunächst einmal die Formulierung auf, die Kinder würden alle zu einem gemeinsamen Ziel geführt. Das kann keine Schule leisten. Eine Schule kann aber leisten – das ist der Anspruch der Gemeinschaftsschule –, dass jedes Kind in der Schule die Chance hat, den Schulabschluss, der den jeweiligen Fähigkeiten entspricht, zu erreichen, ohne die Schule wechseln zu müssen. Das ist damit gemeint. Das ist etwas anderes als das, was Sie gerade formuliert haben.

Sie haben gerade gefragt, wie ich den Begriff „Lernjob“ definieren würde.

(Abg. Karl-Wilhelm Röhm CDU: Ja!)

Mir ist nicht geläufig, an welcher Stelle dieser Begriff auftaucht. Ich vermute einmal, dass damit die Tätigkeit eines Lehrers bzw. einer Lehrerin gemeint ist.

(Abg. Karl-Wilhelm Röhm CDU: Nein, das ist damit nicht gemeint! Wir kommen bei Gelegenheit darauf zurück!)

– Dann kommen Sie bei Gelegenheit darauf zurück. – Ansonsten ist es vollkommen klar – weil Sie wieder die Niveaus angesprochen haben –, dass man in einer Gemeinschaftsschule, in der alle drei Niveaus abgebildet sind – Hauptschule, Realschule, Gymnasium –, dann auch die entsprechende Förderung für die Kinder und Jugendlichen so ausrichten muss, dass dem Niveau der jeweiligen Person entsprochen werden kann.

(Abg. Friedlinde Gurr-Hirsch CDU: Wie viele Lehrer braucht man dazu?)

Stellv. Präsidentin Brigitte Lösch: Herzlichen Dank. – Es liegen keine weiteren Nachfragen vor. Damit ist Tagesordnungspunkt 2 – Regierungsbefragung – beendet.

Ich rufe **Tagesordnungspunkt 3** auf:

Aktuelle Debatte – Grün-Rot: Absage an den ländlichen Raum! – beantragt von der Fraktion der CDU

Meine Damen und Herren, das Präsidium hat für die Aktuelle Debatte eine Gesamtrededzeit von 40 Minuten festgelegt. Darauf wird die Rededzeit der Regierung nicht angerechnet. Für die einleitenden Erklärungen der Fraktionen und für die Redner und Rednerinnen in der zweiten Runde gilt jeweils eine Rededzeit von fünf Minuten. Ich darf die Mitglieder der Landesregierung bitten, sich ebenfalls an den vorgegebenen Rededzeitrahmen zu halten.

Schließlich darf ich auf § 60 Absatz 4 der Geschäftsordnung verweisen, wonach die Aussprache im Rahmen der Aktuellen Debatte in freier Rede zu führen ist.

Für die CDU-Fraktion erteile ich Herrn Abg. Locherer das Wort.

Abg. Paul Locherer CDU: Sehr geehrte Frau Präsidentin, sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen, meine sehr verehrten Damen und Herren! Ich freue mich jetzt tatsächlich, dass das Thema „Ländlicher Raum“ auf der Tagesordnung für die heutige Plenardebatte steht. Auch wenn dieser Tagesordnungspunkt jetzt doch etwas hinter der langen Haushaltsdebatte zurückrückt, ist es gut, richtig und äußerst wichtig, dass wir über den ländlichen Raum und die Balance zwischen dem ländlichen Raum und den Ballungsräumen in Baden-Württemberg sprechen.

In einem Bildband zum ländlichen Raum mit dem Titel „ab-seits – aside – à l'écart“ formuliert Ministerpräsident Kretschmann wie folgt – ich zitiere –:

Mit der Verödung des ländlichen Raums drohen Werte, Kultur und ein wichtiges Stück baden-württembergischer Identität verloren zu gehen.

Wo der Ministerpräsident recht hat, da hat er recht. Dagegen steht ein Satz des Finanzministers:

Dann wächst im Schwarzwald halt mal ein Tal zu.

(Abg. Peter Hauk CDU: Wo ist denn der Finanzminister?)

Er formuliert „halt mal ein Tal zu“. Meine Damen und Herren, diese Aussage, dieser Satz ärgert ganz Baden-Württemberg. Das möchte ich hier in diesem Haus einmal deutlich zum Ausdruck bringen.

(Beifall bei der CDU und der FDP/DVP – Abg. Dr. Friedrich Bullinger FDP/DVP: Ein Skandal ist das!)

Der Finanzminister nimmt das Wort „Verlotterung“ bei seiner Rede zur Einbringung des Haushalts in den Mund. Er spricht von „Verlotterung“, wenn es darum geht, die Infrastruktur von Baden-Württemberg zu beschreiben. Meine Damen und Herren, er verlottert, wenn er so formuliert.

(Beifall bei der CDU und der FDP/DVP – Abg. Dr. Friedrich Bullinger FDP/DVP: So ist es!)

Wo stehen wir? 70 % der Fläche von Baden-Württemberg gehören zum ländlichen Raum. 35 % der Baden-Württemberger leben im ländlichen Raum. Es ist die absolute Erfolgsgeschichte einer 58 Jahre lang von der CDU geführten Regierung, dass wir in Baden-Württemberg gleichmäßige Arbeits- und Lebensverhältnisse von hoher Qualität haben –

(Abg. Claus Schmiedel SPD: Warum haben Sie sich dann nicht um die Landesstraßen gekümmert?)

in den Ballungsräumen und im ländlichen Raum.

(Abg. Claus Schmiedel SPD: Warum haben Sie dann die Landesstraßen verlottern lassen?)

– Herr Schmiedel, da werden Sie mir sicher nicht widersprechen können. – Die Regionalprogramme, die Unterstützung durch das Entwicklungsprogramm Ländlicher Raum, auch die segensreiche Breitbandinitiative, die die neue Regierung Gott sei Dank fortführt ...

(Glocke der Präsidentin)

Stellv. Präsidentin Brigitte Lösch: Herr Kollege Locherer, gestatten Sie eine – –

Abg. Paul Locherer CDU: ... – erst nachher –, und weitere Maßnahmen für weiche und harte Standortfaktoren im ländlichen Raum haben zu diesem Ergebnis geführt.

Die Balance, meine Damen und Herren, ist nun allerdings gefährdet. Ich gehe auf einige Punkte ein. Durch Äußerungen und Maßnahmen der grün-roten Landesregierung kann man das nachweisen.

Nochmals zur Äußerung von Minister Schmid. Der Herr Ministerpräsident hat sie ja gerügt und hat kürzlich bei der Nebelwanderung in Baiersbronn gemeint, Herr Minister Schmid hätte einen schlechten Tag gehabt.

(Abg. Dr. Friedrich Bullinger FDP/DVP: Einer von vielen!)

Er hat bisher schlechte Monate gehabt, meine Damen und Herren – nicht nur einen schlechten Tag –,

(Beifall bei der CDU und der FDP/DVP)

mit der erheblichen Neuverschuldung, mit der Desorientierung bei den Haushaltszahlen, mit Personalproblemen und vielem anderen.

(Abg. Volker Schebesta CDU: Was heißt hier „gehabt“?)

– Er hat sie immer noch, aber hoffentlich nicht mehr lange.

(Abg. Dr. Dietrich Birk CDU: Selbst der Schmid ist vernebelt!)

Hinzu kommen, meine Damen und Herren, eine eklatante Missachtung der Leistung unserer Landwirte im Bereich Lebensmittelproduktion, im Bereich Landschaftspflege und im Übrigen auch bei der Energiegewinnung sowie eine Missachtung von 10 % der Wirtschaftsleistung in unserem Land, die durch die Landwirtschaft und die vor- und nachgelagerten Bereiche erbracht wird. Ich sehe, der Herr Minister ist jetzt nicht da. Ich hoffe, er wird es trotzdem hören, oder es wird ihm gesagt werden. Er kann das Protokoll nachlesen.

(Abg. Friedlinde Gurr-Hirsch CDU: Da kommt er! – Minister Dr. Nils Schmid nimmt auf dem Abgeordnetenplatz von Abg. Edith Sitzmann GRÜNE Platz.)

Herr Minister, es ist Ihr Problem, wenn Sie im Schwarzwald und im ländlichen Raum politisch keinen Fuß mehr auf den Boden bringen. Das ist wirklich Ihr Problem, sehr geehrter Herr Dr. Schmid.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU – Abg. Friedlinde Gurr-Hirsch CDU: Es geht nicht nur um die Landwirtschaft, es geht auch um die mittelständischen Betriebe!)

Ein weiterer Punkt: Herr Europaminister Friedrich, jetzt spreche ich Sie an. Wie können Sie in einer Situation, in der Ihr Nebensitzer auf der Regierungsbank, Herr Bonde, zu Recht fordert, das EU-Budget nicht zu kürzen – übrigens zusammen mit Frau Aigner –, in zwei Veranstaltungen marschieren und

(Paul Locherer)

lautstark fordern, man solle die Finanzausstattung der Europäischen Union für die Landwirtschaft kürzen? Damit meinen Sie auch die Finanzausstattung für den ländlichen Raum.

(Abg. Dr. Friedrich Bullinger FDP/DVP: Richtig!)

Das geht nicht an, Herr Friedrich. Das wäre genau so, als würde heute Abend beim Länderspiel Holland – Deutschland ein Stürmerfoul an der eigenen Mannschaft erfolgen. Das geht so nicht. Herr Friedrich, da müssen Sie sich korrigieren lassen und sich auch einmal mit Ihrem Kollegen Bonde austauschen. Zuerst denken und dann reden, Herr Minister Friedrich, das sage ich Ihnen ganz deutlich.

(Beifall bei der CDU und Abgeordneten der FDP/
DVP – Abg. Helmut Walter Rüeck CDU: Bravo!)

Dritter Punkt: der Finanzminister und die ehemaligen Schlecker-Mitarbeiterinnen. Da wendet sich tatsächlich die Gewerkschaft ver.di an uns und fragt: Warum hilft uns die Landesregierung nicht, wenn es darum geht, die nötige Infrastruktur für den Betrieb von Dorfläden in ehemaligen Schlecker-Märkten zu schaffen? Warum hilft man uns nicht? Bitte setzt euch für uns ein.

Der Kollege Jürgen Filius hat im Frühjahr schon eine entsprechende Initiative gestartet, aber der Effekt im Haushalt ist gleich null. Ich frage Sie ganz konkret: Was haben Sie getan, um leer stehende Dorfläden wieder zum Leben zu erwecken und die Initiative von ver.di, die sehr segensreich ist, zu unterstützen? Haben Sie da etwas unternommen? Ich denke, nein.

Vierter Punkt: Nationalpark und Bürgerbeteiligung. Jawohl, die CDU-Landtagsfraktion bekennt sich zu diesem Austausch und letztendlich auch zum Dialogprozess, der zum Nationalpark Nordschwarzwald eingeleitet wurde. Aber was wir nicht begleiten und nicht tolerieren, ist Ihr Verschnupftsein, wenn Sie auf Kritik stoßen. Wenn wir draußen im Schwarzwald sind, wird uns dies von den Menschen ausdrücklich bestätigt. Meine Damen und Herren, zu Bürgerprotesten – nicht nur in Stuttgart – sagen Sie Ja, doch wenn sie im Schwarzwald stattfinden, spielen Sie die beleidigte Leberwurst. So geht es nicht.

(Beifall bei der CDU und Abgeordneten der FDP/
DVP)

Weiterer Punkt: ärztliche Versorgung. Wir hatten seitens der schwarz-gelben Regierung für ein Landarztprogramm – da geht es vor allem um die Versorgung der älteren Menschen im Land – 7 Millionen € im Haushalt eingestellt. Im jetzigen Haushalt null!

(Abg. Friedlinde Gurr-Hirsch CDU: Das ist unglaublich!)

Meine Damen und Herren, auf die Herausforderungen, die uns auch das IREUS-Gutachten auf den Tisch legt, nämlich die Frage, wie wir zukünftig mit einer älter werdenden Gesellschaft umgehen, gibt es im Haushalt 2013/2014 keine Antwort.

Nächster Punkt: Verkehrsinfrastruktur. Jetzt ist Herr Verkehrsminister Hermann leider nicht mehr da.

(Abg. Peter Hauk CDU: Er ist nie da, wenn es um ländliche Räume geht!)

Er sagt doch tatsächlich vor Ort, wenn es um eine große Investition, konkret die Ansiedlung eines Weltunternehmens und deren Erweiterung in Güglingen und Nordhausen geht: „Sie sind selbst schuld, wenn sie hier im ländlichen Raum investieren.“ Im Übrigen benutzte er in einem Interview und einem Gespräch dabei noch das Wort „Pampa“.

(Abg. Friedlinde Gurr-Hirsch CDU: Das ist eine wunderschöne Pampa!)

Meine Damen und Herren, es geht nicht an, den missachtenden Begriff „Pampa“ für den ländlichen Raum zu gebrauchen. Der ländliche Raum in Baden-Württemberg ist keine Pampa, er ist ein quicklebendiger und starker ländlicher Raum. Das gehört auch hier einmal gesagt. So geht es auf jeden Fall nicht.

(Beifall bei der CDU und Abgeordneten der FDP/
DVP)

Ein weiterer Punkt: die Polizeireform. Ich bin einmal gespannt, was daraus wird. In der heutigen Haushaltsdebatte wurden Summen genannt. Bis zu 140 Millionen € sind da wohl angezeigt, doch die sind nicht finanziert.

(Zuruf des Abg. Dr. Friedrich Bullinger FDP/DVP –
Abg. Claus Schmiedel SPD: Dummes Geschwätz!)

Abzug der Polizei aus der Fläche, Abzug der Polizei aus dem ländlichen Raum – wieder eine Schwächung des ländlichen Raums und der Struktur draußen im Land.

(Abg. Dr. Markus Rösler GRÜNE: Eine Stärkung!)

Meine Damen und Herren, liebe Kolleginnen und Kollegen, zu schlechter Letzt: Da bereiten bereits im Frühjahr 2012 namhafte Verbände in Baden-Württemberg – der Gemeindetag, der Landesbauernverband, die Forstkammer und der Grundbesitzerverband – einen Kongress zum ländlichen Raum vor. Die Veranstalter erhalten eine Absage vom Ministerpräsidenten und auch vom Fachminister,

(Abg. Peter Hauk CDU: Nach einer Zusage! Zuerst gab es eine Zusage! – Abg. Friedlinde Gurr-Hirsch CDU: So etwas hat es bei uns nicht gegeben!)

und es gibt nicht einmal einen Ersatztermin für das kommende Jahr. In der Verlautbarung der Verbände heißt es wörtlich – ich zitiere –:

Die Bedeutung eines starken ländlichen Raums für den gesamten Standort Baden-Württemberg hätte es verdient, dass sich die Landesregierung in der Diskussion mit den verantwortlichen Akteuren auseinandersetzt.

Dem ist nichts mehr hinzuzufügen.

Vielen Dank.

(Beifall bei der CDU und Abgeordneten der FDP/
DVP – Zuruf von der CDU: Bravo!)

Stellv. Präsidentin Brigitte Lösch: Für die Fraktion GRÜNE erteile ich Herrn Abg. Dr. Murschel das Wort.

(Abg. Peter Hauk CDU: Aus Böblingen!)

Abg. Dr. Bernd Murschel GRÜNE: Frau Präsidentin, meine Damen und Herren, liebe Kolleginnen und Kollegen, lieber Herr Kollege Locherer! Seit einiger Zeit wird immer wieder der Versuch unternommen – das geschah auch schon neu-lich in der Debatte über den ländlichen Raum –, ein Szenario in die Welt zu setzen, das etwa heißt: „Vor Kurzem war der ländliche Raum noch ein gesegnetes Paradies, da lag die Verantwortung in den Händen einer guten Regierung,

(Beifall bei Abgeordneten der CDU und des Abg. Dr. Friedrich Bullinger FDP/DVP – Abg. Dr. Friedrich Bullinger FDP/DVP: Sehr richtig!)

und vor einiger Zeit hat die Regierungsverantwortung ge-wechselt, und jetzt ist alles ganz furchtbar schlecht.“ Dieses Szenario setzt sich in der laufenden Diskussion weiter fort. Aber durch die Wiederholung wird es nicht wahrer.

(Beifall des Abg. Siegfried Lehmann GRÜNE – Abg. Friedlinde Gurr-Hirsch CDU: Es ist wahr!)

Ich will das, zu dem ganz konkret der Minister von der SPD angesprochen wurde, hier nicht kommentieren.

(Abg. Dr. Friedrich Bullinger FDP/DVP: Das ist auch besser!)

Die Kollegen von der SPD können selbst sagen, was sie dazu denken. Ich will aber noch ergänzend ein paar Worte zu dem sagen, was wir alles tun und was Sie in der Vergangenheit nicht getan haben.

Wir hatten in der letzten Debatte mit der Feststellung aufge- hört – ich glaube, das ist etwas, was Ihnen auch zu denken ge- ben müsste –, dass die Demografie nicht nur ein Faktor ist, der eine wichtige Rolle spielt, sondern auch das reale Han- deln der Menschen im ländlichen Raum beeinflusst, die durch ihre Mobilität ausdrücken, was sie bewegt, was sie wollen und wo es hingehen soll. Es sind in überproportionalem Maß die jungen gut ausgebildeten Frauen, die wegziehen – die Weg- zugsrate ist im ländlichen Raum doppelt so hoch wie bei den Männern –, mit all den dazugehörenden Folgen. Das muss Sie von der CDU und der FDP/DVP nicht unbedingt groß stören. Das waren noch nie Ihre Wählerschichten. Denn die gut aus- gebildeten jungen Frauen gehören zu unseren Wählerschich- ten.

(Beifall bei den Grünen und Abgeordneten der SPD – Abg. Friedlinde Gurr-Hirsch CDU: Die Frauen im ländlichen Raum? – Zuruf des Abg. Andreas Glück FDP/DVP)

Aber es muss Ihnen vielleicht zu denken geben, dass diejeni- gen, die nachher übrig bleiben, heutzutage immer weniger zu Ihren Wählern zählen, da Sie den Kontakt zu diesen Menschen im ländlichen Raum längst verloren haben.

(Beifall bei den Grünen und Abgeordneten der SPD – Abg. Friedlinde Gurr-Hirsch CDU: Quatsch! – Abg. Helmut Walter Rüeck CDU: Wissen Sie überhaupt, wie man „ländlicher Raum“ schreibt, Herr Kollege?)

Seit wir Möglichkeiten haben, aktiv zu gestalten, haben wir einige Maßnahmen auf den Weg gebracht. Es lohnt sich, dies anzusprechen. Wir haben die Energiewende auf den Weg ge- bracht, und zwar nicht nur, weil wir nach 50 Jahren erstmals

überhaupt die Energiewende angehen, sondern auch, weil wir Wertschöpfung in den ländlichen Raum bringen wollen.

(Beifall bei den Grünen und Abgeordneten der SPD)

Diese Wertschöpfung betrifft den Handwerker genauso, wie sie die vielen anderen Menschen betrifft, die über die Mög- lichkeiten der Bürgerbeteiligung an Windenergieanlagen, an Biomassekraftanlagen die Chance haben, sich ganz anders zu engagieren und aufzustellen, als das früher der Fall war.

Wir werden Infrastruktur in den ländlichen Raum bringen. Heute ist vom Verkehrsminister angesprochen worden, dass wir mit einer Investition von 450 Millionen € in den ÖPNV ein Gesamtinvestitionsvolumen von über 2 Milliarden € an- stoßen werden. Dies wirkt sich auf die Städte aus, dies wirkt sich auf den ländlichen Raum aus, und es wirkt sich vor al- lem auch auf die ganz wichtige Verbindung zwischen Städten und dem ländlichen Raum aus.

Heute Morgen wurde von Herrn Hauk geäußert, es käme zu einer Spaltung des Landes. Ich weiß nicht, wo Sie leben. Wir verbinden genau diese Räume. Das ist das Wichtige für die Zukunft: Stadt und Land gehören zusammen und sind bei uns in guten Händen.

(Beifall bei Abgeordneten der Grünen – Abg. Peter Hauk CDU: So ist die Sicht aus Böblingen! – Gegen- ruf der Abg. Friedlinde Gurr-Hirsch CDU: Aus Le- onberg!)

Am Ende Ihrer Regierungszeit schrieben die Zeitungen: „Bau- ern tragen die rote Laterne“. Gemeint war, die baden-würt- tembergischen Landwirte seien mit dem geringsten durch- schnittlichen Einkommen Schlusslicht in Deutschland. Da wollen wir etwas ändern. Wir wollen, dass die Landwirtschaft wieder ein Standbein im ländlichen Raum hat, nicht nur durch Agrarfabriken, wie Sie es wollten. Sie wollten die Landwirt- schaft in einen Wettbewerb zwingen, der sie internationalen Standards aussetzt, den sie nie gewinnen kann, den sie auch von vornherein verloren hat. Sie haben sich dann mit dem Bauernverband an die Spitze gegen die bäuerlichen Familien gestellt.

(Beifall bei den Grünen)

Wir werden – letzter Punkt – unsere Politik für den ländlichen Raum fortsetzen. Wir haben als eine der ersten Aktionen das ELR, das Entwicklungsprogramm Ländlicher Raum, um 10 Millionen € aufgestockt und haben zusammen mit einer Fortschreibung und Aktualisierung der Breitbandinitiative auf den State of the Art erstmalig wirklich gezielt Maßnahmen im ländlichen Raum gefördert. Wir haben konkrete Ziele vorge- geben. Wir haben gesagt, wir gehen die Herausforderungen Demografie und Flächenverbrauch an. Wir werden mit dem ELR jetzt alle Maßnahmen fördern, die in Richtung Umnut- zung, Modernisierung und am wenigsten in Richtung Neubau gehen. Früher waren es Neubauprojekte – teuer, prestige- reich –; die Förderung erfolgte mit der Gießkanne über das Land. Heute machen wir gezielt Politik. Das werden wir fort- setzen. Wir machen für den ländlichen Raum eine gute Poli- tik. Der ländliche Raum ist bei uns hervorragend aufgestellt.

(Abg. Friedlinde Gurr-Hirsch CDU: Seit eineinhalb Jahren habt ihr es nicht geschafft!)

Stellv. Präsidentin Brigitte Lösch: Für die SPD-Fraktion erlaube ich Herrn Kollegen Winkler das Wort.

Abg. Alfred Winkler SPD: Frau Präsidentin, meine sehr verehrten Damen und Herren! Lieber Kollege Paul Locherer, zum Thema „ver.di und Schlecker“ möchte ich vorweg eine Bemerkung machen.

Erstens: Dieser Wirtschaftsminister war derjenige, der Schlecker unterstützen wollte. FDP/DVP und CDU haben dies abgelehnt.

(Beifall bei der SPD – Abg. Manfred Hollenbach
CDU: Das stimmt nicht!)

Zweitens, nicht weniger wichtig: Der Wirtschaftsminister hat mehrere Gesprächsrunden mit ver.di wegen der wegfallenden Läden von Schlecker gemacht. Er hat ihnen eine vergleichbare Unterstützung zukommen lassen. Sie sollten uns also nicht Nichtstun vorwerfen.

Drittens: Ich möchte aus eigenem Erleben in meinem kleinen Gemeindeteilort eine Bemerkung machen. Beim Schließen der Schlecker-Filiale hat der noch ansässige Lebensmittelhändler sein Drogeriesortiment wesentlich ausgeweitet, um damit die Lücke zu stopfen, die durch den Weggang von Schlecker erfolgt ist. Da können auch die Gemeinde vor Ort und auch der Handel selbst tätig werden.

Lieber Paul Locherer, du bist nach 50 Jahren CDU nicht gerade der berufene Berufsempörer für den ländlichen Raum. Das passt nicht. Nach unserer Regierungszeit von bisher einhalb Jahren und über 50 Jahren CDU-Regierung darf man sich nicht so hinstellen, als ob alles gefährdet wäre.

(Abg. Friedlinde Gurr-Hirsch CDU: Bei einer solchen Grundeinstellung muss man Angst haben!)

Es ist genau zehn Jahre her, dass der damalige Landwirtschaftsminister Stächele zum Entwicklungsprogramm Ländlicher Raum Folgendes geschrieben hat:

50 Jahre Entwicklung ländlicher Gemeinden – in diesem Zeitraum haben die ländlichen Gebiete Baden-Württembergs einen überaus starken Wandel erfahren und sich zu zukunftssträchtigen Regionen entwickelt. 50 Jahre Baden-Württemberg sind ein guter Anlass, Entwicklung und Chancen des ländlichen Raums ins Bewusstsein zu rücken sowie den Erfolg und die erzielten Leistungen am Beispiel einiger ausgewählter Gemeinden darzustellen.

Wenn man sich so lobt – von mir aus mit Recht –, dann ist man auch für die Nachteile der ländlichen Gemeinden verantwortlich, nicht nur für die schöne Optik.

(Abg. Arnulf Freiherr von Eyb CDU: Welche Nachteile denn?)

Dazu komme ich jetzt; das will ich nicht weglassen. Immerhin gibt es in den ländlichen Räumen eine Entwicklung, die vorhin kurz angesprochen worden ist. Nach Unterlagen des Statistischen Landesamts haben wir in einem Drittel der Kreise erheblich abnehmende Bevölkerungszahlen, und zwar in einigen Kreisen um bis zu 8 % bis 2030. In einigen Kreisen ist die Entwicklung einigermaßen stabil, und nur Ballungsge-

biere haben einen Bevölkerungszuwachs. In den ländlichen Räumen heißt das: Auszehrung.

Wenn man sich selbst lobt, hat man gleichzeitig aber auch den Vorwurf einzustecken, dass diese Entwicklung bislang nicht gestoppt worden ist – auch nicht von Ihnen in Ihrer Regierungszeit. Ich behaupte nicht, dass es einfach ist. Es gibt europäische Länder, in denen die Situation viel schlimmer ist, etwa in Frankreich oder in osteuropäischen Ländern. Aber sich selbst loben und gleichzeitig die eigene Verantwortung von sich schieben, das geht nicht.

(Abg. Claus Schmiedel SPD: Ja!)

Jetzt, lieber Paul Locherer, zum Vorwurf, Täler würden zuwachsen. Die zitierte Aussage war ohne Zweifel uncool; das war so nicht nötig. Das hat sofort die Befürchtung in den ländlichen Räumen ausgelöst, vernachlässigt zu werden. Dabei haben wir auch Ballungsgebiete, in denen in manchen Gegenden ebenfalls das Gefühl um sich greift, benachteiligt zu werden.

Noch einmal zu der Behauptung, Täler würden zuwachsen. Das ist dort nicht geschehen,

(Zuruf von der SPD: Ja! – Abg. Dr. Hans-Ulrich Rülke FDP/DVP: Noch nicht!)

– noch ist das nicht eingetreten –, aber das trifft für eine Menge Flächen zu. Ich will es Ihnen erläutern: Baden-Württemberg hatte 1993 1,34 Millionen ha Wald. Heute sind es 0,3 Millionen ha mehr. Diese Flächen sind also zugewachsen,

(Abg. Wolfgang Drexler SPD: Bei Schwarz-Gelb zugewachsen! Ihr habt nicht gerodet!)

und zwar unter Ihrer Regierung und nicht unter unserer. – Richtig. Das habe ich gesagt.

Es gibt schon jetzt jede Menge Flächen, die zugewachsen sind. Wenn der Minister gesagt hätte, dass Flächen zuwachsen, hätte jeder begriffen, worum es geht.

Ich war innerhalb der letzten drei Wochen in zwei Tälern,

(Zurufe, u. a.: In welchen? – Unruhe)

und zwar im Kleinen Wiesental und in Hornberg. Im Kleinen Wiesental gibt es einen Gemeindeteilort, in dem ca. 60 Einwohner leben; niemand von ihnen ist unter 50 Jahre alt. Dort gibt es keine jüngeren Einwohner. Irgendwann war einmal ein älteres Ehepaar hinzugezogen, das jedoch mittlerweile wieder weggezogen ist, weil die Versorgung nicht vorhanden ist. Die Bilder, die mir gezeigt wurden, machen deutlich: Das Kleine Wiesental, das vor 50 Jahren noch offen war, ist zu 50 % zugewachsen.

(Abg. Claus Schmiedel SPD: Während Schwarz-Gelb!)

Das ist Tatsache. Das ist in Ihrer Regierungszeit zugewachsen, nicht in unserer. Der Minister hat also recht gehabt.

(Beifall bei der SPD und den Grünen – Abg. Edith Sitzmann GRÜNE: Wo er recht hat, hat er recht! – Unruhe)

(Alfred Winkler)

Jetzt möchte ich etwas dazu sagen, warum es so schwierig ist, dies zu verhindern. Zunächst müssen wir feststellen: In diesen Gegenden ist es einzig die Landwirtschaft, die die Landschaft offen hält, und niemand sonst. Das kann kein Gemeindegewerbe leisten – bis jetzt zumindest nicht.

(Beifall des Abg. Karl Rombach CDU)

Wenn die Landwirtschaft Flächen offen halten will, muss sie davon leben können. Da keine Ausweichmöglichkeiten bzw. anderweitige Produktionsmöglichkeiten gegeben sind, hat sie nur die Möglichkeit, Milchwirtschaft oder Fleischwirtschaft zu betreiben. In diesen Gegenden gibt es keine Rationalisierungsmöglichkeiten. Der Einsatz von Maschinen, die Wahl rationaler Methoden ist nicht möglich.

Die baden-württembergische Landesregierung hat die Besonderheit der Ausgleichszahlung – das heißt, dass den Landwirten in den benachteiligten Gebieten mit schwierig zu bearbeitenden Flächen ein Ausgleich gewährt wird – auf 60 % der landwirtschaftlichen Fläche konzentriert. Also sind mehr als 40 % eben, und die restlichen Flächen sind auch nicht so steil wie in den Mittel- und Hochlagen.

In der letzten Woche gab es eine Anhörung zum Thema Höhenlandwirtschaft. Dort wurde gesagt, dass in Bayern und Österreich die Höhenlandwirtschaft so gefördert wird, dass Höhenlandwirte mit kleinen Höfen noch existenzfähig sind. Dies ist bei uns nicht so. Wenn Täler zuwachsen, dann liegt das daran, dass die bisherige Landwirtschaftspolitik dies nicht verhindert hat. Wir sind daran nicht schuld.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD und der Grünen)

Dies wollte ich zur Klarstellung noch ergänzen.

Der ländliche Raum hat viele Baustellen: Nahversorgung, ärztliche Versorgung – ein Mediziner, der in Freiburg studiert hat, möchte dort auch bleiben –; wir haben Probleme, Lehrer in den ländlichen Raum zu bekommen. Wir wissen, dass die Nahversorgung problematisch ist. In einigen Gegenden gelingt es Gott sei Dank, beispielsweise mit kleinen Dorfläden oder mit Hofläden die Lücken etwas zu schließen. Gott sei Dank wurde dies in der Vergangenheit auch gut gefördert. Das war wichtig. Aber es ist kein Ersatz.

Aber ein Problem bleibt – auch von Ihnen nicht verhindert –, nämlich das Problem, dass, wenn es weniger Jugendliche, weniger Kinder in den ländlichen Räumen gibt, dort die Schulen gefährdet sind. Eine Zahl dazu aus meinem Wahlkreis Waldshut: Wir hatten vor zwei Jahren 28 Hauptschulen, sechs davon mit unter 16 Schülerinnen und Schülern dürften schon gar nicht mehr vorhanden sein. Es gab nur drei zweizügige Hauptschulen. Die Veränderung der Schulen zu Werkrealschulen – von Ihnen eingeführt – hat die Zweizügigkeit als Voraussetzung. Damit wären in meinem Landkreis mit Ihrem dreigliedrigen Schulsystem von 28 nur noch sechs Schulen übrig geblieben.

(Zuruf von der SPD: Unglaublich!)

Mit der Gemeinschaftsschule gibt es wenigstens die Chance – deswegen wollen sie so viele Bürgermeister –, dass zumindest ein Teil dieser Schulen erhalten bleibt.

(Abg. Dr. Friedrich Bullinger FDP/DVP: Mittelfristig!)

Wir können nicht alle erhalten, aber einen wesentlich größeren Teil, als Sie es getan hätten.

(Beifall bei der SPD und den Grünen)

Nur um das rund zu machen: Der Kollege Käppeler ist Leiter einer Grundschule in seiner Gegend. Sie hatte vor fünf Jahren

(Abg. Karl-Wilhelm Röhm CDU: Das ist jetzt eine Hauptschule!)

noch ca. 60 Schülerinnen und Schüler. Zurzeit hat sie 31. Diese Entwicklung zeigt dramatisch, wohin es geht.

(Abg. Karl-Wilhelm Röhm CDU: Ihr habt die Entwicklung ja gewollt! Ihr habt doch die verbindliche Grundschulempfehlung abgeschafft!)

– Ja, richtig. Im Gegensatz zu Ihnen.

Die jungen Leute in den ländlichen Räumen wollen genauso gut ausgebildet werden, gehen zum Studieren weg und finden in den ländlichen Räumen keine Beschäftigung in den Berufen, die sie hoch qualifiziert erreicht haben.

(Abg. Karl-Wilhelm Röhm CDU: Jede Menge! Alle!)

Das ist ein Punkt. Wir haben gute ländliche Räume. Das wissen wir. Da haben wir gute Industrie. Ein Merkmal der baden-württembergischen ländlichen Räume war deren traditionelle Industrie: Textil, Schuhe, Feinmechanik. Diese Industrie ist in den letzten 40 Jahren zum Teil ersatzlos verschwunden.

Ich sage nicht, ich hätte eine Lösung. Aber die Augen zuzumachen und nichts zu tun und zu sagen, wenn es sich jetzt weiter verändert, wären wir schuld, das ist zu billig. Deswegen reicht die Funktion des Empörungsbeauftragten der CDU zu diesem Thema nicht aus.

(Beifall bei der SPD und den Grünen)

Stellv. Präsidentin Brigitte Lösch: Das Wort für die Fraktion der FDP/DVP erteile ich Herrn Abg. Dr. Bullinger.

(Abg. Dr. Markus Rösler GRÜNE: Jetzt kommt der Empörungsbeauftragte von der FDP/DVP!)

Abg. Dr. Friedrich Bullinger FDP/DVP: Frau Präsidentin, meine Damen und Herren! Weil mir bei meinen beiden Vordnern oft die Spucke wegblieb, gestatten Sie mir, dass ich zunächst einmal einen Schluck nehme.

(Der Redner trinkt aus dem am Rednerpult bereitgestellten Wasserglas. – Abg. Helmut Walter Rüeck CDU: Prost!)

Paul Locherer hat, glaube ich, sehr deutlich gemacht, welche Bedeutung die ländlichen Räume für die Landesregierung haben. Ich habe versucht, mich kundig zu machen, und habe mir einmal den Koalitionsvertrag angeschaut.

(Zuruf des Abg. Wolfgang Drexler SPD)

Auf Seite 39 ihres Vertrags widmet diese Koalition den ländlichen Räumen eine Viertelseite. Das macht, bezogen auf 83 Seiten, ein Dreihundertzweiunddreißigstel bzw. etwa 0,3 % aus. Das ist in etwa die Bedeutung, die Sie dem ländlichen

(Dr. Friedrich Bullinger)

Raum in Ihrer Regierungsarbeit beimessen, meine Damen und Herren.

(Abg. Wolfgang Drexler SPD: Was steht darin?)

– Ja, darin steht einiges.

(Beifall des Abg. Wolfgang Drexler SPD – Zuruf von den Grünen: Also!)

Ich kann Ihnen einmal sagen, was darin steht, und vor allem, was Sie daraus machen. Das ist das ganz Entscheidende.

Meine Damen und Herren, um auch das einmal im Vorfeld klarzustellen: Landwirtschaft, ländlicher Raum heißt eben Wirtschaftspolitik im ländlichen Raum, heißt Rahmenbedingungen im ländlichen Raum, heißt aber auch Erwerbsmöglichkeiten der Landwirtschaft in Konkurrenz. Das hat mit Romantik und Gefühlsduselei überhaupt nichts zu tun, meine Damen und Herren. Diejenigen, die im ländlichen Raum Landwirtschaft betreiben, die dort ein Gewerbe betreiben, sind voll im Wettbewerb und brauchen solche Rahmenbedingungen, wie sie von der früheren Landesregierung immer geschaffen worden waren: eine Förderung wie die Städtebauförderung, die vor allem eigentlich eine Förderung der ländlichen Gemeinden und Städte war.

(Zuruf des Abg. Manfred Lucha GRÜNE)

– Können Sie es bitte noch einmal sagen?

(Abg. Manfred Lucha GRÜNE: Wir erhalten die Kindergärten und die Schulen! Die hätten alle zumachen müssen!)

– Ich glaube, wir sollten die Diskussion über die demografische Entwicklung, die wir vor drei Wochen geführt haben, jetzt nicht wiederholen. Wir sollten uns jetzt vor allem auf die Absagen konzentrieren, die Sie durch Ihre Politik im ländlichen Raum machen.

Ich möchte in diesem Zusammenhang einige Punkte ansprechen. Wenn man die Summe nimmt – das hat auch Kollege Müller einmal sehr schön gesagt –: All die Dinge, die gut sind, sind nicht neu und nicht von Ihnen, und die Dinge, die neu sind, richten sich eigentlich gegen den ländlichen Raum. Ich werde dazu jetzt einige Beispiele vortragen.

Die Stärke Baden-Württembergs war und ist natürlich die Ausgeglichenheit insgesamt, die niedrigste Arbeitslosigkeit, die niedrigste Jugendarbeitslosigkeit in den ländlichen Räumen. Das war die Politik der Vorgängerregierungen. Das waren die Bürgerinnen und Bürger, die Gemeinden und Städte. Genau diese Rahmenbedingungen müssen wir erhalten, und die können wir nicht durch verstärkte und falsch verstandene Ökologisierung – ich habe nichts gegen Ökologisierung – wie Einschränkungen, Vorschriften und Gängelung erreichen. Die Beratung darf nicht zur Agrarpolizei werden. Das ist der falsche Weg. Das brauchen unsere Familienbetriebe, das brauchen unsere Voll-, Neben- und Haupterwerbsbetriebe nicht, meine Damen und Herren.

Diese Lebensverhältnisse zu halten heißt auch, in den verschiedenen Politikbereichen für entsprechende Rahmenbedingungen zu sorgen. Ich will – ich sage es noch einmal – keine Verhältnisse wie in Nordrhein-Westfalen. Ich will auch keine

wie im Erzgebirge, wie im Hunsrück oder im Bergischen Land, aber auch keine Geisterdörfer, wie man sie in Lothringen und in den Vogesen findet. Da können wir lernen, wie man es nicht macht. Die Bundesländer, die ich gerade genannt habe, sind vor allem Bundesländer, in denen Rot-Grün viel zu lange regiert hat.

Ihre Politik, meine Damen und Herren, ist standortschädlich für den ländlichen Raum in der Summe. Ich möchte noch hinzufügen, dass der Wirtschaftsminister – das ist das Schlimme, das Entlarvende – einmal die Formulierung „wächst halt zu“ verwendet hat. Diese Formulierung zeigt, dass er vom ländlichen Raum gar nichts hält. Er hat den ländlichen Raum abgeschrieben. So macht er auch seine Politik für den Mittelstand.

(Zuruf von den Grünen: Quatsch!)

Ich sage jetzt weiter: Die Einheitsschule wird eben gerade nicht, lieber Herr Winkler, dafür sorgen, dass das Schulsterben aufhört. Es wird vielmehr beschleunigt. Denn wie wollen Sie diese vielen Standorte halten, ohne das Niveau abzusenken? Das ist genau das Gegenteil dessen, was Sie hier behaupten.

Die Polizeireform – auch das wurde schon genannt – ist völlig gegen den ländlichen Raum gerichtet. Ich erinnere daran, dass die Kriminalpolizei bei uns jetzt von der Stuttgarter Stadtgrenze Richtung Nürnberg bis zur Stadtgrenze von Rothenburg zuständig ist. Das hat nichts mit Nähe zu tun und hat auch nichts mit entsprechender Betreuung zu tun, sondern ist genau das Gegenteil.

Lieber Herr Kollege Sakellariou,

(Abg. Wolfgang Drexler SPD: Sakellariou, mit Betonung auf dem i!)

wenn man im ländlichen Raum beispielsweise die Raumschaft Wertheim unterstützt und dann die Polizeischule genau dort schließen will, ist das gegen den ländlichen Raum gerichtet. Auch das ist ein Beispiel dafür, wie Sie Politik gegen den ländlichen Raum machen.

Auch die Verkehrspolitik ist ein solches Beispiel. Der Verkehrsminister ist, glaube ich, gerade nicht da. Wir müssen auch darüber sprechen, wie die Priorisierung aussieht, wenn es darum geht, Mittel zu verteilen. Auch diese Priorisierung erfolgt nach völlig falschen Maßstäben. Ich schaue jetzt den Kollegen aus meinem Wahlkreis an und erinnere daran, dass er vor der letzten Landtagswahl noch durch die Gegend fuhr und die Hitparade der schlechtesten Straßen aufstellte. Wo sind sie denn in der Priorisierung? Sie sind nicht drin.

(Zuruf des Abg. Nikolaos Sakellariou SPD)

Genau in diesem Bereich haben wir z. B. im Hohenlohekreis – das müssen Sie sich einmal vorstellen – bis 2025 nicht eine Maßnahme; im Landkreis Schwäbisch Hall sind es vier Maßnahmen.

(Zuruf des Abg. Andreas Schwarz GRÜNE)

Das ist ländlicher Raum bei Grün-Rot.

(Abg. Andreas Stoch SPD: Wir reden hier über Neubau! Den Unterschied kennen Sie, oder?)

(Dr. Friedrich Bullinger)

Der ländliche Raum lebt vom Individualverkehr. Der ländliche Raum braucht genau diese Infrastruktur; denn Verkehrsadern sind Wirtschaftsadern. Genau da muss man mehr tun, als Sie unternehmen, meine Damen und Herren.

(Beifall bei der FDP/DVP und Abgeordneten der CDU)

Ein weiterer Punkt ist das ELR-Programm. Das ELR-Programm war die Erfolgsstory Gerhard Weisers. Er war letztendlich derjenige, der das Programm auf den Weg gebracht hat. Aber auch dieses Programm wurde in der letzten Zeit entsprechend ausgestaltet. Ich sehe das ganz große Problem, dass man mit falsch verstandener Ökologisierung – mehr Vorschriften, mehr Gängelung; ich weiß, was mir die Bürgermeister zum Teil sagen – genau das Gegenteil erreicht. Ein attraktives Programm wird dadurch meines Erachtens unattraktiv gemacht.

Ein weiterer Punkt: Bei der Gewerbeförderung geht es nicht um die 200 000 €, die man den Gewerbevereinen für ihr Engagement als Dankeschön gab. Nein, das ist psychologisch wichtig. Der Wirtschaftsminister hält davon nichts. Nicht einmal diesen Betrag ist ihm die Unterstützung solcher Gewerbeschauen vor Ort wert. Das wäre eine Unterstützung des Gewerbes und des Handwerks. Auch das macht Ihre Regierung nicht.

Wir brauchen – ich habe es vorhin gesagt – vor allem eine unternehmerische Land- und Forstwirtschaft. Das heißt, wir brauchen auch im ländlichen Raum die landwirtschaftlichen Unternehmen, die auch wirtschaften können.

Dazu braucht man nach wie vor eine ökologisch orientierte Flurneuordnung und nicht nur Nationalparks, beschränkte Gebiete, Auflagen, Gängelungen und ökologische Daumenschrauben für unsere Landwirte, die davon leben müssen, meine Damen und Herren.

Ein ganz wichtiger weiterer Punkt ist auch die Gastronomie. In der Gastronomie und der Hotellerie gibt es 280 000 Arbeitsplätze. Hier zieht es einem schon den Boden unter den Füßen weg: Genau diese Landesregierung hat mit Schleswig-Holstein für eine Erhöhung des Mehrwertsteuersatzes von 7 auf 19 % gestimmt – gegen das Hotelleriegewerbe in Baden-Württemberg mit seinen vielen Arbeits- und Ausbildungsplätzen. Es ist eigentlich eine Schande, dass ausgerechnet die Kommunisten und die rot-rote Regierung in Brandenburg

(Zurufe der Abg. Walter Heiler und Wolfgang Drexler SPD)

– Entschuldigung, die Linken – letztlich die Stimmen im Bundesrat dafür organisiert haben, damit man nicht das macht, was der hiesige Wirtschaftsminister mit seinem Ministerium wollte, nämlich die Gastronomie in Baden-Württemberg wieder mit einem Mehrwertsteuersatz von 19 % zu belasten. Das richtet sich auch gegen den ländlichen Raum, gegen die Arbeitsplätze im ländlichen Raum.

Meine Damen und Herren, ich habe hier nur ein paar Beispiele genannt. Ich wünsche mir vor allem eines: dass endlich einmal eine bessere Koordinierung zwischen den Ministerien stattfindet. Ich möchte noch einmal an meine Pressekonferenz im August dieses Jahres, aber auch an die letzte Debatte hier

zur EU-Agrarpolitik erinnern. Ich will, dass im Land Baden-Württemberg eine Stabsstelle – dafür braucht man kein neues Personal, sondern kann die hervorragenden Fachleute aus den Fachministerien zusammenführen – eingerichtet wird, um diese Querschnittsaufgaben hinsichtlich des ländlichen Raums und der Auswirkungen des demografischen Wandels zu koordinieren. Das ist dringend erforderlich. Ich glaube, es gibt Möglichkeiten, dies auch im Haushalt entsprechend zu gestalten.

Vielen Dank.

(Beifall bei der FDP/DVP und der CDU)

Stellv. Präsidentin Brigitte Lösch: Für die Landesregierung erteile ich Herrn Minister Bonde das Wort.

Minister für Ländlichen Raum und Verbraucherschutz Alexander Bonde: Frau Präsidentin, meine sehr verehrten Damen und Herren! Herr Kollege Bullinger, Sie haben auf Seite 39 des Koalitionsvertrags Bezug genommen und gefragt: „Wo steht in dieser Koalition der ländliche Raum?“ Wenn Sie den Koalitionsvertrag exakt in der Mitte aufschlagen, sind Sie auf Seite 39. Das macht deutlich: Der ländliche Raum steht im Zentrum dieser Koalition. Das ist auch politisch der Fall, Herr Bullinger.

(Beifall bei den Grünen und der SPD)

Die zweite Frage, die hier im Raum steht, ist: Was ist mit den Tälern im Schwarzwald? Nachdem über diese Frage ein halbes Jahr debattiert wurde, sage ich Ihnen eines: Durch Reden ist noch kein einziges Tal frei gehalten worden, meine sehr verehrten Damen und Herren.

(Abg. Karl Klein CDU: So ist es!)

Die entscheidende Frage ist deshalb: Mit welchen politischen Maßnahmen agieren wir, die Landesregierung? Ich nenne Ihnen zwei entscheidende Punkte, bei denen wir in dieser Legislaturperiode Entscheidungen treffen konnten, um Mechanismen zu haben, damit bei uns die Landschaften frei gehalten werden können, zwei Maßnahmen, bei denen ich froh bin, dass mich der Finanzminister auch mit den notwendigen Finanzmitteln maßgeblich unterstützt hat.

Zum einen musste die Ausgleichszulage, die hier schon angesprochen worden ist, gerettet werden, weil die Gefahr bestand, dass sie wegen der vorzeitig ausgegebenen EU-Zahlungen aus der zweiten Säule hinten herunterkippt. Das war der erste Punkt, bei dem Grün-Rot das retten musste, was Sie haben anbrennen lassen.

Zweiter Punkt: Schauen wir uns an, wo neben der Bewirtschaftung auch Naturschutzleistungen der Landwirte eine wichtige Rolle für den Erhalt der Kulturlandschaften spielen. Dabei ist die Frage wichtig: Können wir diese Arbeit koordinieren? Können wir die Landwirte im Dialog mit dem Naturschutz und den Verwaltungen unterstützen?

In Baden-Württemberg gibt es ein hervorragendes Instrument: die Landschaftserhaltungsverbände. Als wir die Regierung übernommen haben, haben wir fünf dieser Verbände vorgefunden. Inzwischen – seitdem wir, die grün-rote Koalition, uns da engagieren – gibt es zehn. Zwei weitere wollen sich

(Minister Alexander Bonde)

noch in diesem Jahr gründen. Für zehn weitere wird die Gründung im nächsten Jahr vorbereitet. Meine sehr verehrten Damen und Herren, so sieht ganz konkrete Politik aus, die verhindert, dass Täler zuwachsen.

(Beifall bei den Grünen und der SPD)

Denn von der Sonntagsrede profitiert das Tal nicht. Es profitiert nur von harter Arbeit sowie von den richtigen Strukturen und den richtigen politischen Rahmensetzungen. Darum geht es. Meine sehr verehrten Damen und Herren, da lassen wir uns nichts vormachen. Da sind wir, die Landesregierung, hervorragend aufgestellt.

(Beifall bei den Grünen und Abgeordneten der SPD)

Ich muss gestehen: Teile der heutigen Debatte fand ich

(Abg. Wolfgang Drexler SPD: Skurril!)

etwas „kleine Münze“ vor dem Hintergrund dessen, was gerade eine tatsächliche Bedrohung für den ländlichen Raum darstellt.

(Zuruf des Abg. Heribert Rech CDU)

Wir sind ja mitten in den Haushaltsberatungen auf europäischer Ebene. Die befinden sich in schweren Gewässern, wie wir jetzt an der Ablehnung der Verhandlung zum Haushalt 2013 sehen.

(Abg. Dr. Friedrich Bullinger FDP/DVP: Das ist vor allem Herr Friedrich!)

Aber wir sind vor allem bei der Frage des Mittelfristigen Finanzplans

(Abg. Paul Locherer CDU: Genau!)

in ganz schwierigen Gewässern. Da hilft es jetzt nichts, wenn Sie auf meinen Koalitionspartner, auf Herrn Friedrich, zeigen. Die Landesregierung hat im Gegensatz zur Bundesregierung – Ihr Klub, Herr Bullinger;

(Zuruf des Abg. Dr. Friedrich Bullinger FDP/DVP)

Guido Westerwelle, Außenminister – heute nicht einem Vorschlag von Herrn Van Rompuy zugestimmt. Für diejenigen, die hier keinen Zugang zum Ticker haben: Um 16:30 Uhr gab es eine Meldung der dpa, die in der Zusammenfassung lautet: EU-Ratspräsident Herman Van Rompuy hat heute auf Druck der Bundesregierung einen sogenannten Kompromissvorschlag für den europäischen Haushalt vorgelegt – massive Einsparungen.

Er schlägt vor, 75 Milliarden € einzusparen – davon 22 Milliarden € im Bereich „Agrar und ländliche Räume“. Er schlägt zusätzlich vor, in der zweiten Säule bis zu 15 % zu reduzieren.

Das heißt, all das, worüber wir hier gerade diskutieren, die Frage, wie es mit MEKA, mit den Agrarumweltmaßnahmen, mit Fragen, die sich auch bei den Agrarinvestitionen stellen, weitergeht – Fragen, die vor dem Hintergrund dessen, worüber wir heute hier alle gesprochen haben, wichtig sind –, steht im Moment in Brüssel zur Disposition. Die Bundesregierung, die

da für uns verhandelt, lässt mitteilen, sie begrüße diesen Vorschlag. Damit müssen Sie, sehr verehrte Damen und Herren von Schwarz und Gelb, sich in einer solchen Debatte dann auch einmal auseinandersetzen.

(Beifall bei den Grünen und der SPD)

Denn wir alle wissen: Wenn die Kürzungen in der zweiten Säule in dieser Größenordnung kommen – dort, wo wir, das Land, erfolgreiche Programme in der Fläche machen –, wenn das passiert, dann werden wir das aus dem Landeshaushalt nicht ausgleichen können.

Insofern hat mich manches gewundert. Hier wird über tausend Euro für Gewerbeschauen diskutiert, obwohl wir eigentlich in einer handfesten Diskussion darüber sind, wie es mit Grundstrukturen des ländlichen Raums weitergeht. Sie alle wissen: Das Programm LEADER ist für uns in der Fläche wichtig. Da geht es um die beste Form von Regionalentwicklung.

(Zuruf des Abg. Dr. Friedrich Bullinger FDP/DVP)

Wir sind davon abhängig, dass wir im ELER, im Europäischen Landwirtschaftsfonds für die Entwicklung des ländlichen Raums, genügend Mittel haben. Das steht jetzt mit dem Rompuy-Vorschlag zur Disposition.

Es geht bei den Agrarumweltmaßnahmen um die Frage: Bekommen wir es hin, unsere Landwirte in die Lage zu versetzen, unsere Kulturlandschaften zu erhalten? Dabei wissen wir immer: Das werden wir nie allein aus dem Markt, aus den Produkten heraus finanzieren können. Dazu bedarf es einer gesellschaftlichen Unterstützung. Auch die steht jetzt mitten in den Verhandlungen auf europäischer Ebene.

(Zuruf des Abg. Dr. Friedrich Bullinger FDP/DVP)

Genau da sind wir an dem Punkt – Ich meine die Landwirtschaft im Land mit im Schnitt 0,7 % der Wertschöpfung, 1 % der sozialversicherungspflichtigen Jobs, jeweils mehr in den ländlichen Räumen. Die ist nicht nur aufgrund dieser Zahl bedeutsam, sondern weil sie weit darüber hinaus eine Wirkung hat – die Verbindung zum Tourismus in der Fläche, die Frage, wie Infrastrukturen in der Fläche, mit dem Tourismus und der Wertschöpfung, die sich daraus generiert, gehalten werden. Darüber haben wir schon vielfach gesprochen.

Aber bei all dem wären wir jetzt wesentlich besser beraten, uns auch in unseren jeweiligen Parteien aktiv einzumischen, was die Verhandlungsposition in Brüssel angeht, als hier sehr kleinteilige Debatten zu führen.

(Beifall bei den Grünen und Abgeordneten der SPD)

Sie haben noch eine Reihe von Dingen zur Strukturpolitik angemerkt. Ich will noch einmal eines sagen: Ich finde es schon interessant – Wir hatten heute Morgen eine sehr lange, ausführliche Haushaltsdebatte. Weder dabei noch jetzt kam Kritik an der Finanzierung des ländlichen Raums. Ich nehme mit: So schlecht scheinen wir von Grün-Rot da offensichtlich nicht zu sein.

Ich nehme aber auch ein paar Kuriositäten mit. Herr Bullinger, Sie haben gerade die Straßenverbindungen, den Straßenbau im Land kritisiert. Gleichzeitig hat Ihr Fraktionsvorsitz

(Minister Alexander Bonde)

zender, Herr Rülke, heute Morgen allen Ernstes kritisiert, dass es für Landesstraßen 10 Millionen € zusätzlich im Landeshaushalt gibt. Insofern haben Sie einen gewissen Klärungsbedarf. An einem Tag ist es einmal schlecht, und einmal bedarf es mehr.

(Beifall bei den Grünen und Abgeordneten der SPD)

Bei der CDU-Fraktion hätte ich das noch verstehen können. Diese Fraktion ist groß. Insofern kann man nicht immer alles absprechen. Die Fraktion der FDP/DVP kann aber in einem Fahrstuhl tagen. Deshalb müssten Sie doch in der Lage sein, sich bei solch einer Frage einmal auf eine Position zu verständigen.

(Beifall bei den Grünen und Abgeordneten der SPD
– Abg. Dr. Friedrich Bullinger FDP/DVP: Sie wechseln Quantität und Qualität!)

Wollen Sie jetzt für die Landesstraßen 10 Millionen € mehr im Haushalt bereitstellen, oder ist das ein haushaltspolitischer Skandal, wie es uns Herr Rülke heute Morgen erzählt hat?

Wir sind also auch hinsichtlich der Fragen der Strukturpolitik gut aufgestellt. Das Entwicklungsprogramm Ländlicher Raum ist modernisiert worden. Wir wollen gemeinsam mit der Zivilgesellschaft, aber auch mit den Verwaltungen und den Leistungsträgern im ländlichen Raum das LEADER-Programm weiterentwickeln. Wir setzen darauf, dass wir es schaffen, trotz der schlechten Verhandlungsposition der Bundesregierung diese EU-Mittel zu mobilisieren.

Außerdem gehen wir wichtige Dinge an – die Frage der regionalen Schulentwicklung ist angesprochen worden –, weil wir nicht wollen, dass zentrale strukturpolitische Fragen des ländlichen Raums ohne eine tatsächliche politische Planung einfach vor sich hin trudeln. Niemand von uns kann ein Interesse daran haben, dass sich die Frage, wie sich der demografische Wandel auf die Schulentwicklung auswirkt, nach einem Zufallssystem vor Ort klärt. Vielmehr wollen wir mit einer regionalen Schulentwicklung dafür sorgen, dass im ländlichen Raum die Schulstruktur verfügbar bleibt, dass sie gut bleibt und dass sie vor allem auch den Qualitätsanspruch der Eltern sowie der Schülerinnen und Schüler erfüllt. Das ist ein hartes Brett, das wir da bohren. Aber gerade weil der ländliche Raum so wichtig ist, machen wir das, meine sehr verehrten Damen und Herren.

Ich glaube, dem ländlichen Raum würde ein bisschen mehr Unterstützung von der Opposition mehr helfen als Debatten, wie wir sie heute erlebt haben.

Herzlichen Dank.

(Beifall bei den Grünen und Abgeordneten der SPD)

Stellv. Präsidentin Brigitte Lösch: Für die CDU-Fraktion erteile ich Herrn Kollegen Rombach das Wort.

(Zuruf: Rompuy! – Gegenruf des Abg. Dr. Markus Rösler GRÜNE: Der stellvertretende entwicklungspolitische Sprecher!)

Abg. Karl Rombach CDU: Frau Präsidentin, meine lieben Kolleginnen und Kollegen! Herr Minister Bonde, mich wun-

dert die Aufregung Ihrerseits. Wenn Sie sich Ihrer Arbeit und Ihrer Haushaltsansätze so sicher sind, weshalb wirken Sie dann so nervös? Mich verwundert das. Ich stelle das jetzt hier fest.

(Abg. Hans-Ulrich Sckerl GRÜNE: Nervös geht anders! Der Minister ruht in sich!)

Ich gebe Ihnen recht, was die Situation in der neuen EU-Förderperiode und was die zweite Säule angeht. Da bin ich bei Ihnen. Weshalb haben Sie dann aber den Haushaltsansatz genau in diesem Punkt für die nächsten zwei Jahre um 10 % gekürzt? Das ist doch ein Widerspruch in sich. Warum halten Sie an dieser Summe nicht fest? Das ärgert uns. Das ist der erste Ansatz von meiner Seite und von der CDU-Fraktion. Das möchte ich Ihnen mit auf den Weg geben.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU und der FDP/DVP)

Insofern ist ein Zurücküberweisen besser als eine Überweisung an den Ausschuss. Wir hoffen, dass das noch korrigiert wird.

Meine Damen und Herren, dieser Punkt ist auf die Tagesordnung gesetzt worden, weil Herr Finanzminister Schmid gesagt hat: „Dann wächst im Schwarzwald halt mal ein Tal zu.“ Kollege Winkler, Sie lächeln. Das ist aber Fakt. Daher habe ich den Antrag Drucksache 15/2211 vom 7. August 2012 mit der Überschrift „Ländlichen Raum nicht ausgrenzen“ eingebracht. Darauf baut die Debatte auf. Herr Minister, das, was Sie angeregt haben, können wir gern in einer Aktuellen Debatte weiter behandeln. Dabei gebe ich Ihnen recht. Da bin ich bei Ihnen. Das ist gar keine Frage. Wir dürfen aber nicht ablenken.

Heute geht es einzig und allein darum, einmal die Absage von Grün-Rot an den ländlichen Raum mit Fakten und Argumenten zu beleuchten. Hier steht ein Praktiker vor Ihnen, der genau in den Ausläufern eines Schwarzwaldtals wohnt. Ich neige dazu, meine Worte mit praktischen Beispielen zu untermauern, wie ich lebe, wie ich es gestalten will und was ich den Menschen vermitteln will. Deshalb gebe ich Ihnen ein praktisches Beispiel mit auf den Weg.

Wenn das wahr würde, was Ihr Minister gesagt hat, dass nämlich ein Schwarzwaldtal zuwächst, und wenn ich das auf meine Heimat beziehe, dann würde es mir in ein paar Jahren so gehen wie Ihnen hier: Dann sind wir in einem fensterlosen Raum, in dem es dunkel und still ist. Das wäre dann die Zukunft der Bauernfamilien, meine Damen und Herren. Das ist die Realität. Das müssen wir uns immer vor Augen halten.

Ich glaube schon, dass sich die Politik engagieren soll. Insbesondere sollten die Bedeutung des ländlichen Raums sowie die Wertschätzung der Arbeit der dort lebenden und wirtschaftenden Menschen wieder stärker verinnerlicht werden. Bei der Landesregierung sehe ich diesen Ansatz noch nicht so ausgeprägt. Ich möchte das mit Beispielen belegen.

Herr Minister, was das Grünlandumbruchverbot angeht: Da hatten Sie die Christbaumkulturen untersagt.

(Abg. Dr. Friedrich Bullinger FDP/DVP: Richtig!)

(Karl Rombach)

Wenn ich die Aussage, was das Zuwachsen eines Schwarzwaldtals anbelangt, näher deute, dann muss ich sagen: Das ist ein Widerspruch in sich. Das ist gleich direkt eine Gesetzesübertretung bzw. „-untertretung“.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU und der FDP/
DVP – Zuruf des Abg. Dr. Friedrich Bullinger FDP/
DVP)

Ich will noch einmal sehr besorgt ausdrücken – Herr Minister Schmid ist jetzt leider nicht da –,

(Zuruf des Abg. Alfred Winkler SPD)

dass seine Aussage ...

(Glocke der Präsidentin)

Stellv. Präsidentin Brigitte Lösch: Herr Kollege, ich bitte Sie, zum Ende zu kommen.

Abg. Karl Rombach CDU: ... – darum bin ich bemüht, keine Frage – für die in den Schwarzwaldtälern lebenden und arbeitenden Menschen sehr verletzend ist – sehr verletzend.

(Glocke der Präsidentin)

Stellv. Präsidentin Brigitte Lösch: Gestatten Sie dann noch eine Zwischenfrage des Abg. Winkler?

Abg. Karl Rombach CDU: Im Anschluss gern. – Die Aussage ist sehr verletzend für die Generationen, die die Schwarzwaldtäler bisher bewirtschaftet haben.

Meine Damen und Herren, was mich sehr ärgert: Einen Politikstil des Vertrauens, des Gehörtwerdens habe ich persönlich in dieser Frage nicht erlebt.

Herr Minister Bonde, ich unterstütze Sie in vielen Punkten. Jetzt bitte ich um Ihre Unterstützung. Wenn Herr Minister Schmid auf eine höfliche Bitte von mir als Praktiker vor Ort, in den Schwarzwald zu kommen, ein Tal seines Wunsches an einem Termin seiner Wahl anzuschauen,

(Minister Dr. Nils Schmid: Das mache ich auch! –
Abg. Dr. Markus Rösler GRÜNE: Er hat es gerade
zugesagt!)

innerhalb von acht Wochen nicht antwortet

(Minister Dr. Nils Schmid: Doch, doch, doch! – Wei-
tere Zurufe)

– nein, ich zeige es Ihnen –, einen Termin weder zu- noch absagt, dann ist das einfach beleidigend. Dann ärgert mich das, und das tut weh. Es tut allen Bauernfamilien weh,

(Zuruf des Abg. Dr. Bernd Murschel GRÜNE)

dass man nicht einmal vom stellvertretenden Ministerpräsidenten eine Antwort erhält. Ich würde Ihnen raten und zugleich empfehlen – –

(Beifall bei Abgeordneten der CDU und des Abg. Dr.
Hans-Ulrich Rülke FDP/DVP – Glocke der Präsidentin)

Stellv. Präsidentin Brigitte Lösch: Herr Kollege Winkler.

Abg. Karl Rombach CDU: Ich komme damit zum Schluss. – Wir haben sehr schöne Schwarzwaldtäler mit hervorragenden Möglichkeiten für Urlaub auf dem Bauernhof. Ich lade Sie zu einem Urlaub auf dem Bauernhof in den Schwarzwald ein. Falls Sie im nächsten Jahr wieder fünf Wochen Urlaub planen,

(Heiterkeit des Abg. Dr. Hans-Ulrich Rülke FDP/
DVP)

schneiden Sie davon zwei Wochen für den Schwarzwald ab. Sie sind herzlich eingeladen.

(Beifall bei der CDU und Abgeordneten der FDP/
DVP – Glocke der Präsidentin)

Stellv. Präsidentin Brigitte Lösch: Herr Kollege Rombach, ich bitte Sie, jetzt zum Ende zu kommen.

Abg. Karl Rombach CDU: Bitte schön.

Stellv. Präsidentin Brigitte Lösch: Herr Abg. Winkler, bitte.

Abg. Alfred Winkler SPD: Herr Kollege Rombach, eines drängt sich auf: Sie wehren sich gegen das Umbruchverbot. Sie würden Christbaumkulturen zulassen. Ja dann lassen Sie doch die Täler zuwachsen mit Christbaumkulturen!

(Oh-Rufe von der CDU – Abg. Dr. Bernd Murschel
GRÜNE: Das ist in kommunaler Hoheit! – Zuruf von
der CDU: Fröhliche Weihnachten! – Weitere Zurufe)

Abg. Karl Rombach CDU: Herr Kollege Winkler, nicht jede Frage verdient eine Antwort.

Danke schön.

(Heiterkeit und Beifall bei der CDU und der FDP/
DVP – Abg. Alfred Winkler SPD: Wenn man keine
hat! – Weitere Zurufe)

Stellv. Präsidentin Brigitte Lösch: Für die Fraktion GRÜNE erteile ich das Wort Herrn Abg. Dr. Rösler.

Abg. Dr. Markus Rösler GRÜNE: Sehr verehrte Frau Präsidentin, liebe Kolleginnen und Kollegen! Ich drehe den Spieß einmal ein bisschen herum und stelle die Frage: Wer versteht den ländlichen Raum? Es ist eine Aktuelle Debatte, beantragt von der CDU. Man stellt sich schon manchmal die Frage: Wissen Sie noch, was die Menschen vor Ort bewegt? Ihre eigene Studie zeigt – heute haben wir ja schon viele Grafiken gesehen –:

(Der Redner hält ein Schriftstück hoch.)

Erstens: Beim Thema Ökologie ist die CDU ganz weit hinten. Zweitens: Beim Thema Wirtschaft ist die CDU – –

(Abg. Dr. Reinhard Löffler CDU: Umdrehen! Anders-
rum! – Weitere Zurufe von der CDU)

– Ja, ja. Sie sollten das auswendig kennen und es unter dem Bettvorleger, unter dem Kopfkissen haben. – Beim Thema Wirtschaft ist die CDU ganz weit hinten. Wenn ich das miteinander verknüpfe, ergibt sich daraus schon die Frage des länd-

(Dr. Markus Rösler)

lichen Raums und der Landwirtschaft. Das hat viel mit Ökologie und mit Wirtschaft zu tun.

Wir erkennen aus der Umfrage: Die CDU ist nicht die Partei der Frauenversther, und sie ist offensichtlich auch nicht mehr

(Zuruf des Abg. Dieter Hillebrand CDU)

die Partei des ländlichen Raums.

Ich zücke hier einen ganz nigelnagelneuen Antrag.

(Der Redner hält einen Antrag hoch.)

Kollege Hauk, Sie haben diesen Antrag, den Antrag Drucksache 15/2643, für die Fraktion der CDU unterzeichnet. Da fordert also die CDU-Landtagsfraktion in Gänze, dass in Zukunft im Rundfunkrat nicht – wie derzeit vorgesehen – der ländliche Raum repräsentiert wird durch den Bauernverband und den Landfrauenverband bzw. die Landfrauenverbände, sondern man schlägt vor, dass die Landfrauen da „herausgeschossen“ werden.

(Widerspruch bei der CDU – Abg. Helmut Walter Rüeck CDU: Das ist doch Blödsinn! – Zurufe von den Grünen und der SPD)

So sieht die Politik von Ihnen hier im Haus aus. Wenn Sie Anträge stellen, deren Ziel es ist, dass die Landfrauen nicht mehr im Rundfunkrat vertreten sind, wie vorgesehen, dann werden Sie die letzten Frauen, die Sie auf dem Land noch wählen, irgendwann nicht mehr haben.

(Zuruf des Abg. Karl-Wilhelm Röhm CDU)

Das sei einleitend zu der Frage angemerkt, wie Sie zu den Landfrauen und deren Bedeutung im ländlichen Raum stehen.

Darüber hinaus drei Beispiele speziell für die CDU für den ländlichen Raum: C für christlich, D für Demografie und U für University.

Weil die CDU ja gerade eher kopfsteht, fange ich bei dem U an. U für University: Wir haben die Forschungsförderung um 8 Millionen € für die Hochschulen draußen im Land erhöht, die sehr viele Kooperationen mit kleinen und mittleren Unternehmen machen. Das ist eine praktizierte Förderung im Wissenschaftsbereich draußen im ländlichen Raum.

D für Demografie: Bis 2020 – ich bin da ganz offensiv, Stichwort Polizeireform –

(Abg. Friedlinde Gurr-Hirsch CDU: Nur weil er jetzt drei Kinder hat, fühlt er sich als Demografiebeauftragter!)

wird jeder zweite Polizeibeamte in den Ruhestand gehen. Das weiß jeder; das ist ein Fakt. Eine Reform der Polizei in irgendeiner Form ist daher zwingend. Die Polizeireform belässt alle Reviere und alle Posten draußen im ländlichen Raum. Da wird nichts geändert, obwohl wir eine Reform haben. Sie sollten, denke ich, auch einmal anerkennen, was u. a. unter Zuhilfenahme der Gewerkschaften und auch eines Ihrer Landtagskollegen erarbeitet wurde, damit hier im ländlichen Raum mehr Personal in die Fläche kommt. Es werden 900 bis 1 000 Stellen – Indianer und nicht Häuptlinge – zusätzlich in der

Fläche des Landes tätig sein. Das ist eine Stärkung – durch uns, Grün-Rot – des ländlichen Raums.

(Beifall bei den Grünen und der Abg. Sabine Wölfle SPD)

Nun kommen wir zum C, C wie christlich oder Verantwortung für die Schöpfung, und damit zur Debatte über einen Nationalpark. Das war ja heute ein großes Thema in fast jedem Beitrag. Es ist eine Idee, die laut Umfrage die jüngere Generation – also unsere Zukunft – in besonderem Maß begrüßt; natürlich gilt dies auch wieder für die Frauen in besonderem Maß.

Also gerade bei den Themen, um die Sie sich anscheinend bemühen, laufen Sie genau in die andere Richtung. Dieser Eindruck stellt sich bei mir ein, wenn ich an die Redebeiträge denke, die ich heute von Ihnen gehört habe. Die CDU-Jugend, die Sie da vielleicht noch ein bisschen vorantreiben könnte, zerlegt sich im Augenblick selbst. Deswegen ist es inzwischen offensichtlich nicht mehr die Jugend, sondern sind es die Elder Statesmen der CDU, also ehemalige Staatssekretäre, ehemalige Minister der CDU,

(Zuruf des Abg. Dr. Reinhard Löffler CDU)

die öffentlich für einen Nationalpark werben. Ich kann Ihnen an dieser Stelle nur sagen: Es ist bedauerlich, dass Sie offensichtlich nicht mehr auf den Weg kommen, im ländlichen Raum derart wichtige Themen – bei denen es um Ökologie geht, bei denen es um Wertschöpfung geht – so aufzugreifen, dass Sie die Bevölkerungsmehrheit noch ansprechen.

Insofern können wir nur dankbar sein für die Vorlage, die Sie uns hier zum Thema „Ländlicher Raum“ geliefert haben.

Ich möchte zum Abschluss noch zwei Beispiele nennen: Wir haben – auch das ist heute angesprochen worden – den Pakt mit den Kommunen geschlossen: über 300 Millionen € im Jahr 2013 mit steigender Tendenz in den Jahren 2014 und danach. Wenn Sie draußen im ländlichen Raum die Bürgermeister fragen, dann sagen sie Ihnen ganz klar: Das war ein Erfolg von Grün-Rot, und das begrüßen wir.

(Beifall bei den Grünen und Abgeordneten der SPD)

Sie haben es abgelehnt.

Das zweite Beispiel ist die Breitbandinitiative II, die seit Mai 2012 läuft, wo wir zusätzliche, weitere Gelder speziell in diesem Bereich – Stichwort „ELR und Breitbandverkabelung“ – investiert haben. Auch da sehen Sie, wie Grün-Rot im Bereich des ländlichen Raums investiert, Schwerpunkte setzt und befreit, was dort abläuft.

Wir nehmen für uns in Anspruch, beim ländlichen Raum fit zu sein. Wir nehmen Anregungen von Ihnen gern entgegen. Aber dem jetzt vorgelegten Antrag, speziell was die Landfrauen betrifft, werden wir sicherlich nicht zustimmen. Denn wir sind der Meinung, dass die Landfrauen ganz wichtig für den ländlichen Raum sind.

(Beifall bei den Grünen und Abgeordneten der SPD)

Stellv. Präsidentin Brigitte Lösch: Mir liegen keine weiteren Wortmeldungen vor. Damit ist die Aktuelle Debatte beendet.

(Stellv. Präsidentin Brigitte Lösch)

Ich rufe **Punkt 4** der Tagesordnung auf:

Aktuelle Debatte – Frauen im Fokus der Landespolitik – beantragt von der Fraktion GRÜNE

Meine Damen und Herren, das Präsidium hat für die Aktuelle Debatte eine Gesamtredezeit von 40 Minuten festgelegt. Darauf wird die Redezeit der Regierung nicht angerechnet. Für die einleitenden Erklärungen der Fraktionen und für die Rednerinnen und Redner in der zweiten Runde gilt jeweils eine Redezeit von fünf Minuten. Ich darf die Mitglieder der Landesregierung bitten, sich ebenfalls an den vorgegebenen Redezeitrahmen zu halten.

Schließlich darf ich auf § 60 Absatz 4 der Geschäftsordnung verweisen, wonach im Rahmen der Aktuellen Debatte die Aussprache in freier Rede zu führen ist.

Für die Fraktion GRÜNE erteile ich Frau Kollegin Schneidewind-Hartnagel das Wort.

Abg. Charlotte Schneidewind-Hartnagel GRÜNE: Sehr geehrte Frau Präsidentin, liebe Kolleginnen und Kollegen, meine sehr geehrten Damen und Herren, die sich noch auf den Zuschauerrängen befinden!

(Abg. Karl Zimmermann CDU: Die können Sie namentlich begrüßen! – Vereinzelt Heiterkeit – Zurufe: Lieber Jimmy! – Heiterkeit)

Heute ist ein guter Tag für die Frauen in Europa. Heute Morgen kam die Meldung, dass sich EU-Kommissarin Reding im EU-Streit um die Frauenquote durchgesetzt hat und es nun bis 2020 eine Frauenquote von 40 % in den Aufsichtsräten geben wird.

(Beifall bei den Grünen und Abgeordneten der SPD)

Sie erinnern sich mit Sicherheit, dass wir hier vor wenigen Wochen gemeinsam mit der CDU eine entsprechende Empfehlung aussprechen konnten. Ich hoffe nun, dass Frau Merkel und Frau Schröder ihren peinlichen Widerstand im Bundestag gegen diese Quote endlich aufgeben werden.

(Beifall bei den Grünen und Abgeordneten der SPD)

Auch der 27. März 2011 war ein guter Tag, auch ein guter Tag für die Frauen in Baden-Württemberg.

(Abg. Peter Hauk CDU: Man sieht es an den Neueinstellungen!)

Denn es waren Wählerinnen, die den Regierungswechsel herbeigeführt haben. Es waren 120 000 Frauen mehr als Männer, die grün gewählt haben, und es waren 20 000 Frauen mehr als Männer, die die SPD gewählt haben.

(Abg. Claus Schmiedel SPD: Das ist das Frauenproblem der CDU! – Abg. Dr. Friedrich Bullinger FDP/DVP: Das wären heute auch weniger! – Heiterkeit bei Abgeordneten der CDU und der FDP/DVP – Zuruf des Abg. Peter Hauk CDU)

Seit dem Regierungswechsel haben wir zum ersten Mal in der Geschichte des Landes ein Kabinetts, das zu 40 % aus Frauen besteht. Diese politischen Führungspositionen machen eines ganz deutlich: Frauen sind bei Grün-Rot gleichberechtigte po-

litische Akteurinnen und übernehmen gemeinsam mit ihren männlichen Kollegen die politische Verantwortung für die Gestaltung dieses Landes, und das ist gut so.

(Beifall bei den Grünen und Abgeordneten der SPD)

Das Wahlergebnis hat die CDU nach fast 60 Jahren männlich dominierten Durchregierens in die Opposition verbannt. Man – CDU-Mann – fragt sich nun verwundert, warum die eigene Partei in diesem Ausmaß weibliches Potenzial, Wählerinnenpotenzial verloren hat und warum die Wählerinnen Vertrauen in die Politik der CDU verloren haben. Um auf diese Frage Antworten zu bekommen, hat die CDU mit dem Projekt „Frauen im Fokus“ eine Umfrage in Auftrag gegeben, die darüber aufklären soll, was Frauen von der CDU denken.

(Abg. Walter Heiler SPD: Oh! – Abg. Edith Sitzmann GRÜNE: Oje! – Abg. Hans-Ulrich Sckerl GRÜNE: Nicht viel!)

Das Ergebnis dieser Studie war niederschmetternd – für die CDU.

(Beifall bei den Grünen und Abgeordneten der SPD – Abg. Peter Hauk CDU: Aber wir scheinen immer noch so interessant zu sein, dass Sie sich mit uns beschäftigen! – Gegenrufe von den Grünen und der SPD, u. a. Abg. Daniel Andreas Lede Abal GRÜNE: Wir machen uns Sorgen um Sie, Herr Hauk! – Unruhe – Glocke der Präsidentin)

Stellv. Präsidentin Brigitte Lösch: Liebe Kolleginnen und Kollegen, ich bitte um Ruhe.

Abg. Charlotte Schneidewind-Hartnagel GRÜNE: Frauen sehen die CDU so gut wie nirgends als kompetent an und weisen vor allem in den Bereichen Ökologie und Wirtschaft den Grünen den größten politischen Sachverstand zu.

(Beifall bei den Grünen und Abgeordneten der SPD – Zuruf des Abg. Claus Paal CDU)

Auch bei den Themen Wohlstand, Sicherheit und Bildung ist die CDU weit abgeschlagen, genauso wie bei den zentralen Themenkomplexen „Kinder und Jugend“, „Vereinbarkeit von Familie und Beruf“ und Soziales.

Für die CDU ist dabei ebenfalls erstaunlich, dass CDU-nahe Frauen eher als CDU-nahe Männer bei vielen Themen die in der Bevölkerung vorherrschende Ansicht teilen. Dazu gehören neben der Frauenquote auch die Bürgerinnen- und Bürgerbeteiligung sowie der Ausbau der Ganztagschule.

Was anscheinend die CDU erstaunt, bestätigt für uns nur das, was wir immer schon kritisiert haben.

(Unruhe – Zuruf: Pst!)

Die Politik der schwarz-gelben Landesregierung war nicht dazu in der Lage, sich auf veränderte Lebenswelten von Frauen und Männern einzustellen, geschweige denn diese überhaupt zur Kenntnis zu nehmen.

(Unruhe – Zuruf: Pst!)

Erst jetzt, da ihr die Frauen als Wählerinnen verloren gehen, fällt der CDU auf, dass es sie durchaus auch in Baden-Württemberg als relevante gesellschaftliche Gruppe gibt.

(Charlotte Schneidewind-Hartnagel)

Wir, die grün-rote Landesregierung, sind von Anfang an bestrebt, die Lebensrealität von Frauen in Baden-Württemberg zu verbessern und das Land in vielen Bereichen, in denen es ein unrühmliches – –

(Abg. Peter Hauk CDU: Sind Sie denn auch schon in der Regierung?)

– Wenn Sie Zwischenfragen stellen wollen, dann melden Sie sich bitte und fragen nach, ob ich das gern zulassen möchte. Im Moment möchte ich keine Zwischenfragen und Zwischenrufe, die ich für unqualifiziert halte.

(Beifall bei den Grünen – Abg. Peter Hauk CDU: Das war ein Ausruf der Verwunderung!)

Wir sowie die grün-rote Landesregierung sind von Anfang an bestrebt, die Lebensrealität von Frauen in Baden-Württemberg zu verbessern und das Land in vielen Bereichen, in denen es im Bundesvergleich ein unrühmliches Schlusslicht darstellt, zu verbessern.

(Abg. Dr. Dietrich Birk CDU: Machen Sie mal!)

Einer der ersten Schritte zur besseren Vereinbarkeit von Familie und Beruf war der Pakt mit den Kommunen, der einen zügigen Ausbau der Kinderbetreuung ermöglicht hat.

(Beifall bei den Grünen)

Die CDU ließ sich erst durch ihre Umfrage bestätigen, was wir Grünen schon lange wissen: Die Ganztagschule ist für Frauen aus gutem Grund ein wichtiges Thema. Wir bauen sie aus.

(Zuruf von der CDU: Wo?)

Um der Entgeltgleichheit von Frauen und Männern ein Ende zu setzen, haben wir zusammen mit unserem Koalitionspartner eine Bundesratsinitiative eingebracht, in der wir u. a. auch die Einführung von Lohnmessverfahren und ein Verbandsklagerecht fordern.

Wir Grünen setzen uns von der Kinderbetreuung über die Bildung, die Berufstätigkeit, die Familienphase, die Rückkehr in den Beruf, die Pflege Angehöriger bis zum Rentenalter für gesellschaftliche Rahmenbedingungen ein, die individuelle Entscheidungen für die unterschiedlichen Lebensentwürfe möglich machen und Frauen die gleichberechtigte Teilhabe ermöglichen. Nein, wir brauchen keine Umfragen, um zu erfahren, was Frauen von der Politik erwarten.

(Abg. Dr. Dietrich Birk CDU: Seien Sie mal nicht so überheblich!)

Wir haben genügend Frauen, die mit uns sprechen, die sich beteiligen und sich mit uns politisch engagieren.

(Abg. Peter Hauk CDU: Sie kommen sehr oberlehrerhaft rüber! – Abg. Dr. Dietrich Birk CDU: Das ist ein bisschen altbacken!)

Nein, wir wollen die Frauen nicht im Fokus, sondern mittendrin und gleichberechtigt dabei haben – überall, auch im Rundfunkrat.

(Abg. Dr. Dietrich Birk CDU: Völlig unangemessen bei diesem Thema!)

Eine wesentliche Voraussetzung, um Politik für und mit Frauen zu machen, ist für uns die Repräsentanz von Frauen in den Parlamenten. Denn auch hier liegt Baden-Württemberg an letzter Stelle im Vergleich mit allen anderen Bundesländern. Und das liegt nicht an den Frauen in Baden-Württemberg.

(Beifall bei den Grünen)

Das ambitionierte Ziel der CDU heißt nun – ich zitiere aus besagter Umfrage –:

Wir wollen bei der nächsten Kommunalwahl keine Liste ohne Frauen, nach der nächsten Kommunalwahl keine Fraktion ohne Frauen und in Zukunft keinen CDU-Vorstand ohne Frauen.

(Abg. Dieter Hillebrand CDU: Das bestimmt der Wähler! – Abg. Karl Zimmermann CDU: Wir wollen! Aber wir müssen nicht!)

Das sind die Ziele, die von Ihnen in dieser Umfrage angegeben werden.

(Abg. Dr. Dietrich Birk CDU: Das wissen wir!)

Liebe Kolleginnen und Kollegen, wir wollen mehr. Über die Hälfte der Bevölkerung ist weiblich, und wir wollen, dass dies auch in den Parlamenten durch eine paritätische Besetzung klargestellt wird. Deshalb werden wir gemeinsam mit dem Koalitionspartner bis Ende dieses Jahres eine verfassungskonforme Regelung für eine Quotierung der Kommunalwahllisten erarbeiten.

(Abg. Winfried Mack CDU: Weiß das der Koalitionspartner schon?)

Repräsentative Demokratie heißt für uns, den Anteil von Frauen in den Parlamenten schnellstmöglich zu erhöhen.

Unterstützung bei diesem Vorhaben haben wir von allen Frauenverbänden in Baden-Württemberg einschließlich der Landfrauen und der Frauenunion. Sie hätten diese Umfrage nicht gebraucht.

Danke.

(Beifall bei den Grünen)

Stellv. Präsidentin Brigitte Lösch: Für die CDU-Fraktion erteile ich Frau Abg. Schütz das Wort.

Abg. Katrin Schütz CDU: Frau Präsidentin, meine sehr geehrten Damen und Herren! Schön, dass sich die Grünen mit uns beschäftigen. Wir beschäftigen uns mit dem Wähler,

(Zuruf: Und den Wählerinnen!)

und wir sind heute da, wohin Sie möchten. – Nein, mit den Bürgern in Baden-Württemberg.

(Abg. Beate Böhlen GRÜNE: Und Bürgerinnen!)

– Ich habe gesagt: mit den Bürgern. Damit sind für mich beide Geschlechter gemeint.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU)

(Katrin Schütz)

Schön, dass Sie für die heutige Aktuelle Debatte den Titel „Frauen im Fokus der Landespolitik“ gewählt und damit auf unsere Formulierung zurückgegriffen haben.

Sie haben die Umfrageergebnisse zitiert. Mich wundert, dass solche Umfragen im Mittelpunkt von Landtagsdebatten stehen. Wir jedoch haben uns Zeit genommen, um mit den Menschen zu reden, und zwar zu einem Zeitpunkt, zu dem keinerlei Auswirkungen auf Wahlen etc. zu erwarten sind. Im Moment steht keine Wahl vor der Tür. Wir haben uns mit den Menschen dialogorientiert auseinandergesetzt, und wir haben zugehört.

(Abg. Claus Schmiedel SPD: „Dialog“! „Politik des Gehörtwerdens“!)

– Eine Politik des Gehörtwerdens. Wir haben aber nicht nur davon gesprochen; wir haben sie gemacht.

(Beifall bei der CDU)

Da bei der heutigen Aktuellen Debatte die Frau im Mittelpunkt der Landespolitik steht, möchte ich einige Bereiche aufzeigen, in denen zwischen 2005 und 2009 Verbesserungen zu verzeichnen waren.

(Abg. Wolfgang Drexler SPD: Wir sind nicht im Haus der Geschichte!)

In diesem Zeitraum hat sich innerhalb der gesamten Landesverwaltung der Frauenanteil um 4,2 % erhöht.

(Abg. Peter Hauk CDU zu Grünen und SPD: Bei Ihnen ist er geringer!)

Der Frauenanteil in den obersten Landesbehörden ist um mehr als 10 % gesteigert worden.

Bei den Neubesetzungen von Stellen im höheren Dienst beträgt die Frauenquote 2009 überall fast 50 %.

(Zurufe von der CDU: Aha! – Hört, hört!)

In Baden-Württemberg sind 70 % der Frauen erwerbstätig. Das ist der zweithöchste Wert in Deutschland.

(Abg. Dr. Friedrich Bullinger FDP/DVP: Sehr schön!)

Seit 1995 ist die Zahl der Frauen mit Hochschulreife höher als die der Männer.

(Abg. Claus Schmiedel SPD: Es gibt also keine Probleme mehr, Frau Schütz?)

Baden-Württemberg hat den höchsten Frauenanteil, was die Zahl der Absolventinnen und Absolventen in den MINT-Studiengängen betrifft.

(Abg. Dr. Friedrich Bullinger FDP/DVP: Hört, hört!)

So viel zur Situation, wie sie sich bisher darstellt. Das sollte man sich vergegenwärtigen, bevor man damit beginnt, anderen das aufzuzeigen, was möglicherweise im Moment noch nicht so gut läuft.

Ich möchte gern noch auf einen, wie ich meine, sehr netten Artikel in der „Wirtschaftswoche“ zu sprechen kommen. Dessen Überschrift lautet:

CDU/CSU haben keine Quote, aber viele Frauen. SPD und Grüne sind Frauenquotenfans ohne Frauen.

(Widerspruch bei den Grünen – Abg. Claus Schmiedel SPD: Was?)

– Die Aussage in der „Wirtschaftswoche“ kommt nicht von der CDU. – Ich möchte gern weiter zitieren:

In der CDU gibt es nur die schwächste Form einer Frauenquote für politische Ämter – trotzdem ist die Union die Partei der Frauenpower.

(Beifall bei der CDU und der FDP/DVP)

„Angela Merkel“, so heißt es dort weiter, ist „... in das Fach Staatsfrau auf Europeaniveau gewechselt“.

(Abg. Claus Schmiedel SPD: „Weltniveau“! Was heißt hier „Europeaniveau“?)

Im Bundeskabinett sitzen vier Frauen vier Männern gegenüber ...

Auf Landesebene gibt es in Deutschland zwei CDU-Ministerpräsidentinnen, und auch in der zweiten Reihe stehen genügend Frauen bereit – ich nenne etwa Julia Klöckner –, die gern bald übernehmen würden.

(Beifall bei der CDU)

In der SPD mit ihrer „strengen 40%-Quote“ und ihrer bald in Kraft tretenden Regelung, Listen im Reißverschlussverfahren mit Männern und Frauen zu besetzen, gab es drei Kandidaten für die Kanzlerkandidatur. Und siehe da: Ein Mann hat gewonnen.

(Abg. Dr. Friedrich Bullinger FDP/DVP: So ist es!)

Weiter heißt es dort:

Bei den Grünen hat die Frauenquote viele Frauen befördert – aber keinen Generationswechsel bewirkt.

(Abg. Andrea Lindlohr GRÜNE: Doch! Schauen Sie auf mich! – Abg. Hans-Ulrich Sckerl GRÜNE: Hier sitzt der Beweis!)

Die Parteien haben damit vorgemacht, was sich derzeit in der Wirtschaft wiederholt.

Sind Frauen unterrepräsentiert und droht eine Quote, entsteht Bewegung ... Frauen sind so knapp wie begehrt, man braucht sie,

– ich zitiere immer noch –

um aus der Schusslinie der Gleichstellungsdebatte herauszukommen.

Deshalb wird natürlich verstärkt auf sie geschaut. Deswegen ist eine Debatte wichtig und richtig.

Gibt es dagegen eine feste Quote wie bei der SPD und den Grünen, konserviert dies alte Strukturen. Statt gewollter Frauenförderung herrscht Grabenkrieg ...

(Abg. Claus Schmiedel SPD: Grabenkrieg? – Abg. Hans-Ulrich Sckerl GRÜNE: Wer hat Ihnen den Quatsch denn aufgeschrieben?)

(Katrin Schütz)

Jetzt kommen wir zur aktuellen Situation. Bislang habe ich nur aus der „Wirtschaftswoche“ zitiert; Sie können das gern nachlesen.

(Unruhe)

Zur aktuellen Situation: Hier geht es um den Unterschied zwischen dem, was man politisch tut, und dem, was man den Menschen verspricht. Von zehn Ministerien wurden von der neuen Regierung unter Rot-Grün

(Zuruf: Grün-Rot!)

in acht Häusern mehr Männer als Frauen eingestellt. Von 154 Personen, die dort auf neu geschaffenen Stellen eingestellt wurden, sind 49 Frauen und 105 Männer. Der Frauenanteil beträgt nur 32 % und der Männeranteil 68 %. Sie haben also auch nicht darauf geschaut, dass mehr Frauen in Führungspositionen kommen.

(Abg. Wolfgang Drexler SPD: Doch!)

Was die Besoldungsgruppen betrifft, so gibt es in acht der zehn Ministerien eine im Durchschnitt niedrigere Besoldung für die neu eingestellten Frauen. Die Frauen sind also schlechter eingruppiert worden als die Männer. Was die B-Besoldung angeht, so sind in fünf von sechs Ministerien, in denen neue Stellen geschaffen wurden, diese Stellen überwiegend mit Männern besetzt worden; es waren insgesamt 30 Stellen mit B-Besoldung, von denen leider nur sechs Stellen mit Frauen – 24 mit Männern – besetzt worden sind. Das ist der Unterschied zwischen versprechen und tatsächlich nachher dafür eintreten.

(Beifall bei der CDU und der FDP/DVP – Abg. Karl-Wilhelm Röhm CDU: Genau! Das musste einmal gesagt werden!)

Wir wollen eine dialogorientierte Politik. Deswegen haben wir den Mut gehabt – die Initiatoren sind Claus Paal und ich –, sind hinausgegangen und haben das konzipiert und umgesetzt.

(Abg. Karl-Wilhelm Röhm CDU: Bravo! Ich bin stolz auf euch!)

Wir sind hinausgegangen und haben diese Umfragen gemacht, und zwar

(Abg. Claus Paal CDU: Selbst gemacht! Nicht in Auftrag gegeben!)

auf drei verschiedene Arten: online, repräsentativ und als Marktbefragung – ehrenamtlich. Keine Partei hat eine solche Datenstruktur, wie sie uns heute zur Verfügung steht. Und Sie werden sehen, wir werden diese Strukturen verändern.

(Beifall bei der CDU und des Abg. Dr. Friedrich Bullinger FDP/DVP – Abg. Karl-Wilhelm Röhm CDU: Jawohl! Bravo!)

Ich kann Ihnen nur mitgeben: Es gibt nichts Gutes, außer man tut es, und man tut es selbst!

(Beifall bei der CDU und des Abg. Dr. Friedrich Bullinger FDP/DVP – Abg. Karl-Wilhelm Röhm CDU: Sehr gut!)

Stellv. Präsidentin Brigitte Lösch: Für die SPD-Fraktion erlaube ich Frau Abg. Wölfle das Wort.

Abg. Sabine Wölfle SPD: Frau Präsidentin, sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen! Dass wir im Landtag in dieser Legislatur das Thema Frauen in unterschiedlichen Varianten auf der Tagesordnung haben und dieses Thema nun schon wieder Gegenstand ist,

(Abg. Peter Hauk CDU: Das liegt an uns!)

das freut mich.

(Abg. Peter Hauk CDU: Das liegt an uns!)

– Ja; bis jetzt waren die Debatten, glaube ich, eher von uns angestoßen.

(Abg. Friedlinde Gurr-Hirsch CDU: Ja, das ändert sich!)

– Ja, da wollen wir einmal schauen.

Es zeigt, dass die politische Diskussion über die Rolle der Frau und auch die Bewertung der Bedeutung von Gleichberechtigung und Gleichstellung an Fahrt gewinnen und wir hier vielleicht auch gemeinsam ein großes Stück weiterkommen. Dass dieses Thema nicht nur in unserem Bundesland, sondern in ganz Deutschland und auch in Europa verstärkt in den Vordergrund rückt, ist an gleicher Stelle vor ein paar Wochen schon einmal diskutiert worden, als wir auch einen gemeinsamen Beschluss zum Thema Frauenquote gefasst haben. Daher haben wir da schon einmal eine gemeinsame Plattform gehabt.

In Europa – das hat Frau Schneidewind-Hartnagel gerade dankenswerterweise erwähnt – hat die EU-Kommission unter Führung von Viviane Reding die Frauenquote nun auf den Weg gebracht. Darüber muss natürlich noch im Europaparlament abgestimmt werden.

Und was macht die Familienministerin Kristina Schröder? – Heute kam von ihr gleich eine Pressemitteilung, in der sie das ablehnt. Also, ich glaube, sie hat nach wie vor den Schuss noch nicht ganz gehört.

(Beifall der Abg. Bärbl Mielich GRÜNE)

Die Friedrich-Ebert-Stiftung hat in einer Studie die richtige Schlussfolgerung in Bezug auf die nicht vorhandene gleichwertige Berücksichtigung der unterschiedlichen Interessen beider Geschlechter getroffen. Ich zitiere:

Dies ist nicht nur aus gleichstellungsrechtlicher Sicht nicht zu rechtfertigen, ein politisches Gemeinwesen, das auf die Mitwirkung der Hälfte seiner Bevölkerung verzichtet, verspielt auch wichtige Ressourcen und Potenziale für die Entwicklung der Gesellschaft.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD)

Nun, das ist für uns Sozialdemokraten wie auch für die Grünen nichts Neues.

Gleichberechtigung, Chancengleichheit, Entgeltgleichheit und politische Beteiligung in allen Bereichen sind von jeher Kernthemen unserer politischen Arbeit. Durch die konsequente Quo-

(Sabine Wölfe)

tierung in der SPD und auch bei den Grünen haben wir mehr weibliche Mitglieder in beiden Parteien, und in allen Bereichen achten wir auf den entsprechenden Anteil von Frauen. So quotieren wir die Liste für die Bundestagswahl und werden nach einem kürzlich gefassten Beschluss bei der kommenden Kommunalwahl auch unsere Kommunalwahllisten paritätisch besetzen.

(Beifall bei der SPD und den Grünen – Abg. Claus Schmiedel SPD: Bravo! Wo ist da die CDU?)

– Die CDU war nie so konsequent und hat nie den Mut gehabt, so konsequent zu sein. Sie hat hier in der Tat Nachholbedarf.

(Abg. Karl Zimmermann CDU: Wir gehen immer nur nach vorn!)

Von der FDP und von den Freien Wählern auf kommunaler Ebene möchte ich gar nicht erst reden.

(Abg. Wolfgang Drexler SPD: Genau!)

Nun hat die Landes-CDU die Frauen neu entdeckt – frei nach dem Motto „Die Frau, das unbekannte Wesen“,

(Abg. Karl Zimmermann CDU: Oh!)

wahrscheinlich auch als Konsequenz aus dem Ergebnis der letzten Landtagswahl.

(Zuruf des Abg. Karl Zimmermann CDU – Gegenruf des Abg. Wolfgang Drexler SPD: Ruhe, Jimmy!)

Sie haben die Frauen in diesem Land befragt und darauf basierend eine Auswertung vorgestellt. Diese ist in der Tat auch für uns aufschlussreich. Mir stellen sich in diesem Zusammenhang allerdings einige Fragen: Ist diese Befragung nur der reinen Einsicht zu verdanken, dass in diesem Bundesland Frauenpolitik in den vergangenen Jahren wenig oder kaum stattgefunden hat, oder ist dies die bittere Erkenntnis, dass die CDU auch wegen der Frauen die letzte Landtagswahl verloren hat?

(Abg. Friedlinde Gurr-Hirsch CDU: Welche Partei hat denn bei der Landtagswahl verloren?)

Ist Ihnen die gleichberechtigte Teilhabe von Frauen in allen Bereichen wirklich wichtig, oder geht es Ihnen am Ende nur um die Wählerinnen?

Frauen beobachten heute Politik anders als noch vor 25 Jahren. Sie nehmen wahr, ob man sie ernst nimmt oder ob sie nur Stimmenbringerinnen bei Wahlen sein sollen. Frauen schauen auch auf die politischen Vorbilder. Hier haben wir Problem Nummer 1 bei der CDU: Ihre zuständige Ministerin, Familienministerin Kristina Schröder. Sie ist ein Musterbeispiel für rückwärtsgewandte Politik.

(Zuruf des Abg. Karl Zimmermann CDU)

Heute hat sie, wie gesagt, die Frauenquote schon gleich verworfen. Wir kennen das Spiel; das hat sie ja schon öfter wiederholt.

Die „Süddeutsche Zeitung“ hat im August einen interessanten Artikel veröffentlicht. Darin wird beklagt, dass die Fami-

lien- und Frauenpolitik unter Kristina Schröder rückwärtsgewandt, unkoordiniert und diskriminierend sei. Das geht mit Ihnen heim, liebe Kolleginnen und Kollegen der CDU.

(Beifall bei der SPD und Abgeordneten der Grünen)

Zugegeben: Andere Kabinettsmitglieder der jetzigen Bundesregierung gehen den Kurs von Ministerin Schröder auch nicht immer mit, und die Debatte um das leidige Betreuungsgeld hat gezeigt, dass es durchaus auch in der CDU fortschrittliche Menschen gibt.

(Abg. Claus Schmiedel SPD: Zum Teil!)

Trotzdem hat das bloße Verteidigen dieses unsinnigen Betreuungsgelds in den Augen der Mehrheit der Frauen in diesem Land deutlich gezeigt, dass die CDU noch immer mit einem konservativen Familien- und Frauenbild ringt. Anhand des Betreuungsgelds wird eben deutlich, dass Sie in der Tat das Verhältnis zu einer modernen Frauen- und Familienpolitik neu finden und neu definieren müssen.

Problem Nummer 2 ist Ihre Kanzlerin. Die tragen Sie ja wie eine Monstranz als Beweis Ihrer modernen Frauenpolitik vor sich her.

(Abg. Karl Zimmermann CDU: Wir haben eine Kanzlerin! Sie nicht!)

– Das stört mich nicht. Aber warten wir es einmal ab. – Dumm nur, dass Ihnen eine Frau als Kanzlerin nichts nützt,

(Abg. Karl-Wilhelm Röhm CDU: Sie wollen ja keine!)

weil sie frauenpolitisch ein reines Fragezeichen ist und ihre Stellung als weibliche Kanzlerin in keinsten Weise für die Sache der Frauen nutzt.

(Beifall bei der SPD und Abgeordneten der Grünen – Abg. Claus Schmiedel SPD: So ist es!)

Im Übrigen lohnt auch einmal eine Betrachtung des jetzigen Bundeskabinetts. Wie ich gesehen habe, beträgt das Verhältnis Männer/Frauen zwei Drittel zu einem Drittel. Auch bei den Staatssekretärinnen und Staatssekretären ist das so.

Diese Bilanz ist aus Frauensicht völlig unbefriedigend. Ich sage aber, dass wir natürlich auch in Baden-Württemberg auf dem Weg sind, unsere Hausaufgaben zu machen – keine Frage. Allerdings sieht unsere Regierung, was den Frauenanteil betrifft, anders aus. Bei uns ist wenigstens das Bewusstsein für dieses Manko vorhanden, und auch der politische Wille, hier nachzubessern, ist vorhanden. Genau das werden wir tun.

Die Themen unserer Zeit wie Ökologie und soziale Gerechtigkeit beschäftigen Frauen und Männer gleichermaßen. Ihre Befragung bestätigt das. Frauen reden mit, und zwar bei allen Themen. Gerade bei diesen beiden wichtigen Zukunftsthemen haben die Grünen und wir, die SPD, die Nase klar vorn. Das wundert uns nicht.

Noch einmal zu den Ergebnissen Ihrer Befragung. Sie haben sich ja wirklich unglaublich ehrgeizige Ziele gesetzt: Keine Kommunalwahlliste ohne Frauen. Respekt! Keine Fraktion ohne Frauen. Wie soll denn das garantiert werden? Noch ent-

(Sabine Wölfle)

scheidet der Wähler, wer gewählt wird; es sei denn, Sie arbeiten mit uns an einem Parität-Gesetz. Kein CDU-Vorstand mehr ohne Frauen. Mit Verlaub, das sind doch Selbstverständlichkeiten, zumindest bei den Grünen und bei uns.

(Beifall bei der SPD und den Grünen)

Sie wollen den Frauenanteil pro Jahr um 1 % erhöhen. Glückwunsch zu diesem wirklich ambitionierten Ziel.

(Abg. Winfried Mack CDU: Gern geschehen!)

Als Sozialdemokratin kann ich Ihre Schlussfolgerung auf zwei verschiedene Weisen bewerten. Ich kann aus Parteisicht sagen: Was geht mich die CDU und was gehen mich die FDP und die Freien Wähler an?

(Abg. Dr. Dietrich Birk CDU: Genau!)

Wir haben das ja für uns geregelt. Wir müssen uns nicht für sie verkämpfen.

(Abg. Wolfgang Drexler SPD: Das ist die richtige These!)

Aber als Frau und Politikerin sage ich: Nein, ich will eine andere Gesellschaft. Ich will eine Parität in der Politik und in der Wirtschaft, und deswegen begrüße ich jede Initiative, um Frauen zu stärken und zu unterstützen.

(Beifall des Abg. Wolfgang Raufelder GRÜNE)

Auch wenn hier im Parlament einige Männer sitzen, die noch immer glauben, bei frauenpolitischen Themen gönnerhaft vor sich hin lächeln zu können, sage ich: Seien Sie sicher, Wählen gewinnt man nur mit den Stimmen der Frauen. Wir wissen das. Wissen Sie das auch?

(Zuruf des Abg. Wolfgang Drexler SPD)

Wenn ja, lassen Sie uns gemeinsam die Rahmenbedingungen verändern.

Danke schön.

(Beifall bei der SPD und den Grünen – Zuruf des Abg. Karl Zimmermann CDU)

Stellv. Präsidentin Brigitte Lösch: Für die Fraktion der FDP/DVP erteile ich Herrn Kollegen Haußmann das Wort.

(Abg. Hans-Ulrich Sckerl GRÜNE: Der frauenpolitische Sprecher der FDP/DVP!)

Abg. Jochen Haußmann FDP/DVP: Sehr geehrte Frau Präsidentin, liebe Kolleginnen und Kollegen! Frauen standen noch nie so im Fokus der Landespolitik wie im 21. Jahrhundert.

(Vereinzelt Beifall – Abg. Karl-Wilhelm Röhm CDU: Bravo! – Abg. Hans-Ulrich Sckerl GRÜNE: Die FDP/DVP-Fraktion ist der lebendige Beweis dafür!)

Das ist gut so; aber das ist nicht erst seit dem Regierungswechsel der Fall, sondern das wurde schon unter der CDU-FDP/DVP-Regierung umgesetzt.

Ich will meinen Vortrag in drei Bereiche gliedern: „Frauen und Politik“, „Frauen in der Landesverwaltung“ und „Frauen und Wirtschaft“.

(Abg. Walter Heiler SPD: Frauen in Ihrer Fraktion!)

Sie alle haben sicherlich im Rahmen des Landesjubiläums „60 Jahre Baden-Württemberg“ das schöne Buch „Baden-württembergische Erinnerungsorte“ bekommen und im Abgeordnetenbüro oder zu Hause stehen. Es war interessant, darin zu diesem Thema nachzulesen. Bis Anfang des 20. Jahrhunderts gab es noch ein Gesetz, das es Frauen untersagte, politisch tätig zu werden. Dann haben württembergische Demokratinnen und Demokraten sowie Liberale durchgesetzt, dass Frauen erstmals am Dreikönigstreffen 1911 teilnehmen durften. Bis dahin war das Frauen verboten.

Wenn Sie das Buch nicht haben, darf ich einen kleinen Auszug aus einem Gedicht darin zum Thema „Das neue Selbstbewusstsein politisch engagierter Frauen“ vortragen:

*Nach der Liederhall' am Freitag
wandert ich zu dem Parteitag
in dem neuen Sonntagshut,
fortschrittsfroh und wohlgemut,
dass als Frau zum ersten Mal
ich ein Recht in diesem Saal
zuzuhören haben sollte,
was ich längst schon gerne wollte. ...
Da kannst du hören
von des Worts berühmten Meistern,
Payer, Haußmann, die begeistern*

(Vereinzelt Heiterkeit)

– nicht ich bin gemeint, sondern Conrad Haußmann, nach dem der Saal hier nebenan benannt ist –

*jedes Freigesinnten Herz
aus dem Land und anderwärts.
Manche kluge Weisheitssprüche,
Kinderstube und auch Küche
kannst vergessen eine Stunde
in solch edler Geister Runde.*

(Beifall bei der FDP/DVP – Zuruf des Abg. Wolfgang Drexler SPD)

So weit dieses Zitat.

Heute hat die FDP Baden-Württemberg eine Landesvorsitzende

(Abg. Friedlinde Gurr-Hirsch CDU: Und was für eine!)

und eine Generalsekretärin. Sie sehen: Auch in der FDP Baden-Württemberg haben die Frauen das Sagen.

(Abg. Dr. Friedrich Bullinger FDP/DVP: In erster Reihe!)

Das Engagement und die Aktivitäten der Frauen reichen über alle Parteigrenzen hinweg. Auch die FDP hat eine Veranstaltungsreihe zum Thema „Frauen in der Kommunalpolitik“ durchgeführt, zu der die Generalsekretärin in ganz Baden-Württemberg eingeladen hat.

(Jochen Haußmann)

Frau Schneidewind-Hartnagel oder Frau Wölfe hat es gesagt. Auch die Liberalen Frauen sind Mitunterzeichnerinnen des Aufrufs zum Parité-Gesetz, trotz der verfassungsrechtlichen Bedenken, die bislang auch von Ihrem Innenminister geteilt werden. Wir sind gespannt, was Sie da vorlegen wollen.

Unsere Bitte im Hinblick darauf, dass es viele freie Bürgerlisten gibt und allmählich begonnen wird, die nächste Kommunalwahl vorzubereiten, ist, dass das rechtzeitig fertig wird und uns, den Parteien und den Fraktionen im Landtag, gesagt wird – das gebietet die Fairness –, in welche Richtung das geht, und uns nicht erst irgendwann Ende nächsten Jahres mitgeteilt wird, ob es Listen mit oder ohne Quotenregelung geben soll. Ich glaube, das sind wir auch den vielen Freien Wählern schuldig.

(Abg. Hans-Ulrich Sckerl GRÜNE: Im Frühjahr ist das klar, Herr Kollege!)

Dazu gehört aber natürlich auch die Vereinbarkeit des ehrenamtlichen politischen Mandats und der Familie. Ich glaube, da gibt es viele Aufgaben, die auch die Kommunen zu erledigen haben, damit das für Frauen attraktiv ist.

Ein wichtiger Punkt ist auch, politischen Nachwuchs außerhalb von politischen Gremien zu gewinnen. Ich will hier ganz konkret die Zukunftsakademie der „Stiftung Kinderland Baden-Württemberg“ ansprechen. Die Stiftung veranstaltet den Zukunftsworkshop „Jugend im Dialog“. Ich war am Freitagabend bei der Eröffnungsveranstaltung der „Stiftung Kinderland Baden-Württemberg“. Drei Viertel der Teilnehmer waren

(Abg. Friedlinde Gurr-Hirsch CDU: Mädchen!)

Mädchen zwischen 15 und 17 Jahren. Das wurde überwiegend von Frauen begleitet. Es war hochinteressant, welche Themen sich die Jugendlichen herausgesucht haben.

Deswegen meine Bitte an alle Mitglieder der „Stiftung Kinderland“ – weil man bei der letzten Diskussion gesagt hat: „Was soll das? Man muss es mehr an kleinere Kinder richten!“ –, dieses Programm nicht nur ein Jahr laufen zu lassen, sondern wirklich zwei weitere Jahre. Das wurde im Stiftungsrat diskutiert. Das wäre meine Bitte. Wer sich noch unsicher ist: Es gibt in diesem Monat noch zwei Workshop-Wochenenden. Wer in der „Stiftung Kinderland“ ist, sollte sich vielleicht, bevor er sich entscheidet, noch einmal damit auseinandersetzen. Das wäre meine Bitte. Denn ich glaube, das ist eine gute Möglichkeit, um auch insbesondere Mädchen für die Politik zu gewinnen und ihr Interesse an der Politik zu wecken.

Zum Thema „Frauen in der Landesverwaltung“ hat die Kollegin Schütz schon einiges gesagt. Ich glaube, es ist wichtig – das war auch schon Bestandteil der Politik der alten Landesregierung –, die Möglichkeiten zu verbessern, was Arbeitszeitmodelle, Telearbeit, Weiterbildung und Kontakthalteprogramme angeht.

Ich darf daran erinnern, dass das früher von der FDP/DVP geführte Justizministerium das erste Ministerium war, das hier eine Kleinkindbetreuung eingeführt hat. An diesem Beispiel sollte man anknüpfen und dies entsprechend weiterführen.

„Frauen und Wirtschaft“ ist auch ein Beispiel dafür, welche Themen das früher von der FDP/DVP geführte Wirtschaftsministerium aufgegriffen hat –

(Zuruf des Abg. Dr. Friedrich Bullinger FDP/DVP)

Frauen in MINT-Berufen, die Frauenwirtschaftstage, das Referat „Frau, Wirtschaft und Technik“, das extra geschaffen wurde,

(Zuruf des Abg. Dr. Friedrich Bullinger FDP/DVP)

und die Kontaktstellen „Frau und Beruf“. Es gibt noch viele andere Beispiele. Sie haben das unter der Dachmarke „Spitzenfrauen – Wege ganz nach oben“ weitergeführt. Das zeigt, dass man erkannt hat, dass auch hier viel zu tun ist. Diesen Weg unterstützen wir.

Ich halte es für wichtig, das Thema „Bildungspartnerschaften zwischen Unternehmen und Schulen“ auch von unserer Seite aus zu fördern, weil dies insbesondere auch Mädchen, Frauen die Möglichkeit gibt, in technische Berufe zu gehen. Daher ist das ganz wichtig.

Ich möchte noch einen Aspekt ansprechen, der jetzt hier nicht genannt wurde, wenn Sie schon auch einen Fokus auf die Integrationspolitik legen: Das ist das Bundesanerkennungsgesetz. Im Bericht des Integrationsministeriums zum Staatshaushaltsplan für 2013/2014 wird die Zahl von 100 000 Unternehmerinnen und Unternehmern mit Migrationshintergrund genannt. Da sehe ich ein großes Potenzial, das man gerade auch beim Thema „Frau und Beruf“ nutzen kann.

(Beifall der Abg. Friedlinde Gurr-Hirsch CDU)

Die Vereinbarkeit von Familie und Beruf haben Sie mit dem Ausbau der Kleinkindbetreuung verbessert. Sie haben bei dem angesetzt, was die alte Landesregierung durchgeführt hat.

In diesem Sinn haben wir durchaus Konsens, auch wenn es zwischen unseren Positionen einige Abweichungen gibt. Aber wir haben politisch erkannt, dass wir auch die Frauen im Fokus der Landespolitik behalten müssen.

Herzlichen Dank.

(Beifall bei der FDP/DVP und Abgeordneten der CDU)

Stellv. Präsidentin Brigitte Lösch: Für die Landesregierung erteile ich Frau Ministerin Altpeter das Wort.

(Abg. Dr. Friedrich Bullinger FDP/DVP: Ich habe gedacht, der Franz macht das! Der war heute noch nicht dran!)

Ministerin für Arbeit und Sozialordnung, Familie, Frauen und Senioren Katrin Altpeter: Sehr geehrte Frau Präsidentin, liebe Kolleginnen, liebe Kollegen! Als ich heute Morgen erfahren habe, dass die EU-Kommission eine Frauenquote von 40 % für Aufsichtsräte beschließt, dass sich Frau Reding durchgesetzt hat, dachte ich: Das kann heute nur ein guter Tag werden. Wir führen heute schließlich – ich dachte nicht, dass das so spät sein würde – noch eine Aktuelle Debatte über das Thema „Frauen im Fokus der Landespolitik“. Das ist doch dann ein ganz guter Auftakt. Was ich jetzt aber

(Ministerin Katrin Altpeter)

an einigen Punkten gehört habe, lässt mich daran eigentlich zweifeln.

(Abg. Dieter Hillebrand CDU: Oh!)

Ich möchte Ihnen sagen, was wir bei der Regierungsübernahme frauenpolitisch vorgefunden haben. Wir haben zwar einen hohen Anteil an Frauen, die erwerbstätig sind, haben allerdings auch einen überaus hohen Anteil an Teilzeitverhältnissen, an 400-€-Jobs. Alle Fragen, die sich daraus bezüglich einer späteren Rente ergeben, brauche ich an dieser Stelle nicht zu erläutern.

Wir haben in Baden-Württemberg einen Gehaltsunterschied zwischen Männern und Frauen von 25 bis 28 % vorgefunden. Wir haben den vorletzten Platz bei der Kinderbetreuung vorgefunden. Wir haben chronisch vernachlässigte Frauen- und Kinderschutzhäuser vorgefunden. Außerdem haben wir ein Chancengleichheitsgesetz vorgefunden, das schon längst nicht mehr auf der Höhe der Zeit und schon längst überholt ist.

Insofern finde ich es schon ein bisschen zynisch, wenn von „Frauenpower pur“ und von der nächsten Generation gesprochen wird. Wenn mit der nächsten Generation Frau Schröder gemeint ist – das muss ich an dieser Stelle sagen –, dann sind wir frauenpolitisch eher auf dem Weg in die Fünfzigerjahre als auf dem Weg in die Zukunft.

(Beifall bei den Grünen und der SPD)

Wenn mit der nächsten Generation das Betreuungsgeld gemeint ist statt ein Ausbau der Infrastruktur, dann ist auch das ein Rückschritt. Das ist ein Zurückdrängen der Frauen an den Herd.

(Beifall bei den Grünen und der SPD – Zuruf der Abg. Katrin Schütz CDU)

Frauenpolitik und Chancengleichheitspolitik sind klassische Querschnittsaufgaben. Dabei geht es nicht nur um Einzelmaßnahmen und um Einzelprojekte. Die Ziele der Frauenpolitik, die wir in unserem Koalitionsvertrag festgehalten haben, müssen bei allen Maßnahmen in allen Ressorts immer mitgedacht werden, und sie werden auch immer mitgedacht.

Sicherlich ist die Frage zu beantworten, was wir konkret machen. Auf Bundesebene setzen wir uns mit verschiedenen Initiativen für die Belange von Frauen ein. Wir haben alle im Bundesrat behandelten Anträge zur Einführung einer gesetzlichen Quote für Frauen in Aufsichtsräten und anderen Gremien unterstützt. Ein Antrag aus Hamburg zu diesem Thema hat im Bundesrat eine Mehrheit gefunden. Im schwarz-gelb dominierten Bundestag dürfte dies allerdings schwierig werden – trotz des „Jahres der Frau“, das von der CDU ausgerufen wurde.

Über die Notwendigkeit einer verbindlichen Quote haben wir an dieser Stelle schon sehr oft diskutiert. Es zeigt sich immer mehr, dass man eine Quote braucht, weil alle freiwilligen Maßnahmen bis jetzt nichts genutzt haben, weil es keine Veränderung gegeben hat.

(Beifall bei Abgeordneten der Grünen)

Wir haben eine Initiative zur Entgeltgleichheit in den Bundesrat eingebracht, weil wir der Meinung sind, dass es endlich

ein Ende haben muss, dass bei gleicher Qualifikation und bei gleichen Voraussetzungen die Gehaltsunterschiede zwischen Männern und Frauen so exorbitant groß sind.

(Beifall bei Abgeordneten der Grünen und der SPD)

Es kann nicht hingenommen werden, dass Frauen bei gleicher Qualifikation und bei gleicher Tätigkeit immer noch weniger verdienen als ihre männlichen Kollegen und dass sie oft immer noch den schlechteren Rahmenbedingungen ausgesetzt sind.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, lassen Sie mich noch einige Worte zu den Maßnahmen auf Landesebene sagen. Die Maßnahmen auf Bundesebene sind zwar schön, aber wir gestalten in Baden-Württemberg auf Landesebene. Wir werden daher das Chancengleichheitsgesetz novellieren.

(Abg. Friedlinde Gurr-Hirsch CDU: Das habt ihr schon lange gesagt!)

Wir werden dieses Versäumnis der Vergangenheit korrigieren. Der Novellierungsprozess ist bereits angelaufen. Wir haben bereits alle relevanten Verbände, Organisationen und Institutionen angehört und deren Vorschläge intern bewertet. Wir liegen mit der Novelle im Zeitplan und werden das Gesetz in seiner neuen Fassung auf den Weg bringen.

(Beifall bei Abgeordneten der Grünen und der SPD)

Was machen wir konkret? Wir sind noch am Anfang. Die Beratungen machen aber schon jetzt klar, dass die Notwendigkeit besteht, den Zuständigkeitsbereich auszuweiten. Zudem wollen wir natürlich auch im Land eine Quote. Wir wollen die Beauftragten für Chancengleichheit stärken und Sanktionsmöglichkeiten prüfen.

An dieser Stelle darf ich die Bitte an die kommunalen Landesverbände aussprechen, sich konstruktiven Lösungen nicht zu verschließen, sondern sie mit uns gemeinsam zu entwickeln.

In diesem Zusammenhang sei vielleicht noch ein Satz zur Situation der Frauen in der Landesverwaltung und zu den Neueinstellungen gesagt. Das Verhältnis zwischen Frauen und Männern im Kabinett beträgt 7 : 8. Ich glaube, es gab bisher keine Regierung, unter der dieses Verhältnis im Kabinett besser gewesen wäre.

(Abg. Katrin Schütz CDU: Zwei neue Ministerien!)

Zu den Neueinstellungen kann ich so viel sagen: Wir mussten halt auch das Personal nehmen, das wir vorgefunden haben. Wenn wir in einem höheren Maß ausgetauscht hätten, dann hätte ich Sie einmal hören wollen.

(Abg. Winfried Mack CDU: Bei den Neueinstellungen stimmt das nicht!)

– Doch, das stimmt. Natürlich stimmt es.

(Abg. Winfried Mack CDU: Nein! Neustellen! – Abg. Katrin Schütz CDU: Es waren nur die neu zu besetzenden Stellen!)

– Bei den neu zu besetzenden Stellen 154.

(Ministerin Katrin Altpeter)

(Abg. Winfried Mack CDU: Nein! Bei den neu geschaffenen!)

– Bei den neu besetzten. – Selbst wenn wir es gewollt hätten, hätten wir auch bei dem vorhandenen Personal nicht so tauschen können. Deswegen werden wir immer dann, wenn sich eine Möglichkeit ergibt, entsprechend paritätisch besetzen. Das ist doch völlig klar. Das haben wir gesagt.

(Zuruf des Abg. Winfried Mack CDU)

Genau das Gleiche gilt für die Besetzung in den Landesgremien.

(Beifall bei den Grünen und Abgeordneten der SPD)

Schließlich denken wir sehr intensiv darüber nach, wie wir das Kommunalrecht so ändern können, dass auch hier eine verbindliche Regelung dafür sorgt, dass künftig mehr Frauen als bisher in der Kommunalpolitik aktiv werden, in den kommunalpolitischen Gremien vertreten sind. Denn ich bin mir sicher: Auch das wird eine andere Kultur schaffen, auch das wird eine andere Herangehensweise in der Frage der Chancengleichheit schaffen.

Ich würde mich freuen, wenn auch Sie, die Opposition, uns bei diesem Prozess begleiten könnten und wenn sich da die Frauen in der CDU durchsetzen könnten. Denn es reicht nicht, immer nur davon zu sprechen. Schauen Sie sich Ihre eigene Zusammensetzung an; man ist vielleicht manchmal etwas zurückhaltender, wenn man bei sich selbst schaut.

Deshalb – auch aufgrund der Umfrage, die Sie in Auftrag gegeben haben – sage ich:

(Abg. Katrin Schütz CDU: Das haben wir nicht in Auftrag gegeben!)

Es gibt ein schönes Lied von Marlene Dietrich, bei dem eine Strophe heißt: „Sag mir, wo die Männer sind.“ An die CDU gewandt, müsste es heißen: „Sag mir, wo die Frauen sind.“

Herzlichen Dank.

(Beifall bei den Grünen und der SPD – Zuruf des Abg. Claus Paal CDU)

Stellv. Präsidentin Brigitte Lösch: Für die CDU-Fraktion erteile ich Frau Abg. Schütz das Wort.

(Zuruf von der SPD: Die jetzt das Lied singt!)

Abg. Katrin Schütz CDU: Meine sehr geehrten Damen und Herren, sehr geehrte Frau Präsidentin! Schön, dass Sie sich so ausgiebig mit unserer Studie beschäftigt haben. Zum Glück müssen wir nicht die Ziele, die wir anstreben, mit Ihnen ausarbeiten.

Übrigens haben wir diese Studie nicht in Auftrag gegeben, sondern sie wurde ehrenamtlich und mit viel Initiative und Herzblut von ganz vielen CDU-Mitgliedern mit organisiert und ausgearbeitet.

(Zuruf der Abg. Beate Böhlen GRÜNE)

Ich finde, das ist schon eine herausragende Leistung, die es in dieser Art nicht in jeder Partei gibt.

(Beifall bei der CDU)

Zweitens: Mir hat ein Thema in dieser ganzen Debatte komplett gefehlt. Ich finde, wir müssen schauen, dass wir die Rahmenbedingungen für Frauen verbessern. Ich rede jetzt davon, dass man auch bei der Sitzungskultur, dass man insgesamt ein bisschen darauf schaut, dass es überhaupt für eine Frau machbar ist, Beruf, Ehrenamt und Mutterrolle mit Herzblut auszufüllen, auch wenn sie ein politisches Mandat hat.

Zu den Ausführungen der Ministerin: Wir haben Respekt vor der Familienarbeit, also auch vor jemandem, der sich dafür entscheidet, zu Hause zu bleiben, um Familienarbeit zu leisten. Diese Familienarbeit ist anstrengend. Wir brauchen diese Arbeit und respektieren sie.

(Beifall bei der CDU)

Eines fand ich äußerst interessant:

(Unruhe – Zurufe: Pst!)

Wir befragen jetzt Frauen und Männer, wir gehen also nach draußen und suchen den Dialog – und Sie wissen es schon, Sie müssen nicht befragen.

(Abg. Charlotte Schneidewind-Hartnagel GRÜNE:
Ja! Richtig!)

Man muss aber mit den Menschen sprechen. Das ist unsere Aufgabe. Ich finde, es ist etwas ganz Normales, dass man das tut. Aber schön, dass Sie die Studie so ausgiebig studiert haben. Wir wollten etwas über die Vergleichbarkeit wissen, wir wollten die Ergebnisse wissen. Wir werden daran arbeiten.

Wir, die CDU, stehen für eine sichere Welt mit moralischen Werten. Das ist uns wichtig. Wir werden weiter daran arbeiten. Wir sind mittendrin in der Arbeit. Wir haben Ergebnisse, wir haben einen Plan, und wir haben zumindest eine Vision.

(Beifall bei der CDU)

Stellv. Präsidentin Brigitte Lösch: Es liegt eine weitere Wortmeldung vor. Ich erteile das Wort Frau Kollegin Schneidewind-Hartnagel.

Abg. Charlotte Schneidewind-Hartnagel GRÜNE: Ich habe noch eine Minute Redezeit. Die möchte ich nutzen, um darauf hinzuweisen, wie der Generationenwechsel und wie die moderne Frauenpolitik bei den Jugendorganisationen der CDU aussieht.

Am Wochenende wurde der 23-köpfige Vorstand der Jungen Union, der Jugendorganisation der CDU, in Baden-Württemberg neu gewählt. Unter diesen 23 Mitgliedern ist genau eine Frau.

(Heiterkeit und Beifall bei Abgeordneten der Grünen
– Abg. Sabine Wölfl SPD zur CDU: Das ist Ihre Vision! Das ist eine peinliche Nummer!)

Stellv. Präsidentin Brigitte Lösch: Meine Damen und Herren, es liegen keine weiteren Wortmeldungen vor. Damit ist die Aktuelle Debatte beendet.

Ich rufe **Punkt 5** der Tagesordnung auf:

Zweite Beratung des Gesetzentwurfs der Landesregierung – Gesetz zur Schaffung einer grundgesetzkonformen Rechtsgrundlage für den Vollzug der Sicherungsverwahrung in Baden-Württemberg – Drucksache 15/2450

(Stellv. Präsidentin Brigitte Lösch)

Beschlussempfehlung und Bericht des Ständigen Ausschusses – Drucksache 15/2571

Berichterstatter: Abg. Nikolaos Sakellariou

(Unruhe – Zuruf: Pst!)

Meine Damen und Herren, die Fraktionen sind übereingekommen, aufgrund der fortgeschrittenen Zeit die Reden zu Protokoll zu geben. (Siehe Erklärungen zu Protokoll am Schluss des Tagesordnungspunkts.)

(Vereinzelt Beifall – Abg. Muhterem Aras GRÜNE: Schade!)

Damit kommen wir zur **A b s t i m m u n g**. Abstimmungsgrundlage ist die Beschlussempfehlung des Ständigen Ausschusses, Drucksache 15/2571. Der Ausschuss empfiehlt Ihnen, dem Gesetzentwurf zuzustimmen.

Ich rufe auf

Artikel 1

Einführung eines Buches 5 des Justizvollzugsgesetzbuches

Wer Artikel 1 zustimmt, den bitte ich um das Handzeichen. – Wer stimmt dagegen? – Enthaltungen? – Damit ist Artikel 1 einstimmig zugestimmt.

Ich rufe auf

Artikel 2

Änderung des Buches 1 des Justizvollzugsgesetzbuches

Wer Artikel 2 zustimmt, den bitte ich um das Handzeichen. – Wer stimmt dagegen? – Enthaltungen? – Damit ist Artikel 2 einstimmig zugestimmt.

Ich rufe auf

Artikel 3

Änderung des Buches 2 des Justizvollzugsgesetzbuches

Wer Artikel 3 zustimmt, den bitte ich um das Handzeichen. – Wer stimmt dagegen? – Enthaltungen? – Damit ist Artikel 3 einstimmig zugestimmt.

Ich rufe auf

Artikel 4

Änderung des Buches 3 des Justizvollzugsgesetzbuches

Wer Artikel 4 zustimmt, den bitte ich um das Handzeichen. – Wer stimmt dagegen? – Enthaltungen? – Damit ist Artikel 4 einstimmig zugestimmt.

Ich rufe auf

Artikel 5

Änderung des Buches 4 des Justizvollzugsgesetzbuches

Wer Artikel 5 zustimmt, den bitte ich um das Handzeichen. – Wer stimmt dagegen? – Enthaltungen? – Damit ist Artikel 5 einstimmig zugestimmt.

Ich rufe auf

Artikel 6

Inkrafttreten

Wer Artikel 6 zustimmt, den bitte ich um das Handzeichen. – Wer stimmt dagegen? – Enthaltungen? – Damit ist Artikel 6 einstimmig zugestimmt.

Die Einleitung

lautet: „Der Landtag hat am 14. November 2012 das folgende Gesetz beschlossen:“.

Die Überschrift

lautet: „Gesetz zur Schaffung einer grundgesetzkonformen Rechtsgrundlage für den Vollzug der Sicherungsverwahrung in Baden-Württemberg“. – Sie stimmen der Überschrift zu.

Wir kommen zur

S c h l u s s a b s t i m m u n g

Wer dem Gesetz im Ganzen zustimmt, den bitte ich, sich zu erheben. – Gegenprobe! – Enthaltungen? – Dem Gesetz ist einstimmig zugestimmt.

Herzlichen Dank.

Damit ist Punkt 5 der Tagesordnung erledigt.

*

Erklärungen zu Protokoll

Abg. Karl Zimmermann CDU: Sehr geehrte Frau Präsidentin, liebe Kolleginnen und Kollegen, sehr geehrte Damen und Herren! Wir beraten heute in der zweiten Lesung den Entwurf des Gesetzes zur Neuregelung der Sicherungsverwahrung. Die CDU-Fraktion hält den vorliegenden Gesetzentwurf insgesamt für gelungen und wird ihm daher zustimmen. Wir müssen bis zum 31. Mai 2013 rechtmäßige Zustände in der Sicherungsverwahrung schaffen. Dieses Ziel wird erreicht.

Schon bei der Ersten Beratung des Entwurfs habe ich an dieser Stelle deutlich gemacht, dass ich über einen Punkt des Entwurfs nicht glücklich bin: Das ist die Abschaffung der Arbeitspflicht für die Untergebrachten. Ich halte das nach wie vor für ein falsches Signal sowohl gegenüber den Untergebrachten als auch in die Gesellschaft hinein. Lassen Sie mich diesen Punkt noch einmal vertiefen.

Fakt ist, dass wir die Arbeitspflicht im Strafvollzug haben. Fakt ist, dass wir sie derzeit auch in der Sicherungsverwahrung haben. Fakt ist, dass die Arbeitspflicht im Justizvollzug einen unverzichtbaren Beitrag zur Resozialisierung leistet.

Ich habe im Ständigen Ausschuss den Antrag gestellt, die Arbeitspflicht in geänderter Form zu erhalten. Sie, meine Damen und Herren von der Koalition, haben mir daraufhin erklären wollen, es gäbe verfassungsrechtliche Gründe, die dagegen sprechen. Ich will meinen Antrag hier nicht noch einmal stellen, denn das wäre sinnlos. Sie haben die Mehrheit. Aber ich

(Karl Zimmermann)

will doch den Gründen nachgehen, die Sie von einer besseren Lösung abhalten.

Dass Straftaft und Sicherungsverwahrung zwei Paar Schuhe sind, wissen wir. Der Strafgefangene ist eingesperrt, weil er eine Straftat begangen hat. Der Untergebrachte wird eingesperrt, weil von ihm eine Gefahr ausgeht. Er wird nicht eingesperrt, weil er psychisch krank ist. Er wird nicht eingesperrt, weil er psychisch gestört ist. Er ist gesund und gefährlich, und deshalb ist er in der Sicherungsverwahrung.

Straftaft und Sicherungsverwahrung haben also einen unterschiedlichen Grund. Sie dienen aber beide dem Ziel der Resozialisierung. Für die Straftaft folgt das aus § 1 des Dritten Buches des Justizvollzugsgesetzbuchs, für die Sicherungsverwahrung haben Sie es in § 1 des Entwurfs hineingeschrieben. Außerdem soll durch die Sicherungsverwahrung die Gefährlichkeit des Untergebrachten gemindert werden.

Warum soll dann die Arbeitspflicht in der Straftaft erlaubt und in der Sicherungsverwahrung verboten sein?

Nun hat das Bundesverfassungsgericht einen Satz ausgesprochen, an den Sie, meine Damen und Herren, sich klammern. Es hat ausgeführt, die Sicherungsverwahrung sei „überhaupt nur dann zu rechtfertigen, wenn der Gesetzgeber bei ihrer Ausgestaltung dem besonderen Charakter des in ihr liegenden Eingriffs hinreichend Rechnung und dafür Sorge trägt, dass über den unabdingbaren Entzug der ‚äußeren‘ Freiheit hinaus weitere Belastungen vermieden werden“. Wenn Sie diesen Satz für sich nehmen, dann steht da, dass man nur noch einsperren darf und sonst nichts. Dann dürfte man aber auch nicht verlangen, dass die Untergebrachten an ihrer Behandlung mitwirken. Das aber tut Ihr Gesetzentwurf in § 8 Absatz 2 Satz 3.

Man kommt also nicht darum herum, im Urteil drei Sätze weiterzulesen. Denn dort sagt das Gericht dann, es bedürfe „eines freiheitsorientierten Gesamtkonzepts der Sicherungsverwahrung mit klarer therapeutischer Ausrichtung auf das Ziel, die von dem Untergebrachten ausgehende Gefahr zu minimieren und auf diese Weise die Dauer der Freiheitsentziehung auf das unbedingt erforderliche Maß zu reduzieren“.

Das führt mich zurück auf meinen Ausgangspunkt. Wir dürfen die Arbeitspflicht nicht als Zwangsarbeit zum Abbau einer Schuld begreifen. Wir müssen ihren therapeutischen Wert anerkennen. Wir müssen sie als das ansehen, was sie ist: ein Mittel zum Abbau von Gefährlichkeit u n d zur Resozialisierung. Wir müssen sie also einordnen in den therapeutischen Auftrag, den uns das Gericht vorgibt.

Dass die Arbeitspflicht einen Platz in der Sicherungsverwahrung haben kann, lässt das Gericht auch erkennen. Es hat nämlich genaue Hinweise zur Ausgestaltung der Sicherungsverwahrung gegeben. Es hätte leicht erklären können, die Arbeitspflicht sei mit dem Abstandsgebot unvereinbar. Das hat das Gericht nicht getan. Vielmehr hat es schon 1998 die Arbeitspflicht in der Sicherungsverwahrung für zulässig gehalten. Dieses Urteil wird nun sogar an zwei Stellen zitiert, ohne dass das Gericht sich hiervon distanziert. Und auch der Europäische Gerichtshof für Menschenrechte fordert keine Abschaffung der Arbeitspflicht.

Was bleibt also von Ihren verfassungsrechtlichen Argumenten? Nichts.

Es bleibt Ihnen das Lemming-Argument: Die anderen machen es doch auch so. Allerdings haben viele der anderen Lemminge auch noch andere Motive als die Furcht vor dem Bundesverfassungsgericht. Denn andere Bundesländer wollen die Arbeitspflicht auch schon im Strafvollzug abschaffen. Man ist dort schlichtweg nicht in der Lage, genügend Arbeit für die Gefangenen zu beschaffen. Deshalb hat man dort gar kein Interesse mehr an der Arbeitspflicht.

Sie selbst, Herr Justizminister, haben schon bekundet, diesem Beispiel nicht folgen zu wollen. Dann hätten Sie jetzt auch hier so standhaft sein sollen.

Ich komme zum Schluss. Wir haben Ihnen vorgeschlagen, wie der Gesetzentwurf noch besser werden kann, nämlich dadurch, dass Absatz 1 in § 42 gestrichen wird; denn davon geht eine falsche Botschaft aus. Das haben Sie abgelehnt. Das müssen wir, das muss leider auch ich akzeptieren. Lassen Sie uns nun zusammenwirken, um die große Akzeptanz der Sicherungsverwahrung in Baden-Württemberg gemeinsam zu erhalten und zu festigen. Wir wissen alle, dass die großen Bewährungsproben noch vor uns liegen.

Vielen Dank.

Abg. Jürgen Filius GRÜNE: Frau Präsidentin, sehr geehrte Damen und Herren! Das Thema Sicherungsverwahrung, nun Sicherungsunterbringung genannt, treibt Politik und Justiz seit Langem um. Zu Recht, geht es doch um die überaus schwierige Balance zwischen individuellen Freiheitsrechten und dem überaus nachvollziehbaren Sicherheitsbedürfnis der Gesellschaft. Trotz aller medialen Aufregung gilt der Artikel 1 unseres Grundgesetzes auch für Sicherungsuntergebrachte. Er lautet:

Die Würde des Menschen ist unantastbar. Sie zu achten und zu schützen ist Verpflichtung aller staatlichen Gewalt.

Ich habe es bei der Ersten Beratung bereits ausgeführt: Es wirft kein gutes Licht auf die Bundesregierung, dass es erst des Urteils des Bundesverfassungsgerichts vom 4. Mai 2011 bedurfte, um die Einhaltung dieses zentralen Artikels unserer Verfassung sicherzustellen. Das fällige Bundesgesetz hat vor einer Woche den Bundestag passiert. Ob und wie die Belange der Länder berücksichtigt werden, bleibt abzuwarten. Klar ist, dass es nicht sein kann, gewissermaßen eine Beweislastumkehr zu fordern, wie die bayerische Regierung dies via Presse tat. Einen Nachweis der Ungefährlichkeit als Entlassungsvoraussetzung zu fordern, verträgt sich meines Erachtens nicht mit dem Rechtsstaat.

In unserem föderalen System passiert es hin und wieder, dass Interessen des Bundes und der Länder differieren. So ist es auch hier: Der Bund würde sich relativ leicht damit tun, den Verzicht auf jegliche Sicherungsunterbringung anzuordnen – müssen doch die Polizeikräfte der Länder dann Präsenz zeigen, um Straftaten abzuwenden. Dafür gibt es auch die Einsprüche des Bundesrats. Ich bin zuversichtlich, da eine gute Lösung hinzubekommen.

Eines, meine Damen und Herren, geht jedoch nicht, nämlich das Thema für den Wahlkampf zu missbrauchen, wie das gerade in Bayern der Fall zu sein scheint. Es wäre moralisch verwerflich und der Sache nicht förderlich, die Stimmung aufzuheizen und für eine Regelung zu agitieren, die vor dem Bundesverfassungsgericht im Zweifel nicht bestehen würde. Ich

(Jürgen Filius)

kann nur hoffen, dass die bayerische Regierung ihr Vorhaben wieder aufgibt.

Aber zurück nach Baden-Württemberg. Ich will es erneut betonen: Es geht bei der Sicherungsverwahrung um Menschen, die ihre Strafe bereits verbüßt haben. Das Gebot des Abstands zur Haft ist nicht nur verfassungsrechtlich vorgeschrieben, sondern auch sachlich geboten. Ebenso richtig ist es, eine Entlassung auch aus der Sicherungsverwahrung als Ziel auszugeben, sobald diese von der Sicherheit her unbedenklich ist. Deshalb wurden bereits im Vorgriff auf diese Neuregelung im Haushalt 16 Personalstellen für Therapeutinnen und Therapeuten sowie im Bereich der Sozialarbeit ausgewiesen.

Aber auch die Umstände der Unterbringung müssen wir anpassen. Das Abstandsgebot besagt, dass die Unterbringung deutlich anders gestaltet sein muss als die Haft selbst. Schließlich ist die Haft bereits verbüßt. Es handelt sich daher um einen schwerwiegenden Eingriff in die Freiheit der nicht mehr strafgefangenen Betroffenen.

Daher ist es völlig richtig, das Ziel auszugeben, die Lebensbedingungen an die in der Freiheit anzugleichen, soweit es organisatorisch überhaupt möglich ist. Gemeint sind damit vor allem die Wohnsituation und Außenkontakte, Möglichkeiten, Geld zu verdienen und auszugeben und vieles mehr. Liebe Kolleginnen und Kollegen von der CDU, es handelt sich ausdrücklich um Möglichkeiten. Einen Arbeitszwang, wie Sie ihn gefordert haben, kann und darf es nicht geben. Wir reden hier schließlich nicht über Häftlinge.

Meine Damen und Herren, auch im Bereich der Strafen gilt das Feuerwehrmotto: Ein Brand lässt sich leichter verhindern als löschen. Daher muss unser Augenmerk weiterhin darauf liegen, mit Mitteln der Sozial- und Bildungspolitik Straftaten gar nicht erst geschehen zu lassen und Häftlinge von Wiederholungstaten abzubringen. Daran müssen und werden wir auch weiter arbeiten. Aber für besonders extreme Einzelfälle brauchen wir eben auch die Sicherungsunterbringung. Meine Fraktion wird dem Entwurf daher zustimmen.

Vielen Dank für Ihre Aufmerksamkeit.

Abg. Ernst Kopp SPD: Sehr geehrte Frau Präsidentin, liebe Kolleginnen und Kollegen, meine sehr verehrten Damen und Herren! Erfreulich ist es, dass uns nun ein Gesetzentwurf vorliegt, der die Vorgaben des Bundesverfassungsgerichts konsequent und mit Augenmaß umsetzt und dabei den Sicherheitsinteressen der Gesellschaft angemessen Rechnung trägt.

Ich bin Herrn Minister Stichelberger dankbar – wie bereits am 11. Oktober von mir erwähnt –, dass Baden-Württemberg bei diesem sehr sensiblen Thema keinen Alleingang macht, sondern sich im Rahmen einer Länderarbeitsgruppe mit den anderen Bundesländern auf konstruktiver und fachlicher Ebene auf Musterregelungen verständigt hat. So ist bundesweit ein weitgehend einheitlicher Vollzugsstandard gewährleistet.

Erstaunlich und zugleich erfreulich ist dabei, dass die von der Länderarbeitsgruppe erarbeiteten Musterregelungen – trotz der politischen Bandbreite in den einzelnen Ländern – weitgehend im Konsens, Herr Kollege Zimmermann, beschlossen wurden. Dies ist sicher ein Beleg dafür, dass man an dieses Thema sehr sachlich und überlegt herangegangen ist. Zu konstatieren ist aber auch, dass die sehr detaillierten Vorgaben des Bundesverfassungsgerichts dem Gesetzgeber in Bund und Ländern nur wenig Gestaltungsspielraum lassen.

Wir sind der Auffassung, dass der vorliegende Gesetzentwurf die Vorgaben des Bundesverfassungsgerichts sehr gut umsetzt. Das liegt sicher auch daran, dass viele Vorschläge und Anregungen aus der Praxis aufgegriffen wurden.

Der Gesetzentwurf wirkt insgesamt durchdacht und ausgewogen. Umgesetzt wird insbesondere die konsequente Therapieausgestaltung mit der Verpflichtung, den Sicherungsverwahrten entsprechende Behandlungsangebote zu machen und sie zu motivieren.

Wichtig ist dabei, dass stets die Sicherheitsbelange der Gesellschaft nicht außer Acht gelassen werden. Denn letztlich soll der Vollzug der Sicherungsverwahrung nach wie vor vorrangig dem Schutz der Bevölkerung dienen. Dieser Schutz darf sich aber nicht in einem bloßen Verwahrvollzug erschöpfen. Vielmehr ist den Sicherungsverwahrten schon aus verfassungsrechtlichen Gründen durch entsprechende Behandlungsangebote und Resozialisierungsmaßnahmen das nötige Rüstzeug für ein straffreies Leben in Freiheit mitzugeben.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, meine Damen und Herren, bei diesem so komplexen und derart grundrechtssensiblen Thema führt der Gesetzentwurf der Landesregierung die berechtigten Sicherheitsinteressen der Allgemeinheit auf der einen Seite und die verfassungsrechtlichen Vorgaben auf der anderen Seite in überzeugender und ausgleichender Weise zusammen. Daher bitte ich Sie um breite Unterstützung für den Entwurf des Gesetzes zur Schaffung einer grundgesetzkonformen Rechtsgrundlage für den Vollzug der Sicherungsverwahrung in Baden-Württemberg.

Ich danke Ihnen.

Abg. Dr. Friedrich Bullinger FDP/DVP: Frau Präsidentin, meine sehr geehrten Damen und Herren, werte Kolleginnen und Kollegen! Sowohl bei der Ersten Beratung dieses Gesetzes als auch im Ständigen Ausschuss hat mein Kollege Professor Goll fachkompetent als ehemaliger Justizminister Stellung bezogen. Die Aussagen stimmen heute genauso.

Ich habe den Ausführungen des Kollegen Professor Goll bei der Plenardebatte am Mittwoch, 24. Oktober, nichts hinzuzufügen, sondern weise nochmals darauf hin, dass es sich erstens um etwa 70 Menschen in Baden-Württemberg handelt und dass zweitens die Standards in Deutschland und in Baden-Württemberg im Strafrecht, im Strafprozessrecht und im Strafvollzugsrecht vorbildlich in Europa sind. Ich wünsche mir, dass in ganz Europa, auch in der Türkei, im Strafrecht, Strafvollzugs- und Strafprozessrecht ein solcher Standard praktiziert würde.

Sehr geehrte Damen und Herren, wir werden, auch wenn das Urteil des Bundesverfassungsgerichts mehr als hinterfragt werden darf, dem Gesetz zustimmen.

Justizminister Rainer Stichelberger: Frau Präsidentin, meine Damen und Herren! Am 24. Oktober 2012 durfte ich in erster Lesung das Gesetz zur Schaffung einer grundgesetzkonformen Rechtsgrundlage für den Vollzug der Sicherungsverwahrung in Baden-Württemberg in den Landtag einbringen. Gestatten Sie mir, nochmals kurz an die Hintergründe für dieses Gesetzgebungsverfahren zu erinnern:

Mit Urteil vom 4. Mai 2011 hat das Bundesverfassungsgericht sämtliche gesetzliche Regelungen der Sicherungsverwahrung für verfassungswidrig erklärt. Zugleich hat es den Bund und

(Minister Rainer Stichelberger)

die Länder verpflichtet, bis spätestens 31. Mai 2013 ein freiheitsorientiertes und therapiegerichtetes Gesamtkonzept der Sicherungsverwahrung zu entwickeln.

Der Bund hat neben den materiell-rechtlichen Regelungen auch die wesentlichen Leitlinien für den Vollzug vorzugeben. Die Länder sind dazu aufgerufen, für den Vollzug der Sicherungsverwahrung eigenständige Rechtsgrundlagen zu erlassen, die insbesondere das Abstandsgebot zu berücksichtigen und eine intensive Behandlung und Betreuung der Untergebrachten zu gewährleisten haben.

Mit dem vorliegenden Gesetzentwurf setzen wir die konkreten Vorgaben des Bundesverfassungsgerichts konsequent um und bringen die Interessen der Untergebrachten einerseits und die Belange der Gesellschaft andererseits angemessen miteinander in Einklang.

Oberstes Ziel unseres Gesetzentwurfs ist und bleibt der Schutz der Bevölkerung vor gefährlichen Straftätern. Schon aus verfassungsrechtlichen Gründen darf sich die Sicherungsverwahrung aber nicht in einem bloßen Verwahrsvollzug erschöpfen.

Der Gesetzentwurf verdeutlicht daher, dass der Vollzug der Sicherungsverwahrung primär auf die Minderung der Gefährlichkeit der Untergebrachten hinwirken muss. Dies können wir nur durch einen intensiven Behandlungsvollzug auf hohem fachlichen Niveau erreichen. Durch intensive und individuelle Therapie soll den Betroffenen eine realistische Entlassungsperspektive eröffnet werden, soweit es irgend möglich ist.

Der Gesetzentwurf ist sowohl im Rahmen des durchgeführten Anhörungsverfahrens als auch hier im Plenum und in der Beratung im Ständigen Ausschuss auf breite Unterstützung gestoßen. Für diese Unterstützung möchte ich mich an dieser Stelle herzlich bedanken, ebenso für die konstruktive Kritik.

Angesichts dieser breiten Unterstützung möchte ich inhaltlich an dieser Stelle nur noch auf ein Thema eingehen:

Der Gesetzentwurf normiert keine Arbeitspflicht für die in der Sicherungsverwahrung Untergebrachten. Da sinnvolle Arbeit auch einen resozialisierungsfördernden Wert hat, habe ich für die diesbezüglich geäußerte Kritik durchaus Verständnis. Allerdings wäre die Normierung einer Arbeitspflicht für die in der Sicherungsverwahrung Untergebrachten mit dem Grundgesetz nicht vereinbar.

Zwar hat das Bundesverfassungsgericht in seinem Urteil vom 4. Mai 2011 die Arbeitspflicht nicht ausdrücklich als grundgesetzwidrig bezeichnet. Dies ergibt sich aber mittelbar aus den Ausführungen zum Sinn und Zweck der Sicherungsverwahrung und zum Abstandsgebot.

Die Arbeitspflicht für Strafgefangene, an der wir auch weiterhin festhalten wollen, ist nach allgemeiner Ansicht deshalb zulässig, weil sie Teil des Schuldausgleichs und damit Teil des Strafübels ist.

Das Bundesverfassungsgericht hat jedoch in seinem Urteil vom 4. Mai 2011 deutlich gemacht, dass der Vollzug der Sicherungsverwahrung dem Umstand Rechnung zu tragen hat, dass in der Sicherungsverwahrung Untergebrachte keine Stra-

fe mehr verbüßen. Aus diesem Grund muss sich der Vollzug der Sicherungsverwahrung vom Vollzug der Strafhaft deutlich unterscheiden. Da der Vollzug der Sicherungsverwahrung nicht dem Schuldausgleich dient, fehlt somit der Anknüpfungspunkt für eine Arbeitspflicht.

Das Bundesverfassungsgericht hat gefordert, dass sich der Vollzug der Sicherungsverwahrung deutlich vom Strafvollzug unterscheiden muss. Dies erklärt sich aus dem Umstand, dass die in der Sicherungsverwahrung Untergebrachten ihre Strafe bereits verbüßt haben. Allein die fortbestehende Gefährlichkeit rechtfertigt den Freiheitsentzug. Schon aus verfassungsrechtlichen Gründen dürfen die Untergebrachten daher nur solchen Einschränkungen unterworfen werden, die aus Sicherheitsgründen erforderlich sind.

Aus diesem Grund hat sich auch die Länderarbeitsgruppe – und zwar einstimmig – dafür entschieden, die in der Sicherungsverwahrung Untergebrachten zukünftig nicht mehr zur Arbeit zu verpflichten. Hier waren sich also die Vollzugsexperten aller Bundesländer einig.

Da sinnvolle Arbeit jedoch die Behandlung und Resozialisierung erleichtert, hat die Vollzugsanstalt nach § 42 Absatz 2 des Gesetzentwurfs den in der Sicherungsverwahrung Untergebrachten sinnvolle Beschäftigung anzubieten. Der Wegfall der Arbeitspflicht bedeutet also gerade nicht, dass der Arbeit im Vollzug der Sicherungsverwahrung keine Bedeutung beigemessen wird.

Auch ohne gesetzlich zur Arbeit verpflichtet zu sein, sind die in der Sicherungsverwahrung Untergebrachten dazu angehalten, eine von der Vollzugsanstalt für sinnvoll erachtete Beschäftigung aufzunehmen. Das gilt insbesondere dann, wenn eine bestimmte Beschäftigung auch unter Behandlungsgesichtspunkten erforderlich scheint. Wenn die Untergebrachten hier nicht mitwirken, kann dies negative Auswirkungen auf ihre Kriminalprognose und damit auf ihre Entlassungsperspektive haben. Schon aus diesem Grund werden die meisten Untergebrachten ein Interesse an einer Beschäftigung haben. Hinzu kommt der finanzielle Anreiz, auf den viele Untergebrachte nicht verzichten können oder wollen.

Meine Damen und Herren, ich bin der festen Überzeugung, dass es uns mit diesem Entwurf gelungen ist, die Vorgaben des Bundesverfassungsgerichts konsequent und mit Augenmaß umzusetzen. Insgesamt wird der Vollzug der Sicherungsverwahrung in Baden-Württemberg zukünftig auf einer rechtlich wie tatsächlich verfassungskonformen Grundlage stehen. Daher bitte ich Sie auch weiterhin um eine breite Unterstützung.

Vielen Dank.

*

Stellv. Präsidentin Brigitte Lösch: Meine Damen und Herren, damit sind wir am Ende der heutigen Tagesordnung angelangt.

Die nächste Sitzung findet morgen, Donnerstag, 15. November 2012, um 9:30 Uhr statt.

Ich danke Ihnen, wünsche Ihnen noch einen schönen Abend und schließe die Sitzung.

Schluss: 18:34 Uhr